

Dossier Sprache und Politik

Einleitung

Ob bei Reden im Bundestag, abendlichen Talkshows, beim Straßenwahlkampf oder an internationalen Verhandlungstischen: Sprache und Politik begegnen einander täglich.

Politiker und Parteien versuchen mit Sprache zu überzeugen, eigene Anhänger zu mobilisieren oder den Gegner anzugreifen. Manchmal sollen Worte aber auch schlichten oder das eigene Image pflegen. Die Funktionen politischer Sprache sind zahlreich. Eine bewusste Wortwahl und Argumentationsstrategie spielen daher eine große Rolle.

Dabei können Worte auch verräterisch sein. Denn oft steht hinter einer bestimmten Wortwahl auch eine bestimmte Ideologie. Zum Meinungsstreit gehört deshalb auch die Auseinandersetzung um eine angemessene Ausdrucksweise und die Fähigkeit zwischen Worten und politischen Inhalten differenzieren zu können.

In drei Kapiteln, einer Debatte, ergänzenden Materialien und einem thematischen Glossar beleuchtet das Dossier die Zusammenhänge von Sprache und Politik.

Inhaltsverzeichnis

1.	Grundlagen	5
1.1	Einstieg: Sprache und Politik	6
1.2	Sprachverwendung in der Politik	12
1.3	Ziele der Sprachverwendung	17
1.4	Sprachvermittlung und Sprachprobleme	23
1.5	Verwaltungssprache: Bürokratenspeak oder Bürgerdeutsch	29
2.	Kampf um Wörter	37
2.1	Das Problem des Wortinhalts	38
2.2	Begriffe besetzen oder das Ringen um Wörter	42
2.3	Schlagwörter	46
2.4	Das missglückte Wort	50
2.5	Political Correctness / Politische Korrektheit	54
3.	Ideologie und Sprache	58
3.1	Einstieg	59
3.2	Diskursanalyse von politischer Sprache	63
3.3	Belastete Wörter	67
3.4	Zehn Stigmavokabeln	71
3.5	Sprache und Sprachlenkung im Nationalsozialismus	77
3.5.1	Vokabeln im Nationalsozialismus	82
3.6	"Jedem das Seine" - zur Aufarbeitung des lexikalischen NS-Erbes	89
3.7	Sprache und Sprachgebrauch in der DDR	97
3.7.1	Glossar DDR-Sprache	104
3.8	Revolution der Sprache?	111
4.	Deutsch ins Grundgesetz?	117
4.1	Staatsziel Deutsch	118
4.2	Von Schimären und andere Aberglauben	122
5.	Glossar	126
6.	Schaubilder und Illustrationen	129
7.	Redaktion	132

Grundlagen

30.3.2010

Welche Funktion übernimmt Sprache in der Politik? Wie können Politiker Sprache gezielt benutzen? Und warum verstehen viele Bürger die Politiker nicht? Lesen Sie in diesem Kapitel die wichtigsten Grundlagen zum Thema Sprachverwendung in der Politik!

Einstieg: Sprache und Politik

Von Heiko Girnth

15.7.2010

Prof. Dr. Heiko Girnth, geb. 1964, arbeitet am Forschungszentrum Deutscher Sprachatlas der Philipps-Universität Marburg. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Sprache und Politik u.a. Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation / Polit-Talkshows – Bühnen der Macht. Ein Blick hinter die Kulissen.

Sprache ist nicht nur irgendein Instrument der Politik, sondern überhaupt erst die Bedingung ihrer Möglichkeit. Welche Funktionen übernimmt Sprache in der Politik? Welcher sprachlicher Mittel bedienen sich Politiker? Und warum gibt es immer wieder Verständigungsprobleme?

Politik als sprachliches Handeln

Rechtschreibreform, Kernenergie, Klimawandel: Letztlich kann alles politisch werden, was von öffentlichem Interesse ist. Politik umfasst die verschiedensten Sach- und Handlungsbereiche und kann somit alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringen. Unter diesem weit gefassten Politikbegriff lässt sich auch das Verhältnis von Sprache und Politik betrachten. Politische Akteure müssen die Öffentlichkeit informieren, politisches Handeln begründen, analysieren, kritisieren und rechtfertigen. Sie bewerten bestimmte Sachverhalte positiv oder negativ, stützen die eigene Position argumentativ, stellen sich glaubwürdig dar, greifen die gegnerische Position argumentativ an und werten den Gegner ab. In den Printmedien, im Fernsehen, im Rundfunk und im Internet wird über das politische Tagesgeschehen informiert, werden politische Sachverhalte kommentiert und interpretiert. Dies alles geschieht mit und durch Sprache. Sprache ist darum nicht nur irgendein Instrument der Politik, sondern überhaupt erst die Bedingung ihrer Möglichkeit.

Sprache in der Politik bedeutet vor allem sprachliches Handeln. Es ist die Handlungspotenz von Sprache, die für die Politik konstitutiv ist. Wie der Politiker Erhard Eppler (SPD) hervorhebt, lässt sich in der Politik nur schwer zwischen Reden und Handeln unterscheiden, "weil das Reden sehr wohl Handeln bedeutet" (Eppler 1992: 7). Wenn Reden Handeln bedeutet, dann heißt das nichts anderes, als dass Sprechen wie jede andere Handlung auch eine bestimmte Funktion besitzt und bestimmte Folgen hat. Unmittelbar einleuchtend ist dies bei einer sprachlichen Handlung wie den RÜCKTRITT ERKLÄREN. Wenn ein Bundespräsident sagt "Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten", ist der Rücktritt die Funktion der Äußerung und zugleich ihre unmittelbare Folge.

Überredung und Information

Eine zentrale, wenn auch nicht die einzige Funktion politischer Sprache ist 'Persuasion' (=Überredung). Sie bezieht sich auf alle Versuche mit Hilfe sprachlicher Mittel die Meinungen und Einstellungen der Adressaten zu beeinflussen und Vertrauen in die Richtigkeit des Gesagten und den politischen Akteur zu schaffen (vgl. Klein 2009: 2114). Da politische Kommunikation in demokratischen Staaten darauf zielt, Politik öffentlich zu machen, politisches Handeln zu legitimieren und Zustimmungsbereitschaft zu erhalten, ist es für die politischen Akteure unabdingbar, ihr sprachliches Handeln persuasiv auszurichten. Im Idealfall geht Persuasion dabei den Weg überzeugender Argumentation. Die persuasive Funktion findet sich beispielsweise in Debattenreden, politischen Talkshows oder auch in Wahlslogans. Da sich persuasive und informative Funktion oft vermischen, spricht man auch von der 'informativ-persuasiven Funktion' politischer Sprache.

Die zentrale Rolle der informativ-persuasiven Funktion macht deutlich, dass Sprachhandeln in der

Politik eng mit der Machtfrage verknüpft ist. Es geht um Deutungshoheit und Verwendungshoheit von Sprache. Denn Sprache ist ein Instrument zur Erlangung, Sicherung, Ausübung und Kontrolle von Macht. In einer freiheitlichen Demokratie ist die informativ-persuasive Funktion allerdings keine Einweg-Kommunikation. Sie kennt nicht nur die Kommunikationsrichtung Politikerinnen und Politiker – Bürgerinnen und Bürger, sondern lebt vielmehr auch von der aktiven politischen Partizipation der Bürger. Dazu gehören unter anderem die Beteiligung an Wahlen, die aktive Mitarbeit in Parteien oder Bürgerinitiativen, das regelmäßige Sich-Informieren als notwendige Voraussetzung und Grundlage politischen Handelns und die Fähigkeit und Bereitschaft zur politischen Diskussion.

Wenn auch der Sprache in der Politik eine entscheidende Rolle zukommt, so ist sie doch nicht die Politik selbst. Öffentlich-politische Kommunikation hat sehr viel mit der Erzeugung von Aufmerksamkeit zu tun und weniger mit den tatsächlichen Entscheidungen. Sie flankiert und ergänzt die Politik, sie organisiert und steuert die Bereitschaft, einer bestimmten Politik zuzustimmen. Wenn man Politik als "die Kunst im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen" (Lübbe 1975: 107) definiert, dann wird nur ein – gleichwohl zentraler – Aspekt hervorgehoben, der auch als 'Darstellungspolitik' bezeichnet wird. Darstellungspolitik ist eine auf die Öffentlichkeit ausgerichtete Politik, die zum größten Teil medienvermittelt ist. Ihr steht die Entscheidungspolitik gegenüber, die in der Regel nichtöffentlich stattfindet und die bestimmte Verfahren wie zum Beispiel das Gesetzgebungsverfahren beinhaltet. Auch in der Entscheidungspolitik spielt Sprache eine wichtige Rolle, da Entscheidungen erst einmal sprachlich vorbereitet und ausgehandelt werden müssen: etwa durch DISKUTIEREN, VERHANDELN oder FRAGEN und ANTWORTEN.

Rahmenbedingungen und Merkmale politischer Kommunikation

Öffentlichkeit und Massenmedialität

Mit dem Verweis auf die Darstellungspolitik sind auch schon zwei zentrale Rahmenbedingungen bzw. Merkmale politischer Kommunikation angesprochen, die einander bedingen: Öffentlichkeit und Massenmedialität.

Politische Kommunikation findet zu einem großen Teil öffentlich statt und wird über die Massenmedien Fernsehen, Presse, Rundfunk und Internet verbreitet. Die Öffentlichkeit als Grundprinzip und Voraussetzung freiheitlicher Demokratie hat einen unmittelbaren Einfluss auf das sprachliche Handeln, dessen spezifische Ausprägungen in der heutigen Zeit wesentlich von den Massenmedien mitbestimmt werden. Als Folge von Öffentlichkeit und Massenmedialität ist sprachliches Handeln oft 'mehrfach adressiert', also an mehrere Personengruppen gleichzeitig gerichtet. So kann sich beispielsweise eine Rede im Bundestag gleichzeitig an die Mitglieder der eigenen Partei, an die Mitglieder der anderen Parteien und an die Bürgerinnen und Bürger richten.

Die massenmediale Ausrichtung politischer Kommunikation bringt zudem spezifische mündliche Interaktionstypen hervor. Der heutige Prototyp eines solchen Interaktionstyps ist die im Fernsehen ausgestrahlte politische Talkshow. Sie bietet den politischen Akteuren Gelegenheit, sich vor einem Millionenpublikum dem politischen Wettbewerb zu stellen, eigene Positionen zu vermitteln und sich als Person zu profilieren. Wie der Politiker Wolfgang Gerhardt (FDP) zu Recht ausführt, erreichen Politiker mit der Teilnahme an einer politischen Talkshow "auf einen Schlag mehr Menschen, als man sie in allen Hinter- und Vorderzimmerversammlungen pro Jahr zu Gesicht bekommt. Die Quoten für Anne Will, Maybrit Illner oder hartaberfair liegen beständig weit jenseits der Zwei-Millionen-Marke, was bedeutet: Man müsste das Berliner Olympiastadion 30-40 Mal bis auf den letzten Platz füllen, um von der gleichen Anzahl Menschen bewusst wahrgenommen zu werden." (Gerhardt 2009: 184).

Die Ausrichtung auf ein Massenpublikum hat zur Folge, dass politisches Sprachhandeln inszeniert wird. Die Teilnehmer einer politischen Talkshow kommunizieren faktisch mit zwei Personengruppen bzw. Adressaten. Erstens kommunizieren sie direkt mit den anderen Gästen bzw. der Moderatorin oder dem Moderator. Zweitens kommunizieren sie indirekt aber auch mit den Fernsehzuschauern. Es

entstehen somit zwei Kommunikationsebenen, die den 'Inszenierungscharakter' politischen Sprachhandelns deutlich machen. Was auf der ersten (inszenierten) Ebene als Diskussion erscheint, stellt sich auf der zweiten Ebene als Persuasion der Öffentlichkeit dar. Der Einfluss der Massenmedien auf politisches Handeln wird oft auch kritisch mit den Stichworten 'Politainment' oder 'Mediokratie' umschrieben. Politik als Unterhaltung und die Dominanz der Medien bestimmen die Politikvermittlung und damit die Art und Weise, wie Bürger Politik wahrnehmen.

Die öffentliche Ausrichtung der politischen Kommunikation hat auch zur Folge, dass die sprachlichen Anforderungen an die politischen Akteure steigen. Sobald sie in der Öffentlichkeit auftreten, wird das Gesagte einer ständigen Beobachtung und Kontrolle unterzogen. Sie müssen ihre Botschaften exakt, prägnant und verständlich übermitteln. Oft entsteht daher der Eindruck, dass sie – mediengerecht verpackt – immer die gleichen Phrasen und Worthülsen von sich geben. Mediale Erfahrung und rhetorische Geschultheit gehören somit zu den Kernkompetenzen politischer Akteure.

Gruppenbezogenheit und Repräsentanz

Neben Öffentlichkeit und Massenmedialität sind Gruppenbezogenheit und Repräsentanz wichtige Merkmale öffentlich-politischer Kommunikation. Politische Kommunikation ist geprägt durch Wettbewerb und die Konfrontation der Meinungen. Die politischen Akteure stellen sich dem Wettbewerb mit dem politischen Gegner, wobei sie in der Regel als Repräsentanten bestimmter Gruppen, Parteien oder Verbände agieren. Grob gesagt lassen sich, je nach Standpunkt, eine positiv bewertete Eigengruppe und eine negativ bewertete Fremdgruppe unterscheiden. Die Mitglieder der Eigengruppe besitzen gleiche Deutungs- und Interpretationsmuster, die ein gruppenspezifisches Bewusstsein konstituieren. Alles, was in Zusammenhang mit der Eigengruppe steht, wird als positiv bewertet. Alles, was von den Einstellungen der Eigengruppe abweicht, wird hingegen als negativ bewertet.

In dem Gegensatz von Eigen- und Fremdgruppe zeigt sich das für politisches Handeln oft typische Schwarz-Weiß-Denken. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe hat Auswirkungen auf das sprachliche Handeln und die Erwartungshaltung der Adressaten. Von Politikern wird erwartet, dass sie bestimmte kommunikationsethische Maximen erfüllen. Sie sollen etwa die Wahrheit sagen, klar und verständlich reden und fair sein. Gleichzeitig müssen sie aber auch strategische Maximen verfolgen: den Gegner abwerten, die eigene Position positiv darstellen, sich in relevanten Gruppen möglichst wenig Gegner machen.

Kommunikationsethische und strategische Maximen können in Konflikt treten. Etwa wenn Politiker sich aus wahltaktischen Gründen bewusst vage ausdrücken, um sich nach der Wahl Koalitionsoptionen offen zu halten. Als ähnlich problematisch erweist sich auch das Versprechen in Form eines (strategischen) Wahlversprechens. Die Wähler wissen sehr wohl, dass es sich in Wirklichkeit um gar kein Versprechen handeln kann. Zum Versprechen gehört nämlich notwendigerweise, dass wer etwas verspricht, auch in der Lage sein muss, das Versprechen einzulösen. Verspricht ein Politiker aber vor der Wahl Steuersenkungen, kann er oder sie sich nach der Wahl auf den Standpunkt zurückziehen, die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ließen nun keine Steuersenkungen mehr zu.

Institutionsgebundenheit

Institutionsgebundenheit ist ein weiteres wichtiges Merkmal der politischen Kommunikation. Diese ist immer an spezifische institutionelle Gegebenheiten geknüpft, die das parlamentarisch-demokratische System vorgibt, etwa in Form von parlamentarischen Geschäftsordnungen. Aber auch die Medien geben bestimmte Regeln vor. Auch das lässt sich zeigen am Beispiel der politischen Talkshow. Diese sind hinsichtlich des Rederechts, der Rededauer, der Themenordnung und der Zulässigkeit bzw. Unzulässigkeit bestimmter Sprechhandlungen normiert. So wird etwa die Sprechhandlung BELEIDIGEN als unangemessen zurückgewiesen und kann entsprechend sanktioniert werden. Solche Reglementierungen haben natürlich Einfluss auf das Sprechhandeln der politischen Akteure, die ihren Gesprächsbeitrag in einem begrenzten Zeitfenster unterbringen müssen.

Prozessualität und Diskursvernetzung

Ein weiteres typisches Merkmal öffentlich-politischer Kommunikation ist ihr hoher Grad an Prozessualität und Diskursvernetzung. Darunter versteht man die Tatsache, dass politische Kommunikation immer in übergreifende Zusammenhänge eingebettet ist (z. B. Kampagnen wie Wahlkämpfe) und sich die thematisierten Gegenstände immer schon auf bereits Vorangegangenes beziehen und auf Künftiges ausgerichtet sind.

Sprachliche Mittel politischer Kommunikation: Wort, Sprechhandlung, Text

Die politischen Akteure bedienen sich spezifischer sprachlicher Mittel, um ihre Ziele zu erreichen. Eine besondere Bedeutung im Kommunikationsbereich Politik kommt den Wörtern zu, insbesondere dem so genannten 'Ideologievokabular'. Darunter versteht man Bezeichnungen für die einer politischen Gruppierung bzw. der Gesellschaft zugrunde liegende Wertvorstellungen und Denkmuster wie z. B. Freiheit, Gerechtigkeit oder Frieden. 'Ideologie' ist dabei durchaus wertneutral zu verstehen und meint nicht etwa in einem alltagsprachlichen Sinne Auffassungen, die im Besitz der Wahrheit zu sein glauben, in Wirklichkeit aber die Wahrheit verzerren oder falsch darstellen.

Schlagwörter und semantische Kämpfe

Sprache strukturiert die Welt, sie prägt unser Denken. Das Wort bildet die Wirklichkeit nicht unmittelbar eins zu eins ab, sondern immer nur ideologisch gebrochen. Das Ideologievokabular ist von zentraler Bedeutung, da es sich hier um Wörter handelt, die eine starke emotionale Anziehungskraft auf die Adressaten ausüben und die die komplexe Wirklichkeit vereinfachend darstellen. Die Wörter des Ideologievokabulars bezeichnet man auch als 'Schlagwörter'. Schlagwörter können sowohl positive Wertung (z. B. Demokratie) als auch negative Wertung haben (z. B. Terrorismus). Ihnen kommt eine dreifache Leistung zu, was am Beispiel von Demokratie verdeutlicht werden kann: Demokratie bezeichnet etwas (Demokratie ist eine 'Staatsform'), bewertet etwas (Demokratie ist ein hohes Gut) und fordert zu etwas auf (die Menschen sollen für Demokratie eintreten).

Schlagwörter mit positiver Wertung sind oft Gegenstand so genannter 'semantischer Kämpfe'. Dabei geht es darum, die Bedeutungshoheit und die Verwendungshoheit über das Schlagwort zu erlangen und es so für die eigene Partei zu vereinnahmen. Ein Beispiel hierfür ist das Schlagwort soziale Gerechtigkeit. Parteiübergreifend besitzt dieses Schlagwort eine positive Wertung und jeder will es sich an seine Fahne heften. Was aber genau unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen ist, was also dieses Schlagwort genau bezeichnet, ist abhängig vom jeweiligen ideologischen Standpunkt. Gemeinsam ist allen Standpunkten, dass mit sozialer Gerechtigkeit eine ungleiche Verteilung von Gütern, Lasten und Rechten thematisiert wird. Der Streit um soziale Gerechtigkeit dreht sich dabei vor allem um die Frage, nach welchen Kriterien die Güterverteilung erfolgen soll.

Bedeutungskonkurrenz und Bezeichnungskonkurrenz

Soziale Gerechtigkeit ist ein Beispiel von 'Bedeutungskonkurrenz', die typisch für den politischen Wettbewerb ist. Auch das Schlagwort Leistungsträger weist Bedeutungskonkurrenz auf. Ein Leistungsträger ist jemand, der durch seine Leistung einen gesellschaftlichen Beitrag leistet. Auch hier ist die Art der Leistung und des gesellschaftlichen Beitrags vom jeweiligen parteilichen Standpunkt abhängig. Wer als Leistungsträger bezeichnet werden kann und auch bezeichnet werden darf (die Krankenschwester, der Manager, der Spitzenverdiener), ist Gegenstand semantischer Kämpfe.

Neben der Bedeutungskonkurrenz spielt auch 'Bezeichnungskonkurrenz' eine wichtige Rolle. Bei der Bezeichnungskonkurrenz stehen verschiedene Wörter zur Bezugnahme auf ein und denselben Sachverhalt zur Verfügung. Diese Wörter stellen jeweils unterschiedliche Sichtweisen auf den

Sachverhalt heraus und bewerten diesen zumeist auch unterschiedlich. So kann man von genverändertem oder genmanipuliertem Mais sprechen, von Atomkraft oder von Kernenergie, von Freiheitskämpfern oder Terroristen. Im Zusammenhang mit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan wird von Mission, Friedenseinsatz, Stabilisierungseinsatz oder auch von Krieg gesprochen. Dabei kann oft schon von den unterschiedlichen Bezeichnungen einer Sache auf die jeweilige Bewertung dieser Sache geschlossen werden: Von Kernenergie werden eher die Befürworter dieser Art der Energiegewinnung sprechen, Gegner von der Atomkraft.

Zu persuasiven Zwecken besonders geeignet sind Wortzusammensetzungen (Komposita) und Metaphern. Mit Wortzusammensetzungen bietet sich den politischen Akteuren die Möglichkeit, bestimmte Eigenschaften des thematisierten Sachverhaltes besonders hervorzuheben. Sie enthalten oft bereits verkürzte Urteile, die nur bestimmte, im parteispezifischen Interessen liegende Merkmale hervorheben. Beispiele dafür sind Solidaritätsabgabe, Öko-Steuer, Umweltprämie oder Kopfpauschale. Metaphern, die auch in Gestalt von Wortzusammensetzungen auftreten können, sind in der politischen Kommunikation unentbehrliche Mittel, um komplexe politische Sachverhalte zu vereinfachen, zu interpretieren und zu bewerten. Als Beispiele seien hier soziales Netz, Aufschwung, Sparpaket, Rettungsschirm, Schuldenbremse oder die in Zusammenhang mit dem Zuwanderungsdiskurs verwendete Überschwemmungs- und Eindämmungsmetaphorik in Form von Ausdrücken wie z. B. Flut, Schwemme, Strom und Damm genannt. Durch den Gebrauch von Metaphern erscheinen politische Sachverhalte in einem neuen Licht und können vor dem Hintergrund bereits vertrauter Erfahrungen leichter vermittelt werden.

Verständigungsprobleme zwischen Politikern und Bürgern

Die in der öffentlich-politischen Kommunikation verwendeten Wörter sind aber oft auch Ursache von Verständigungsproblemen zwischen politischen Akteuren und Bürgerinnen und Bürgern. Unterschiedliche Bedeutungen im Falle der Bedeutungskonkurrenz und unterschiedliche Wertungen im Falle der Bezeichnungskonkurrenz können dazu führen, dass das von den politischen Akteuren tatsächlich Gemeinte nicht mehr erkannt wird. Hinzu kommt das Phänomen, dass Wörter unterschiedliche fachsprachliche Bedeutungen haben oder fachsprachliche und alltagssprachliche Unterschiede in den Wortbedeutungen bestehen. Das oben bereits erwähnte Schlagwort Leistungsträger hat neben seiner ideologischen Bedeutung 'jemand, der durch seine Leistung einen gesellschaftlichen Beitrag leistet' die fachsprachliche Bedeutung 'Institution, die Transferleistungen z. B. sozialer Natur vornimmt'. Es ist somit gleichermaßen ein Wort der politischen Ideologiesprache und der politischen Institutionssprache. Hinzu kommt sogar noch die sportsprachliche Bedeutung 'jemand, der durch die eigene Leistung entscheidend zu einer Gesamtleistung, zu einem Gesamterfolg beiträgt'.

Als Beispiel für fachsprachliche und alltagssprachliche Unterschiede in der Wortbedeutung kann die Verwendung von Krieg im Zusammenhang mit dem Einsatz der deutschen Bundeswehr in Afghanistan angeführt werden. So gibt es mindestens zwei Lesarten von Krieg, eine fachsprachlich-juristische Lesart, die auch die regierungsoffizielle Lesart ist, und eine alltagssprachliche Lesart. Während in der ersten Lesart Krieg nur als Konflikt zwischen zwei Staaten bzw. zwischen einer Kolonialmacht und einer Befreiungsbewegung definiert ist, liegen der alltagssprachlichen Lesart ganz bestimmte Assoziationen und Stereotypen zugrunde, die mit Krieg verknüpft sind. Die alltagssprachliche Lesart beruht in einigen Fällen auf konkreter Erfahrung, ist zumeist aber Ergebnis des kulturellen Gedächtnisses und wird durch die mediale Berichterstattung aktiviert. Krieg ruft Konzepte wie 'Soldaten, Armeen, Fronten, Schlachten, Waffengewalt, Opfer, Verluste, Tod, Grausamkeit' usw. hervor.

Wörter sind immer in umfassendere Sprechhandlungen eingebettet, wie beispielsweise INFORMIEREN, AUFFORDERN, BETROFFENHEIT ÄUSSERN, VORWERFEN oder DEN RÜCKTRITT ERKLÄREN. Eine wichtige, wenn nicht gar die wichtigste komplexe Sprechhandlung im Bereich der öffentlich-politischen Kommunikation ist das ARGUMENTIEREN. Argumentieren heißt in erster Linie, Handlungen bzw. handlungsbezogene Einstellungen der Eigengruppe zu rechtfertigen und Handlungen bzw. handlungsbezogene Einstellungen der Fremdgruppe anzugreifen. Es lassen

sich in der politischen Kommunikation typische Argumentationsmuster, auch Argumentationstopoi genannt, beobachten. So werden Handlungen beispielsweise durch den Prinzipientopos gerechtfertigt, bei dem man sich auf leitende Prinzipien, Normen oder Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit oder das Volk beruft. Das Beispiel des Prinzipientopos zeigt auch, dass die inhaltliche Füllung der Argumentationstopoi durch lexikalische Mittel erfolgt. Schlagwörter mit positiver Wertung sind prädestiniert für den Prinzipientopos, da ihre emotionale Anziehungskraft Ausdruck einer gesellschaftlichen Wertehaltung ist.

Wörter und Sprechhandlungen werden wiederum in größere Handlungsrahmen und Handlungszusammenhänge eingebettet, in so genannte Texttypen und (gesprächsorientierte) Interaktionsformate. Neben den klassischen Text- und Interaktionstypen der öffentlich-politischen Kommunikation (z. B. politische Rede, Parteiprogramm, politische Talkshow, Debatte, Interview) gewinnt zunehmend das Internet als Medium der politischen Kommunikation an Bedeutung. Neue Kommunikationsformen und -plattformen wie beispielsweise Twitter, Weblog oder Podcast eröffnen den politischen Akteuren zahlreiche neue Möglichkeiten sich medial zu inszenieren, sich zu profilieren und ihre Botschaften zu verbreiten. Zudem bietet das Internet ein großes Potenzial für neue Formen der politischen Partizipation, da hier ein Maximum an politischer Information bereitsteht und einem großen Nutzerkreis die Mitwirkung an der aktuellen politischen Diskussion ermöglicht wird.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Sprachverwendung in der Politik

Von Heiko Girnth

15.7.2010

Prof. Dr. Heiko Girnth, geb. 1964, arbeitet am Forschungszentrum Deutscher Sprachatlas der Philipps-Universität Marburg. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Sprache und Politik u.a. Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation / Polit-Talkshows – Bühnen der Macht. Ein Blick hinter die Kulissen.

Auch Worte aus der Alltagssprache können politische Bedeutung erlangen. Doch was ist der Unterschied zwischen einem politischen Wortschatz und einem politischen Gebrauch von Sprache? Und in welchen unterschiedlichen Situationen wenden Politiker Sprache an?

Der politische Wortschatz

Der politische Wortschatz ist nur schwer von der Alltagssprache oder anderen Fachsprachen abzugrenzen. Politik kann alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfassen. Wörter wie Rechtschreibreform, Regenwald, Atomkraft oder Flughafenausbau erhalten politische Brisanz, da die Sachverhalte, auf die sie Bezug nehmen, Gegenstand strittiger Auseinandersetzungen in der öffentlich-politischen Kommunikation sind. Viele Wörter, die im eigentlichen Sinne nicht politisch sind, werden in bestimmten Zusammenhängen semantisch aufgeladen und erhalten dann eine zusätzliche Bedeutung bzw. Wertung. Das Wort Heimat hat eine andere Bedeutung in dem Kontext die Heimat der Elefanten als in dem Kontext die Heimat der Sudetendeutschen. Hinzu kommt, dass bestimmte Wörter durch einen bestimmten historischen Gebrauch, insbesondere im Nationalsozialismus belastet sind, wie etwa Blut und Boden oder Selektion. Dieser politische Gebrauch von Sprache muss von einem politischen Wortschatz im engeren Sinne unterschieden werden. Hier lassen sich vier größere Gruppen unterscheiden (vgl. auch Klein 1989):

- Institutionsvokabular
- Ressortvokabular
- Allgemeines Interaktionsvokabular
- Ideologievokabular

Institutionsvokabular

Das Institutionsvokabular umfasst Bezeichnungen für die einzelnen Institutionen, ihre Aufgaben und formale Praktiken wie z. B. Bundesrat, Entwicklungshilfe, Misstrauensvotum. Bisweilen lassen sich auch in diesem Wortschatzbereich, bei man eher mit förmlichen Bezeichnungen rechnet, alltagssprachliche Bezeichnungen finden. Das Wort Hammelsprung beispielsweise bezeichnet ein Abstimmungsverfahren im Parlament, bei dem die Abgeordneten den Plenarsaal verlassen und durch zwei verschiedene Türen zurückkommen. Es handelt sich hierbei um einen ironischen Ausdruck für ein Abstimmungsverfahren, der wohl am ehesten von dem Bild von Hammeln, die nacheinander einen Graben überspringen, abgeleitet worden ist. Der Ausdruck Hammelsprung kam zunächst mündlich auf, bürgerte sich im Laufe der Zeit immer mehr ein und ist somit älter als das damit bezeichnete Abstimmungsverfahren.

Ressortvokabular

Das Ressortvokabular umfasst Bezeichnungen für die jeweiligen Sachgebiete wie z. B. Brutto sozialprodukt, Fristenlösung, Kopfpauschale. Es wird vor allem von Experten aus den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial-, -Bildungspolitik usw. verwendet. Am Ressortvokabular zeigen sich die Abgrenzungsschwierigkeiten und Überschneidungen zwischen dem politischen Wortschatz und anderen Fachsprachen. Ein wichtiger Bestandteil des Ressortvokabulars sind semi-fachsprachliche Wörter wie Giftmüll, Fristenlösung oder Umweltprämie, mit deren Hilfe komplexe Sachverhalte prägnant und unter Umständen auch in persuasiver Absicht vermittelt werden sollen.

Allgemeines Interaktionsvokabular

Das allgemeine Interaktionsvokabular umfasst Bezeichnungen für eine Vielzahl von Handlungen und Handlungszusammenhängen wie Kraftanstrengung, Mobilisierung, Krise. Es sind diese Wörter, die eine hohe Frequenz besitzen und die oft als typisch für den Sprachgebrauch von Politikerinnen und Politikern angesehen werden.

Ideologievokabular

Das Ideologievokabular umfasst Bezeichnungen für die, einer politischen Gruppierung bzw. der Gesellschaft zugrunde liegende Wertvorstellungen und Denkmuster wie z. B. Freiheit, Gerechtigkeit oder Frieden. Den Kernbestand des Ideologievokabulars bilden die so genannten 'Schlagwörter' (auch Symbolwörter, Schlüsselwörter oder Leitvokabeln). Schlagwörter haben die Funktion, die komplexe Wirklichkeit vereinfachend darzustellen. Sie werben für die eigene Position und bekämpfen und diffamieren den Gegner. Aufgrund ihrer emotionalen Anziehungskraft besitzen sie ein großes Persuasionspotenzial. Ihnen kommt gruppenübergreifend eine positive oder negative Wertung zu (z. B. Demokratie, Frieden, Terrorismus, Diktatur). Neben den Schlagwörtern bildet das 'Abgrenzungsvokabular' einen wichtigen Bestandteil des Ideologievokabulars. Das Abgrenzungsvokabular besteht aus Wörtern, die einen parteilichen Standpunkt zum Ausdruck bringen und eine gewisse Brisanz besitzen. Sie können entweder als 'Fahnenwörter' oder als 'Stigmawörter' auftreten. Fahnenwörter haben eine positive Wertung und ihre Funktion besteht darin, die Eigengruppe aufzuwerten. Beispiele für Fahnenwörter sind Sozialismus, Partei der Mitte und soziale Marktwirtschaft. Oft spiegeln sich in Fahnenwörtern die programmatischen Grundlagen einer Partei wider. Stigmawörter dagegen besitzen negative Wertung und dienen dazu, den politischen Gegner bzw. dessen Standpunkte zu diffamieren. Als Beispiele seien hier Gewerkschaftsstaat, Planwirtschaft, Heuschrecken oder Krisengewinnler genannt. Wörter können gleichzeitig als Fahnen- und Stigmawort gebraucht werden, wie das Beispiel Sozialismus zeigt.

Texttypen, Interaktionsformate und Diskurse in der Politik

Der Kommunikationsbereich Politik verfügt über eine Vielzahl von Texttypen und Interaktionsformaten. Diese sind ebenso wie der Wortschatz Teil der Sprachhandlungskompetenz der politischen Akteure und müssen situationsangemessen verwendet werden. 'Texttypen' sind konventionell geltende Muster für komplexe sprachliche Handlungen, wobei sowohl schriftliche als auch mündliche Texte in Frage kommen (z. B. Regierungserklärung, Parteiprogramm, politische Rede). Hinzu kommen so genannte 'Interaktionsformate', die gesprächsorientiert sind und alle Formen mündlicher Interaktion innerhalb des Kommunikationsbereichs Politik umfassen (z. B. Interview, politische Talkshow, Pressekonferenz). Um eine Ordnung in die Menge an Texttypen und Interaktionsformate zu bekommen, können diese nach bestimmten Kriterien klassifiziert werden. Für politische Texttypen bietet sich eine erste Grobklassifizierung nach den jeweiligen Textproduzenten an (vgl. hierzu Klein 2000). Als Produzenten von politischen Texttypen kommen in Frage:

- Parlamente und parlamentähnliche Versammlungen (z. B. Verfassung, Gesetz, Geschäftsordnung)
- Regierungen (z.B. Staatsvertrag, Regierungsbericht)
- Parteien (z.B. Wahlplakat, Parteiprogramm, Koalitionsvertrag)
- Politiker (z.B. Rücktrittserklärung, Zwischenruf, Wahlrede, Gedenkrede)
- Bürger, Presse, Verbände (z.B. Pressekommentar, Volksbegehren, Memorandum)

Auf dieser Grundlage können die Texttypen dann näher bestimmt werden, etwa nach Funktion, Inhalt und charakteristischen sprachlichen Mitteln. So handelt es sich beispielsweise bei der Gedenkrede um einen Text mittleren bis größeren Umfangs, der meist auf der Grundlage eines sorgfältig ausgearbeiteten Manuskripts vorgetragen wird. Textproduzenten sind Politiker in Spitzenfunktionen, Adressaten sind das Publikum der Gedenkveranstaltung bzw. die Öffentlichkeit. Thematisiert werden zumeist mit bestimmten Daten verknüpfte, zentrale historische Ereignisse, beispielsweise die NS-Verbrechen und der Zweite Weltkrieg. Die Funktion der Gedenkrede ist integrativ, in ihr werden gemeinsam geteilte Werthaltungen und kollektive Einstellungen zum Ausdruck gebracht. Typische Sprechhandlungen sind beispielsweise ERINNERN, ENTSCULDIGEN, TRAUER BEKUNDEN und APPELLIEREN. Es finden sich häufig Wörter für Einstellungen wie Leid, Scham, Schmerz und Trauer sowie Wörter, die Prinzipien und Werte bezeichnen wie Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Das Personalpronomen wir kommt gehäuft vor, da mit wir Gemeinsamkeit zum Ausdruck gebracht wird und der Redner mit dem Publikum zu einer Einheit verschmilzt.

Die mündlichen Interaktionsformate lassen sich im Wesentlichen in drei größere Sprechhandlungsmuster einteilen (vgl. hierzu Klein 2001):

- Diskussion- und Debattenformate (z.B. Plenardebatte, politische Talkshow)
- Verhandlungsformate (z.B. Konferenz, Koalitionsverhandlung)
- Frage-Antwort-Formate (Parlamentarische Befragung, Anhörung)

Auch die mündlichen Interaktionsformate können natürlich im Einzelnen näher charakterisiert werden. So ist beispielsweise die politische Talkshow als mündlicher Interaktionstyp dem Diskussions- bzw. Debattenformat zuzuordnen. Das grundsätzliche Format von politischen Talkshows gestaltet sich ähnlich: Ein Moderator diskutiert mit Politikern sämtlicher Parteien über aktuelle und brisante Themen. Darüber hinaus werden externe Experten wie z. B. Politologen, Personen des öffentlich-kulturellen Lebens und – durch Chats, Telefonanrufe live ins Studio sowie Live-Interviews – Zuschauer bzw. Studiogäste in die Diskussion mit einbezogen. Typische Sprechhandlungen der beteiligten Akteure sind ARGUMENTIEREN, LEGITIMIEREN, VORWERFEN, BESCHULDIGEN, SICH ENTRÜSTEN, SICH ALS GLAUBWÜRDIG PRÄSENTIEREN. Häufig gebrauchte sprachliche Mittel sind das Ideologie- und allgemeine Interaktionsvokabular. Politische Talkshows leben von der Inszenierung der Protagonisten und der Ausbeutung der medialen Übertragungsmöglichkeiten. Durch die Kombination von gesprochener Sprache und Bild ergeben sich ganz spezifische Anforderungen an die Beteiligten. Sie werden nicht nur an ihren sprachlichen Äußerungen und damit an ihren Argumenten und ihrer Diskussionsbereitschaft bzw. -kompetenz gemessen. Auch die optische Präsentation der eigenen Person, die nonverbale Kommunikation, spielt eine wichtige Rolle.

Zur kommunikativen Kompetenz der politischen Akteure gehört jedoch nicht nur das Wissen um die charakteristischen Eigenschaften der politischen Texttypen und Interaktionsformate, sondern auch das Wissen um ihre situationsangemessene Verwendung. Dazu gehört die Entscheidung, welche Texttypen bzw. Interaktionsformate zu welchem Zeitpunkt eingesetzt werden und in welchen spezifische kommunikativen und institutionellen Rahmenbedingungen sie eingebettet sind. Für diese Rahmenbedingungen haben sich Bezeichnungen wie Interaktionsrahmen oder Handlungsfelder eingebürgert. Elementare Handlungsfelder im Kommunikationsbereich Politik sind:

- Öffentlich-politische Meinungsbildung
- Innerparteiliche Meinungs- und Willensbildung
- Politische Werbung
- Gesetzgebungsverfahren

In jedem dieser Handlungsfelder gibt es charakteristische Texttypen bzw. Interaktionsformate, die jeweils dominante Grundfunktionen besitzen. Die Durchsetzung dieser Grundfunktion erfolgt dann durch jeweils typische Sprechhandlungen.

Öffentlich-politische Meinungsbildung

Das Handlungsfeld "öffentlich-politische Meinungsbildung" ist das zurzeit wohl dominierende, da hier politische Entscheidungen öffentlich legitimiert und diskutiert werden. In diesem Handlungsfeld findet auch die massenmediale Vermittlung der für die politische Kommunikation relevanten Texttypen und Interaktionsformate statt. Texttypen dieses Handlungsfeldes sind beispielsweise Pressekommentar, Rundfunk-/ Fernsehnews und Regierungserklärung, typische Interaktionsformate sind Interview, politische Talkshow und Pressekonferenz.

Die kommunikative Grundfunktion dieser Texttypen ist informativ-persuasiv. Sie haben einerseits die Funktion die Öffentlichkeit zu informieren, dienen andererseits aber auch der Legitimation politischer Entscheidungen. Um die informativ-persuasive Grundfunktion zu realisieren, werden in Texten dieses Handlungsfeldes Sprechhandlungen wie INFORMIEREN, ARGUMENTIEREN oder BEWERTEN wirksam.

Innerparteiliche Meinungs- und Willensbildung

Die das Handlungsfeld 'innerparteiliche Meinungs- und Willensbildung' konstituierenden Texttypen wie Parteiprogramm, Parteitagbeschluss und Parteitagrede sowie Interaktionsformate wie Parteitag- und Fraktionsdebatte haben zum einen die Funktion, die Grundwerte und weltanschaulichen Richtlinien der Parteien festzulegen. Ihre kommunikative Grundfunktion ist zumeist integrativ. Sie dienen dazu, sich gemeinsamer Überzeugungen und Werthaltungen zu vergewissern. Typische Sprechhandlungen sind beispielsweise SOLIDARISIEREN, EINSTELLUNGEN BEKUNDEN oder WERTE ETABLIEREN. Zum anderen aber werden in diesem Handlungsfeld parteipolitische Entscheidungen vorbereitet und durchgesetzt. Die kommunikative Grundfunktion ist dann informativ-persuasiv, die Sprechhandlungen sind beispielsweise ARGUMENTIEREN und EMPFEHLEN.

Politische Werbung

Im Handlungsfeld 'politische Werbung' geht es für die beteiligten Parteien, Verbände und Organisationen darum, Meinungen zu beeinflussen und Macht zu erlangen. Hier finden sich Texttypen wie Wahlkampfreden, Wahlslogans oder Flugblätter, deren kommunikative Grundfunktion informativ-

persuasiv ist. Typische Sprechhandlungen sind WERBEN, AKTIVIEREN, LEGITIMIEREN oder BEWERTEN.

Gesetzgebungsverfahren / Meinungs- und Willensbildung in Institutionen

Das Handlungsfeld 'Gesetzgebungsverfahren / Meinungs- und Willensbildung in Institutionen' ist charakterisiert durch die Kommunikation innerhalb der drei Staatsgewalten und zwischen den Institutionen und der Öffentlichkeit. In Texttypen wie Gesetz, Erlass oder Sofortprogramm dominiert die regulative Grundfunktion, bei der es um die Beziehungen zwischen den Regierenden und den Bürgerinnen und Bürgern geht. In Texten dieses Handlungsfeldes dominieren Sprechhandlungen wie AUFFORDERN, ANWEISEN und GESETZE ENTWERFEN.

Allerdings ist eine eins-zu-eins-Zuordnung von Texttyp und Handlungsfeld nicht in jedem Falle möglich. Dies gilt beispielsweise für die parlamentarische Debattenrede. Die parlamentarische Debattenrede erfüllt Funktionen in vier Handlungsfeldern (vgl. hierzu auch Strauß 1986, S. 197f. u. Klein 1991, S. 268f.). Als Bestandteil der durch die Geschäftsordnung des Bundestages streng geregelten parlamentarischen Aussprache ist sie ein wichtiger Verfahrensschritt im Handlungsfeld Gesetzgebungsverfahren. Im Handlungsfeld politische Werbung dient die parlamentarische Debattenrede der positiven Darstellung der eigenen und der kritisch-abwertenden Darstellung der gegnerischen Positionen. Im Handlungsfeld innerparteiliche Willensbildung hat sie die Funktion der innerparteilichen Profilierung. Darüber hinaus kommt ihr eine wichtige Funktion im Handlungsfeld öffentlich-politische Meinungsbildung zu. Nicht zuletzt als Folge zunehmender Medienpräsenz besteht bei vielen Abgeordneten die Tendenz 'zum Fenster hinaus' zu reden und nicht das Parlament, sondern die Öffentlichkeit als primären Adressaten zu begreifen. Diese Kommunikationssituation hat zur Folge, dass Sprechhandlungen wie LEGITIMIEREN oder WERBEN für die Öffentlichkeit realisiert werden.

Texte im Bereich der politischen Kommunikation zeichnen sich durch ihre diskursive Vernetzung aus. Ihr eigentlicher kommunikativer Wert wird erst durch die Einbindung in Diskurse sichtbar. In Diskursen werden gesellschaftlich relevante Themen, die strittig sind, kommunikativ verhandelt. Ein Diskurs ist eine komplexe Form sprachlichen Handelns, die sich aus einer Anzahl von Texten zu einem bestimmten Thema zusammensetzt. Die Texte eines Diskurses bilden ein komplexes Beziehungsgeflecht. Dies gilt beispielsweise auch für Texte in Gesetzgebungsverfahren oder bei Kampagnen wie Wahlkämpfen, wo die Reihenfolge der beteiligten Texte institutionalisiert ist bzw. strategischen Planungen unterliegt. Diskurse verweisen zumeist auch auf andere Diskurse, seien es vergangene oder zeitlich parallel verlaufende Diskurse. So steht der Diskurs um den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan in Zusammenhang mit Diskursen um die Rolle Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das Verhältnis von Handlungsfeld, Textsorten und Diskursen verdeutlicht nachfolgende Abbildung:

Ziele der Sprachverwendung

Von Heiko Girnth

15.7.2010

Prof. Dr. Heiko Girnth, geb. 1964, arbeitet am Forschungszentrum Deutscher Sprachatlas der Philipps-Universität Marburg. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Sprache und Politik u.a. Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation / Polit-Talkshows – Bühnen der Macht. Ein Blick hinter die Kulissen.

Überzeugen, beeinflussen oder das eigene Image pflegen: Die Funktionen politischer Sprache sind zahlreich. Eine bewusste Wortwahl und Argumentationsstrategie spielen dabei stets eine große Rolle.

Vier Grundfunktionen politischen Sprachhandelns

Persuasion

Die wichtigste Funktion der politischen Sprache ist 'Persuasion', also der Versuch, mit sprachlichen Mitteln Meinungen und Einstellungen der Adressaten zu beeinflussen. Idealerweise gelingt dies durch überzeugendes Argumentieren mit dem Ziel des Konsenses. Persuasion ist dann ein dynamischer, wechselseitiger Prozess, in dessen Verlauf die Kommunikationspartner auch bereit sind, sich überzeugen zu lassen. Die parteiliche und machtbezogene Dimension der politischen Kommunikation lassen sich allerdings mit dieser idealen Form der Persuasion nur unvollständig fassen. So muss nicht nur in Rechnung gestellt werden, dass politische Diskussionen für die Öffentlichkeit inszeniert sind und die Diskussionspartner keinesfalls die Absicht haben, sich überzeugen zu lassen. Vielmehr muss auch davon ausgegangen werden, dass politische Akteure strategische Maximen verfolgen und beispielsweise Informationen verschweigen und falsche Informationen verbreiten, um damit den politischen Diskurs in eine bestimmte Richtung zu lenken. Da die persuasive Funktion oft mit der informativen Funktion gekoppelt ist, spricht man auch von der 'informativ-persuasiven Funktion'. Sie ist eine von vier Grundfunktionen, die das politische Sprachhandeln prägen.

integrative Funktion

Neben der informativ-persuasiven Funktion kommt auch der integrativen Funktion in der politischen Kommunikation eine tragende Rolle zu. Sprachliches Handeln ist integrativ, wenn es dazu dient, kollektive Einstellungen und Überzeugungen öffentlich zu bekunden und sich somit einer gemeinsamen Werthaltung zu versichern. Die integrative Funktion findet sich beispielsweise in Parteiprogrammen oder auch in Gedenkreiden. Letztere sind meist mit bestimmten Daten verknüpft und nehmen auf zentrale historische Ereignisse Bezug wie beispielsweise die NS-Verbrechen und den Zweiten Weltkrieg. Aber auch die traditionellen Weihnachts- und Neujahrsansprachen von Bundespräsident bzw. Kanzler haben diese integrative Funktion.

regulative Funktion

Die regulative Funktion ist die zentrale Funktion der institutionsexternen Außenkommunikation, die die administrativ geregelte Kommunikation zwischen staatlichen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern umfasst. Die regulative Funktion regelt die Beziehungen zwischen den Regierenden und den Bürgern. In gewisser Weise handelt es sich hier um eine Kommunikationsrichtung von 'oben' nach 'unten'. Texttypen mit regulativer Funktion sind beispielsweise Gesetze, Erlasse oder Sofortprogramme. Hier dominieren Sprechhandlungen wie AUFFORDERN, ANWEISEN und GESETZE ENTWERFEN.

poskative Funktion

Als vierte und letzte Grundfunktion kann hier die poskative Funktion (von lat. *poscere* = fordern) genannt werden. Hier werden beispielsweise von Bürgerinnen und Bürgern, Gruppen und Verbänden Forderungen gestellt, Wünsche vorgetragen oder Widerstand geleistet. Die poskative Funktion ist eine Umkehrung der regulativen Funktion. Sie ist typisch für Texte wie Aufrufe, Petitionen oder Manifeste.

Um diese Grundfunktionen durchzusetzen wenden die politischen Akteure bestimmte Sprachhandlungsmuster an. Diese zielen auf die Art und Weise der Vermittlung der Grundfunktionen ab. So kann beispielsweise die Grundfunktion informativ-persuasiv durch unterschiedliche Sprachhandlungen wie ARGUMENTIEREN, INFORMIEREN oder BEWERTEN realisiert werden. Am Beispiel des Texttyps Parteiprogramm kann das Verhältnis von Grundfunktion und Sprachhandlung verdeutlicht werden: Die dominierende Funktion des Parteiprogramms ist integrativ. Das Programm ist Grundlage für die Identität einer Partei. Diese dominante Grundfunktion wird durch zahlreiche Sprachhandlungen wie beispielsweise LEGITIMIEREN, PROFILIEREN, BEKENNEN, WERBEN, SICH ABGRENZEN realisiert. Exemplarisch zeigt dies ein Auszug aus dem Hamburger Grundsatzprogramm der SPD aus dem Jahre 2007:

"Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander. Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren."

(Hamburger Parteiprogramm (http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/hamburger_programm_kurz.pdf))

In diesem Textbeispiel artikulieren sich in den Schlagwörtern Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die elementaren Werte der Partei, die hier im Sinne der integrativen Funktion hervorgehoben werden. Die SPD BEKENNT sich zu diesen positiven Werten und VERGEWISST sich einer gemeinsamen Grundhaltung. Dies wird auch durch die Verwendung des Personalpronomens *unser* in der Verbindung mit dem Oberbegriff Grundwerte erreicht. Gleichzeitig dient diese Textpassage auch dazu, sich vom politischen Gegner ABZUGRENZEN und ihm ein auf die Aspekte Markt, Rechtsstaat und Armenfürsorge reduziertes Verständnis der Grundwerte VORZUWERFEN.

Imagebildungsfunktion

Politisches Sprachhandeln hat noch eine weitere wichtige Funktion, die in Zeiten der zunehmenden Personalisierung und Medialisierung besondere Relevanz erlangt und die eng mit der informativ-persuasiven Funktion verknüpft ist: die Imagebildungsfunktion. Diese Funktion zielt auf die Selbstdarstellung und Profilierungsfunktion von Politikern und hatte spätestens 2002 mit dem Fernsehduell zwischen den Spitzenkandidaten Gerard Schröder und Edmund Stoiber einen medialen Höhepunkt. Im Idealfall präsentieren sich Politiker als volksnah, authentisch, sympathisch, kompetent, souverän und unverwechselbar. Mit Bodenständigkeit und Volksnähe soll dem Image der Politiker als den Abgehobenen, als 'denen da oben' entgegengesteuert werden. Für Politiker bieten sich hierzu zahlreiche Möglichkeiten, die vom Bürgergespräch über Wahlkampfveranstaltungen bis hin zu politischen Talkshows oder Personality-Talkshows reichen. Auch das Internet erweist sich als ideales Medium, um sich optimal zu 'vermarkten'. Eigene Homepages, Weblogs und Plattformen wie Youtube und Facebook vermitteln das Bild moderner Politiker, die Bürgernähe pflegen und sich hochkompetent den Herausforderungen der Zeit stellen.

Das Beispiel Twitter

Dies zeigt auch das Beispiel von Twitter, einer Internet-Plattform, die so genanntes Microblogging (blog = web + log) ermöglicht. Die Textnachrichten (updates oder tweets) haben einen Umfang von maximal

140 Zeichen, können von Benutzern (Followern) abonniert werden und werden chronologisch in einem Blog dargestellt. Heute benutzen zahlreiche Politikerinnen und Politiker Twitter. Themen von Twitter sind das politische Tagesgeschäft, das aktuelle politische Geschehen, Alltagsthemen und persönliche Einstellungen. Die in Twitter realisierten Sprachhandlungen sind INFORMIEREN, KOMMENTIEREN, BEWERTEN, AKTIVIEREN, WERBEN, LEGITIMIEREN und PROFILIEREN. Dabei ist die Imagebildungsfunktion bei Twitter besonders ausgeprägt. Exemplarisch seien hier einige Tweets aus dem Jahre 2010 aufgeführt (um Uhrzeit, Datum und Quelle gekürzte Darstellung):

Kristina Schröder (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend):

"Eben war ich bei der Eröffnung der 'Langen Tafel' am Alexanderplatz, bin Schirmherrin der 'Tafeln' in Deutschland."

"Das Problem bei Debatte um türkische Schulen in Dt. ist doch, dass argumentiert wird, die Kinder müssten erst ihre Muttersprache gut lernen."

"Das Ehepaar Schröder bedankt sich für die vielen Glückwünsche zur Hochzeit :-)"

Dagmar Wöhrl (CSU-Bundestagsabgeordnete für Nürnberg-Nord und Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung):

"Jaaa, unsere #Lena hat gewonnen! Was für ein tolles Gefühl! Go Europe!"

"In der ersten Sitzung intensive Diskussion über das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen!"

"So, Arbeit ruft...genug getwittert ;)"

"Trefte mich mit Karl-Theodor zu #Guttenberg, um über die neue NATO-Strategie zu sprechen!"

Die Politikerinnen präsentieren sich hier in lockerer Sprache als informierte und kompetente Entscheidungsträger, deren Einblicke in ihren Tagesablauf Transparenz schaffen und sie als Menschen wie du und ich erscheinen lassen.

Bewusste Wortwahl

Wie die Beispiele zeigen, beziehen politische Akteure bestimmte Positionen und bringen Einstellungen und Bewertungen gegenüber politisch relevanten Sachverhalten zum Ausdruck. Ein elementares sprachliches Mittel der Durchsetzung politischer Ziele ist der bewusste Einsatz des politisch relevanten Wortschatzes. Benutzt der politische Akteur ein Schlagwort wie Unrechtsstaat in Bezug auf die ehemalige DDR, dann geht es ihm sicherlich nicht nur darum, festzulegen, worüber er spricht. Er will vor allem eine Wertung zum Ausdruck bringen: seine Einstellung zu den staatlichen Institutionen der ehemaligen DDR. Aufgrund der in Wörtern enthaltenen Wertung wird in den Adressaten eine bestimmte Einstellung gegenüber dem angesprochenen Sachverhalt erzeugt. Bewertungen können auch durch Attribute realisiert werden. So macht es einen Unterschied, ob man von einem sozial ausgewogenen Sparpaket oder einem ungerechten oder unsozialen Sparpaket spricht.

Ein in der politischen Kommunikation weit verbreitetes sprachliches Mittel ist die Metapher. Metaphern sind Ausdruck einer grundlegenden kognitiven Fähigkeit des Menschen. Durch Metaphernbildung werden neue sprachliche Ausdrucksmittel geschaffen und neue Konzepte sprachlich erschlossen. Metaphern vereinfachen komplexe Sachverhalte, interpretieren politische Entwicklungen, ermöglichen den Rückgriff auf Vertrautes und erzeugen Assoziationen. Eine weit verbreitete Metapher in der öffentlich-politischen Kommunikation ist beispielsweise die Fundament-Metapher: 'Fundament der Gesellschaft sind Ehe und Familie, die wir stärken wollen.' (Kurzfassung Grundsatzprogramm der CDU

2007 (<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/080215-grundsatzprogramm-kurz.pdf>) Ehe und Familie werden hier als Basis, als Grund konzeptualisiert, auf dem eine Gesellschaft errichtet ist. Die Fundament-Metapher kommt in zahlreichen Varianten vor, beispielsweise als Haus-Metapher (das europäische Haus).

Statt der statischen Fundament-Metapher werden oft auch die Ziel-Metapher und die Weg-Metapher benutzt: 'Für dieses Ziel eines freien und sicheren Lebens in der Chancengesellschaft formulieren wir die Grundsätze unserer Politik in diesem Programm.' ([Grundsatzprogramm CDU \(http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/070711-zusammenfassung-grundsatzprogramm-entwurf.pdf\)](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/070711-zusammenfassung-grundsatzprogramm-entwurf.pdf)) Oder: 'Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist unsere Gesellschaft weit vorangekommen.' (Hamburger Grundsatzprogramm der SPD 2007. ([Hamburger Programm der SPD \(http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf\)](http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf)) Mit der Weg-Metapher, die auf der Alltagserfahrung des Menschen beruht, sind vielfältige Assoziationen verbunden, die wiederum metaphorisch realisiert werden können. So werden Brücken gebaut, Weichen gestellt und Richtungswechsel vorgenommen. Politisches Handeln wird auch sehr oft als Kampf konzeptualisiert: 'Deshalb kämpfen wir für eine Politik, die im eigenen Land, in Europa und in der Welt eine soziale Antwort auf den globalen Kapitalismus formuliert.' ([Hamburger Programm der SPD \(http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf\)](http://www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Hamburger-Programm_final.pdf))

Frames: Sinn- und Wissenszusammenhänge

Neben der Metapher besitzen Wortzusammensetzungen eine stark persuasive Wirkung. So bieten sich für diejenigen, die die Bezeichnung Krieg für den 'Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan' nicht für angemessen halten, bis zum heutigen Tage zahlreiche Bezeichnungsalternativen an: Friedenseinsatz, Stabilisierungseinsatz oder Mission. Wortzusammensetzungen wie Friedenseinsatz und Stabilisierungseinsatz dienen Regierungen dazu, den Einsatz von Soldaten zu legitimieren. Sie benennen über den Sachverhalt hinaus die positiv bewerteten Ziele etwa des 'Einsatzes deutscher Soldaten in Afghanistan'. Jede dieser Bezeichnungen ruft ganz bestimmte Sinn- und Wissenszusammenhänge auf, so genannte Frames. Der Frame, der durch Frieden aktiviert wird, enthält positive Konzepte wie 'Ruhe und Sicherheit (im Zusammenleben der Menschen)'. Darüber hinaus aber aktiviert Frieden aber auch ein Konzept, das erst in jüngster Zeit im Zusammenhang mit den Rechtfertigungen von militärischen Einsätzen entstanden ist, nämlich 'Zustand, in dem die Menschenrechte verwirklicht werden können'. Stabilisierungseinsatz aktiviert ebenso ein positives Konzept. Wenn etwas stabilisiert werden muss, dann ist es vorher in ein (bedrohliches) Ungleichgewicht gebracht worden. Friedenseinsatz und Stabilisierungseinsatz entfalten so eine starke persuasive Wirkung, da mit ihrer Hilfe die Legitimation des Einsatzes und damit eine komplexe Argumentation in ein einziges Wort verpackt werden. Zudem bringen sie mehr oder weniger konkrete Handlungsaufforderungen zum Ausdruck. Zugleich zeigen sich an diesen Beispielen aber auch die Grenzen der Persuasion durch das Wort. Die Macht des Wortes endet da, wo die Menschen mit der Realität konfrontiert werden und eine Diskrepanz zwischen Wort und Wirklichkeit empfunden wird.

Argumentationsmuster in der politischen Kommunikation

Der Gebrauch von Wörtern ist immer in Argumentationsstrategien eingebettet, wobei sich typische Argumentationsmuster oder auch Argumentationstopoi in der politischen Kommunikation etabliert haben. Nach Klein (2003: 1468) beziehen die Akteure Stellung zu bestimmten Themen, indem sie aus ihrer Perspektive auf Situationsdaten verweisen, Bewertungen der Situationsdaten vornehmen, leitende Prinzipien oder Werte anführen, Ziele benennen und auf Konsequenzen des thematisierten Handelns oder auch der Daten, Bewertungen, Prinzipien und Ziele hinweisen. Argumentativ verwendet werden aus diesen Handlungskategorien Handlungstopoi, das heißt Begründungsschemata für die Rechtfertigung von Handlungen oder handlungsbezogenen Einstellungen bzw. für Angriffe auf dieselben. Argumentationstopoi haben die Funktion, bestimmte Positionen zu legitimieren. Politische Handlungen werden durch Ziele (Finaltopos) begründet und durch Situationsbewertungen (Motivationstopos) motiviert. Den Situationsbewertungen wiederum liegen bestimmte Annahmen über

die Situation (Datentopos) und deren Konsequenzen (Konsequenztopos), andererseits aber auch Prinzipien oder Werte (Prinzipientopos) zugrunde.

Dies kann am Beispiel des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan verdeutlicht werden. Eine Argumentationslinie, die in diesem Zusammenhang von Friedenseinsatz oder Stabilisierungseinsatz spricht, sieht folgendermaßen aus:

- **Datentopos:** es liegt eine instabile politische Situation vor, Unterdrückung der Bevölkerung und Gewaltausübung seitens der Taliban
- **Prinzipientopos:** Demokratie, Freiheit, Menschenrechte
- **Motivationstopos:** dass Menschen unterdrückt und in ihrer Freiheit eingeschränkt werden, ist nicht hinnehmbar
- **Finaltopos:** Hilfe beim Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens

Die politischen Akteure führen die genannten Argumentationsmuster nicht immer vollständig aus. In den meisten Fällen ist das auch gar nicht nötig, da fehlende Argumentationsmuster meist mitgedacht werden. So löst das Wort Stabilisierungseinsatz die oben aufgeführte Argumentationskette auch ohne explizite Nennung aus.

Wie ausführlich politische Akteure ihre Argumentationen gestalten können, hängt immer auch von Texttyp und Interaktionsformat ab. Statements im Fernsehen, Interviews und die Teilnahme an politischen Talkshows erfordern die Fähigkeit, in einem sehr engen Zeitrahmen die eigene Position zu vermitteln. Im Gefolge des zunehmenden Einflusses der Medien auf die Politikvermittlung ist darüber hinaus die Tendenz zu beobachten, bei den Argumentationsmustern dem Datentopos eine besondere Stellung einzuräumen. Insbesondere in politischen Talkshows wird dem politischen Gegner gerne unterstellt, er verfüge nicht über genügend Fakten oder er sage die Unwahrheit. Die Einrichtung eines 'Fakten-Check' in der politischen Talkshow hartaberfair trägt dieser Bedeutung der Fakten Rechnung. Äußerungen der Gäste werden auf der Homepage der Sendung zeitversetzt in indirekter Rede angeführt. Ein Link führt zum O-Ton des Zitats. Dieser indirekten Redewiedergabe folgen nun die Kommentare und Sichtweisen von Experten, bei denen es sich häufig um Wissenschaftler handelt. Diese sollen qua Profession maximale Objektivität und Sachkenntnis vermitteln und somit die Aussagen der Talkshow-Gäste auf den Prüfstand stellen.

Die Bedeutung der Fakten wird beispielsweise auch durch die im Internet eingesetzte Kommunikationsform Rapid Response auf die Spitze getrieben. Rapid Response ist ein Instrument des Online-Wahlkampfes, der in den USA bereits eine längere Tradition besitzt. Äußerungen des politischen Gegners, etwa auf Wahlkampfveranstaltungen oder in Fernseh-Auftritten, werden mit dem Instrument des Rapid Response möglichst zeitnah in das Internet gestellt und durch so genannte Fakten widerlegt. Für Rapid Response ist ein digitales Medium wie das Internet notwendig. Erst dieses ermöglicht schnelles Reagieren auf den politischen Gegner. Traditionelle Massenmedien wie Zeitung, Radio und Fernsehen sind dazu nur bedingt geeignet. Das Internet besitzt ein technisches Potential, das Interaktivität sowie Aktualität und Kapazität bereitstellt. Zudem besitzt das Internet einen ausgeprägten Dokumentationscharakter, es bietet die Möglichkeit, alle negativen Aktionen des politischen Gegners in Text und Bild zu dokumentieren und zu kommentieren.

Einflussnahme auf den Adressaten

Letztlich dienen alle sprachlichen Handlungen der politischen Akteure dem Ziel die Einstellungsstrukturen der Adressaten in der beabsichtigten Weise zu beeinflussen. Es lassen sich Einstellungsveränderung, Einstellungspolarisierung und Einstellungsbestätigung unterscheiden.

Einstellungsveränderung

Die Einstellungsveränderung soll eine Veränderung der Einstellungen des Adressaten bewirken. Insbesondere in Texten mit informativ-persuasiver Funktion, also beispielsweise in Pressekommentaren oder in politischen Talkshows werden Wörter und Argumentationsmuster gebraucht, die dem Zweck der Einstellungsveränderung dienen.

Einstellungspolarisierung

Mit der Einstellungspolarisierung soll der eigene Standpunkt plakativ verdeutlicht werden und gegebenenfalls eine Reaktion auf Seiten des Adressaten hervorgerufen werden. Es handelt sich bei der Einstellungspolarisierung auch um die Herbeiführung eines Dissenses mit dem Ziel, die Diskussion in eine bestimmte Richtung zu lenken. Zwar ist nicht die Herbeiführung eines Dissenses, sondern die Erreichung eines Konsenses eine Grundvoraussetzung freiheitlicher Demokratie, doch aus strategischen Gründen kann die Dissensbetonung für die politischen Akteure sinnvoll sein. Einstellungspolarisierung und Dissensbetonung spielen unter den Bedingungen von Öffentlichkeit, Massenmedialität und Mehrfachadressierung eine wichtige Rolle.

Einstellungsbestätigung

Die Einstellungsbestätigung zielt darauf ab, bereits vorhandene Einstellungen beim Adressaten zu bekräftigen und gegebenenfalls auch zu verstärken. Sie kann vor allem in Texten mit integrativer Funktion wirksam werden, also etwa in Parteiprogrammen oder Gedenkreten. Aber auch Wahlreden auf Wahlkampfveranstaltungen müssen nicht unmittelbar der Wählerwerbung dienen (informativ-persuasive Funktion), sondern können vor allem der Mobilisierung der eigenen Anhänger dienen, deren Überzeugungen und Positionen noch einmal bekräftigt werden (integrative Funktion).

Sprachvermittlung und Sprachprobleme

Von Heiko Girnth

15.7.2010

Prof. Dr. Heiko Girnth, geb. 1964, arbeitet am Forschungszentrum Deutscher Sprachatlas der Philipps-Universität Marburg. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Sprache und Politik u.a. Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation / Polit-Talkshows – Bühnen der Macht. Ein Blick hinter die Kulissen.

Politiker stehen oft vor einer großen Herausforderung: Einerseits sollen sie komplexe Sachverhalte so vermitteln, dass die Bürger sie verstehen. Andererseits müssen Politiker auch unter strategischen Gesichtspunkten kommunizieren.

Eine zentrale Eigenschaft politischer Kommunikation besteht darin, dass sie eine Form der Massenkommunikation ist, an der Menschen mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen beteiligt sind. Es können zahlreiche Verständigungs- und Vermittlungsprobleme auftreten, wobei zunächst einmal unterschieden werden muss, in welchem Funktionsbereichen politischer Kommunikation diese vorkommen. Je nachdem, welche Akteure in der politischen Kommunikation interagieren und welche Kommunikationsrichtung die politische Sprache hat, lassen sich zwei Funktionsbereiche unterscheiden: die politische Binnenkommunikation und die politische Außenkommunikation.

Politische Binnen- und Außenkommunikation

Die politische Binnenkommunikation umfasst die institutionsinterne Kommunikation, also die Kommunikation innerhalb und zwischen den drei Staatsgewalten Legislative, Judikative und Exekutive. Sie weist eine hohe Frequenz institutioneller und fachsprachlicher Ausdrücke auf. Da die Bürger und die Öffentlichkeit insgesamt in der Regel von der politischen Binnenkommunikation ausgeschlossen sind, spielen Vermittlungs- bzw. Verständlichkeitsprobleme hier in der Regel keine Rolle. Kommt es in der politischen Kommunikation zu Verständigungsproblemen zwischen Politikern und Bürgern, dann sind diese vor allem in der politischen Außenkommunikation zu suchen.

Die politische Außenkommunikation richtet sich dagegen an die Öffentlichkeit. Hier kann zwischen einer institutionsexternen Außenkommunikation, die die Kommunikation zwischen staatlichen Behörden und Bürgern umfasst, und der öffentlich-politischen Kommunikation, also der Kommunikation zwischen den politischen Akteuren und der Öffentlichkeit unterschieden werden. Bei der institutionsexternen Außenkommunikation geht es um die administrativ geregelte Kommunikation zwischen den staatlichen Institutionen und den Bürgern. In gewisser Weise handelt es sich hier um eine Kommunikationsrichtung von 'oben' nach 'unten'. Ein typisches Handlungsmuster ist das Regulieren, das sich etwa in Texten wie Gesetzen, Verordnungen oder Erlassen manifestiert. Die institutionsexterne Außensprache ist für die Bürger oft unverständlich, da es sich beispielsweise bei der Verwaltungssprache um Texte mit fachsprachlichen Ausdrücken und einem typischen grammatischen Stil handelt, der für einen ungeübten Leser nur schwer aufzulösen ist. Aus diesem Grunde gibt es zahlreiche Bemühungen etwa Gesetzestexte zu vereinfachen. So hat beispielsweise die Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden (www.gfds.de (<http://www.gfds.de>)) einen Redaktionsstab beim Deutschen Bundestag in Berlin, der Gesetzentwürfe, Verordnungen und andere Texte auf sprachliche Richtigkeit und Verständlichkeit überprüft. Die gleichen Ziele verfolgt ein Redaktionsstab Rechtssprache der Gesellschaft für deutsche Sprache, der das Bundesministerium der Justiz berät.

Verletzung kommunikationsethischer Maximen

Innerhalb der öffentlich-politischen Kommunikation sind Verständigungs- und Vermittlungsprobleme von größter Brisanz. Sie wirken sich direkt auf den Prozess der Meinungs- und Willensbildung aus und tragen nicht zuletzt auch ihren Teil zur viel beschworenen Politikverdrossenheit bei. Nimmt man den Blickwinkel des Politikers ein, dann stellt sich für ihn folgendes Problem: Einerseits sollten komplexe Sachverhalte so vermittelt werden, dass der Bürger sie versteht, andererseits müssen sie aber auch unter strategischen Gesichtspunkten vermittelt werden.

Indirektes Sprechen

Ein in der politischen Kommunikation weit verbreitetes Mittel politischer Akteure, ihre Absichten oder unangenehme Wahrheiten zu verschleiern, Fragen von Journalisten auszuweichen oder Themen in eine andere Richtung zu verlagern, ist die Indirektheit. Indirektes Sprechen liegt dann vor, wenn das Gesagte und das Gemeinte auseinanderklaffen. Das Gemeinte muss vom Adressaten erst mit Hilfe von Schlussprozessen ermittelt werden. Ein entscheidender Vorteil der Indirektheit liegt auch darin, später nicht auf das wörtlich Gesagte festgelegt zu werden. Man kann davon sprechen, dass die politischen Akteure bewusst bestimmte kommunikationsethische Maximen zugunsten strategischer Maximen verletzen. Wichtige kommunikationsethische Maximen, an die sich die Beteiligten unter rationalen Gesichtspunkten halten sind die Wahrheit sagen, nur zum Thema Relevantes sagen, die erwartete Informationsmenge geben (nicht zuviel und nicht zu wenig) und sich klar und verständlich ausdrücken. Diesen kommunikationsethischen Maximen liegt ein umfassenderes Kooperationsprinzip zugrunde, das davon ausgeht, dass alle Kommunikationspartner an einem rationalen Austausch von Inhalten interessiert sind. Aus vielerlei Gründen kann es nun im Interesse von Politikern liegen, die kommunikationsethischen Maximen bewusst zu verletzen: sei es aus parteitaktischen, wahltaktischen oder individuellen Gründen der Selbstdarstellung und Profilierung. Die nachfolgenden Beispiele aus Interviews mit Politikerinnen und Politikern sollen dies veranschaulichen:

- **Interview mit dem Bundesumweltminister Norbert Röttgen** (Quelle: [www.rp-online.de \(http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Energiesparen-staerker-belohnen_aid_788828.html\)](http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Energiesparen-staerker-belohnen_aid_788828.html) vom 28.11.2009)

Frage: Der Atomausstieg gilt?

Röttgen: Kernenergie ist eine Brückentechnologie und dient als solche der Überführung in die regenerative Energieversorgung.

Der Bundesumweltminister vermeidet aus strategischen Gründen eine eindeutige Antwort. Er antwortet auf die Frage nicht etwa mit ja oder nein, sondern liefert mehr Informationen als nötig, indem er genauer auf die gegenwärtige und zukünftige Rolle der Kernenergie verweist. Die Relevanz der Antwort wird erst klar, wenn die Adressaten Schlussfolgerungsprozesse ziehen. Diese werden aber möglicherweise dadurch erschwert, dass sich der Bundesumweltminister nicht für alle Adressaten klar und verständlich ausdrückt. Was genau mit Brückentechnologie und Überführung in die regenerative Energieversorgung gemeint ist und ob dies die Frage nach dem Atomausstieg beantwortet, erschließt sich erst auf der Basis von Hintergrundwissen. Indirektheit kann also auch eine Ursache von Verständigungsproblemen zwischen den politischen Akteuren und den Bürgern werden. Mit dieser Vermeidungsstrategie gelingt es dem Bundesumweltminister eine für ihn unangenehme Frage unter Aufrechterhaltung des Kooperationsprinzips zu beantworten.

- **Interview mit dem hessischen Justizminister Jörg-Uwe Hahn** (Quelle: [www.hna.de \(http://www.hna.de/nachrichten/hessen/interview-hessens-fdp-chef-hahn-unter-kanzlerin-gelitten-804071\)](http://www.hna.de/nachrichten/hessen/interview-hessens-fdp-chef-hahn-unter-kanzlerin-gelitten-804071) vom 28.11.2009)

[html](#)) vom 14.6.2010 / Kontext: Wahl des deutschen Bundespräsidenten am 30. Juni 2010)

Frage: Eine letzte Frage. Die Grünen haben mit Hildegard Hamm-Brücher eine ehemals prominente Liberale zur Wahlfrau für den 30. Juni bestimmt. Ihr Kommentar?

Jörg-Uwe Hahn: Ich freue mich, sie in Berlin zu sehen.

Der hessische Justizminister verletzt hier eindeutig die kommunikationsethische Maxime zum Thema Relevantes sagen, um die ihm unangenehme Frage, wieso eine ehemals prominente Politikerin seiner Partei Wahlfrau der Grünen wird, nicht kommentieren zu müssen. Er bringt seine Wertschätzung ihr gegenüber zum Ausdruck, vermeidet aber eine politische Stellungnahme.

- **Interview mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel** (Quelle: [bundesregierung.de \(http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2010/06/2010-06-13-bams-bkin,layoutVariant=Druckansicht.html\)](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2010/06/2010-06-13-bams-bkin,layoutVariant=Druckansicht.html) vom 13.06.2010 / Kontext: Fußballweltmeisterschaft 2010)

Frage: Mehrere Nationalspieler werden die Nationalhymne nicht singen. Ist das in Ordnung?

Merkel: Ich freue mich über jeden Nationalspieler, der die Nationalhymne singt.

Die Bundeskanzlerin vermeidet mit dieser Antwort eine explizite Bewertung derjenigen Nationalspieler, die nicht die Nationalhymne singen. Die Bewertung erfolgt indirekt, indem ein Schlussfolgerungsprozess in Gang gesetzt wird: Wenn sich die Bundeskanzlerin über jeden Nationalspieler freut, der die Nationalhymne singt, dann freut sie sich nicht über diejenigen, die die Nationalhymne nicht singen. Der Vorteil einer solchen Stellungnahme liegt auf der Hand: Wenn ihr jemand vorwerfen sollte, sie ärgere sich über bestimmte Nationalspieler, dann kann sie zu Recht darauf verweisen, dies nie wörtlich gesagt zu haben.

- **Beispiel 4: Interview mit dem Bundesaußenminister Guido Westerwelle** (Quelle: [bundesregierung.de \(http://www.bundesregierung.de/nn_1500/Content/DE/Interview/2010/06/2010-06-14-bild-westerwelle.html\)](http://www.bundesregierung.de/nn_1500/Content/DE/Interview/2010/06/2010-06-14-bild-westerwelle.html) vom 14.6.2010)

Frage: Mehrerer Minister, darunter auch der Verteidigungsminister, sollen mit Rücktritt gedroht haben. Was ist da dran?

Westerwelle: Mir ist so was mit keiner Silbe zu Ohren gekommen.

Dass der Bundesaußenminister von möglichen Rücktrittsdrohungen nichts gehört hat, ist eher unwahrscheinlich. Mit seiner Äußerung vermeidet er eine direkte Kommentierung des Vorgangs. Da er die Rücktrittsdrohungen auch nicht dementiert, ist davon auszugehen, dass seine Antwort hier in ironischer Weise zu verstehen ist. Er verletzt bewusst die kommunikationsethische Maxime die Wahrheit sagen, allerdings in ironischer Absicht. Eine Verletzung der kommunikationsethischen Maxime die Wahrheit sagen ist auch die Lüge. Im Gegensatz zur Ironie soll aber der Adressat bei der Lüge die Maximenverletzung nicht erkennen. Wird sie aber doch als solche erkannt, hat das für Politikerinnen und Politiker meist Sanktionen zur Folge.

Indirektes Sprechen kann auch ein probates Mittel der Abwertung und sogar Beleidigung sein. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist die Äußerung des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, der in einem Interview mit der Zeitschrift Newsweek vom 15.10.1986 über das damalige sowjetische Staatsoberhaupt Gorbatschow sagte: "Er ist ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Public Relations versteht. Goebbels, einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren, war auch ein Experte in Public Relations." Der Schlussfolgerungsprozess, der hier in Gange gesetzt wird, lautet natürlich, dass zwischen Gorbatschow und Goebbels eine gewisse Nähe besteht,

was auf eine Abwertung Gorbatschows hinausläuft. Ein solcher (indirekter) Vergleich, der auf einer Schlussfolgerung beruht, hat auch hier wieder den Vorteil, dass der politische Akteur sich auf den Standpunkt zurückziehen kann, er habe dies nie wörtlich gesagt.

Alle aufgeführten Beispiele zeigen, dass Indirektheit ein Mittel der Politiker ist, um Sachverhalte, die politisch brisant sind, strategisch geschickt zu kommunizieren. Zugleich kann Indirektheit auch eine Quelle für Verständigungsprobleme sein. Weitere Ursachen für Verständigungsprobleme finden sich auf der Wortebene. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang:

- unterschiedliche Bedeutungen und/oder Wertungen eines Wortes
- beschönigende Gebrauchsweisen eines Wortes
- Unterschiede zwischen fachsprachlicher und allgemein/öffentlicher Bedeutung eines Wortes

Ideologischer Polysemie / Bedeutungskonkurrenz

Haben Wörter unterschiedliche Bedeutungen und/oder Wertungen spricht man von ideologischer Polysemie (= Mehrdeutigkeit) oder von Bedeutungskonkurrenz. Die Bedeutungskonkurrenz hat zur Folge, dass oftmals nicht klar wird, was beispielsweise mit einem Schlagwort jeweils gemeint ist. Als Beispiel sei hier Freiheit genannt, das je nach politischem Standpunkt eine unterschiedliche Bedeutung (bei gleicher positiver Wertung) besitzt. Aus Sicht liberaler Parteien kann Freiheit 'Freiheit vom Staate, von staatlicher Bevormundung' bedeuten. Aus Sicht linker und sozialdemokratischer Parteien kann Freiheit 'frei von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Armut und Not' bedeuten. Dieser Unterschied kann auch durch entsprechende Attribute hervorgehoben werden, indem man entweder von politischer Freiheit oder sozialer Freiheit spricht, wobei letztere eng mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft ist. Auch die Bedeutung von soziale Gerechtigkeit ist – abhängig vom ideologischem Standpunkt – äußerst vage. Ein Beispiel für ein Schlagwort, das mit unterschiedlichen Wertungen verwendet wird, ist Hartz IV. Je nach politischem Standpunkt kann Hartz IV unterschiedliche Wertungen haben. Bezeichnet Hartz IV einerseits wertneutral ein Arbeitsmarktgesetz, wird es andererseits (z. B. von Sozialverbänden oder der Partei Die Linke) als negativ wertendes Synonym für Sozialabbau, Ungerechtigkeit und soziale Kälte gebraucht.

Beschönigender Sprachgebrauch

Beschönigende Ausdrücke (= Euphemismen) eignen sich ebenfalls hervorragend, um den Bürgern aus Sicht der politischen Akteure unangenehme Sachverhalte zu vermitteln. Euphemismen stellen eine Kategorie von Wörtern dar, die aus sprachkritischer Sicht problematisch sind, da sie negative Sachverhalte mit sprachlichen Mitteln zu verschleiern versuchen (vgl. auch Klein 2009: 2119). Beispiele hierfür sind etwa Freisetzung statt Stellenabbau, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für die Auflockerung des Kündigungsschutz und negative Deckungsreserven für Haushaltslöcher. Nach Verhandlungen, die zu keinen Ergebnissen geführt haben, sprechen Politiker auch gerne einmal von einem konstruktiven und offenen Dialog, Richtungskämpfe innerhalb einer Partei werden als Diskussionen bezeichnet.

Beim Stichwort Euphemismen müssen auch NS-spezifische Wörter genannt werden, also Wörter, die in der Zeit des Nationalsozialismus verwendet wurden und nationalsozialistisches Gedankengut widerspiegeln. Zu nennen sind hier beispielsweise Blut und Boden, Sonderbehandlung und Selektion. Um ein bagatellisierendes Wort wie das NS-spezifische Reichskristallnacht zu vermeiden, bieten sich Bezeichnungsalternativen wie Novemberpogrome oder Pogromnacht an, die den Sachverhalt eindeutig negativ bewerten.

Bei der 1991 gegründeten Aktion " **Unwort des Jahres** (<http://www.unwortdesjahres.uni-frankfurt.de>)" werden jährlich Wörter innerhalb der öffentlich-politischen Kommunikation gesucht, die negativ aufgefallen sind, da sie Sachverhalte unangemessen bezeichnen und die möglicherweise sogar die Menschenwürde verletzen. Wie breit das Spektrum ist, zeigen die Beispiele Diätenanpassung (Unwort des Jahres 1995) und Kollateralschaden (Unwort des Jahres 1999). Diätenanpassung bezeichnet die Erhöhung der Diäten der Bundestagsabgeordneten, wobei die die Verbindung von Diäten und Anpassung, so die Jury, "eine fast naturnotwendige, unausweichliche Veränderung von finanziellen Forderungen im Hinblick auf neue Sachbedingungen" suggeriert. Ähnliche Beispiele sind etwa Gebühren- oder Tarifieranpassung. Der Tatbestand der Erhöhung wird somit verschleiert.

Das Beispiel Diätenanpassung im Sinne von 'Diätenerhöhung' zeigt aber auch, dass Sprach- und Sachkritik nicht verwechselt werden dürfen. Bei der Suche nach dem Unwort des Jahres gab es viele Vorschläge für das Wort Diätenerhöhung und damit eine Verwechslung von Wort und kritisiertem Sachverhalt. Diätenerhöhung bezeichnet den Sachverhalt angemessen und ist aus diesem Grunde auch kein Euphemismus. Kollateralschaden ist ein nur halb aus dem NATO-Englischen übersetztes Wort (collateral damage = 'Randschaden'). Mit diesem Wort wurde während des Kosovo-Krieges die Tatsache verschleiert, dass auch unschuldige Zivilisten bei militärischen Angriffen getötet wurden. Eine ähnlich verschleiende Wirkung haben auch Wörter wie Luftschläge (statt Bombardements) oder Konflikt (statt Krieg).

Allerdings sind es nicht nur Euphemismen, die sprachkritisch betrachtet werden, sondern auch negativ bewertende Wörter wie etwa betriebsratsverseucht, das 2009 zum Unwort des Jahres gewählt wurde. Dieses Wort wurde laut einem Bericht der Sendung "Monitor" (ARD 14.5.2009) von Abteilungsleitern einer Baumarktkette verwendet, wenn ein Mitarbeiter von einer Filiale mit Betriebsrat in eine Filiale ohne Betriebsrat wechseln wollte.

Political correctness

Euphemismen stehen in einem engen Zusammenhang mit Political correctness. Damit bezeichnet man eine Sprachpraxis, die alle Handlungen und sprachlichen Ausdrucksweisen ablehnt, die Menschen beispielsweise aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht diskriminiert. Als Beispiele seien hier Wörter wie Asylanten oder Unterschicht genannt, die als diskriminierend gelten und durch als diskriminierungsfrei geltende Bezeichnungen wie beispielsweise Asylbewerber oder Arme ersetzt werden.

Fachsprachlicher und öffentlichen Sprachgebrauch

Schließlich können Unterschiede im fachsprachlichen und öffentlichen Gebrauch von Wörtern zu Verständigungsproblemen führen. Als Beispiel sei hier das Wort Störfall angeführt, das im allgemeinsten Sinne ein ungewolltes Ereignis bezeichnet, das einen technischen Ablauf unterbricht. Dabei muss zwischen einem allgemeinen/öffentlichen und einem juristisch/technischen Gebrauch unterschieden werden (vgl. Strauß/Haß/Harras 1989: 524ff.). Beide sind nicht deckungsgleich und stehen zum Teil im Widerspruch zueinander. Das Wort Störfall stammt ursprünglich aus der Fachsprache der Technik und gelangte dann in den juristischen Sprachgebrauch. Im fachsprachlichen Sinne bezeichnet Störfall in Bezug auf Atomkraftwerke "ein ungewollt eintretendes Ereignis (...), das zwar den Ablauf der Energieerzeugung stört oder unterbricht und bei dem radioaktive Teilchen in die Umgebung des Kraftwerkes gelangen, bei dem aber die im Strahlenschutzvorsorgegesetz festgelegten Grenzwerte außerhalb des Reaktors nicht überschritten werden" (Strauß/Haß/Harras 1989). Werden die festgelegten Grenzwerte überschritten, sprechen die Experten von einem Unfall, Reaktorunfall oder Nuklearunfall. Im allgemeinen bzw. öffentlichen Sprachgebrauch werden mit Störfall für Mensch und Umwelt folgenschwere Katastrophen in Atomkraftwerken oder Chemieanlagen bezeichnet. Störfall ist zudem negativ belegt. Die behördliche bzw. fachliche Sichtweise wird oft als euphemistisch kritisiert, was wiederum von offizieller Seite zurückgewiesen wird.

Verwaltungssprache: Bürokratenspeak oder Bürgerdeutsch

Von Helmut Ebert

12.11.2010

Ebert, Prof. Dr. Helmut, Jg. 1958, ist Innovations- und Kommunikationsberater für Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Er gestaltet die Kommunikation in Planungsprozessen, schult Fach- und Führungskräfte in Textoptimierung und politischer Rhetorik und unterstützt Organisationen und Personen - darunter Bürgermeister, Landes- und Bundespolitiker - bei der Ermittlung strategisch relevanten Wissens. Als außerplanmäßiger Professor für Germanistische Linguistik lehrt er Organisationskommunikation und Textwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Warum ist "Behördendeutsch" oft so unverständlich? Welche Merkmale kennzeichnen diesen Sprachgebrauch? Und welche Vorteile hätte eine leichter verständliche und bürgernahe Sprache?

Grundbegriffe: Wesen und Funktionen der Verwaltungssprache

Bei der Verwaltungssprache handelt es sich um einen **rechtlich-institutionellen Sprachgebrauch**, der sich wesentlich vom alltäglichen Sprachgebrauch unterscheidet. Die Verwaltungssprache speist sich aus der Sprache des Rechts und den jeweiligen kommunikativen Anforderungen, die sich aus den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen von Behörden ergeben – wie zum Beispiel Sozialamt, Rechtsamt, Bauordnungsamt, Umweltschutzamt. Behörden haben dabei die Aufgabe, rechtlich bindende Entscheidungen herzustellen. Zu diesen Verwaltungsentscheidungen zählen das Erlassen von Vorschriften und Verordnungen und das Genehmigen oder Ablehnen von Anträgen. Wir haben es also mit dem **Stiltyp der unmittelbaren Verhaltenssteuerung** zu tun. Die Gesetze und Verwaltungstexte sollen sicherstellen, dass die Entscheidungen verlässlich und einheitlich sind. Je komplexer Gesellschaften sind, umso wichtiger ist es, dass die Sprache informativ (vollständig), klar, genau, eindeutig und verständlich ist. Zudem muss sie erkennen lassen, dass der Sprecher oder Schreiber legitimiert ist, die Rechte und Pflichten der Normadressaten – also aller durch das Recht angesprochenen Personen – zu bestimmen. Doch trotz – oder gerade wegen – dieser Anforderungen – wird Verwaltungssprache von vielen Menschen oft als unverständlich wahrgenommen. Durch welche Merkmale also unterscheidet sie sich von unserem alltäglichen Sprachgebrauch?

Verwaltungssprachliche Merkmale und ihre besondere Leistung

Als Fachsprache beansprucht die Verwaltungssprache anders als die Alltagssprache lückenlose Vollständigkeit und Genauigkeit. Das Streben nach **Vollständigkeit** führt hierbei zu einer Erfassung aller möglichen Eventualitäten.

Dem Streben nach **Genauigkeit** dienen unter anderem Präpositionen, die logische Beziehungen verdeutlichen sollen (*zur Angleichung, durch Verschulden, im Verhinderungsfall*). Auch Funktionsverbgefüge dienen der Exaktheit, wenn sie Begriffe hervorheben (*in Rechnung stellen*), ein Akkusativobjekt einsparen helfen (*eine Genehmigung erteilen*) oder Schattierungen ausdrücken, die das Einzelverb nicht ausdrücken kann (*in Erfahrung bringen, zum Abschluss bringen, zur Unterzeichnung schreiten*). Juristische Begriffe werden definiert, indem die Grenzen ihrer Anwendungsbereiche eindeutig festgelegt werden: *Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Begriff "Fahrzeug" Fahrzeuge der Klasse M1 ... oder N1 ... sowie dreirädrige Kraftfahrzeuge gemäß der Richtlinie 92/61/EWG (ABl. EG Nr. L 225 S. 72)*. Ganz im Gegensatz zu diesem genauen

Sprachgebrauch arbeitet die Alltagssprache mit unscharfen Kategorien und fließenden Übergängen: Abfall ist das, was anfällt, wenn etwas hergestellt oder verzehrt wird, also ein Rest. Anders im Abfallgesetz: §1 (1) *Abfälle im Sinne dieses Gesetzes sind bewegliche Sachen, deren sich der Besitzer entledigen will, oder deren geordnete Beseitigung zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit geboten ist* (AbfG).

Eine besondere Bedeutung kommt dem **komprimiert-abstrakten Stil** zu. Die Rechts- und Verwaltungssprache liebt den Nominalstil und damit abstrakte Substantive, die wie das Beispiel *Planfeststellungsbeschluss* eine ganzes sprachliches Urteil enthalten: *Jemand hat beschlossen, einen Plan festzustellen.*

Je abstrakter die Wörter sind, desto wichtiger wird für den Schreiber auch der Bau und die Anordnung von Wortgruppen und Sätzen. Das Ergebnis ist der bekannte **kompakte Stil**, der auf alles Überflüssige verzichtet: *Ich ordne die sofortige Vollziehung der Ordnungsverfügung an.* Hierzu passt, dass Verwaltungssprache als Fachsprache eine Sprache für Menschen ist, die bereits verstanden haben, und deshalb oft darauf verzichtet, einen Verstehenshorizont aufzubauen.

Als Bürger erwarten wir, gerecht behandelt zu werden. Das Recht schränkt die Willkür ein und behandelt alle Menschen gleich. Aus diesem Grund hat das bürokratische Verfahren einen **emotionslosen und unpersönlichen Stil** entwickelt, der der Alltagssprache ebenfalls fremd ist. Der Mensch als Handelnder tritt nicht hervor, weshalb der Imperativ fehlt und Pronomen selten sind: *Der Aufenthalt im Park bei starkem Wind geschieht auf eigene Gefahr; Die Benützung der Liegewiesen richtet sich nach den besonderen Bestimmungen.*

Auf juristischer Seite werden Gesetze nicht "gelesen", sondern ausgelegt, das heißt es werden Wissensrahmen konstruiert, um Sachverhalte der Lebenswelt so "zuzubereiten", dass rechtssichere Entscheidungen getroffen werden können. Sprachlich drückt sich dies im Merkmal der **Intertextualität** aus. Hierzu zählen Gesetzesverweise im Text ebenso wie Rechtsbegriffe, die als "Texthüllen" [1] benutzt werden. Gemeint sind Begriffe wie zum Beispiel *grobe Fahrlässigkeit* oder *Überschussbeteiligung*, die für sich genommen verständlich wirken, hinter denen sich aber ganze Bündel von miteinander vernetzten Rechtssätzen verbergen.

Die **Wahrheitsbedingung** der Rechts- und Verwaltungssprache lautet "x gilt als verbindlich". Sanktionen helfen, das geltende Recht durchzusetzen. Die Tatsache, dass mehrere Sachverhalte als gleichzeitig geltend wahrgenommen werden sollen, begünstigt die Verwendung von Schachtelsätzen: *Das Übergangsgeld wird für die Zeit, die der Beamte das Amt, aus dem er entlassen worden ist, innehatte, mindestens für die Dauer von sechs Monaten, längstens für die Dauer von drei Jahren, gewährt* (Beamtenversorgungsgesetz § 47a, Abs. 2).

Sozialstilistische Ausdruckspotenziale

Soziale Wirklichkeit wird durch Sprache nicht nur widerspiegelt sondern von ihr begründet (= konstituiert). Zwar steuern Interessen das Verhalten von Menschen, aber die Bahnen, in denen sich politisches und rechtliches Handeln bewegt, werden von Vorstellungen und Ideen bestimmt. So findet die Vorstellung eines **demokratischen Kommunikationsstiles** ihren Ausdruck unter anderem darin, dass kommunikative Nebenfunktionen des Begründens und Rechtfertigens (Argumentieren) in Vorschriften zugenommen haben: *Der Park dient der Ruhe und Erholung. Es wird deshalb gebeten, jeden Lärm zu vermeiden.*

Die Vorstellung von der **Rationalität** der Gesetzes- und Verwaltungssprache führt allerdings dazu, dass emotionale, kreative und kulturell-symbolische Konsensquellen des Verfassungsstaates leicht übersehen werden [2]. Hierzu gehören Gesten des Vertrauens wie der Handschlag, die bildhafte Anschauung (z.B. Justitia mit Waage und Schwert), aber eben auch besondere sprachliche Mittel wie

das Rechtssprichwort und die Paarformel (*Hab und Gut, Kind und Kegel*). Sprachlich besonders gelungen und auch deshalb stets im kollektiven Gedächtnis präsent ist z. B. Artikel 1 des Grundgesetzes: *Die Würde des Menschen ist unantastbar*.

Da die Rechts- und Verwaltungssprache ihrem Wesen nach konservativ ist, enthält sie nicht nur viele veraltete Wörter wie z. B. *obliegen* und *Abschrift* (s.u.), sondern auch Relikte des **obrigkeitsstaatlichen Denkens**: Der Ausdruck *Rechtsbehelfsbelehrung* behandelt den Bürger als jemand, der belehrt werden muss, weil er ein Wissensdefizit hat. Der Ausdruck kann problemlos ersetzt werden durch *Ihre Rechte*. In diesem Fall wird der Bürger als Träger von Rechten angesprochen. Auch ein Ausdruck wie *teile ich Ihnen zu gegebener Zeit mit* ist bei Licht betrachtet verräterisch, denn der Schreiber flüchtet sich damit ins Unverbindliche. Der Adressat weiß nicht, wann ihm die Nachricht mitgeteilt wird, er kennt die Kriterien für die Entscheidung nicht und bleibt daher von derselben ausgeschlossen. Auch der Verkündigungsstil verweist auf die Tradition des Obrigkeitsstaates mit der entsprechenden Staats- und Institutionenraison: *Genehmigungs- und Erlaubnisvorbehalte bleiben unberührt*.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass die Rechts- und Verwaltungssprache immer auch Gefahr läuft, als scheinwissenschaftliche **Geheimsprache und Sprache der Selbstdarstellung** missbraucht zu werden: *Ein Abgehen von der Kontinuität der Rechtsprechung kann nur ausnahmsweise hingenommen werden, wenn deutlich überwiegende oder sogar schlechthin zwingende Gründe dafür sprechen ... Derartige Gründe ... sind dem Senat aber nicht ersichtlich* (Aus einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs v. 25. März 1983). Anstatt seine Ausnahmeregelung zu begründen, flüchtet sich der Bundesgerichtshof in Leerformeln. Die Floskel *ist nicht ersichtlich* "klingt albern, hat sich aber leider im Urteilsstil eingebürgert. Statt *sind nicht vorhanden* will man höflich und demütig erscheinen: *sind - jedenfalls für uns – nicht zu sehen*. Aber Richter sollen nicht bescheiden sein, wenn sie ein Urteil sprechen, sondern eindeutig".[3]

Im Vergleich mit anderen Verwaltungskulturen ist die deutsche Verwaltungskultur "**eine politisch-administrative 'Regelungskultur'**: Ihre Kennzeichen sind Fragmentierung, detaillierte, komplizierte, immobile, am Status quo orientierte und formalisierte Vorgehensweisen sowie Konflikt und Misstrauen. Diese Verwaltungskultur wirkt eher als Bremse denn als Motor von Reformen" [4] und birgt die Gefahr der Entfremdung zwischen Recht und Bürger in sich.

Verständigungsbarrieren

Es gibt Gesetze, die sich an alle richten wie das Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht. Und es gibt Gesetze, die sich wie das Arzneimittelgesetz an Fachkreise richten. Textverständlichkeit ist also eine relative Eigenschaft, die mit den Kenntnissen, Haltungen, Interessen und Erwartungen der Adressaten variiert. Damit sind zwei Extrempositionen widerlegt: die Position der "Schwärmer", wonach das Gemeine auch im Gesetz stehen muss, und die Position der "Skeptiker", wonach die Gesetze nicht dafür da seien, vom Volk gelesen und verstanden zu werden [5]. Die erste Position verkennt die Bedeutung des Leserwissens und des Kontextes für das Verstehen, die zweite Position verkennt den Zusammenhang von Transparenz, Akzeptanz, Vertrauen, Autorität und Legitimität als Säulen einer demokratischen Kommunikationskultur.

Eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach [6] ergab: 38 Prozent der Bevölkerung erhalten "häufig" oder "ab und zu" Schreiben von Ämtern, Behörden, Gerichten oder Anwaltskanzleien, 54 Prozent nur "selten", 6 Prozent "nie". 61 Prozent der Bevölkerung haben "häufig" oder "ab und zu" Probleme amtliche Schreiben zu verstehen. Auch viele Personen mit Abitur oder Studium räumen ein, Probleme mit der Rechts- und Verwaltungssprache zu haben. Nur jeder Achte findet die Rechtssprache gut verständlich. Vor allem stört die umständliche Formulierung (71%), der zu häufige Gebrauch von Fach- und Fremdwörtern (61%), der Mangel an Erklärungen von Fachwörtern (60 %), die abgehobene (46%) und unpersönliche (40%) Sprache, die Länge der Sätze (40%), die Unübersichtlichkeit der Schreiben (38%), der unhöfliche Ton (31%) und der veraltete Stil (29%). Bessere Verständlichkeit ist eine wichtige Forderung in der Bevölkerung (42% "sehr wichtig", 40%

"wichtig"); dies gilt auch für Personen, die solche Schreiben nur selten bekommen. "Bei der Frage nach der Verständlichkeit solcher Schreiben handelt es sich um ein Thema von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung. Wenn ein Großteil der Bevölkerung Schwierigkeiten hat, diese zu verstehen (86% der Befragten), besteht für Verwaltung und Rechtswesen Handlungsbedarf, um eine erfolgreiche Kommunikation zu gewährleisten. Für die Bürgerinnen und Bürger sind an Bescheide, Verwaltungsakte, Gesetzestexte etc. bestimmte Rechte und Pflichten geknüpft. Daher ist es unabdingbare Voraussetzung, dass sie solche Texte auch verstehen" [7], denn es geht um Verständlichkeit als Voraussetzung für die Kontrolle von Rechten und damit um Rechtssicherheit und Demokratie.

Das Dilemma zwischen fachsprachlichem Anspruch und alltagssprachlicher Verständlichkeit bleibt und fordert kreative Lösungen, die nicht auf die Verbesserung von Sätzen und Texten beschränkt werden können, sondern die auch die Potenziale der Visualisierung und der neuen Medien nutzen müssen.

Barrieren des Funktionalstils

Funktionalstilistische Verstehensbarrieren sind solche Eigenschaften der Verwaltungssprache, die Ausdruck der fachsprachlichen Funktion sind und der Alltagssprache eher fremd sind. Dazu gehören vor allem juristische Fachbegriffe (z. B. *dolus directus*, *dolus eventualis* oder – da vom normalsprachlichen Gebrauch abweichend - *Eigentümer*, *Besitzer*, *Sache*, *Erwerb* und *Verzug*) und differenzierte Bedeutungsunterschiede (z. B. *Raub* vs. *Ausführung des Raubs*). Der bereits erwähnte Nominalstil (z. B. *Inbrandsetzung*, *Geltendmachung*, *Unbrauchbarmachung*) sowie der Passivstil und die Täterschweigung (z. B. *es wird gebeten mitzuteilen*; *es ist verboten, die Wege zu verlassen*; *die Festsetzung der Gebühren richtet sich nach ...*) können ebenfalls Verstehensbarrieren aufbauen. Dazu gehört auch, dass Situationen aus der Geschehensperspektive gedeutet werden: *Der Aufenthalt im Park bei starkem Wind geschieht auf eigene Gefahr* und die Personifizierung abstrakter Sachverhalte (z. B. von Rechtsstellungen: *Erblasser*, *Gesamtschuldner*, *Wiederbeklagter*, *Inverkehrbringer*). Neben komplexen Wortgruppen und langen Sätzen (Satzgefüge, Schachtelsätze) sind weitere funktionalistische Verstehensbarrieren:

- Genitivketten (*Als Erlaubnistatbestandsirrtum bezeichnet man die irrige Annahme der sachlichen Voraussetzungen eines anerkannten Rechtfertigungsgrundes*)
- Partizipialkonstruktionen (z. B. *Sie war nicht dazu bestimmt und geeignet, einen über den geprüften Inhalt der in ihr enthaltenen Einzelurkunden hinausgehenden, für sich bestehenden Gedankeninhalt zu beweisen*)
- Präpositionalketten (z. B. *nach dem Gebührengesetz für das Land NRW vom ... in Verbindung mit ... in der derzeit gültigen Fassung*)
- Überlange Wortzusammensetzungen (*Pflegeleistungsergänzungsgesetz, Kostenzusageübernahmeerklärung*)
- Oxymora, d. h. Wörter, die einen Widerspruch in sich selbst enthalten (*dienende Grundstücke, kalte Aussperrung, Minuswachstum*)
- besondere Metaphorik (*Leihmutter, Rechte erwachsen und erlöschen*)
- Ideologiegebundenheit juristischer Sprache (z. B. durch Scheinpräzision rechtssprachlicher Begriffe und "Wertwörter" wie *betrügerisch*, *gewissenlos*, *Reinheit* und *Gesundheit des Geschlechtslebens*; ...)
- redundanzloser Stil: *Mit Kreisverordnung über die Inschutzstellung des Starnberger Sees ... wurde*

der Feldafinger Park unter Landschaftsschutz gestellt.

Barrieren des Bürokratenstils

Auch der unangemessene, übertriebene und falsche Gebrauch von Mitteln der Verwaltungssprache erschwert das Verstehen. Hierzu gehören neben dem Umgang mit Verneinung (*Stimmen Sie für die Aufforderung an das Bezirksamt, in Ablehnung der Drucksache 1911/2 ... die Parkraumbewirtschaftung nicht in und um die Wohnquartiere ... auszuweiten?*) vor allem:

- inhaltsleere Füllwörter, Blähwörter und Abkürzungen (*eventuelle Rückfragen, gezielte Nachfrage, abschlägig bescheiden; Räumlichkeiten, Eignungsfeststellungsverfahren; u.A.w.g. = um Antwort wird gebeten*)
- Floskeln (*ich hoffe, Ihnen mit den Unterlagen gedient zu haben, und verbleibe hochachtungsvoll*)
- Funktionsverbgefüge ohne Bedeutungsmehrwert (*in Kenntnis versetzen = mitteilen*)
- veraltete Ausdrücke und Wendungen (*dergestalt, obliegen, postwendend, Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes, im Nachgang zu meinem Schreiben*)
- einfache Inhalte in übertriebenem sprachlichen Gewand: *Das Füttern von Tauben als eine das Wohlbefinden von Tieren unterstützende Äußerungsform von Tierliebe kann bei Vorliegen vernünftiger Gründe nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes durch staatliche Maßnahmen beschränkt werden*
- grammatische Fehler und Mehrdeutigkeiten: *vorläufige Vollstreckbarkeitserklärung eines Urteils* (statt: vorläufige Erklärung der V.), *große Strafrechtskommission* (Ist die Zahl der Mitglieder oder die Bedeutung der Kommission groß?)
- unnötige Gesetzesverweise mitten im Text

Weiter ist die Verwendung eines bestimmten Jargons als Imponiergehabe mit Denkfehlern zu nennen, wie etwa *treten die Rechtswerte der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes ... in den Vordergrund* [8]. Dass Rechtssicherheit und Vertrauensschutz wichtig sind, hätte im Kontext des Urteils nicht eigens hervorgehoben werden müssen: "Ihre Bezeichnung als "Rechtswerte" bringt dies auch nicht zum Ausdruck ... Dass das Recht ein "Wert" sei, besagt für Juristen nichts, sondern macht die Sache nur geheimnisvoll dunkel. Durch die Verquickung von "Recht" und "Wert" werden zwei sauber voneinander zu scheidende Normenbereiche vermischt: das Recht und die Ethik. Damit wird einer heute politisch besonders gefährlichen Moralisierung des Rechts Vorschub geleistet" [9]

Wie überlange und daher unübersichtliche Sätze, die durch einfache Umformulierung verständlicher werden, das Verstehen behindern, zeigt das folgende Beispiel aus einem kantonalen Schulgesetz der Schweiz [10]: *Art. 14 Ausschluss // Schülerinnen und Schüler, welche trotz Mahnung und Orientierung der Erziehungsberechtigten den Unterricht oder das Unterrichtsklima dauernd belasten, können durch Schulratsbeschluss aufgrund eines schriftlichen Berichtes des zuständigen Schulinspektorates und des Schulpsychologischen Dienstes und unter Meldung an die Vormundschaftsbehörde vom Unterricht ausgeschlossen werden.* In diesem Satz geht die zentrale Norm in Begleitnormen unter, die Handlungsbeteiligten und Handlungsschritte sind nicht scharf markiert. In mehrdeutiger Weise kann *Mahnung* auch auf die Eltern bezogen werden. Diese Verstehensprobleme können durch Umformung gelöst werden: *Art. 14 Ausschluss // 1. Schülerinnen und Schüler, welche den Unterricht oder das Unterrichtsklima dauernd belasten, können vom Unterricht ausgeschlossen werden. 2. Vor dem*

Ausschluss muss die Schülerin oder der Schüler gemahnt und müssen die Erziehungsberechtigten orientiert worden sein. 3. Der Ausschluss wird vom Schulrat beschlossen. Dieser stützt sich dabei auf einen schriftlichen Bericht des zuständigen Schulinspektorates und des schulpsychologischen Dienstes. 4. Der Ausschluss muss der Vormundschaftsbehörde gemeldet werden.

Barrieren der Beziehungskommunikation

Kommunikation erfolgt auf der Inhaltsebene (Was wird gesagt?) und auf der Beziehungsebene (Wie wird es gesagt?). Nicht nur Schwerverständlichkeit ist beziehungsgefährdend, sondern auch der Verstoß gegen *Akzeptanzregeln, Glaubwürdigkeits-/Wahrheitsregeln, Respekt- und Vertrauensregeln*. Unpersönliche Ausdrücke lassen nicht nur offen, wer handeln soll, sondern sie schränken auch die Kooperationsbereitschaft ein: *Es wird daran erinnert ... (besser: wir erinnern Sie ...), die Steuerpflichtige (besser: Frau Elke Müller).*

Bei Normformulierungen wird die Zunahme von Legaldefinitionen zu einem ernsthaften Akzeptanzproblem. Es werden immer mehr unnötige Legaldefinitionen verwendet, die nicht an die Lebenswelt der Bürger anschließen und von tiefem Misstrauen in den Alltagssprachverstand zeugen: *Als Spielzeug gelten alle Gegenstände, die dazu gestaltet oder offensichtlich dazu bestimmt sind, von Kindern unter 14 Jahren zum Spielen verwendet zu werden* [11]. Sinnvoll sind Legaldefinitionen nur dann, wenn Fachausdrücke für Laien verständlich gemacht oder wenn unscharfe Ausdrücke "geschärft" werden sollen. Letzteres ist zum Beispiel der Fall, wenn deutlich gemacht wird, dass im Seilbahngesetz der Ausdruck *Seilbahn* auch *Skilifte* bezeichnet.

Viele amtliche Schreiben sind nach wie vor wenig serviceorientiert, geizen mit Tipps, informieren nicht voraussetzungslos oder sagen nicht explizit, wer zuständig ist oder mit einer Auskunft weiterhelfen kann. Nicht immer ist für den Adressaten auf den ersten Blick ersichtlich, was ein Schreiben bezweckt und was zu tun ist: *Der Bescheid wird Ihnen nach Eingang der Gebühren auf eines der Konten der Stadtkasse zugesandt*. Besser ist es, Handlungsappell und Handlungsfolge auf zwei Sätze zu verteilen: *Bitte überweisen Sie die Gebühren an die Stadtkasse. Den Bescheid sende ich Ihnen zu, wenn die Zahlung eingegangen ist.*

Die **Glaubwürdigkeit** kann durch politisch motivierte Benennungen Schaden nehmen: *Hartz IV, Friedenswahl, Arbeitgeberanteil, Großer Lauschangriff* usw. Sie kann auch durch ein Missverhältnis zwischen Form und Inhalt in Zweifel gezogen werden: *Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz, Gesetzliche-Krankenversicherung-Wettbewerbsstärkungsgesetz*.

Bei dem Thema **Respekt** geht es darum, die Bürger als Partner ernstzunehmen, höflich zu kommunizieren und jeden Anschein von Willkür, Machtanmaßung, Repression, Bevormundung, Rechthaberei, geschäftsmäßiger Gleichgültigkeit, Misstrauen oder Anbiederung zu vermeiden: *Ein Wechsel in der Geschäftsführung ist mir unverzüglich anzuzeigen (Willkür), Sollte ich bei einer späteren Überprüfung feststellen, dass ... Sie Einkommensänderungen nicht gemeldet haben, bin ich auch zu einer nachträglichen Neufestsetzung des Beitrags verpflichtet (Misstrauen); Die Einwendung wirtschaftlicher Nachteile ist unbegründet, da die beabsichtigte Unterschutzstellung [einer landwirtschaftlichen Nutzfläche] nicht in eigentumsrechtlich geschützte Rechtspositionen eingreift. Gemäß dem Beschluß des Bundesverwaltungsgerichtes vom 10.5.1995 spiegeln Ge- und Verbotsregelungen, die sich darin erschöpfen, die vorhandene Nutzung festzuschreiben, lediglich die Situationsgebundenheit des Eigentums wider. Sie sind grundsätzlich entschädigungslos hinzunehmende Inhaltsbestimmungen des Eigentums, die die Sozialbindung konkretisieren (Repression durch absichtsvolle Unverständlichkeit); Ich bedaure, Ihnen keinen günstigeren Bescheid erteilen zu können (Anbiederung).*

Auch Bezeichnungen wie *Mini-Job* und *Grenzgänger* sind respektlos, da sie die Tätigkeit bzw. die Person abwerten. Gegen **Aufrichtigkeitsbedingungen** wird verstoßen, wenn der Adressat absichtlich in die Irre geführt wird, sei es durch Kleingedrucktes, Verklausulierung oder Verschweigen von

Information. Ohne **Minimalvertrauen** gibt es kein funktionsfähiges Rechtssystem. Dieses Vertrauen wird jedoch nicht durch Gesetze und Vorschriften erzeugt, sondern es muss aus einer angemessenen gemeinschaftlichen Dynamik hervorgehen. Wer dieses Verhältnis umgekehrt sieht, verwechselt Vertrauen mit Vertrautsein im Sinne von Gewöhnung.

Vom Nutzen einer verständlichen Verwaltungssprache

Durch eine verständliche und bürgernahe Sprache gewinnt die Verwaltung an Ansehen, spart Kosten und kann glaubwürdiger Anstoßgeber sein. "Weniger Aufwand, mehr Effizienz in der Bearbeitung, weniger Kosten in der Verwaltung und in den Betrieben, weniger Missverständnisse und Reibungsverluste, weniger Entmündigung und Behördenverdrossenheit" zählt Allefeld [12] als Vorteile auf. Kosten entfallen z. B., wenn weniger Zeit für Beratungsgespräche, Ausfüllhilfen und die Bearbeitung von Widersprüchen benötigt wird. Gleichzeitig wird der Arbeitsalltag weniger "zerrissen" und die Arbeitsmotivation steigt, wenn Rückfragen und das Nachreichen von Unterlagen unnötig werden [13]

Aber nicht nur die Verwaltung ist herausgefordert, sondern auch die Bürgerschaft. So wie Textverfasser eine rhetorische Bringschuld haben, haben die Rezipienten eine hermeneutische Holschuld. Der Gewinn für das Gemeinwesen ist eine gute Verwaltung im Rahmen einer "Wissensdemokratie", die nicht nur Ordnung und Sicherheit in ruhigen Zeiten "produziert", sondern die sich auch als Ideengeber und innovativer Problemlöser in Zeiten stürmischer Veränderungen bewährt und sich dabei der Unterstützung der Bürger als Mitproduzenten gesellschaftlicher und kultureller Werte sicher sein kann.

Literatur

- Allefeld, Hans (2010): Verständlich? Selbstverständlich! Wie Kommunen verständlich kommunizieren können. In: *Amtsdeutsch a.D.? Europäische Wege zu einer modernen Verwaltungssprache*, hg. v. H.-R. Fluck u. M. Blaha. Tübingen: Stauffenburg, S. 23-28.
- GfdS (2009): *Wie denken den Deutschen über die Rechts- und Verwaltungssprache? Eine repräsentative Umfrage der Gesellschaft für deutsche Sprache, durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach*, hg. v. K. M. Eichhoff-Cyrus, G. Antos u. R. Schulz. Wiesbaden 2009.
- Häberle, Peter (2004): *Verständnis des Rechts als Problem des Verfassungsstaates*. In: *Die Sprache des Rechts Bd. 1 – Recht verstehen*, hg. v. K. D. Lerch, Berlin: Walter de Gruyter, S. 155-165.
- Hattenhauer, Hans (1995), *Denkfehler zeigen sich in Stilfehlern. Über Juristen- und Allgemeinsprache*, in: *F.A.Z.* v. 10.11.1995, S. 17.
- Kühn, Peter (2001), *Juristische Fachtexte*. In: *Deutsch als Fremdsprache. Ein internationales Handbuch*. 1. Halbband, hg. v. G. Helbig, L. Götze, G. Henrici u. H.-J. Krumm. Berlin, New York: Walter de Gruyter, S. 582-594.
- Nussbaumer, Markus (2004): "Von Schwärmern und Skeptikern und ein Versuch, Realist zu sein. Bilanz und Entwurf des Sprachspiels vom unverständlichen Gesetz", in: *Die Sprache des Rechts Bd. 1 – Recht verstehen*, hg. v. K. D. Lerch, Berlin: Walter de Gruyter, S. 285-296.
- Nussbaumer, Markus (2008): *Der Verständlichkeit eine Anwältin!*, in: *Verständlichkeit als Bürgerrecht*, hg. von der Dudenredaktion und der Gesellschaft für deutsche Sprache. Wiesbaden: GfdS.

- Schmidt, Manfred (2007): Das politische System Deutschlands. Bonn: bpb.
- Schwintowski, Hans-Peter (2003), Die Bedeutung interdisziplinären Arbeitens von Rechts- und Sprachwissenschaft, in: Muttersprache 1, 1-14.
- Veld in't, Roeland J. (Ed.)(2010), Knowledge Democracy. Consequences for Science, Politics and Media. Berlin, Heidelberg: Springer 2010.

Fußnoten

1. Schwintowski 2003, S. 14
2. vgl. Häberle 2004, S. 159f."
3. Hattenhauer 1995.
4. "Schmidt 2007, S. 477"
5. vgl. Nussbaumer 2004, S. 291.
6. GfdS 2009
7. GfdS 2009, S. 13.
8. aus einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes v. 25.3.1983
9. Hattenhauer 1995
10. vgl. Nussbaumer 2008, S. 315.
11. vgl. Nussbaumer 2008, S. 313.
12. Allefeld 2010, S. 26
13. "vgl. ebda.. "

Kampf um Wörter

30.3.2010

Der politische Wettkampf wird auch in und mit der Sprache ausgefochten. Schlagwörter werden erfunden, Begriffe neu besetzt und die Wortwahl des Gegners angegriffen. Lesen Sie im zweiten Kapitel alles über den spannenden Kampf um Wörter, der nicht selten über Erfolg oder Niederlage von politischen Inhalten mitentscheidet.

Das Problem des Wortinhalts

Von Thorsten Eitz

15.7.2010

Dr. Thorsten Eitz, geboren 1967, studierte Germanistik, Philologie und Politik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Dort arbeitet er als Wissenschaftlicher Angestellter im DFG-Projekt "Politische Sprache der Weimarer Republik". Zu seinen Veröffentlichungen gehören u.a. das "Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung" sowie das "Zeitgeschichtliche Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache".

Was bezeichnen Wörter wie Elite oder Sozialismus eigentlich genau? Wer sich diese Frage stellt, wird merken: Sprache ist kein Abbild einer objektiven Realität, denn kein Wort haftet naturgegeben einem Gegenstand oder Sachverhalt an.

"Deutsche bewerten 'die Elite' positiv. Noch vor wenigen Jahren war das Wort 'Elite' verpönt. Nach dem Pisa-Schock hat sich der Zeitgeist verändert" (RHEINISCHE POST, 8.1.2004).

"Das böse Wort Elite. Die Grünen sind gegen Elite-Universitäten. Sie haben Probleme mit dem Begriff" (RHEINISCHE POST, 9.1.2004).

Ist Elite nun eine positive oder eine negative Bezeichnung? Lässt sich diese Frage überhaupt entscheiden? Ein und dasselbe Wort kann offenbar – entgegen der landläufigen Annahme, Sprache sei einheitlich und eindeutig – unterschiedlich verstanden und inhaltlich gefüllt werden. Oder umgekehrt kann es unterschiedliche Bezeichnungen für dieselbe Sache oder Konzeption geben. Hier zeigt sich ein Problem, das der Mehrzahl der Sprachteilnehmer zunächst nicht bewusst ist, nämlich dass Sprache kein Abbild einer objektiven Realität ist und ein Wort kein Etikett, das naturgegeben an einem Gegenstand, Sach- oder Problemverhalt haftet.

Wort und Wortinhalt

Vielmehr ist die Verbindung zwischen einem Wort und dem Gegenstand oder der Vorstellung, den bzw. die es bezeichnet, also zwischen seinem Ausdruck (Zeichen- oder Lautkette) und seiner Bedeutung beliebig – anderenfalls gäbe keine unterschiedlichen Sprachen. Zwischen dem Ausdruck Elite und der damit bezeichneten gedanklichen Konzeption besteht keine natürliche Beziehung, weshalb sich dasselbe Konzept auch genau so treffend als Auslese bezeichnen lässt. Die Beziehung zwischen "Bezeichnung" und "Bezeichnetem" ist willkürlich, aber nicht völlig, denn wenn jeder Sprecher Dinge und Ideen so bezeichnen würde, wie er wollte, wäre eine Verständigung untereinander unmöglich. Darum sind Wörter immer auch konventionell, d.h. die Sprecher einer Sprachgemeinschaft sind sich darüber einig bzw. einigen sich im- oder explizit darauf, welche Bedeutung oder Bedeutungen sie einem Wort zuordnen. Während diese Beliebigkeit es einem Sprecher ermöglicht, Gegenstände unterschiedlich zu bezeichnen, wobei subjektive Werte und Ziele, eigene Wirklichkeitsdeutungen einfließen, muss er zugleich im Rahmen der sprachlichen Normen einer Gemeinschaft bleiben, um verständlich zu bleiben. Im konkreten Gebrauch im situativen Kontext gibt ein Sprecher einem Wort seine Bedeutung. Der Mensch erfasst und beurteilt seine Welt also durch Sprache, indem die Sprache bzw. der Sprachgebrauch erst gedankliche Inhalte erzeugt und nicht nur außersprachlich vorgegebene bezeichnet. Durch Sprache macht er sie für sich in der Kommunikation mit anderen Menschen sinnvoll, durch Sprache wird so Wirklichkeit erzeugt.

Sprache und Politik

Das gilt um so mehr für den Bereich der Politik, denn Politisches wird in Demokratien im wesentlichen sprachlich konstruiert, verhandelt, begründet, vermittelt, legitimiert, kritisiert und verworfen. Verschiedene Parteien und Interessengruppen ringen im Prozess der politischen Willensbildung und seiner Umsetzung in konkrete politische Handlungen darum, ihre jeweiligen Themen, Vorstellungen, Ziele, Ideologien, Programme und Werte argumentativ durchzusetzen. Den rivalisierenden gesellschaftlichen Gruppierungen ist es daher keineswegs gleichgültig, wie bestimmte Sach- oder Problemverhalte bezeichnet und wie diese Bezeichnungen interpretiert werden. Im konkreten, durch Interessen gelenkten Sprachgebrauch ist es das Ziel jeder Gruppierung, ihre eigene Bezeichnung und damit ihre Sicht der Dinge zur dominanten machen.

Bezeichnungs- und Bedeutungskonkurrenz

In diesem Meinungskampf findet eine andauernde "Weltinterpretation" mit und durch Sprache statt. Deshalb wird in der öffentlichen Kommunikation sehr oft darum gestritten, was als "wahre", "objektive", "richtige" bzw. "angemessene" Bezeichnung für eine Sache oder ein Problem bzw. was als die "wahre", "richtige", "objektive" oder "angemessene" Bedeutung eines Ausdrucks zu gelten habe. Derartige Auseinandersetzungen über "richtige" bzw. "angemessene" Bezeichnungen oder Bedeutungen werden oft nur implizit ausgetragen, nämlich dadurch, dass verschiedene Gruppen einer Gesellschaft nebeneinander verschiedene Ausdrücke zur Bezeichnung des betreffenden Sach- oder Problemverhaltes verwenden oder dass sie gleiche Ausdrücke mit verschiedener Bedeutung verwenden. Die Auseinandersetzung kann aber auch in einem expliziten Streit über Sprache ausgetragen werden. Einige Beispiele sollen das anschaulich machen:

- Einsatz der Bundeswehr: Umstritten war und ist die Frage, ob der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan als Unterstützungs- bzw. Stabilisierungseinsatz (der ehemalige Verteidigungsminister Jung), als kriegsähnliche Zustände (Verteidigungsminister Guttenberg) oder als Krieg mit allen daraus folgenden völkerrechtlichen Konsequenzen zu bezeichnen sei.
- Abtreibung: In der Kontroverse über den § 218, der die rechtlichen Grundlagen eines künstlichen Schwangerschaftsabbruchs regelt (Fristen- vs. Indikationslösung), wurde dieser u.a. als Abtreibung, Schwangerschaftsabbruch und Schwangerschaftsunterbrechung bezeichnet. Gegner einer Fristenlösung kritisierten den Ausdruck Schwangerschaftsunterbrechung als verharmlosende Bezeichnung, da sie suggeriere, die Frau könne die einmal unterbrochene Schwangerschaft anschließend fortsetzen. Diese Wortkritik war so erfolgreich, dass in der Folgezeit der traditionelle juristische Ausdruck Schwangerschaftsunterbrechung (interruptio graviditatis) im öffentlichen Sprachgebrauch durch den neutraleren Neologismus (Neuwort) Schwangerschaftsabbruch abgelöst wurde. Mit Abtreibung – etwa in den Formeln "Abtreibung heißt stets, das Kind im Mutterleib zu töten" oder "Abtreibung ist Mord" – bezeichneten Abtreibungsgegner einen illegalen und damit abzulehnenden Schwangerschaftsabbruch. Daneben beinhalteten diese Formeln in der Gleichsetzung von Abtreibung und Tötung bzw. Mord die Argumentation, dass es sich um strafrechtlich zu verfolgende Delikte handle, abtreibende Frauen mithin bestraft werden müssten. Befürworter forderten hingegen mit Slogans wie "Mein Bauch gehört mir" ein Recht auf Abtreibung und erreichten durch die Verwendung des Ausdrucks Abtreibung in positiven Kontexten eine allmähliche Neutralisierung, so dass Abtreibung und Schwangerschaftsabbruch seitdem synonym verwendet werden.
- Wirtschaftsordnung: In wirtschaftspolitischen Debatten wurde jahrzehntelang um die Frage der "richtigen" Bezeichnung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung gestritten. Es gelang der CDU in diesen Auseinandersetzungen, ihr zentrales wirtschaftspolitisches Schlagwort soziale Marktwirtschaft durchzusetzen. SPD und Gewerkschaften kritisierten in den fünfziger Jahren den Ausdruck, indem sie sprachkritisch unterstellten, soziale Marktwirtschaft sei nur eine Tarnbezeichnung für Kapitalismus, es handle sich in Wirklichkeit um freie Marktwirtschaft, die

Marktwirtschaft sei nicht sozial, und der Ausdruck deshalb eine beschönigende Formulierung. Zugleich forderte die SPD programmatisch zunächst Sozialismus, Sozialisierung und Planwirtschaft, später, nachdem sie von diesen ideologischen Schlagwörtern abrückte, einen demokratischen Sozialismus, eine Wirtschaftdemokratie oder eine gesteuerte Marktwirtschaft. Vonseiten der CDU brachte ihr das wiederum den Vorwurf des planwirtschaftliche Dirigismus ein, der Demontage der freien Wirtschaft und des Versuchs, einen Versorgungsstaat zu installieren.

An den in dieser Auseinandersetzung verwendeten Ausdrücken Kapitalismus, Sozialismus, Sozialisierung, freie Marktwirtschaft, Planwirtschaft zeigt sich, dass zentrale Ausdrücke des 'Ideologievokabulars' der einen Gruppierung oder Partei, d.h. derjenigen Wörter, mit denen eine Gruppe ihre gesellschaftspolitischen Interpretationen, Werte, Handlungsorientierungen und Vorstellungen bezeichnet, im Sprachgebrauch einer anderen eine völlig andere Bedeutung, einen anderen Stellenwert oder einen anderen Bezugspunkt haben können.

Das Beispiel "Sozialismus": Deutungshoheit, Fahnen- und Stigmawörter

Exemplarisch lässt sich das am Ausdruck Sozialismus, einer seit langem von der SPD beanspruchten Programmokabel, veranschaulichen: In der frühen Nachkriegszeit verwendeten sowohl SPD als auch CDU Sozialismus als positiv bewertete Schlagwörter. Die SPD fasste damit ihre Forderung nach einem demokratischen Sozialstaat zusammen, die CDU konzipierte mit Formulierungen wie christlicher Sozialismus oder Sozialismus aus christlicher Verantwortung in Abgrenzung zum Sprachgebrauch der SPD ihre Synthese von Sozialismus und Christentum [Vgl. z.B. Süddeutsche Zeitung, 16.11.1945, Kölner Leitsätze der CDU vom Juni 1945, NEUE ZEIT, 14.2.1946, FRANKFURTER HEFTE, Oktober 1946 etc.]. Während die SPD noch bis Ende der fünfziger Jahre unverändert an diesem Ausdruck festhielt, gab ihn die CDU schon 1947 wieder auf und verstand unter Sozialismus nun einen Staatssozialismus wie in der SBZ bzw. DDR. Indem sie so Sozialismus mit Unfreiheit assoziierte, gelang es ihr zunehmend, den Sprachgebrauch der SPD zu diskreditieren. Dies veranlasste die SPD, den Ausdruck zunehmend zu vermeiden und durch demokratischer Sozialismus zu ersetzen. Im Bundestagswahlkampf 1976 gelang es der Union mit ihrem Wahlkampfslogan "Freiheit statt Sozialismus" und durch den stereotypen Gebrauch in negativen Kontexten (sozialistische Experimente, sozialistische Gleichmacherei, sozialistische Kadenschmiede usw.), die Bedeutung von Sozialismus und sozialistisch negativ zu besetzen und diese Bedeutung im allgemeinen und speziell im politischen Sprachgebrauch durchzusetzen.

Wie sich an diesen Beispielen zeigt, geht es in der Politik bei Kontroversen um solche politischen Schlagwörter immer auch um Deutungshoheit und die Durchsetzung politischer Programmatiken. Die Kontrahenten in der politischen Arena kämpfen mit Wörtern, aber oft auch um die Wörter, vor allem um Fahnen- und Stigmawörter. Fahnen- und Stigmawörter stehen dabei nicht selten in einem wechselseitigen Zusammenhang: Was der eine als Fahnenwort benutzt, kann für den anderen ein Stigmawort sein und umgekehrt.

Historischer Kontext

Bezeichnungs- und Bedeutungskonkurrenzen können jedoch auch mit den historischen Kontexten zusammenhängen, in denen bestimmte Ausdrücke verwendet wurden. In den verschiedenen Debatten um die Sterbehilfe war Ausdruck Euthanasie problematisch. Während es immer wieder Versuche gab, an die frühere Gebrauchstradition als "Tötung aus Erbarmen" anzuknüpfen, wurde er nicht selten mit dem Hinweis auf seine Verwendung während der NS-Zeit und auf die nationalsozialistische Euthanasiepolitik abgelehnt. Euthanasie wird als "belastete" Vokabel betrachtet und unterliegt wegen der Versuche der Reetablierung der älteren Gebrauchstradition einer Bedeutungskonkurrenz. Einerseits wird sie weiter als Stigmavokabel zur Bezeichnung der nationalsozialistischen Verbrechen, andererseits neutraler als Oberbegriff des gesamten Themenkomplexes gebraucht.

Der öffentliche und damit auch der politische Sprachgebrauch ist alles andere als homogen, Wörter sind nicht, außer vielleicht in Fachsprachen, eindeutig. Elite kann, um auf die Eingangsfrage zurückzukommen, eine positive und eine negative Bezeichnung sein, es kommt nur darauf an, wer den Ausdruck mit welcher Absicht benutzt und welche Vorstellung er mit dieser Bezeichnung verbindet.

Begriffe besetzen oder das Ringen um Wörter

Von Thorsten Eitz

15.7.2010

Dr. Thorsten Eitz, geboren 1967, studierte Germanistik, Philologie und Politik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Dort arbeitet er als Wissenschaftlicher Angestellter im DFG-Projekt "Politische Sprache der Weimarer Republik". Zu seinen Veröffentlichungen gehören u.a. das "Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung" sowie das "Zeitgeschichtliche Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache".

Neue Mitte, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit: Wer Wörter besetzt und mit eigenen Inhalten füllt, hat gute Chancen, seine Ideen und Konzepte im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und durchzusetzen. Welche Taktiken im Kampf um Wörter gibt es?

Seit 1973 gibt es die plakative, vom damaligen Generalsekretär der CDU, Kurt Biedenkopf, geprägte Formel vom "Besetzen der Begriffe". Gemeint war damit, dass sich in der politischen Auseinandersetzung derjenige durchsetzt, der Problem- oder Sachverhalte seiner Sichtweise entsprechend benennt und dadurch interpretiert und der seine Argumente sprachlich am besten entwickelt und vermittelt. Diese Formel und die in der Folge eingerichtete "Projektgruppe Semantik" der CDU verdeutlichen, welchen hohen Stellenwert die Politik der Rolle der Sprache zumisst.

Nun wird nicht erst seit 1973 um das "Besetzen von Begriffen" gerungen, sondern es geht in der politischen Kommunikation grundsätzlich darum, wer über die Definitionshoheit zentraler politischer Orientierungsvokabeln verfügt. In derartigen Konflikten gibt es verschiedene sprachliche Strategien, mit denen um Wörter gestritten wird.

Wortprägung

Eine Methode ist die der Wortprägung. In den bis zur Wiedervereinigung 1990 geführten Diskussionen über die sogenannte deutsche Frage und die Anerkennung der polnischen Westgrenze bezeichneten Gegner dieser Anerkennung die Grenze als Oder-Neiße-Linie. Der Wortbestandteil Linie sollte deutlich machen, dass die Grenze als ein in der Zukunft aufzuhebendes, willkürliches Provisorium anzusehen sei. Sie unterstrichen damit ihren Anspruch auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Befürworter nannten sie hingegen Oder-Neiße-Grenze und betonten mit dem Wortteil Grenze den völkerrechtlich verbindlichen, endgültigen Charakter. Im Sprachgebrauch der DDR wurde sie ab 1950 als Friedensgrenze und damit als in Verträgen festgelegt und unauflösbar bezeichnet. Die Prägung der jeweiligen Bezeichnung ist der Versuch, den eigenen Standpunkt und die eigene Beurteilung des Problems im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und durchzusetzen.

Metapher

Eine besonders eingängige Form der Wortprägung ist die Metapher. Metaphern, also Wörter oder Wendungen mit bildhafter, übertragener Bedeutung, sind deshalb so attraktiv, weil sie komplexe Sach- und Problemverhalte vereinfachend und verständlich darstellen. Sie machen den jeweiligen Sach- oder Problemverhalt buchstäblich "begreifbar" und enthalten darüber hinaus oft noch versteckte Argumentationen und Handlungsanweisungen. In den Auseinandersetzungen über die Einwanderungspolitik wurde z.B. mit Ausdrücken wie Ausländer- bzw. Asylantenflut, -schwemme, -strom, -welle, -lawine etc. der suggestive Eindruck hervorgerufen, als handele es sich bei diesen Zuwanderern um eine ungeheuer große, jedenfalls eine viel größere als die tatsächliche Anzahl von Menschen. Zugleich enthielt schon das gewählte Bild die als notwendig betrachtete politische bzw.

gesetzgeberische Gegenmaßnahme, nämlich dass gegen die ungewollte, vermeintlich massenhafte Zuwanderung Dämme errichtet werden müssten, also die Einwanderung zu beschränken bzw. das Asylrecht einzuschränken sei. Im "Dritten Reich" trug die stereotype Titulierung der Juden als Parasiten am deutschen Volkskörper, Schädlinge, Blutsauger, Pest, Bazillen etc., die zu bekämpfen bzw. auszurotten oder auszutilgen seien, dazu bei, die jüdische Bevölkerung zu stigmatisieren und auszugrenzen. Diese sprachlichen Bilder, also Krankheiten, die zu heilen, Parasiten, die zu entfernen seien, sollten die von den Nationalsozialisten beabsichtigte Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben, ihre Verfolgung und schließlich ihre Ausrottung schlüssig begründen.

Taktiken im Kampf um Wörter am Beispiel Chancengleichheit - Chancengerechtigkeit

Fahnen- und Stigmawörter

Neben der Strategie der Wortprägung lassen sich an einem anderen Beispiel weitere Taktiken im Kampf um Wörter deutlich machen: Ab Mitte der sechziger Jahre etablierte die SPD ihr Fahnenwort Chancengleichheit als Bezeichnung für das von ihr vertretene bildungspolitische Konzept, durch die Einführung von Gesamtschulen bessere Zugangsmöglichkeiten zu höheren Schulen insbesondere für sozial schwächer gestellte Kinder zu schaffen, derart erfolgreich, dass es bis zu Beginn der siebziger Jahre als Hochwertvokabel anzusehen war. Dementsprechend verwendete auch die CDU den Ausdruck zunächst positiv und versuchte, ihn als Fahnenwort mit eigener inhaltlicher Füllung – im Sinne vertikaler und horizontaler Durchlässigkeit im Bildungswesen und Abbau des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land – für sich zu reklamieren. Erst als diese Strategie fehlschlug, gebrauchte die CDU Chancengleichheit ab 1972 als Stigmawort, mit dem sie die Bildungspolitik der sozial-liberalen Regierung angriff. Sie interpretierte den Wortteil gleich als "Gleichmacherei in der Bildung" und versuchte so, die positive Nebenbedeutung des Ausdrucks zu demontieren. Daneben versuchte sie ab Mitte der siebziger Jahre, mit der Vokabel Chancengerechtigkeit ein eigenes Fahnenwort einzuführen, das die SPD wegen seiner "Unbestimmtheit" ablehnte. Chancengerechtigkeit konnte sich jedoch im öffentlichen Sprachgebrauch kaum durchsetzen und wird heute nur noch selten verwendet. Chancengleichheit hat mittlerweile – auch weil der Ausdruck inzwischen in anderen gesellschaftlichen Bereichen benutzt wird – wieder einen ähnlichen parteiübergreifenden Stellenwert als Programm- und Zielvokabel wie in den sechziger Jahren erreicht.

Konkurrenz- oder Gegenvokabeln

Hier zeigen sich zwei weitere sprachliche Strategien: Man versucht, sich des Fahnenwortes eines Gegners zu bemächtigen, also ein Wort mit anderen Inhalten zu füllen, es umzudeuten, oder man versucht, ein vom politischen Gegner benutztes Fahnenwort zu diskreditieren, es gleichsam seiner positiven Bedeutung zu berauben. Indem z.B. ein Wortbestandteil eines zusammengesetzten Ausdrucks (also gleich in Chancengleichheit) oder eine Teilbedeutung eines Wortes auf eine vermeintlich "eigentliche" oder "ursprüngliche" Bedeutung zurückgeführt, d.h. remotiviert wird, wird versucht, dem Gesamtausdruck eine andere, negative Bedeutung zu geben. Mit der Prägung einer Konkurrenz- oder Gegenvokabel verfügt man zugleich über ein eigenes Fahnenwort, das sich gegen das gegnerische ausspielen lässt, es im besten Fall ablösen kann. Ein weiteres aktuelles Beispiel dafür ist die Verwendung der Wörter Gemeinschaftsschule und Einheitsschule in der politischen Auseinandersetzung um die Abschaffung bzw. Beibehaltung des gegliederten Schulsystems. Während Gemeinschaftsschule von den Befürwortern der Abschaffung verwendet wird und damit vor allem das gemeinsame Lernen betont werden soll, spielt die Gegenvokabel Einheitsschule mit dem Bild von Gleichmacherei.

Selbstbezeichnung

Eine spezielle Variante dieser Auseinandersetzung um Fahnen- und Stigmawörter ist es, eine Stigmavokabel zur Selbstbezeichnung zu verwenden und dadurch zu neutralisieren. In den siebziger

Jahren bezeichneten sich z.B. Homosexuelle als Schwule bzw. Lesben, bis dahin stigmatisierende Diffamierungs- und Beschimpfungsvokabeln, und erreichten dadurch, dass diese Ausdrücke heute neutral verwendet werden können.

Ausbeutung von Konnotationen

Eine weitere Strategie ist die Ausbeutung von Konnotationen, also Nebenbedeutungen eines Wortes. Indem man die eigene Position mit Ausdrücken beschreibt, die positive Assoziationen hervorrufen (z. B. Freiheit, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Zukunft etc.), hofft man, dass diese positiven Konnotationen auf den eigenen Sprachgebrauch, die eigene Programmatik sozusagen "abfärben".

realistische Diktion

Sprachstrategisch wirkungsvoll ist auch die Verwendung der sogenannten realistischen Diktion, also des verbreiteten Äußerungsschemas "x ist y", z.B. Deutschland ist (k)ein Einwanderungsland, Kopftuch-Verbot ist Berufsverbot. Dabei "verdecken" solche Formulierungen, dass jemand mit bestimmter Zielsetzung einen Ausdruck wählt, der einen Sachverhalt wie Zuwanderung als notwendig oder überflüssig bewertet, bzw. dass jemand das Verbot, als Lehrerin im Unterricht ein Kopftuch zu tragen – was als demonstrativer Ausdruck einer Religionszugehörigkeit gilt –, als Berufsverbot einschätzt.

Das Beispiel "Neue Mitte"

Das Beispiel der Auseinandersetzung um das Schlagwort Neue Mitte zeigt exemplarisch, wie diese Strategien angewendet werden und wie langlebig derartige semantische Kämpfe sein können: Der Ausdruck Mitte war und ist als Hochwertvokabel für alle politischen Lager attraktiv. Im Sinne von "Zielgruppe" steht Mitte für die Mehrheit der Wähler, die es bei Wahlen zu erobern gilt. Bis Ende der 1960er Jahre war das Wort eher mit den bürgerlichen Parteien CDU, CSU und FDP assoziiert.

Um das zu ändern, prägte Bundeskanzler Willy Brandt auf einem Parteitag der SPD 1972 den Ausdruck neue Mitte, worunter er nicht mehr die Wähler der bürgerlichen Parteien, sondern die sozial-liberale Regierungspolitik verstanden wissen wollte. Daneben sollte mit der Vokabel neue Mitte ein Konzept geschaffen werden, das es ermöglichte, die Studentenbewegung in die parlamentarische Demokratie zu integrieren. Mit dieser Wortprägung versuchte er zum einen, von den positiven Assoziationen des Ausdrucks Mitte zu profitieren, zum anderen ging es ihm darum, ihn mit dem Zusatz neu und durch eine andere inhaltliche Füllung umzudeuten und damit den bürgerlichen Parteien quasi zu entreißen. Die Opposition widersetzte sich dieser Uminterpretation und versuchte, den Ausdruck für sich zu reklamieren, indem sie Brandts Umdefinition als "unrichtig" hinstellte. So erklärte z.B. Franz-Josef Strauß (CSU): "Die neue Mitte, die Sie darstellen wollen, gibt es gar nicht. Entweder ist es die alte Mitte, dann ist es auch die neue Mitte – oder es ist keine Mitte." [DER SPIEGEL, 29.1.1973]

Ab Mitte der neunziger Jahre wurde der Ausdruck neue Mitte abermals Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung. Im Bundestagswahlkampf 1994 definierte sich die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP als Koalition der Mitte und warb mit dem Slogan "Politische Mitte oder Linksbündnis". Dem versuchte die SPD im Bundestagswahlkampf 1998 in Anlehnung an Tony Blairs New Labour oder Bill Clintons New Democrats eine neue Mitte entgegenzusetzen, worunter Kanzlerkandidat Schröder eine Politik verstand, die "die Eigenverantwortlichkeit der Menschen fördert und sie stärkt" und die "für Solidarität und Innovation, für Unternehmungslust und Bürgersinn, für ökologische Verantwortung und eine politische Führung" [Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder vom 10.11.1998] steht.

Umstritten war hier vor allem die Frage, ob die Strategie der SPD darin bestünde, die Vokabel Mitte zu "besetzen" und ihre positive Konnotation für sich in Anspruch zu nehmen oder ob ihre Verwendung für eine programmatische Neudefinition der politischen Mitte stünde. Aus Sicht von Union und FDP

ging es Schröder vor allem um Wortokkupation. Die Presse kritisierte an Schröders Wortprägung, dass sie ohne Kontur sei, "eine politische Leerformel".

Insbesondere an der Verwendung des Wortes neu entzündete sich die Kritik. Von konservativer Seite wurde die Argumentation von Strauß wieder aufgegriffen, um die Skepsis am Innovationsgehalt des Wortes wie an der Politik zu unterstreichen. Die Bezeichnung "Rot-Kohl aus Hannover"[RHEINISCHE POST, 20.4.1998] von linken Gruppierungen für Schröder verdeutlichte die Auffassung, dass die SPD versuche, "alte" Politik unter "neuem" Namen zu verkaufen.

Der Versuch, die Programmvokabel neue Mitte von 1973 zu übernehmen, wurde als gescheitert betrachtet, da sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Zwischenzeit verändert hätten. Mitte ist heute eine umkämpfte Vokabel, die fast alle politischen Parteien für sich beanspruchen.

Schlagwörter

Von Thomas Niehr

15.7.2010

Thomas Niehr, geboren 1961, ist Professor am Institut für Sprach- und Kommunikationswissenschaft an der RWTH Aachen. Er ist Mitglied der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) und Vorsitzender der Zweigstelle Aachen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Öffentlicher Sprachgebrauch, Argumentationsanalyse und Diskursanalyse. Veröffentlichungen u.a. "Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974", "Sprachkritik. Ansätze und Methoden der kritischen Sprachbetrachtung".

Aus der politischen Kommunikation sind sie nicht mehr wegzudenken: Schlagwörter können Forderungen und Programme auf ein Wort verkürzt unter das Volk bringen. Aber nicht alle, die ein und dasselbe Schlagwort benutzen, wollen auch das Gleiche sagen.

Schlagwort – ein Ausdruck mit mehreren Bedeutungen

Der Ausdruck Schlagwort wurde schon im 19. Jahrhundert geprägt und verwendet. Er begegnet uns seitdem in umgangs- wie auch fachsprachlichen Zusammenhängen. Wer umgangssprachlich von Schlagwörtern spricht, wertet damit meist Äußerungen einer anderen Person ab. So ist es beispielsweise vorstellbar, dass man seiner Verärgerung über scheinbar nichtssagende Politikeräußerungen dadurch Ausdruck verleiht, dass man diesen Politikern vorwirft, sie äußerten sich in "bloßen Schlagworten". Dann bedeutet Schlagwort so etwas wie hohle Phrase oder nichtssagendes Gerede.

Im Gegensatz zu dieser umgangssprachlichen Bedeutung steht die sprachwissenschaftliche (linguistische) Bedeutung des Ausdrucks Schlagwort. Insbesondere Linguisten, die sich mit der Sprache der Politik beschäftigen – dieser Zweig der Linguistik wird auch Politolinguistik genannt –, haben sich mit Schlagwörtern beschäftigt und verstehen darunter Ausdrücke, die in der öffentlichen Auseinandersetzung zur Propagierung bestimmter Forderungen und Programme verwendet werden. Diese fachsprachliche Bedeutung von Schlagwort soll im Folgenden näher erläutert werden.

Sprache in der Politik – ein strategisches Sprachspiel

Sprache in der Politik – wie Sprache überhaupt – dient neben der Informationsvermittlung v.a. auch der Selbstdarstellung der Sprecher bzw. Schreiber. Diese möchten sich durch ihren sprachlichen Stil – und dazu gehört auch die Wortwahl – ihren Zuhörern in einer bestimmten Weise präsentieren. Insbesondere von Politikern ist dieses Phänomen gut bekannt: So stellen sie sich in Parlamentsdebatten gerne als wortgewandt und schlagfertig dar. Und auch der eindeutige Verlierer einer Wahl findet meist noch eine Formulierung, um dem verheerenden Wahlergebnis etwas Positives abzugewinnen. So weist er beispielsweise darauf hin, dass aufgrund der ungünstigen Wirtschaftslage mit noch schlimmeren Verlusten gerechnet werden musste oder dass er zwar die Wahl nicht gewonnen habe, die politischen Gegner aber die Realitäten anerkennen müssten und ihre Fraktion auch nicht über die nötige Stimmenmehrheit zur Bildung einer handlungsfähigen Regierung verfügten. Dieses kleine Beispiel zeigt bereits, dass politische Sprache strategisch angelegt ist. Die sprachliche Strategie besteht meist darin, die eigene Position aufzuwerten und gleichzeitig die des politischen Gegners abzuwerten. Zur Umsetzung dieser Strategie sind Schlagwörter hervorragende Werkzeuge, weil man mit ihnen das Denken und Fühlen der Menschen beeinflussen kann.

Schlagwörter – Instrumente zur Manipulation der Massen

Schlagwörter dienen in der politischen Kommunikation dazu, Forderungen und Programme unter das Volk und damit unter die potentiellen Wählerinnen und Wähler zu bringen. Dabei haben Schlagwörter den entscheidenden Vorteil, dass sie Forderungen und Programme so verkürzen, dass diese mithilfe nur eines Wortes ausgedrückt werden können. Ein berühmtes Beispiel für ein Schlagwort (bzw. eine Schlagwort-Kombination) ist etwa der aus der Französischen Revolution bekannte Ruf nach Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit. Auf Anhieb finden wir solch eine Forderung plausibel und sympathisch, weil sie demokratische Prinzipien auf den Punkt bringt. Würde man aber mehrere Menschen auffordern zu erklären, was sie genau unter Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit verstehen, so kämen dabei mit Sicherheit ganz unterschiedliche Vorstellungen zum Vorschein. Und kaum einer könnte auf Anhieb darüber Auskunft geben, wie er sich denn das Verhältnis dieser drei Forderungen zueinander vorstellt: Sollen alle drei gleichberechtigt nebeneinander stehen oder ist vielleicht Freiheit Voraussetzung von Gleichheit und Brüderlichkeit? Was ist der Unterschied zwischen Gleichheit und Brüderlichkeit? Und was wollen wir unter Freiheit (und Gleichheit und Brüderlichkeit) überhaupt verstehen? Diese Fragen werden von den Schlagwort-Benutzern meist nicht beantwortet, und die Schlagwort-Rezipienten (also die Adressaten, an die solche Schlagwörter gerichtet werden) legen sich meist keine Rechenschaft darüber ab, ob sie die mit den Schlagwörtern transportierten Forderungen wirklich identifizieren können.

Man kann diese Problematik auch sehr schön an Schlagwörtern verdeutlichen, die in den letzten Jahrzehnten in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit kursierten. Schaut man sich die Parteiprogramme und Internetauftritte der im Bundestag vertretenen Parteien an, so findet sich dort ausnahmslos auch das Schlagwort Umweltschutz, mithin die Forderung, unsere Umwelt zu schützen. Dieses Schlagwort wird etwa seit 40 Jahren in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland verwendet. Analysiert man die Diskussion, so wird offensichtlich, dass der Ausdruck Umweltschutz ganz unterschiedliche Bedeutungen trägt. So wird beispielsweise der Standpunkt vertreten, der Betrieb von Atomkraftwerken sei aktiver Umweltschutz, weil dadurch die CO₂-Emission verringert und somit der Klimawandel positiv beeinflusst werden könnte. Es findet sich auch die gegensätzliche Position, nach der der Betrieb von Atomkraftwerken aus Umweltschutzgründen nicht infrage komme, etwa wegen der Gefährdung der Umwelt und der ungeklärten Endlagerung des Atommülls. Ohne diese gegensätzlichen Positionen hier inhaltlich bewerten zu wollen, kann man doch festhalten, dass beide Seiten mit dem positiv besetzten Schlagwort Umweltschutz operieren können. Dies heißt aber mit anderen Worten: Das positiv besetzte Schlagwort Umweltschutz dient Vertretern vollkommen gegensätzlicher Positionen für ihre jeweiligen Zwecke, ohne dass für die Schlagwort-Rezipienten auf Anhieb deutlich würde, welche (konträren) Forderungen jeweils mit dem Ruf nach Umweltschutz verbunden werden.

Schlagwörter – Wörter mit vielfältigen Eigenschaften

Mit einigem Recht kann man sich die Frage stellen, was denn ein Wort zum Schlagwort macht. Welche Eigenschaften muss ein Wort haben, um Schlagwort zu sein oder zum Schlagwort zu werden? So berechtigt diese Frage auch sein mag – die sprachwissenschaftliche Forschung konnte darauf bislang keine einfache Antwort geben. Und dies, obwohl Schlagwörter schon seit Jahrhunderten benutzt werden, höchstwahrscheinlich schon so lange, wie es öffentliche Auseinandersetzungen um im weitesten Sinne politische Sachverhalte gibt.

Zunächst einmal kann man festhalten, dass es keine Wörter gibt, die per se Schlagwörter sind. Wörter benötigen nämlich bestimmte Umgebungsbedingungen, um überhaupt als Schlagwörter verwendet werden zu können. Unverzichtbar ist das Vorhandensein einer Öffentlichkeit, in der Schlagwörter verwendet und rezipiert werden können. Wird in einer solchen Öffentlichkeit eine Forderung oder ein Programm brisant und von einer Gruppierung vertreten, kann ein Schlagwort entstehen. Im Nachhinein wird deutlich, dass solch ein Schlagwort im öffentlichen Diskurs aufgetaucht ist und plötzlich sehr häufig verwendet wurde. Dies trifft etwa für Umweltschutz ab den 1970er Jahren zu. Wenn ein Schlagwort den Zeitgeist trifft und das in ihm enthaltene Programm über Parteigrenzen hinweg viele Befürworter findet, dann setzt etwas ein, das Linguisten den "Kampf um Wörter" nennen:

Unterschiedliche Gruppierungen werden versuchen, das Schlagwort als ihr eigenes auszugeben, das Schlagwort für sich zu "besetzen". Auch dies lässt sich gut an dem Beispiel Umweltschutz nachvollziehen: Konservative Kreise beteiligten sich zunächst kaum an der öffentlichen Diskussion um Umweltschutz. Schließlich als dieses Thema jedoch in aller Munde war und kein Politiker mehr an einem Bekenntnis zum Umweltschutz vorbei kam, versuchten alle politischen Parteien deutlich zu machen, dass auch für sie Umweltschutz ein wichtiges Anliegen sei. Allerdings gibt es auch Schlagwörter, die nicht direkt ein Programm oder einen erstrebenswerten Zustand bezeichnen. Denn wer wollte sich schon dazu bekennen – um aktuelle Beispiele zu zitieren – für Klimawandel und Erderwärmung oder gar für Kindesmissbrauch einzutreten?

Schlagwörter – Wörter mit unterschiedlicher Programmatik

An den zuvor genannten Beispielen sieht man deutlich, dass es zu einfach wäre, unter Schlagwörtern solche Wörter zu verstehen, mit denen das Bezeichnete propagiert wird. Dies trifft zwar für viele Schlagwörter zu, die positiv konnotierte Dinge oder Ideen wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte bezeichnen. Es gibt aber zahlreiche Schlagwörter wie beispielsweise Finanzkrise, Waldsterben und Kindesmissbrauch, mit denen dazu aufgefordert wird, sich von den bezeichneten Dingen zu distanzieren oder diese zu bekämpfen und nach Möglichkeit aus der Welt zu schaffen. Schließlich werden viele Schlagwörter je nach politischer Einstellung höchst unterschiedlich bewertet: Für die einen verbindet sich mit Sozialismus eine politische Heimat, in der zumindest annähernde Gerechtigkeit herrscht, für die anderen jedoch ist das Wort nahezu gleichbedeutend mit Unfreiheit und Misswirtschaft. Man unterscheidet deshalb positive Schlagwörter von den Kampf- oder Stigmawörtern. Letztere werden dazu verwendet, die Ideen des politischen Gegners zu diskreditieren. So war es zu Zeiten des Kalten Krieges in der Bundesrepublik Deutschland durchaus üblich, politische Gegner des linken Spektrums als Kommunisten zu diskreditieren und sie und ihre politischen Vorstellungen damit in die Nähe der nicht frei gewählten, autoritär herrschenden DDR-Politiker zu rücken. Andererseits scheuten die so Gescholtenen teilweise nicht davor zurück, ihre politischen Gegner als Faschisten oder Nazis zu bezeichnen. Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Feststellung, das Wort X sei ein Schlagwort, wenig aussagekräftig ist. Um eine annähernde Vorstellung von der strategischen Wirkung dieses Schlagworts zu bekommen, muss man zusätzlich wissen, wer dieses Schlagwort in welcher Weise im öffentlichen Diskurs verwendet hat. Dies gilt insbesondere für Schlagwörter, mit denen auf umstrittene politische Ideen referiert wird.

Schlagwörter – Wörter, die kommen und gehen

Ähnlich wie Modewörter haben auch die meisten Schlagwörter eine bestimmte Zeit, in der sie Hochkonjunktur haben. Danach verlieren viele von ihnen an Brisanz und werden teilweise wieder in den "normalen" Wortschatz integriert, oder aber sie werden allmählich ganz vergessen. So wurde die öffentliche Diskussion der 1960er und 1970er Jahre von Schlagwörtern wie Gastarbeiter, Notstandsgesetze und Sex-Welle dominiert, Wörter, die für die aktuelle öffentliche Diskussion nicht mehr von Bedeutung sind.

Schließlich kennen wir auch das Phänomen, dass eine Forderung bzw. ein Programm unter einem neuen Namen bzw. Schlagwort wieder in die Diskussion gebracht wird. So wurden – ebenfalls in den 1960er Jahren – Probleme im Bildungsbereich mit dem Schlagwort Bildungskatastrophe etikettiert. Mit diesem Schlagwort wurde gleichzeitig dazu aufgerufen, etwas gegen diese Probleme (Mangel an Abiturienten, wachsende Schülerzahlen, Lehrermangel) zu tun. Eine ähnliche Funktion hatte in unserem Jahrzehnt das Schlagwort PISA bzw. PISA-Schock.

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls das Phänomen zu erwähnen, dass manche Schlagwörter internationale Bedeutung erlangen und deshalb auch – teilweise zeitversetzt – in verschiedenen Sprachgemeinschaften kursieren: So ist uns auch heute noch – wie bereits oben erwähnt – die Schlagwort-Trias Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit geläufig, eine Übersetzung von liberté – égalité – fraternité. Das in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik diskutierte Schlagwort Lebensqualität ist

hingegen eine Übersetzung des amerikanischen Schlagworts quality of life, das in den 1950er und 1960er Jahren in Amerika populär war.

Neben solchen Übersetzungen finden wir auch direkte Übernahmen von Schlagwörtern in andere Sprachen. So wurde etwa in den 1980er Jahren das deutsche Schlagwort Waldsterben zu französisch le Waldsterben und englisch the Waldsterben.

Schlagwörter – Wörter wie Waffen?

Es ist ein verbreitetes Verfahren, sich in der öffentlichen Kommunikation die Wirkung von Schlagwörtern zunutze zu machen. Diese Strategie wird deshalb auch von allen Beteiligten gern und ausgiebig genutzt. Eine weitere Strategie ist es, dem jeweiligen politischen Gegner den Gebrauch von Schlagwörtern vorzuwerfen. Hier wird dann die umgangssprachliche Bedeutung von Schlagwort aktiviert und dem Gegner bescheinigt, lediglich Leerformeln und Worthülsen zu verwenden. Oder aber Schlagwörter werden zu gefährlichen Waffen stilisiert, mit denen man die Massen manipulieren kann. Selbstverständlich werden solche Strategien nur dem jeweiligen politischen Gegner unterstellt. Der eigene Sprachgebrauch dagegen ist demgegenüber wahrhaftig und redlich. Gründliche Schlagwort-Analysen können mit dazu beitragen, solche Selbstinszenierungen offenzulegen.

Detaillierte Informationen und Literaturhinweise zum Thema finden Sie hier:

- Thomas Niehr (1993): Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974. Wiesbaden.
- Thomas Niehr (2007): "Schlagwort". In: Ueding, Gert (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik, Bd. 8. Tübingen, Sp. 496-502.

Das missglückte Wort

Von Thorsten Eitz

15.7.2010

Dr. Thorsten Eitz, geboren 1967, studierte Germanistik, Philologie und Politik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Dort arbeitet er als Wissenschaftlicher Angestellter im DFG-Projekt "Politische Sprache der Weimarer Republik". Zu seinen Veröffentlichungen gehören u.a. das "Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung" sowie das "Zeitgeschichtliche Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache".

Der Ton macht die Musik - auch und gerade in der Politik. Allein die Wortwahl kann hier über Erfolg oder Niederlage entscheiden. Denn wenn der Ton nicht stimmt, wird oft nicht mehr über die Sache selbst diskutiert - sondern nur noch über deren Bezeichnung.

Wie erfolgreich Politik ist und ob sie allgemein akzeptiert wird, hängt neben ihren Inhalten oft auch davon ab, wie sie bezeichnet wird. Die Benennung einer politischen Maßnahme, eines Programms, einer Idee kann entscheidenden Einfluss darauf haben, wie sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen und bewertet wird. Neben erfolgreichen und weithin anerkannten Wörtern wie Demokratie, Chancengleichheit oder soziale Marktwirtschaft und der jeweils damit verbundenen politischen Programmatik, gibt es immer wieder Beispiele für Wortprägungen in der Politik, die als "misslungen" oder "unangemessen" betrachtet werden.

Hartz-IV

So wurde zum Beispiel die umgangssprachliche Prägung Ein-Euro-Job für die "Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung" im Rahmen der Hartz-Reformen noch vergleichsweise harmlos als "irreführend" beanstandet. Schlimmer steht es um die Bezeichnung Hartz-IV selbst. Nicht erst seitdem die Verwicklung des Initiators der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Peter Hartz, in den VW-Skandal öffentlich wurde, ist das Wort stark negativ belastet. Die Reform ist, so der Tenor der gegenwärtigen Debatte, "reformbedürftig". Hartz-IV wird von vielen als Schrecksgespens, als Stigma, Brandmal der Ausgrenzung, technokratisch, kalt, verfluchter Begriff, "der größte Murks seit der deutschen Einheit" (der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer BERLINER MORGENPOST, 10.2.2010) angesehen. Bezieher von Arbeitslosengeld-II werden pauschal als faul und unmotiviert stigmatisiert. Nicht zufällig wurde der Ausdruck Hartz-IV in der Bedeutung "rumhängen" Jugendwort des Jahres 2009. Auch Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen erklärte im Februar 2010: "Der Begriff ist objektiv negativ besetzt. Alle verbinden damit: abhängen oder abgehängt" [Stern 25.2.2010]. Wegen dieser negativen Bewertung und weil er eine "differenzierte gesellschaftliche Debatte über die Langzeitarbeitslosigkeit" behindere, ist es ihr Ziel, dass "die Bezeichnung Hartz-IV allmählich aus dem Sprachgebrauch verschwindet".

Heuschrecken

Als nicht minder kritikwürdig erschien 2005 die vom damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering mit dem Satz "Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter" " [WELT AM SONNTAG, 17.4.2005] geprägte Metapher der Heuschrecken für global agierende Kapitalinvestoren, die weltweit Unternehmen aufkaufen, um sie unter hohen eigenen Gewinnen zu sanieren oder zu zerschlagen. Obwohl sich dieses eingängige Bild im öffentlichen Sprachgebrauch fest etabliert hat, wird der Ausdruck immer wieder in die Nähe von NS-Tiervergleichen – also etwa Judensau, Maden, Ungeziefer – gerückt. Eine ausführliche Auseinandersetzung hierzu hat der Sprachforscher Uwe

Pörksen für das Nachrichtenmagazin Der Spiegel verfasst [zum Beitrag auf [spiegel.de \(http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40325421.html\)](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40325421.html)].

Herdprämie

Seit 2007 ist der "Kampfbegriff" Herdprämie [WELT AM SONNTAG, 3.6.2007] umstritten, der von der SPD in der Diskussion um das sogenannte Betreuungsgeld für Mütter, die ihre Kinder zu Hause erziehen, geprägt wurde. Neben Herdprämie etablierten sich weiterer diffamierende Kritikvokabeln wie Aufzuchtprämie [DIE WELT, 8.11.2007] und Karnickelprämie [ZEITmagazin, 2.8.2007] oder Gluckengehalt [TAZ, 1.11.2007], mit denen nicht nur die SPD, sondern auch Bündnis 90/Die Grünen und die Linkspartei das geplante Betreuungsgeld und das vermeintlich sich darin ausdrückende konservative Familienbild der Union attackierten. Der familienpolitische Sprecher der Unionsfraktion Singhammer sah in dem Ausdruck Herdprämie eine "intolerante Herabwürdigung eines millionenfach gewählten Lebensmodells" [STUTTGARTER NACHRICHTEN, 18.5.2007], Joachim Hermann (CSU) nannte ihn "einen absolut blödsinnigen Begriff" [ddp, 16.5.2007], der Augsburger Bischof Mixa bezeichnete ihn als "eine schlimme Diffamierung und Respektlosigkeit gegenüber Eltern" [ddp, 6.6.2007]. Anfang 2008 wurde der Ausdruck Herdprämie von Sprachwissenschaftlern mit der Begründung, dass das Wort Eltern, besonders aber Frauen herabsetze, zum Unwort des Jahres 2007 gewählt. Die Ausdrücke Herdprämie, Gluckengehalt und Karnickelprämie waren durch ihren bildhaften Charakter besonders geeignet, die familienpolitischen Vorstellungen der Union polemisch anzugreifen. Anders als etwa die allseits abgelehnte Bezeichnung Hartz-IV wurden sie von den Gegnern der Unionsposition nicht als missglückte Wörter betrachtet, sondern dienten durch die schlagwortartige plastische Komprimierung der eigenen Kritik der Mobilisierung der eigenen Anhänger.

Unwörter des Jahres

Generell bietet die Liste der Unwörter des Jahres eine Vielzahl derartiger Bezeichnungen, die als "mislungen" gelten und häufig mit "menschenunwürdiger Attitüde" gebraucht werden. So wurde z.B. mit dem "belasteten" Ausdruck Überfremdung in der Asyldebatte Anfang der neunziger Jahre gegen eine liberalere Asylpolitik polemisiert, Umbau des Sozialstaates sollte 1996 einen tatsächlich geplanten Abbau des Sozialstaates sprachlich verdecken, Ich-AG und Humankapital verschleierten nach der Jahrtausendwende die Ökonomisierung des Menschen, mit freiwillige Ausreise wurde die euphemistische Behördenbezeichnung für abgelehnte Asylbewerber kritisiert. Immer wieder beanstandet wurden auch Ausdrücke des wirtschaftspolitischen Diskurses wie schlanke Produktion, Freisetzungen, biologischer Abbau, sozialverträglicher Stellenabbau, Flexibilisierung, Outsourcing, Belegschaftsaltslasten, überkapazitäre Mitarbeiter und Smartsourcing, die verschleiern sollten, dass damit Entlassungen gemeint waren [zur Webseite der Gesellschaft für deutsche Sprache (<http://www.gfds.de/aktionen/wort-des-jahres/unwoerter-des-jahres/>)].

Deutsche Leitkultur

Am ausführlicher dargestellten Beispiel des Ausdrucks (deutsche) Leitkultur lässt sich anschaulich zeigen, wie wichtig die Wortwahl in der politischen Auseinandersetzung ist. Den Ausdruck Leitkultur prägte ursprünglich der Goettinger Politologe Bassam Tibi für seine Vorstellung, dass sich in heterogenen Einwanderungsgesellschaften Migranten den herrschenden kulturellen Normen anzupassen hätten, ohne die eigene Kultur aufgeben zu müssen.

Als im Sommer 1998 in Baden-Württemberg der muslimischen Lehramtsanwärterin Ludin vom zuständigen Stuttgarter Oberschulamt die Einstellung als Lehrerin verweigert wurde, weil sie im Unterricht ein Kopftuch als Ausdruck ihres islamischen Glaubens tragen wollte, entwickelte sich in der Bundesrepublik eine bis heute andauernde kontroverse Debatte um Fragen nach Religionsfreiheit und Integrationspolitik. In einem Beitrag für die Berliner Zeitung [BERLINER ZEITUNG, 22.6.1998] verwendete der damalige Berliner Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) in diesem Zusammenhang zum ersten Mal öffentlich den Ausdruck Leitkultur. Das wenig umstrittene Schlagwort wurde brisant,

als es der Fraktionsvorsitzende der CDU Friedrich Merz am 16. Oktober 2000 als Programmvokabel zur Integrationspolitik der CDU in seiner Bundestagsrede verwendete. Er forderte, "Zuwanderer, die auf Dauer hier leben wollten, müssten sich einer gewachsenen, freiheitlichen deutschen Leitkultur anpassen".

In der darauf folgenden öffentlichen Diskussion wurde die Frage nach der "eigentlichen Bedeutung" des Ausdrucks deutsche Leitkultur gestellt, der u.a. als fragwürdig [DIE ZEIT, 26.10.2000], vage [TAZ, 21.11.2000], skurril [DIE ZEIT, 9.11.2000], unsinnig [TAZ, 27.10.2000], kriminell [TAZ, 27.10.2000], verschleiern attribuiert wurde und als Unwort, das "genauso belastet" sei wie "Lebensraum oder Untermensch" [TAZ, 2.11.2000], aufgefasst wurde. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP, Rainer Brüderle, erklärte, Leitkultur suggeriere einen "Überlegenheitsanspruch", den es nicht gäbe [spiegel.de (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,98865,00.html>)]. Die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, bemängelte, das Wort enthalte eine "falsche Botschaft" [spiegel.de (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,98865,00.html>)]. Obwohl die Reaktionen auf die Forderung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU zumeist negativ waren, avancierte das Schlagwort deutsche Leitkultur in der Folge zu einem Fahnenwort der Union – und einem Stigmawort ihrer Gegner. Dass es auch innerhalb der CDU nicht unumstritten war, zeigte die Ablehnung der Bezeichnung durch den ehemaligen Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, und dessen Versuch, anstelle von deutscher Leitkultur das Wort Verfassungspatriotismus als Alternativvokabel zu etablieren, eine Prägung von Dolf Sternberger. Der damalige Vorsitzende der baden-württembergischen CDU-Fraktion, Günther Oettinger, schlug vor, statt von einer deutschen Leitkultur von einer "Kultur des Abendlandes" [TAZ, 26.10.2000] zu sprechen. Für die Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) war der "Begriff einer deutschen Leitkultur" Ausdruck "einer "primitiven Vorstellung von Integration" [TAZ, 25.10.2000].

Der Bundesvorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, befürwortete hingegen die Verwendung des Ausdrucks: "Die Anerkennung der deutschen Leitkultur müsse der kleinste gemeinsame Nenner in der gegenwärtigen Zuwanderungsdebatte sein." [rp-online.de (http://www.RP-online.de/news/politik/2000-1020/rep_merz.html)] Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hingegen kritisierte die "alberne Diskussion" über den "bürokratischen Begriff deutsche Leitkultur", denn "in einer globalisierten Welt muss Kultur offen sein" [spiegel.de (<http://www.spiegel.de/druckversion/0,1588,101453,00.html>)]. Auch Gregor Gysi von der PDS lehnte die Verwendung der Vokabel als "zu verwerfen und gefährlich" ab und stellte dem Konzept einer deutschen Leitkultur das einer "europäischen Kultur" gegenüber [welt.de (<http://www.welt.de/daten/2000/10/30/1030hb199372.htx?print=1>)]. Der damalige Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, bezweifelte, dass in der Bundesrepublik "die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen wurden", und kritisierte den Sprachgebrauch von Unionspolitikern und die Verwendung von Ausdrücken und Slogans wie "deutsche Leitkultur", "nützliche Ausländer" oder "Kinder statt Inder" als "Beispiele von Elite-Fremdenfeindlichkeit, die sich ganz bestimmt nicht zum demokratischen Vorbild eigneten". [spiegel.de (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,98865,00.html>)]

Trotz aller Kritik hielt die CDU zunächst am Ausdruck deutsche Leitkultur fest. Angela Merkel definierte ihn 2001 unter Verwendung von Hochwertvokabeln wie "Bekenntnis zur Nation, zum Vaterland, zu weltoffenem Patriotismus, zu Toleranz und Zivilcourage". [arte.tv (<http://www.arte.tv/de/Themen/3026040,CmC=3026780.html>)] Dem Fahnenwort der Union deutsche Leitkultur setzten Bündnis90/Die Grünen das in der Einwanderungsdebatte bereits etablierte Schlagwort Multikulturelle Gesellschaft entgegen. In der partei-internen Debatte wurde diese Vokabel jedoch als ebenso "unscharf" wie die deutsche Leitkultur bezeichnet, da sie "zu viele Interpretationsmöglichkeiten" biete und "missverständlich" sei. Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel warnte daraufhin davor, die Zuwanderungsdebatte mit "unglücklichen Formulierungen" zu belasten. "Leitkultur" und "Multikulti" seien Schlagworte, die mit Inhalten gefüllt werden müssten.

Zur Diskussion um die – wohl in Anlehnung an die freiheitlich demokratische Grundordnung nun als freiheitlich attribuierte – deutsche Leitkultur erklärte Friedrich Merz 2001: "Einwanderung und Integration von Ausländern, die wir wollen und die wir fördern müssen, braucht Orientierung an

allgemein gültigen Wertmaßstäben" [[welt.de \(http://www.welt.de/print-welt/article540438/Einwanderung_und_Identitaet.html\)](http://www.welt.de/print-welt/article540438/Einwanderung_und_Identitaet.html)]. Nur wenig später stellte die ZEIT [31.5.2001] fest: "Die Idee, die 'deutsche Leitkultur' zum Maßstab für Integration zu erklären, musste scheitern".

Nachdem Merz diese Relativierung der Verwendung von deutsche Leitkultur vorgenommen hatte, verlor die öffentliche Auseinandersetzung deutlich an Brisanz, der Streit um den "unseligen Begriff" galt als ausgestanden. Er blieb jedoch problematisch. 2007 verankerte die CDU den "umstrittenen Begriff" Leitkultur in ihrem Grundsatzprogramm, und noch 2009 lehnte der Kanzlerkandidat der SPD, Frank-Walter Steinmeier die Vokabel ab und schlug vor, statt dessen von einer Nationalkultur zu sprechen. Der Ausdruck deutsche Leitkultur war in der öffentlichen Auseinandersetzung vor allem deshalb so umstritten und wurde als "missglückte" Prägung angesehen, weil er einerseits als euphemistisch und damit die Absichten der Union in der Integrationspolitik verschleiern galt, und weil er andererseits zum Teil Assoziationen an die nationalsozialistische Ideologie und deren sozialdarwinistische Überlegenheitsvorstellungen weckte.

Fazit

Systematisch betrachtet werden politische Bezeichnungen und damit nicht selten auch die Politik, für die sie stehen, in der Öffentlichkeit vor allem dann als "mislungen" betrachtet und kritisiert, wenn sie als Euphemismen, also verschleiern oder beschönigend, angesehen werden, wenn es sich um "belastete" Ausdrücke, NS-Vergleiche oder Herabwürdigungen, Wörter der Amts- oder sonstigen Fachsprachen handelt oder wenn sie als nicht eindeutige, vage und inhaltsleere Slogans oder Modewörter empfunden werden.

Political Correctness / Politische Korrektheit

Von Iris Forster

15.10.2010

Dr. Iris Forster ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Germanistik (Abteilung Germanistische Sprachwissenschaft) an der Technischen Universität Braunschweig. Nach einem Studium der Germanistik und Geschichtswissenschaft arbeitete sie an der 10. Auflage des "Deutschen Wörterbuchs" von Hermann Paul mit. In ihrer Dissertation analysiert sie Formen und Funktionen von Euphemismen in der politischen Sprache, vor allem in Diktaturen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind historische Sprachwissenschaft, Semantik, Sprache und Politik sowie Schriftlinguistik.

Immer wieder werden neue Sprachreglementierungen gefordert und begründet. Doch nicht selten führt die vermeintlich "politische Korrektheit" der Sprache zu Unklarheit, Widersprüchen und neuen Verständigungsproblemen.

In einem alten englischen Kindervers heißt es tröstend: "Sticks and stones may hurt my bones, but words can never harm me." [1] Die Verfechter einer "politisch korrekten" Sprache würden sich einer solchen Auffassung nicht anschließen. Sie argumentieren, "Worte" – also die Sprache – könnten in bestimmten Situationen ein weitaus wirkungsmächtigeres Instrument als physische Gewalt sein. Sprache spiegle nicht nur die Weltsicht des jeweiligen Sprechers wider, sondern darüber hinaus lasse sich über "Worte" sogar eine bestimmte Weltsicht konstruieren. Diese bestimme wiederum konkretes politisches Handeln im Alltag. Als "politically correct" und damit wünschenswert wird eine Sprachverwendung tituliert, bei der die Sprecher einen aktuellen Sprachgebrauch auf Grundlage bestimmter Normen kritisch hinterfragen. Mit Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse sowie auf historische Verwendungszusammenhänge können dann einzelne Wörter, Redewendungen oder Denkfiguren als unangemessen verworfen und gegebenenfalls durch Alternativen ersetzt werden.

Metasprachliche Reflexion und Sprachkritik, das heißt das Nachdenken über Sprache und über Sprachgebrauch, sind so alt wie die Sprache selbst. Die systematische Bewegung hin zu einer "politischen Korrektheit" entstand jedoch erst in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts im Rahmen von Antidiskriminierungsbestrebungen seitens der Neuen Linken in den USA. Die Bewegung hat ihre Wurzeln an den Universitäten und wurde der breiteren US-Öffentlichkeit über die Medien Ende der 1980er Jahre bekannt. Auch sprachlich sollten Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit, ihrer sozialen Stellung, ihres Alters oder aufgrund einer Behinderung nicht beleidigt und zurückgesetzt werden.

Forderungen der PC-Befürworter

In der Annahme einer engen Verbindung von Sprache, Denken und damit Handeln entstanden so Sprachreglementierungen, die zum einen den Gebrauch bestimmter Ausdrücke ächten, zum anderen (da die Dinge ja nun einmal benannt werden müssen), eine neue, "feinfühligere" Terminologie vorschlagen oder vorschreiben. Über den Sprachwandel soll ein Bewusstseinswandel und idealerweise auch eine kulturelle Veränderung weg von der kritisierten Diskriminierung erreicht werden. Das ursprünglich also aus dem angelsächsischen Raum stammende, inzwischen aber allgemein verwendete politische Schlagwort Political Correctness (als Kurzwort PC) ist auch gebräuchlich als Adjektiv politically correct und wird für die deutsche Sprache auch mit Politische Korrektheit bzw. politisch korrekt übersetzt. In Deutschland eingeführt wurde der Ausdruck Anfang der 1990er Jahre durch Zeitungsartikel, die über die amerikanische PC-Debatte und deren Auswirkung auf Kunst, Politik und Gesellschaft berichteten: So diskutierte 1993 etwa die Wochenzeitschrift "ZEIT" in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben, ob in Deutschland ähnliche Phänomene wie den USA zu beobachten seien.

Doch wie werden die oben skizzierten Forderungen konkret umgesetzt? Für das Deutsche beispielsweise kritisieren PC-Befürworter die Verwendung des generischen Maskulinums – der männlichen Form also, wenn Personen beiderlei Geschlechts gemeint sind. Diese Kritik stammt aus der feministischen Sprachwissenschaft. Als Alternativen, um Frauen auch sprachlich sichtbar zu machen, so das Argument, werden die Nennung der weiblichen und männlichen Form (Ärztinnen und Ärzte), die Binnen-I-Schreibung (LehrerInnen) oder neutrale Formulierungen (Arbeitnehmende) angeregt. Bestimmte Volksgruppen werden in den Massenmedien – durchaus abweichend vom tradierten Sprachgebrauch – mit ihren Eigenbezeichnungen benannt: Inuit statt Eskimos, Sinti und Roma statt Zigeuner. Ausländer werden zu Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Zuwanderungsgeschichte. Zum guten Ton gehört es, die Putzfrau als Raumpflegerin, den Toilettenmann als facility manager zu bezeichnen. Berufe mit schlechtem sozialen Prestige werden so zumindest sprachlich aufgewertet. Prinzipiell werden negativ konnotierte Spracheinheiten durch solche ersetzt, die beanstandete Teilaspekte ausblenden, positive Gesichtspunkte betonen oder aber, etwa als eher noch unbekanntes Fremdwort, bislang keinen Nebensinn hervorrufen.

Öffentliche Diskussion

Die Überlegungen in der öffentlichen Diskussion konzentrierten sich sehr bald auf die Frage, wie sinnvoll derartige Sprachregelungen sind. Im Zuge einer gehäuft kritischen Berichterstattung wandelte sich die ursprünglich – wenn zum Teil wohl auch früh ironisch verwendete – positive Eigenbeschreibung "politisch korrekt" seit Beginn der 1990er zu einem abwertend gebrauchten Kampfbegriff der politischen Gegner. PC wird vermehrt mit lächerlicher Euphemisierung und dogmatischer, intoleranter Politik assoziiert. Argumentiert wird von den Gegnern auf verschiedenen Ebenen: Konservative Gruppierungen stehen Antidiskriminierungsbemühungen von linker oder liberaler Seite naturgemäß prinzipiell ablehnend gegenüber. Daneben existieren Stimmen, die die hinter einer solchen Sprachpolitik stehende Motivation zwar anerkennen, die erwünschte Wirkung jedoch bestreiten: Ein Hauptargument ist, dass mit der Schöpfung neuer Begriffe keine Veränderung der sozialen Wirklichkeit einhergehe und die tatsächlichen Ursachen von Rassismus, Sexismus sowie anderer Diskriminierung durch Sprachpolitik nicht überwunden werden könnten. Im Gegenteil könne es unter dem Deckmantel mildernder Benennungen sogar zu einer Verharmlosung gesellschaftlicher Missstände, sozialer Ungerechtigkeiten und Vorurteile kommen.

Euphemismusketten

Unbestritten ist, dass sich die neuen, "politisch korrekten" Ersatzausdrücke abnutzen können, wenn sich die negative Konnotation nach einer Weile auch auf die Neubildung überträgt. Dies kann zu einer fortwährenden Neuschöpfung führen: Ein US-amerikanisches Beispiel ist hier die Kette Negro – black people – coloured people – African-Americans für Menschen mit einer dunklen Hautfarbe (ähnlich für den deutschen Sprachraum Neger – Schwarze – Farbige – Afro-Amerikaner). Aus sprachwissenschaftlicher Sicht geschieht dabei folgendes: Negro/Neger, das sich vom lateinischen Wort niger = schwarz herleitet, wird (wohl wegen seines Anklangs an das Schimpfwort Nigger) ersetzt durch die direkte Übersetzung ins Englische bzw. Deutsche und ist am Anfang tatsächlich ganz neutral beschreibend (deskriptiv). Bei coloured people/Farbige steht zwar noch das Merkmal "Hautfarbe" im Vordergrund, die Formulierung ist jedoch viel weiter und schließt damit zumindest theoretisch auch Menschen anderer Hautfarbe ein. African-Americans/Afro-Amerikaner geht ganz weg von der Hautfarbe und bestimmt die benannte Gruppe über die Herkunft.

Ein deutsches Beispiel für "Euphemismusketten" sind die schwer erziehbaren Kinder, die in offiziellen Kontexten zu verhaltensgestörten Kindern, dann verhaltensauffälligen Kindern und schließlich verhaltensoriginellen Kindern werden. Das Verhalten der Kinder erscheint zunächst als eindeutig negativ klassifiziert, dann ist es nur noch "auffällig" (hier bleibt ungesagt, in welche Richtung), und schließlich bietet "verhaltensoriginell" sogar positive Konnotationen.

PC im Konflikt mit Sprachregeln

Ein "politisch korrekter" Sprachgebrauch kann im Konflikt mit grundlegenden erstrebenswerten Sprachregeln wie den Regeln der Sprachökonomie, der Verständlichkeit oder der Korrektheit stehen. Tatsächlich fällt auf, dass die Ersatzausdrücke zumeist länger als die Ersetzung sind. Und durch die Auslassung prägnanter Formulierungen (an denen in der Regel die Diskriminierung festgemacht wird, so dass der entsprechende Sachverhalt entweder umschrieben oder ausgelassen wird) sind sie meist auch schwerer verständlich: Setzt man für behindertes Kind das besonderes Kind ein, bleibt der Ersatzausdruck so vage, dass für den Kommunikationszusammenhang wichtige Informationen fehlen können. Gerade die Vermeidung des generischen Maskulinums kann sich durch sperrige Sätze negativ auf die Verständlichkeit des Textes auswirken oder zu absurden Formulierungen führen ("tote Studierende" etwa funktioniert nicht, da man entweder tot sein oder studieren kann). Allerdings ist es bei in der Presse immer wieder zitierten grotesken Neubildungen wie vertikal herausgefordert als Ersatzwort für kleinwüchsig oder chemisch unpässlich für betrunken unwahrscheinlich, dass sie tatsächlich von PC-Befürwortern verwendet werden.

Unsicherheiten bei der Benennung von Personengruppen

Unsicherheiten gibt es vor allem bei einer Kommunikation mit und über bestimmte diskriminierte Personengruppen. Die Benennung Neger verbietet sich mittlerweile in der deutschen Sprache (vgl. dazu etwa den entsprechenden Eintrag im "Großen Wörterbuch der deutschen Sprache" des Duden-Verlages). Doch gilt dies für alle Kommunikationszusammenhänge? Wie ist es mit der Süßigkeit Negerkuss, die heutzutage in Schaum- oder Schokokuss umgewandelt wurde? Und ist es nötig, Buchtitel zu ändern, etwa Agatha Christies Kriminalroman "Zehn kleine Negerlein" (er basiert auf einem gleichlautenden Zählreim für Kinder) in "Und dann gabs keines mehr" (seit 2003; parallel dazu im Englischen "Ten Little Niggers"/"And Then There Were None")? Wie geht man damit um, dass Astrid Lindgren in ihren Kinderbüchern Pippi Langstrumpf als "Negerprinzessin" bezeichnet (und in ihrer Zeit damit sicherlich keine negativen Konnotationen verband)? Ein weiteres Beispiel ist der Ersatz des Ausdruckes Zigeuner durch Sinti und Roma. Eine Kritik an dieser Benennung bemängelt, dass andere Gruppen als Sinti und Roma, die aber mitgemeint sind, nun sprachlich verdeckt werden. Auf den Speisekarten der Restaurants indes bleibt das "Zigeunerschnitzel" erhalten, ebenso der "Zigeuner" in Texten der Volksmusik. Ein Kriterium für oder gegen bestimmte Vorschläge könnte die Frage sein, wie die entsprechenden Gruppen selbst benannt werden möchten. Und manchmal werden ursprünglich negative Bezeichnungen oder sogar Schimpfwörter zu positiven Selbstbenennungen umgewandelt: Dies geschah etwa bei den Homosexuellen (Schwule und Lesben) oder Prostituierten (Huren).

Sprache und Weltsicht

Es ist sicherlich richtig, dass der Sprachgebrauch des Menschen Aufschluss über seine Weltsicht gibt: Ob ich eine "Selbsttötung" als Freitod, Selbstmord oder Suizid bezeichne, kann meine Einstellung dazu verdeutlichen. Mit Ausdrücken wie Schwangerschaftsunterbrechung, Abtreibung, Embryomord (die sich ja auf denselben außersprachlichen Sachverhalt beziehen) werden unterschiedliche mentale Bilder hervorgerufen; bestimmte Bedeutungsmerkmale werden betont oder unterdrückt. So gab es etwa in der Bundesrepublik der 1970er Jahre eine Kontroverse darüber, ob die Terroristen um Andreas Baader und Ulrike Meinhof in den Medien korrekterweise als Baader-Meinhof-Gruppe oder als Baader-Meinhof-Bande zu bezeichnen seien. Deutlich wird: Welche Benennung als die eigentliche, "neutrale" anzusehen ist, hängt vom jeweiligen Sprachverwender ab, der von eigenen politischen und moralischen Grundsätzen beeinflusst ist.

So kann Sprache auch instrumentalisiert werden: Nicht nur diktatorische Staaten versuchen systematisch, die Meinungsbildung zu wichtigen Themen über die Verwendung bestimmter Benennungen bzw. das Verbot anderer Ausdrücke zu beeinflussen. Ob Sprachregelungen allerdings eine solch direkte Auswirkung auf Denkprozesse und Vorstellungswelten der Menschen haben, wie

es George Orwell in seinem Roman "1984" beschreibt – dort übernehmen die Menschen mit den vorgeschriebenen Wörtern auch die vorgeschriebenen Inhalte – bleibt diskussionswürdig. Vorsicht ist allerdings immer dort geboten, wo gewisse Sprachnormen sich nicht aus einer Sprachgesellschaft heraus entwickeln, sondern von "höherer" Stelle, etwa einzelnen Organisationen, Verbänden oder Politikern, vorgegeben werden. Hier sollte hinterfragt werden, was einerseits durch die neue Sprachgestaltung betont und was andererseits ausgeblendet wird.

Fazit

Festzustellen bleibt: "Politisch korrekte" Sprache ist ein schwieriges Feld, es gibt viele Unsicherheiten und Fallstricke. Der Grat zwischen verantwortungsvollem Sprachgebrauch und unsinnigen, intoleranten Formulierungen ist schmal; gefragt ist hier die eigene Sprachkompetenz: Prinzipiell sollten wir unsere Sprachverwendung überprüfen und dort, wo wir mit Sprache Menschen verletzen können – denn, um den Kinderreim vom Anfang dieses Textes aufzugreifen: "Words" vermögen dies wohl tatsächlich – alternative Formen wählen. Dies ist aber immer vom Kommunikationszusammenhang abhängig, so dass ein generelles Verbot bestimmter Spracheinheiten und ein genereller, unbedingter und vorgeschriebener Gebrauch vieler Alternativen durch die oben aufgeführten Kritikpunkte ins Leere läuft.

Literaturhinweise

Sibylle Germann: Vom Greis zum Senior. Bezeichnungs- und Bedeutungswandel vor dem Hintergrund der "Political Correctness". Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag 2007.

Matthias Jung: Von der politischen Sprachkritik zur Political Correctness. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 78 (1996), S. 18-37.

Jörg Kilian: Pippi Langstrumpf als Negerprinzessin: Tabuwörter, Euphemismen und kritische Semantik im Deutschunterricht, in: Deutschunterricht 60, 2007, Heft 2, 15-19.

Caroline Mayer: Öffentlicher Sprachgebrauch und Political Correctness. Eine Analyse sprachreflexiver Argumente im politischen Wortstreit. Hamburg: Kovac 2002

Sabine Wierlemann: Political Correctness in den USA und in Deutschland. Berlin: Erich Schmidt Verlag 2002.

Fußnoten

1. "Stöcke und Steine können meine Knochen verletzen, aber Worte können mir niemals weh tun.

Ideologie und Sprache

30.3.2010

Abtreibung, Schwangerschaftsabbruch, Tötung ungeborenen Lebens: Eine bestimmte Wortwahl zeigt auch den politischen und weltanschaulichen Standort des jeweiligen Sprechers an. Sprache ist damit kein neutrales Medium. Lesen Sie im dritten Kapitel, warum es wichtig ist, zwischen Wörtern und politischen Inhalten zu differenzieren, wie Staaten versucht haben, Menschen mit Sprache zu beeinflussen – und wie die Bürger in der DDR ihren eigenen witzig-sarkastischen Wortschatz erfanden.

Einstieg

Von Ekkehard Felder

15.10.2010

Ekkehard Felder ist Professor für Germanistik an der Universität Heidelberg. Zu seinen Forschungsgebieten gehören u.a. Politische Sprachanalyse, Linguistische Mediendiskursanalyse als Mentalitätsgeschichte sowie die Problematik von Sprachnormen und Sprachkritik.

Welche Bedeutung hat der Begriff Ideologie? Und hat die Ideologie einer Person auch Einfluss auf ihren Sprachgebrauch? Ist Sprache vielleicht überhaupt kein neutrales Medium und eine ideologiefreies Sprechen damit unmöglich?

Der Begriff "Ideologie" ist ein besonders schillernder und interessanter Begriff, weil mit ihm die Frage nach Objektivität und Wahrheit unmittelbar verbunden ist. Nicht nur in der Alltagssprache, mitunter auch in wissenschaftlichem und politischem Kontext ist mit der Behauptung, eine Person vertrete eine Ideologie, eine Abwertung des jeweiligen Standpunktes oder sogar der jeweiligen Person beabsichtigt. Die so bezeichnete Einstellung soll herabgesetzt werden, indem ihr zum Beispiel ein dogmatisch-totalitärer Herrschaftsanspruch oder eine intolerante Gesinnung unterstellt wird.

Wie ist ein solcher Wortgebrauch möglich, wenn (doch) das Wort Ideologie im etymologischen Sinne völlig unverdächtig nur auf die 'Lehre von Ideen' verweist? Inwiefern gibt es überhaupt einen Unterschied zwischen Ideen haben bzw. eine Ideologie vertreten und wie ist er zu bestimmen?

Für die Beantwortung dieser Fragen ist es hilfreich, einen kurzen und zielgerichteten Blick in die jüngere Geschichte zu werfen. Denn Worte haben nicht per se Bedeutung, vielmehr schreiben Menschen Worten im konkreten Sprachgebrauch Bedeutung zu, "machen sie mit Worten Bedeutung" auf Basis ihrer bisherigen Kommunikationserfahrungen. Im Folgenden werden nur die beiden Eckpunkte eines sich unverträglich gegenüber stehenden Gegensatzes skizziert.

Ideologie, Wissen, Wahrheit

"Während Marx und Engels noch die Möglichkeit, ideologische Verzerrungen der Wahrnehmung zu durchschauen, also Ideologiekritik zu betreiben, konstatieren" (Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie 1998; S. 228), so vertritt Karl Mannheim (1929) in seinem Werk Ideologie und Utopie die wissenssoziologische Auffassung, alles Denken sei standortabhängig und ideologisch. Diese Auffassung ist letztlich kompatibel mit poststrukturalistischen Auffassungen, die sich von der Vorstellung, dass man allgemein gültige Wahrheiten und "harte" Fakten entdecken könnte, abkehren und stattdessen das Ringen um das Richtige als einen Aushandlungsprozess in Diskursen verstehen. In diesen Diskursen versuchen Akteure Geltungsansprüche von Sichtweisen durchzusetzen, indem sie Gültigkeitsbedingungen von Aussagen im gesellschaftlichen Diskurs zu etablieren versuchen.

Im philosophischen und sprachtheoretischen Kontext steht der Ideologiebegriff in einem Spannungsverhältnis zu dem Begriff des Wissens und dem der Wahrheit. Das Begriffsfeld eröffnet den Spielraum, dass es zum einen so etwas wie unzweifelhaft richtiges Wissen und zum anderen so etwas wie "unwirkliches Wissen" geben muss. Damit sind wir angelangt beim Problem des Erkennens und bei den Bedingungen, Erfahrungen zu machen. Die Frage nach den Dingen an sich, dem Sein, wird seit Immanuel Kant ersetzt durch den Blick auf die Formen der Anschauung (Raum, Zeit) und durch die Kategorien des Verstandes, welche unsere Sichtweise prägen.

Erkennen, Erkenntnis und Erfahrung

In diesem Zusammenhang stellen sich zwei Fragen. Erstens: Kann man die Wirklichkeit ohne Vorwissen und Voreinstellung, also gewissermaßen unvoreingenommen wahrnehmen? Zweitens und im Anschluss daran lässt sich fragen: Können wir nur denken, wofür wir schon (a priori) Kategorien, Begriffe oder andere mentale "Schubladen" haben, wie die vorherrschende philosophische Sichtweise seit Immanuel Kant proklamiert?

Die erste Frage ist klar zu verneinen. Unsere Wahrnehmungen sind stets beeinflusst von Vorwissen, Einstellungen, Erwartungen, kulturellen Prägungen und all dem, was wir bereits zu wissen glauben. Man denke nur daran, dass wir zum Beispiel nach Medienberichten oder Medienkampagnen über Obdachlose auf einmal viel mehr Mitmenschen in den Städten wahrzunehmen glauben, von denen wir vermuten, sie könnten zu dieser Gruppierung gehören.

Die zweite Frage berührt die philosophische Grundsatzfrage nach den Möglichkeiten und Bedingungen von Erkennen, Erkenntnis und Erfahrung. Es würde zu weit führen, diese hier zu diskutieren, aber als Lese-Empfehlung sei hier der berühmte Roman *Sofies Welt* von Jostein Gaarder genannt, der dieses philosophische Grundproblem in einer fiktiven Geschichte erörtert. Wir spitzen stattdessen den Problemkreis unter sprachlichen Aspekten zu. Es ist – unabhängig von der differenzierten Beantwortung der gestellten Fragen – zweifellos richtig, dass wir uns zum Austausch unserer Erfahrungen, Gefühle, Einstellungen, und Wissensbestände der natürlichen Sprache bedienen müssen. Auf Grundlage dieser Erkenntnis gab es im 20. Jahrhundert einen wissenschaftlichen Paradigmenwechsel. Fortan wurden die Sprache, ihre Formen und Wirkungen in den Mittelpunkt der Geistes- und Sozialwissenschaften gestellt (als Referenzpunkt gilt in diesem Zusammenhang das Werk *The linguistic turn* von Richard Rorty von 1967).

Somit können wir festhalten: Jede Erkenntnis und Erfahrung ist auch sprachabhängig, weil Sprache das Medium ist, in dem wir unser Wissen über die Welt ausdrücken. Pointiert formuliert könnte man sagen: Da sich die Menschen in der kommunikativen Interaktion nur mit Hilfe sprachlicher Mittel über die Sachverhalte in der Welt austauschen können, schafft die Sprache die Realität, über die wir uns verständigen. Dies schließt nicht aus, dass vor der kommunikativen Verständigung auch sprachunabhängig Primärerfahrungen mit Hilfe unserer Sinne gemacht wurden. Wollen wir aber über diese Eindrücke und Erfahrungen sprechen, müssen wir uns der Worte bedienen.

Die grundlegende Relevanz dieser Gedanken für das Problem der Ideologie soll an zwei Beispielen gezeigt werden:

Ein zur Hälfte gefülltes Glas (das berühmte Beispiel) ist unabhängig von der Bezeichnung, ob es "halb voll" oder "halb leer" genannt wird, mit den Augen wahrnehmbar. Insofern relativiert sich die Benennungsbrisanz dieses Alltagsbeispiels, wenn alle Anwesenden den Gegenstand direkt wahrnehmen können und nicht nur auf seine sprachliche Vermittlung oder Beschreibung angewiesen sind.

Weitaus spannender und politisch interessanter ist das Beispiel der Berliner Mauer, die beinahe dreißig Jahre lang zwei deutsche Staaten trennte. Auch sie konnte man direkt wahrnehmen, von verschiedenen Seiten mit unterschiedlichem Abstand (von der Westseite aus konnte man sie direkt anfassen, von Osten her war sie weiträumig abgesperrt). Warum gab es zwischen Ost und West so einen heftigen Streit, ob dies "ein antifaschistischer Schutzwall" oder eine "menschenverachtende Grenze" war? Kann es in dieser Frage einen ideologiefreien Standpunkt geben, also einen unideologischen?

Ideologiefreie Sprache?

Wenn man unter Ideologie eine uneinheitlich gebrauchte "Bezeichnung für politische Ideengebäude unter Berücksichtigung ihres Ursprungs, ihrer Struktur, Wahrhaftigkeit oder Fehlerhaftigkeit und ihres Zusammenhangs mit politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen" (Kröner Wörterbuch der Politik 2004, S. 307) versteht, dann ist die Frage nach der Möglichkeit von ideologie-freien Positionen mit Sicherheit zu verneinen. Denn jeder Staatsform lagen und liegen Ideen zugrunde. Jede Positionierung in dieser Frage lässt also die politische und weltanschauliche Verankerung des jeweiligen Sprechers mit deutlich werden. Dies gilt auch für viele gesellschaftliche Debatten der Gegenwart. So erscheint zum Beispiel die Vokabel "Leitkultur" als ein Erkennungszeichen für ein konservativ geprägtes Weltbild (was immer dies genau bedeuten mag). Wer sich dieses Ausdrucks bedienen möchte, muss sich dessen bewusst sein und dem verbreiteten Sprachgebrauch entsprechend verhalten, um die gewünschte politisch-inhaltliche Positionierung vornehmen zu können. Auch dieses Beispiel zeigt: Die Worte, die Sprache sind kein neutrales Medium.

Aus sprachlicher Sicht stellt sich das Problem der Wahrheit oder Richtigkeit von daher unter dem Gesichtspunkt der Angemessenheit: ob also sprachliche Formulierungen dem referierten Sachverhalt, "der Sache" gerecht werden oder nicht. Neben inhaltlichen oder moralischen Aspekten (die hier keine Rolle spielen) geht es um die Frage, ob die Bezeichnungsweise angemessen ist. Und damit sind wir bei dem Phänomen, dass politische Wirklichkeit durch Sprache hergestellt wird, und bei der nicht unproblematischen Verwobenheit von Sprachgebrauch und Wirklichkeitsherstellung. Die Beurteilung des Sachverhalts selbst lässt sich nicht trennen von seiner Benennung (zumindest bei Abstrakta, selbst bei Konkreta wie der Berliner Mauer war dies – solange sie existierte – nicht möglich). Mit der Bezeichnung des Sachverhalts wird dieser gleichzeitig und unweigerlich in bestehende Denkschemata eingeordnet. Aus diesem Grunde können Wörter neben ihrer Funktion, Dinge und Sachverhalte der Welt zu benennen, auch als Erkennungszeichen für bestimmte Denk- und Werthaltungen, Ideengebäude oder eben Ideologien erscheinen.

Dies ist aus kommunikativer und demokratietheoretischer Sicht kein grundlegendes Problem, sofern die Auseinandersetzung durch möglichst herrschaftsfreie Interaktion und Kommunikation gewährleistet ist (wie dies Habermas als kommunikativen Idealzustand postuliert, der so in der politischen Praxis allerdings nicht gegeben ist). Etwas vereinfacht – und außersprachliche Machtverhältnisse außer Acht lassend – könnte man formulieren: Wer die besten Argumente hat, wird sich im Diskurs schon durchsetzen. Und wenn sich keine Gruppierung durchzusetzen vermag, dann scheint es sich um einen Themenkreis zu handeln, der intersubjektiv nicht einheitlich beantwortet werden kann, weil die beteiligten Individuen bzw. Diskursteilnehmer beim jeweils anderen Standpunkt die eigenen Interessen und Ansichten nicht gebührend berücksichtigt sehen.

Fazit

Somit lassen sich die folgenden Schlussfolgerungen ziehen:

1. In einer politisch strittigen Angelegenheit kann es keine letztinstanzliche Wahrheit geben. Jede inhaltliche Position ist in einem weltanschaulichen und kulturellen Ideengebäude verortet. Ob man dieses Ideengebäude als Ideologie bezeichnet oder nicht, ist dem individuellen Sprachgebrauch anheim gestellt (man muss allerdings um das negative Konnotationpotential des Wortes wissen, um Missverstehen zu vermeiden) und wird im Sprachgebrauch nach wie vor unterschiedlich gehandhabt. Fest steht nur: Sprache ist kein neutrales Medium! Eine politisch-inhaltliche Auseinandersetzung korrespondiert oft mit einem Streit um Worte, also um angemessene Bezeichnungen für die Sache.
2. Wer von einer bestimmten Position überzeugt ist (und sie gegebenenfalls für die Wahrheit hält), muss seine Mitbürger davon überzeugen. Dabei ist zu beachten, dass schon die Wortwahl zur Bezeichnung dessen, worüber man spricht, eine bestimmte politische Verortung signalisieren

kann. Das ist insofern kein Problem, als die Ausdrucksweise lediglich angemessen, die Argumentation jedoch plausibel sein muss. Ob dies der Fall ist, entscheiden die Zuhörer oder Leser.

3. Es stellt sich nun die gesellschaftliche Aufgabe, Kommunikationsformen zu finden, an denen möglichst viele Diskursteilnehmer gleichberechtigt teilnehmen können. Das ist ein Ideal, das auf Grund unterschiedlicher Bildungsvoraussetzungen nicht zu realisieren ist. Wenn sich Bürger allerdings zu Interessengruppen zusammenschließen und dort rhetorisch begabte Mitstreiter finden, erhöhen sich die Chancen, gesamtgesellschaftlich (d.h. zum Beispiel in Medien) Gehör zu finden, also die eigene Position darlegen zu können.
4. Ideologie und Sprache sind heute nicht mehr getrennt zu denken. Ideologiekritik sollte nicht länger die Illusion kultivieren, dass ein ideologie-unabhängiger Standpunkt möglich sei. Damit geht aber nicht die Forderung einher, dass Individuen in Gesellschaften nicht nach Wahrheiten streben sollten. Das Streben nach Wahrheit als unerreichbare Utopie ist Voraussetzung für ein Gemeinwesen, in welchem das *zoon politikon* (politische Lebewesen) sich für "seine Wahrheit" (d.h. Überzeugung) einsetzt. Viele Streiter für Wahrheiten sind Gewähr dafür, dass die Menschen ständig um das Bestmögliche bzw. höchste Gut (*summum bonum*) und die besten (Lebens-)Verhältnisse ringen. Wenn es diese Streiter für eine gute Sache nicht mehr gäbe, wäre eine Gesellschaft ideologie-frei und damit ohne Weltanschauung, Werte und Orientierung. Ideologien sind Sammelbecken für Ideen, die eine bessere Realität versprechen. Sie sind die Luft, ohne die wir nicht leben können. Wie "rein" die Luft ist, bleibt allerdings Verhandlungssache und der individuellen Beurteilung überlassen.
5. Salopp formuliert heißt es oft: "An der Sprache erkennst Du die Denke." Diese Sentenz verweist darauf, dass ein bestimmter Sprachgebrauch Erkennungszeichen für eine bestimmte Denkhaltung sein kann. Im Kontext politischer Auseinandersetzung hat sich im öffentlichen Diskurs beispielsweise herausgeschält, dass Gentechnik-Befürworter den Ausdruck "Genveränderung" vorziehen, während Gentechnik-Gegner von "Genmanipulation" sprechen. Die Gegner wollen die abwertende Konnotation des Manipulationsbegriffs zur klaren Herausstellung ihrer Position nutzbar machen, während die Befürworter das gemeinsprachlich nicht vorbelastete Wort "Veränderung" gebrauchen. Somit kann ein Streit um die Sache auch eine Auseinandersetzung um die angemessene Benennung beinhalten (manchmal nur implizit, mitunter aber auch explizit). Und die Sprache selbst ist kein neutrales Medium, sondern "spricht" – metaphorisch ausgedrückt – in der Realitätsherstellung ihre je eigene Sprache.

Diskursanalyse von politischer Sprache

Von Ekkehard Felder

15.10.2010

Ekkehard Felder ist Professor für Germanistik an der Universität Heidelberg. Zu seinen Forschungsgebieten gehören u.a. Politische Sprachanalyse, Linguistische Mediendiskursanalyse als Mentalitätsgeschichte sowie die Problematik von Sprachnormen und Sprachkritik.

Rentnerschwemme, Leitkultur, Bonzenwohlstand: Zum Meinungsstreit gehört auch die Auseinandersetzung um eine angemessene Ausdrucksweise und die Fähigkeit, zwischen Wort und politischem Inhalt unterscheiden zu können.

"Wer die Dinge benennt, beherrscht sie. Definitionen schaffen 'Realitäten'. Wer definiert, greift aus der Fülle möglicher Aspekte einen heraus, natürlich denjenigen, der ihm wichtig erscheint." So schreibt der Politologe Martin Greiffenhagen schon 1980 in seinem Buch "Kampf um Wörter" – und daran hat sich bis heute nichts geändert.

Politische Wirklichkeit wird in Sprache ausgehandelt. Unsere sprachunabhängige Wahrnehmung der unmittelbaren Umgebung durch Primärerfahrung ist untrennbar verbunden und durchzogen von den sprachlichen Äußerungen, mit denen wir und unsere Mitmenschen über die Wirklichkeit kommunizieren. Das Reden über unsere Außenwelt beeinflusst (schon) in seiner Wortwahl unser Bild von Wirklichkeit. Unsere Wahrnehmungskategorien sind also durch Begriffe vorgeprägt. In Zeiten wirtschaftlicher Krisenstimmung werden wir durch unsere Wahrnehmung der allgemeinen ökonomischen Entwicklung, wie sie von den Medien geprägt und vermittelt wird, beispielsweise dazu veranlasst, größere Kaufentscheidungen grundlegender zu überdenken, unabhängig davon, ob die Krise schon negative Spuren in unseren (eigenen) wirtschaftlichen Verhältnissen hinterlassen hat oder nicht.

Da das Produzieren und Verstehen jeder sprachlichen Äußerung in Text- und Gesprächskontexte eingebunden ist, kann man behaupten, dass Politik Gegenstand von Diskursen ist, in denen um die Gültigkeit von Sichtweisen und Auffassungen gerungen wird. Nur derjenige, der sich mit seinen Positionen in (den) Diskursen wahrnehmbar macht, vermag die Mitbürger zu erreichen. Ob er sie zu beeinflussen oder zu überzeugen vermag, darüber ist hiermit nichts ausgesagt. So ist jede Bundesregierung gleich welcher Couleur stets darauf bedacht, gerade in krisenhaften Zeiten Optimismus zu demonstrieren und Zuversicht verbreitende Auswege aufzuzeigen.

Beschreibungs- und Beurteilungsebene

Insofern stellt sich die Frage, welche Vorgehensweise sich dazu eignet, den politischen Sprachgebrauch zu beschreiben. Grundlegend ist dabei die Trennung von politischen Inhalten und politischer Sprache. Alle am politischen Diskurs Interessierten und Beteiligten sollten sich im Klaren darüber sein, ob sie sich über die Angemessenheit der Wortwahl in Bezug auf den politischen Inhalt äußern oder ob sie über die Inhalte selbst streiten. Im ersten Fall geht es also "nur" um die Beschreibung und Reflexion sprachlicher Mittel – etwa die Frage: Darf man von "Rentnerschwemme" sprechen oder geht mit der Wortverwendung eine Diskriminierung älterer Menschen einher? Im zweiten Fall steht die Bewertung des politischen Sachverhalts selbst im Mittelpunkt – hier also der demographische Wandel und die Konsequenzen für die Altersversorgung.

Diese Trennung von Beschreibungs- und Beurteilungsebene verdeutlicht auch, dass Inhalte in der Demokratie stets umstritten sind bzw. auch bleiben. Zudem kann ein umstrittener politischer Inhalt im Medium Sprache nicht derart beantwortet werden, dass eine bestimmte Bezeichnung oder Formulierung objektiv richtig oder falsch ist. Vielmehr gehören zum differenzierten Meinungsstreit gleichsam das Bewusstsein und gegebenenfalls die Auseinandersetzung um die angemessene Ausdrucksweise. Eine Gesellschafts- und Staatsform, die also in dieser Form auf Kommunikation angewiesen ist, benötigt mündige Bürger, die zu hören und zwischen den Worten und den politischen Inhalten zu differenzieren wissen. So ist die Diskussion darüber, ob in der bundesrepublikanischen Gesellschaft eine Leitkultur prägend sein sollte, strikt davon zu trennen, ob schon der Ausdruck Leitkultur selbst – besser seine Verwendung im Diskurs – eine kulturdiskriminierende Konnotation gegenüber Minderheiten mit sich bringt.

Handeln mit sprachlichen Mitteln

Wenn wir hier von politisch angemessener Ausdrucksweise in Diskursen sprechen, so dürfen wir den Blickwinkel nicht auf die Wortebene verengen, sondern müssen auch Mehrwortverbindungen (z.B. Freiheit statt Sozialismus oder Gerechtigkeit vor Bonzenwohlstand) bis hin zu Sätzen und Texten in Augenschein nehmen. Die politischen Akteure im engeren, aber auch die Staatsbürger als Politakteure im weiteren Sinne nehmen an politischen Diskursen teil, wenn sie politisches Handeln auch als ein sprachliches Handeln oder besser gesagt als ein "Handeln mit sprachlichen Mitteln" verstehen. Diskurs meint – allgemein gesprochen – Texte und/oder Gespräche, die ein gemeinsames Diskursthema haben (z.B. Bundeswehreinätze im Ausland, gerechte Steuerpolitik) und von daher als ein aufeinander verweisendes und als ein zusammengehörendes Text- und Gesprächsnetz zu einem Thema zu verstehen sind. Dabei gilt es zum Zwecke einer Diskursanalyse politischer Sprache verschiedene Betrachtungsebenen zu unterscheiden, wie die folgenden Beispiele illustrieren.

Schlüssel-, Fahnen- und Stigma-Wörtern

Auf der Wortebene ist zwischen Schlüssel-, Fahnen- und Stigma-Wörtern zu differenzieren

Schlüsselwörter

Schlüsselwörter (Leitvokabeln) sind häufig vorkommende Ausdrücke, die in besonders verdichteter Weise einen komplexen Zusammenhang in einem Wort zusammenfassen (z.B. Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit, Stabilität).

Fahnenwörter

Fahnenwörter sind Ausdrücke mit besonders integrierendem und werbewirksamem Charakter, die von politischen Akteuren benutzt werden, um für positiv eingeschätzte Sachverhalte, Ideen oder Haltungen möglichst viele Anhänger zu gewinnen (z.B. Freiheit, Bildungschancen, sichere Zukunft, Friede, soziale Gerechtigkeit, Wohlstandssicherung).

Stigmawörter

Dahingegen werden Stigmawörter eingesetzt, um die politische Ansicht oder das Handeln des politisch Andersdenkenden durch pejorative Bezeichnungen abzuwerten und damit die eigene politische Gruppierung aufzuwerten. Hierfür wird das Gegenteil der abgewerteten Haltung – also die positive Entsprechung – der eigenen Gruppe zugeschrieben. So impliziert der Ausdruck Politik der sozialen Kälte als Zuschreibung für den politischen Gegner, dass die eigene politische Gruppierung für ein sozialverträgliches Miteinander einsteht. Weitere Sprachbeispiele sind: Seilschaften, leistungsfeindliche Politik, Politik auf dem Rücken sozial Schwacher, Klientelpolitik.

Mehrwortverbindungen

Eine häufig gestellte Frage im Kontext von Sprache und Politik lautet: "Darf ich die Wortverbindung 'stolz sein auf' verwenden – und zwar in Kontexten wie 'stolz, ein Deutscher oder eine Deutsche zu sein'?" Eine entsprechende Wortverbindung sei in anderen Sprachen wie zum Beispiel dem Spanischen immer wieder zu hören, ohne dass dabei eine politische Einordnung des Sprechers feststellbar wäre. Im Deutschen sei die Formulierung mit Problemen behaftet, weil die Mehrwortverbindung stolz sein auf von rechtsradikalen Gruppen verwendet werde und die Wörter selbst durch den nationalsozialistischen Sprachgebrauch vorbelastet erschienen. Wie kann man aus dieser Formulierungsklemme herauskommen, wenn man einen ähnlichen Gedanken ausdrücken möchte, ohne mit anti-demokratischen Bewegungen in Verbindung gebracht zu werden?

Sprach-Strategien

Folgende Überlegungen empfehlen sich als Strategie, wenn in Bezug auf das angesprochene Themengebiet die Frage eines Ratsuchenden lautet: "In welcher Form soll ich mich ausdrücken, wenn ich mich nicht von einer politischen Seite vereinnahmen lassen möchte?"

1. Verwende den als vorbelastet eingeschätzten Ausdruckskomplex und gib explizite Hinweise, zu welcher politischen Gruppierung du nicht gezählt werden willst oder zu welcher schon eher. Die Verwendungsweise des problematischen Ausdrucks wird dann (zustimmend oder abgrenzend) im Hinblick auf den Sprachgebrauch bekannter Interessengruppen markiert.
2. Vermeide den als problematisch eingeschätzten Ausdruckskomplex: Bei einer Entscheidung für diese sprachliche Strategie müsste der Sprachbenutzer sinn- und sachverwandte Wörter oder Paraphrasierungen benutzen. Die Gefahr, auf Grund der Verwendung bestimmter Erkennungswörter zu einer bestimmten Gruppierung gezählt zu werden, wäre dadurch zwar minimiert. Allerdings wäre der Formulierungsaufwand erheblich höher und müsste hinsichtlich Präzision, Ökonomie und Verständlichkeit überdies in einer Form gelingen, die von den Zuhörern als authentisch für den Sprecher gewertet wird. Beispielsweise möchte ein Sprecher seine Kritik gegenüber allen Phänomenen, die im Zusammenhang der Globalisierung gesehen werden, auch dadurch ausdrücken, dass er den Ausdruck "Globalisierung" vermeidet. Und zwar weil das Wort und die damit verbundene Sache mitunter vorschnell als Erklärung für die vermeintliche Unveränderbarkeit von Zuständen in Form eines "Totschlagsarguments" angeführt wird. In diesem Fall hat er es nicht leicht, sich mit Hilfe von Synonymen wie zum Beispiel "Internationalisierung" oder ähnlichen Wörtern verständlich zu machen. Darüber hinaus muss er vermutlich den Zuhörern erklären, warum er das verbreitete Wort "Globalisierung" nicht benutzt, wo der durchschnittliche Zuhörer in dem entsprechenden Kontext doch mit dem Ausdruck rechnet.

Sprache als Indikator für bestimmte Denkweisen

In diesem Zusammenhang ist entscheidend, dass der Sprachgebrauch von Kommunikationsteilnehmern als Indikator für eine bestimmte Denkungsart gedeutet werden kann. So schrieb zum Beispiel Bertolt Brecht 1935 in Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit: "Wer in unserer Zeit 'Bevölkerung' statt 'Volk' sagt, unterstützt schon viele Lügen nicht." Hans Haackes Installation im Nordhof des Berliner Reichstages beinhaltet die Inschrift "Der Bevölkerung" und reagiert damit bewusst auf die von Brecht angesprochene Geschichte des Wortes Volk. Selbstredend war dieses Kunstwerk im Deutschen Bundestag umstritten. Viele Abgeordnete hätten die klassische Inschrift Dem deutschen Volke vorgezogen, gerade wegen oder trotz der Vorgeschichte dieser Mehrwortverbindung im 20. Jahrhundert. Es ist dabei grundsätzlich zu bedenken, dass vorbelastete oder infizierte Vokabeln in neuem politischen Kontext auch unerwünschte Bedeutungskomponenten ablegen und durch andere, positiv eingeschätzte Bedeutungsnuancen ersetzt werden können (Umdeutung von Wörtern in Sprachgebrauch).

Auf Satzebene soll das Problem an folgenden sinn- und sachverwandten Sätzen verdeutlicht werden:

"Die Regierung erhöht die Steuern." – "Die Steuern werden erhöht." – "Die Regierung will die Steuern erhöhen." – "Die Regierung muss die Steuern erhöhen."

Grundsätzlich zu beachten ist, ob in den Formulierungen die Verantwortlichen politischer Handlungen und Zustände erwähnt oder ausgeklammert werden (Agenserwähnung im Aktiv, Agensausparung im Passiv). Darüber hinaus ist im Hinblick auf die Modalität – also ob das Vollverb erhöhen mit will oder muss "eingefärbt" wird – zu untersuchen:

- Sind die erwähnten Sachverhalte das Resultat benennbarer Variablen (z.B. Menschen, Entscheidungen, Ereignisse)?
- Oder soll eine Ursache-Folge-Kette unerwähnt bleiben (z.B. die Entwicklung geht dahin), um die Veränderungen als verselbständigte Erscheinung zu versprachlichen, die von äußeren Umständen "diktiert" erscheint und nicht im Verantwortungsbereich bestimmter Akteure liegt?

Fazit

1. Es geht bei der Betrachtung politischen Sprachgebrauchs um die Angemessenheit der Ausdrucksweise, die neben den politisch umstrittenen Inhalten selbst ihrerseits umkämpft sein kann. Aus diesem Grunde wurde in den 1970er Jahren auch die zugespitzte Formulierung geprägt, ein Streit um politische Inhalte sei gleichsam ein Streit um Worte, ein semantischer Kampf.
2. Unabhängig davon, welcher sprachlichen Strategie der Sprecher den Vorrang gibt: entscheidend ist die konsequente Trennung von Beschreibungs- und Beurteilungsebene. In diesem Sinne sollte so gut wie möglich zwischen Werturteilen in der Sache (Pro und Contra von Steuersenkungen und -erhöhungen) und ihren Versprachlichungsformen (z.B. Steueranpassung versus Steuererhöhung) unterschieden werden. Linguistisch reflektierte Analyse politischer Sprache sollte den Menschen beim relativ selbstbestimmten Auffinden von Handlungsoptionen unterstützen und mögliche Wirkungen von Form-Inhalts-Zusammenhängen aufzeigen. Somit stellt sie ein Hilfsangebot für Sprachbenutzer im Sinne einer linguistischen Aufklärung zur Verfügung.

Belastete Wörter

Von Thorsten Eitz

15.7.2010

Dr. Thorsten Eitz, geboren 1967, studierte Germanistik, Philologie und Politik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Dort arbeitet er als Wissenschaftlicher Angestellter im DFG-Projekt "Politische Sprache der Weimarer Republik". Zu seinen Veröffentlichungen gehören u.a. das "Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung" sowie das "Zeitgeschichtliche Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache".

Entartung, Ostzonen-KZ, Aids-Gestapo: In öffentlichen Debatten werden Nazibegriffe und NS-Vergleiche selten kritisch eingesetzt. Meist soll mit ihnen Aufmerksamkeit erregt werden. Mittlerweile hat sich aber auch ein eigener Kritikwortschatz herausgebildet.

Als im März 2010 die Hartz-IV-Debatte erneut hochkochte, warf der Kabarettist Michael Lerchenberg dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle vor, er wolle Hartz-IV-Empfänger in einem mit Stacheldraht umgebenen Lager sammeln, über dessen Eingang der Satz stehe: Leistung muss sich wieder lohnen. Daraufhin bezeichnete Charlotte Knobloch, die Vorsitzende des Zentralrats der Juden, "Scherze, die das Leid der Opfer in den Konzentrationslagern verharmlosen oder gar der Lächerlichkeit preisgeben" als "eine Schande"; die bayerische FDP-Generalsekretärin Miriam Gruß forderte von Lerchenberg eine sofortige Entschuldigung. Auch Westerwelle selbst wies die "Nazi-Vorwürfe" empört zurück: "Scharf kritisiert zu werden, gehört zu meinem Amt dazu. Mit einem KZ-Wächter verglichen zu werden, geht zu weit", schrieb Westerwelle in einem Brief. Das Beispiel zeigt, dass oft nicht einmal die konkrete Verwendung eines belasteten Wortes notwendig ist, sondern die bloße Assoziation ausreicht, um eine sprachliche Auseinandersetzung auszulösen.

NS-Vokabular und NS-Vergleiche

NS-Vokabular und NS-Vergleiche, also die Übertragung eines Wortgebrauchs im metaphorisch-vergleichenden Sinn, werden noch heute teils inflationär verwendet. Woran liegt das? Während einerseits nach 1945 ein Großteil des NS-Vokabulars unterging bzw. als Vermeidungsvokabular tabuisiert wurde, wurden andererseits viele NS-Vokabeln oder als NS-Vokabular deklarierte Ausdrücke weiterverwendet – entweder unreflektiert oder aber als NS-Wortschatz gekennzeichnet und zum Teil als Diffamierungs- und Vorwurfsvokabeln oder Stigmawörter eingesetzt.

Diese Praxis des instrumentalisierenden Gebrauchs von NS-Vokabular – also etwa Personen-Vergleiche (z.B. Hitler- oder Goebbels-Vergleiche), Vergleiche mit Methoden (z.B. Machtergreifung, Gestapo, Anschluss), Institutionen (z.B. SA, SS, Wehrmacht), Verbrechen (z.B. Konzentrationslager, Euthanasie) oder Gebietsansprüchen (Großdeutschland) der Nationalsozialisten – zeigt nicht nur, wie brisant der sprachliche Rückbezug auf die NS-Vergangenheit ist. Sie zeigt auch, dass diese "belasteten" Wörter, also Ausdrücke, die negative Assoziationen an die NS-Zeit wecken, im politischen Tagesgeschäft zumeist nicht historisch-aufklärend verwendet werden. Allzu oft geht es nicht darum, vor ihrem Gebrauch und der damit befürchteten Weiterverbreitung der mit ihnen verknüpften Gesinnung zu warnen. Sie werden nicht nur als legitime "Zitatwörter" oder warnend bzw. gesinnungskritisch im Sinne einer "sprachlichen Bewältigung der Vergangenheit" gebraucht, sondern leichtfertig oder absichtlich eingesetzt, um die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen und/oder um unliebsame Zeitphänomene, den politischen Gegner bzw. seine Haltung, Programmatik oder Handlungen in schärfster Form zu kritisieren und diskreditieren. So verglich etwa der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, im Oktober 2008 im Berliner Tagesspiegel die Managerschelte in Folge der Wirtschaftskrise mit der Judenverfolgung: Damals habe es "in Deutschland die Juden getroffen, heute

sind es die Manager".

Historischer Abriss

Diese Sprachpraxis hat eine lange Geschichte. Sie beginnt schon in der frühen Nachkriegszeit, als 1947 der zu NS-freundliche Sonderminister für Entnazifizierung (Alfred Loritz) etwa vom SPIEGEL als "blonder Hitler" [1.3.1947] tituiert wird. Im in der frühen Nachkriegszeit beginnenden und sich schnell zuspitzenden Kalten Krieg war es in den Medien wie auch parteiübergreifend möglich und üblich, Ausdrücke wie KZ, Gestapo, oder SS in Vergleichen als Vorwurfs- und Diffamierungsvokabeln zu verwenden: Die NEUE ZEITUNG bezeichnete z.B. 1948 die neu gegründete Abteilung K5 der Kriminalpolizei in der SBZ als "Gestapo der Ostzone" [NEUE ZEITUNG, 15.7.1948]. Die ZEIT charakterisierte 1950 das neu geschaffene Staatssicherheitsamt (SSA) der DDR stigmatisierend als "SSA statt SS und SA" [DIE ZEIT, 2.3.1950], und die RHEINISCHE POST diffamierte Walter Ulbricht, den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, 1949 als "Gestapochef" [RHEINISCHE POST, 2.11.1949]. Die in der SBZ als Kriegsgefangenen- und Internierungslager weitergeführten ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Fünfeichen wurden diffamierend als Ostzonen-KZ bezeichnet.

Diese Vergleichspraxis setzte sich während der gesamten fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre fort. Am 13.8.1961, dem Beginn des Mauerbaus, erklärte der regierende Bürgermeister Berlins, Willy Brandt (SPD), "die Maßnahmen" seien "ein empörendes Unrecht", denn sie "bedeuten, daß mitten durch Berlin nicht nur eine Art Staatsgrenze, sondern die Sperrwand eines Konzentrationslagers gezogen" [zur Erklärung auf [chronik-der-mauer.de \(http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Media/TextPopup/day/13/id/592878/month/August/oldAction/Detail/oldModule/Chronical/year/1961\)](http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Media/TextPopup/day/13/id/592878/month/August/oldAction/Detail/oldModule/Chronical/year/1961)] würde. Den Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Walther Ulbricht, bezeichnete die RHEINISCHE POST als "KZ-Chef der Zone" [RHEINISCHE POST, 26.8.1961] und die DDR als "Ulbrichts großes Konzentrationslager" [RHEINISCHE POST, 17.8.1961].

1976 erstritt sich Fernsehmoderator Bernhard Grzimek das Recht, die Käfighaltung von Legehennen mit dem Ausdruck KZ-Eier kritisieren zu dürfen, in den Abtreibungsdebatten wurden abtreibende Frauen als Massenmörderinnen, die Abtreibung als Holocaust, Embryocaust oder Babycocaust diffamiert, und seit 1979 verwenden Atomkraftgegner Parolen wie "Gorleben ist Holocaust".

In einer Fernseh-Debatte am 12. Mai 1985 bezeichnete Willy Brandt den CDU-Generalsekretär Heiner Geißler als "seit Goebbels schlimmsten Hetzer in unserem Land". Im Jahr 1986 verglich Bundeskanzler Kohl den sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow mit Goebbels. Gorbatschow sei "ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Public Relations versteht. Goebbels, einer von jenen, die für die Verbrechen der Hitler-Ära verantwortlich waren, war auch ein Experte für Public Relations" [[helmut-kohl.de \(http://www.helmut-kohl.de/deutsch_sowjetische_beziehungen.html\)](http://www.helmut-kohl.de/deutsch_sowjetische_beziehungen.html)].

Im Bundestagswahlkampf 1986/87 entfaltete sich mit der Aussage Helmut Kohls, die DDR halte Menschen "in Gefängnissen und Konzentrationslagern" interniert [[www.hdg.de/lemo \(http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/KohlHelmut/index.html\)](http://www.hdg.de/lemo)], eine breite öffentliche Debatte. Weite Teile der Öffentlichkeit reagierten mit heftigen Vorwürfen und Ablehnung des "Nazibegriffs". Die niederländische Anne-Frank-Stiftung warf Kohl vor, "er trage zur Bagatellisierung von Verbrechen bei, die in der Geschichte einmalig seien." [NRZ, 8.1.1987] Ähnlich kommentierte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Heinz Galinski: "Wer diese schrecklichen Geschehnisse der Vergangenheit mit heutigen Ereignissen vergleicht, geht einen gefährlichen Weg", einen Weg, "Vergessen zu predigen und die Vergangenheit zu verharmlosen." [TAZ, 6.1.1987] Der aus der DDR ausgebürgerte Liedermacher Wolf Biermann bezeichnete diese Vergleichspraxis als "eine Verhöhnung der Millionen Opfer in den faschistischen Konzentrationslagern" [NRZ, 8.1.1987] und als eine "Verharmlosung der Nazi-Verbrechen" [TAZ, 8.1.1987].

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung über den gesellschaftspolitischen Umgang mit der

Immunschwächekrankheit Aids verwendeten Ende der achtziger Jahre die Befürworter rigoroser Zwangsmaßnahmen zur Eindämmung der Krankheit umstrittene NS-Vokabeln, um diese politische Programmatik zu legitimieren und durchzusetzen. Sie forderten z.B. eine staatliche Auslese, sprachen von absondern [DER SPIEGEL, 9.2.1987], von konzentrieren [DER SPIEGEL, 16.3.1987], von Entartungen, die ausgedünnt [DER SPIEGEL, 2.3.1987] werden müssten oder von Seuchenherden, die auszumerzen [STERN, 19.2.1987] seien. Kritiker dieser Politik befürchteten die Installation einer Aids-Gestapo [TAZ, 9.12.1988], ein Wiederaufleben des Begriffs lebensunwertes Leben und staatlicher Euthanasieprogramme [DIE ZEIT, 27.2.1987], eine Endlösung für AIDS-Betroffene [TAZ, 21.5.1987] und die Einrichtung von Aids-KZs [DER SPIEGEL, 25.5.1987].

Seit Ende der achtziger Jahre wurde in den Debatten über die Möglichkeiten der neuen Pränataldiagnostik bzw. Präimplantationsdiagnostik immer wieder die NS-Termini lebensunwertes Leben und Euthanasie verwendet, mit denen die Nationalsozialisten die Sterilisation und Tötung "geistig oder körperlich Minderwertiger" bezeichneten.

2002 soll die damalige Justizministerin Herta-Däubler-Gmelin US-Präsident George Bush mit Hitler verglichen haben und musste daraufhin ihr Amt aufgeben. Im selben Jahr sorgte auch der "Judenstern"-Vergleich des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch für Empörung: Koch kritisierte Ver.di-Bundeschef Frank Bsirske dafür, in der Debatte um die Vermögenssteuer Namen reicher Deutscher genannt zu haben. Dies sei eine neue Form "von Stern an der Brust", so Koch in einer Landtagsdebatte am 12. Dezember 2002 [TAZ, 13.12.2002]. Am 3. Oktober 2003 hielt der Bundestags-Abgeordnete Martin Hohmann in Neuhof bei Fulda eine Rede, die zum Skandal wurde, "(...) weil der Redner judenfeindliche Klischees bedient, weil er antisemitische Ressentiments, Vorurteile und Feindbilder in seiner Beweisführung genutzt hatte". (Benz, 2004, S. 156) In seiner Rede operierte Hohmann auch mit dem Begriff des "Tätervolks": "Nach der detaillierten Schilderung 'jüdischer' Menschheitsverbrechen durch die Erfindung und Durchsetzung des Bolschewismus, mit der 'die Juden' zum Tätervolk definiert werden könnten, erklärt Hohmann dann in einer rhetorischen Volte, wenn die Juden nicht als Täter wahrgenommen würden, dann seien die Deutschen auch nicht schuldig." (Benz, 2004, S. 158)

2005 kam es zu erregten Debatten, als Oskar Lafontaine am 14. Juni bei einer Kundgebung in Chemnitz von "Fremdarbeitern" sprach, 2007 sorgten die Aussage des Kölner Kardinals Joachim Meisner über eine "Kultur, die entartet" [TAGESSPIEGEL, 16.9.2007] und der Pseudo-Autobahn-Vergleich der ehemaligen Tagesschau-Sprecherin Eva Hermann [BERLINER MORGENPOST, 12.10.2007] für wochenlange öffentliche Debatten. Und 2009 brachte der Augsburger Bischof Mixa "die Zahl der Holocaust-Opfer mit den in Deutschland durchgeführten Abtreibungen in Verbindung" [RHEINISCHE POST, 3.3.2009].

Fazit

Wie dieser nur sehr kurze und notwendigerweise unvollständige Abriss zeigt, werden NS-Vokabular (oder nur als solche aufgefasste Wörter) und NS-Vergleiche schon seit langem in der politischen Auseinandersetzung verwendet. Die Zunahme dieser Sprachpraxis während der vergangenen Jahrzehnte, die geschichtliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus und die allmähliche Entstehung eines gesellschaftspolitischen Konsenses über die Unvergleichbarkeit der NS-Verbrechen führte zugleich aber auch zur Entwicklung einer öffentlichen Kritik am instrumentalisierenden Gebrauch dieser als "unangemessen" betrachteten Vokabeln und zu einem eigenen Kritikwortschatz mit Ausdrücken wie unvergleichbar, belastete Wörter, relativieren, verharmlosen, bagatellisieren, verniedlichen und Verhöhnung der Opfer.

Inzwischen hat sich in der öffentlichen Kommunikation ein festes Handlungsschema etabliert: Nach dem – gewollten oder fahrlässigen – Tabubruch durch die Verwendung eines "belasteten" Wortes oder eines NS-Vergleichs wird dieser Gebrauch in den Medien als "unangebracht" kritisiert, da er den gesellschaftlichen Konsens über die Einzigartigkeit der NS-Verbrechen verletzt. Daraufhin folgt unweigerlich eine öffentliche Entschuldigung, das Eingeständnis eines Irrtums oder die Behauptung,

man habe die Äußerung gar nicht getätigt, gar nicht vergleichen oder in Beziehung setzen wollen.

Hier zeigt sich – zum Teil bei den gleichen Sprechergruppen – das Auseinanderfallen von öffentlich vertretener Norm und tatsächlichem Sprachverhalten. Das Streitthema "Vergangenheitsbewältigung" wird im politischen Geschäft der "Bewältigung der Gegenwart" von allen Parteien und gesellschaftlich relevanten Gruppierungen ausgenutzt. Trotz der inzwischen ritualisierten, geradezu reflexhaft gewordenen öffentlichen Kritik erfreut sich die Benutzung von NS-Vokabular und NS-Vergleichen in der öffentlichen Kommunikation stetig wachsender Attraktivität. Diese immer noch zunehmende Inflationierung führt im Resultat aber nicht nur zu einer Relativierung der NS-Verbrechen, sondern auch dazu, dass sich dieser Sprachgebrauch allmählich "abnutzt". Je häufiger NS-Vokabular und NS-Vergleiche eingesetzt werden, desto alltäglicher erscheinen sie und desto weniger zuverlässig funktioniert ihr Einsatz als "Eyecatcher" und "Waffe" in der politischen Auseinandersetzung. Die gezielte sprachliche Normverletzung sichert nicht mehr automatisch die öffentliche Aufmerksamkeit. Ablesen lässt sich das unter anderem daran, dass inzwischen eine Vielzahl solcher sprachlichen "Entgleisungen" von den Medien nur noch vermeldet, jedoch nicht mehr kritisch kommentiert werden und dass neue Bildspendebereiche wie etwa die DDR oder die Stasi (z.B. Stasimethoden) auftauchen.

Literatur

Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus? Bonn 2004 (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung).

Zehn Stigmavokabeln

Von Thorsten Eitz

15.7.2010

Dr. Thorsten Eitz, geboren 1967, studierte Germanistik, Philologie und Politik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Dort arbeitet er als Wissenschaftlicher Angestellter im DFG-Projekt "Politische Sprache der Weimarer Republik". Zu seinen Veröffentlichungen gehören u.a. das "Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung" sowie das "Zeitgeschichtliche Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache".

Anschluss, Gleichschaltung, Selektion: Viele in der NS-Zeit benutzte oder neugeschöpfte Wörter sind heute aufgrund ihrer ideologischen Instrumentalisierung stigmatisiert. Ein Überblick auf zehn Vokabeln und ihre Entwicklung.

Anschluss

Der Ausdruck Anschluss ist seit dem 19. Jahrhundert im Deutschen in der Bedeutung "politischer Zusammenschluss" belegt. Er bezeichnet völkerrechtlich den Eintritt eines Staates in einen anderen Staatenverbund bzw. die Angliederung eines Landes an ein anderes.

Nach Ende des Ersten Weltkriegs bezog er sich vor allem auf den im Vertrag von Saint Germain verbotenen Zusammenschluss Österreichs mit dem Deutschen Reich zu Großdeutschland. Die Nationalsozialisten verboten nach der "Machtergreifung" 1933 die Verwendung des Wortes durch eine Presseanweisung, um ihre Expansions- und Eroberungspläne zu verheimlichen. Nach der Besetzung und Annexion Österreichs am 12.3.1938 war Anschluss reichsgesetzliche Konkurrenzvokabel zu Wiedervereinigung im österreichischen Bundesverfassungsgesetz. Beide Gesetze "legalisierten" den Einmarsch deutscher Truppen.

Nach 1945 wurde die Bezeichnung Anschluss wegen der widerrechtlichen Besetzung Österreichs negativ verwendet. Im Rahmen der sogenannten Saarfrage Mitte der fünfziger Jahre, bei der es um die Rückgliederung des Saargebietes an die Bundesrepublik Deutschland per Volksabstimmung ging, wurde der Ausdruck Anschluss von deutscher Seite verwendet, um die befürchtete Angliederung des Saarlandes an Frankreich zu diskreditieren. In der seit Ende der sechziger Jahre verstärkt einsetzenden Diskussion über eine Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR, war immer wieder umstritten, ob eine mögliche Vereinigung als Anschluss zu bewerten sei. Besonders brisant wurde die Vokabel Anschluss und damit der Vergleich mit dem "Anschluss Österreichs" nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze 1989. In der Wendezeit 1989/90 wurde der Ausdruck als diffamierender wie warnender Vergleich gezielt von der SED/PDS, den GRÜNEN, Linken und Intellektuellen – darunter nicht wenige Historiker – aus der DDR und der Bundesrepublik verwendet, um die Wiedervereinigungspolitik der Regierung Kohl anzugreifen. Sie kritisierten damit die "Fremdbestimmung" des Schicksals der DDR und stellten dem eine positiv betrachtete Selbstbestimmung der DDR gegenüber. Nachdem die Volkskammer der DDR den Beitritt nach Art. 23. GG am 23.8.1990 endgültig beschlossen hatte, setzte sich in der Folgezeit der Verfassungsterminus Beitritt durch, während die stigmatisierende Bezeichnung Anschluss nur noch selten verwendet wurde.

Ausmerze

Der ursprünglich von Schafzüchtern im Sinne von "zur Zucht untaugliche Schafe aus einer Herde aussondern" gebrauchte Ausdruck Ausmerze erscheint um 1900 in Debatten über die Rassenhygiene als Gegensatzwort zu Auslese.

Die Bezeichnung Ausmerze als sozialdarwinistisches Programm (d.h. in der Übertragung des Prinzips der "natürlichen Zuchtwahl" auf menschliche Gesellschaften) sollte die gesetzlichen Maßnahmen der nationalsozialistischen Rassenpflege (d.h. die Eliminierung der sogenannten "rassenbiologisch minderwertigen Elemente") legitimieren. Sie ist wegen ihrer Funktion als zentrales Konzeptwort der NS-Ideologie und dem mit ihm verbundenen NS-Programm der Zwangssterilisationen und der "Ausrottung Minderwertiger" – anders als z.B. Euthanasie oder Auslese – eine nach 1945 tabuisierte und damit gemiedene Bezeichnung. In dieser speziellen historischen Bedeutung wurde und wird sie bis in die Gegenwart nur sehr selten, und wenn überhaupt dann nahezu immer in zitierender Weise verwendet.

Die Ausdrücke ausmerzen und Ausmerzungen dagegen wurden nach 1945 durchweg als nicht belastet wahrgenommen und in ihrer früheren Bedeutung "tilgen, ausrotten, eliminieren" problemlos weiterverwendet. Dies führte wohl auch dazu, dass die NS-Bedeutungsfacette in deutschen Wörterbüchern nicht belegt ist. Bis heute finden sich lediglich – anders als z.B. bei lebensunwertes Leben – punktuelle Thematisierungen bzw. Instrumentalisierungen des nationalsozialistischen Sprachgebrauchs in den verschiedensten gesellschaftspolitischen Kontexten.

Endlösung (der Judenfrage)

Endlösung der Judenfrage ist eine Intensivbildung des seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts gebräuchlichen politischen Schlagwortes Lösung der Judenfrage. Sie war eine verschleierte Tarnbezeichnung für den von den Nationalsozialisten systematisch geplanten und vollzogenen Genozid an den Juden Europas. Im amtlichen Schriftverkehr der Nationalsozialisten wurde Endlösung ab Frühjahr 1941 gebräuchlich – zunächst als Umschreibung für die zwangsweise Umsiedlung, dann für die Vernichtung des jüdischen Volkes.

Nach 1945 wurde der organisationsinterne Terminus Endlösung (der Judenfrage) durch die Nürnberger Prozesse öffentlich bekannt und etablierte sich in den kommenden Jahrzehnten in der Folge der Berichterstattung über die NS-Prozesse als Chiffre für den nationalsozialistischen Völkermord. Dennoch wurde der Ausdruck Endlösung auch "neutral" verwendet. Er knüpfte dann an ältere Verwendungstraditionen in anderen Kontexten an ohne seinen spezifischen geschichtlichen Verweischarakter – wie z.B. Mitte der fünfziger Jahre in der Diskussion über die Saarfrage.

Ab Mitte der fünfziger und dann intensiv ab Ende der siebziger Jahre bis in die Gegenwart wird der Ausdruck Endlösung als eine den Genozid instrumentalisierende Vorwurfsvokabel in verschiedenen Kontexten zunehmend inflationär eingesetzt - etwa in der Debatte um die Oder-Neiße-Grenze ["Oder-Neiße-Linie eine 'Endlösung' der Nationalitätenfrage in Europa", DIE ZEIT, 16.8.1956], in der Übertragung auf andere aktuelle Völkermorde ["Endlösung für das Kosovo-Problem", TAZ, 13.4.1999], in der Auseinandersetzung um die Atomkraft ["Endlösung von tödlichem Abfall", DER SPIEGEL, 13, 26.3.1979], in den Diskussionen um die Wiedergutmachung an Fremdarbeitern ["biologischen Endlösung", TAZ, 29.11.1986] oder im Aidsdiskurs ["Endlösung für AIDS-Betroffene", TAZ, 21.5.1987].

Gestapo

Das Abkürzungswort Gestapo (aus Geheime Staatspolizei gebildet) bezeichnet die 1933 zunächst in Preußen, später im ganzen Deutschen Reich eingerichtete politische Polizei der Nationalsozialisten. Ihre Aufgabe war es, alle Bestrebungen, die auf einen Umsturz zielten, zu untersuchen und zu bekämpfen. Hierzu führte sie ohne richterliche Kontrolle Hausdurchsuchungen durch, nahm Menschen in "Schutzhaft", wies sie in Konzentrationslager ein, folterte und mordete. In den Konzentrationslagern war sie für die Vernehmung der Inhaftierten zuständig, stellte Personal für die Einsatzgruppen und war an der Deportation der Juden beteiligt.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Gestapo im Nürnberger Prozess als verbrecherische Organisation wegen ihrer Beteiligung am Holocaust verurteilt und damit verboten. Spätestens seit 1945 gilt die Bezeichnung Gestapo als belastete Vokabel und steht als Chiffre für das totalitäre Terrorsystem der Nationalsozialisten. Nach 1945 wurde das negative semantische Potenzial des Ausdrucks in Vergleichen mit der Institution Gestapo, ihren Methoden oder ihrem Personal ausgenutzt. Als Vorwurfsvokabel wurden Gestapo-Vergleiche zum einen im Kalten Krieg gegenüber der SBZ/DDR und dem ehemaligen Ostblock, zum anderen ab den fünfziger Jahren vorwiegend innenpolitisch in verschiedenen Diskursen instrumentalisiert und ab den fünfziger Jahren kritisch diskutiert.

Die innenpolitische Vergleichspraxis hatte ihre Intensitätsphasen insbesondere während Auseinandersetzungen über den Verfassungsschutz in den fünfziger Jahren, in den öffentlichen Kontroversen während und nach der sogenannten SPIEGEL-Affäre Anfang der sechziger Jahre, der Terrorismusdebatte der siebziger Jahre und ab 1989 in den Debatten über die Vergleichbarkeit von Stasi und Gestapo. Während es hierbei wenigstens teilweise inhaltlich um warnende Institutionenvergleiche ging, wird ab den achtziger Jahren Gestapo inflationär als polemische Vorwurfsvokabel und Schimpfwort verwendet, und dies wird öffentlich als eine die NS-Verbrechen relativierende und verharmlosende Vergleichspraxis kritisiert.

Gleichschaltung

Der ursprünglich aus dem Fachwortschatz der Elektrotechnik stammende Ausdruck Gleichschaltung bezeichnet die unmittelbar nach der "Machtergreifung" und dem Erlass des Ermächtigungsgesetzes eingeleiteten administrativen Maßnahmen der Nationalsozialisten, um ihre Alleinherrschaft zu sichern. Alle Institutionen und Organisationen des Deutschen Reiches sollten an die nationalsozialistische Ideologie angepasst und an ihre Strukturen angegliedert werden. In dieser Bedeutung taucht das Wort zuerst im am 31.3.1933 erlassenen "Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" und im "Zweiten Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 7.4.1933 auf. Mit dem Erlass dieser beiden Gesetze wurde es im allgemeinen politischen Sprachgebrauch üblich und schnell zu einem oft verwendeten Schlagwort.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs verfügte das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates am 10.10.1945 die Auflösung der NSDAP und aller ihr angeschlossenen, d.h. gleichgeschalteten Organisationen und Verbände. Der Ausdruck Gleichschaltung galt – nicht zuletzt wegen seiner Verwendung in der Anklageschrift im Nürnberger Prozess – als belastete Geschichtsvokabel, die nicht selten durch den Gebrauch von Distanzmarkern wie Anführungszeichen oder sogenannt als solche kenntlich gemacht wurde. In dieser Bedeutung ist der Ausdruck bis heute im Diskurs über die Vergangenheitsbewältigung gebräuchlich. Daneben wird er seitdem in den vielfältigsten Kontexten zwar negativ im Sinne von "unter Zwang auf eine einheitliche Linie bringen", aber auch ohne NS-Belastung gebraucht.

Bemerkenswert ist, dass der Ausdruck Gleichschaltung – anders als andere zentrale Vokabeln des Nationalsozialismus – bis heute nicht sprachlich thematisiert und nur selten warnend bzw. in impliziten wie expliziten NS-Vergleichen verwendet wurde.

Patriotismus

Der Ausdruck Patriotismus bezeichnet eine positive, manchmal auch unkritische und übertrieben stolze emotionale Einstellung dem eigenen Land (Vaterlandsliebe, Nationalgefühl, vaterländische Gesinnung), dessen Geschichte, Werten, Sprache und Traditionen gegenüber.

Während der NS-Zeit wurde die Verwendung des Wortes Patriotismus vermieden und durch das für die nationalsozialistische Ideologie zentrale Schlagwort Volksgemeinschaft abgelöst. Da die mit Patriotismus bezeichnete Gesinnung aber als ursächlich für das NS-Regime und den Krieg galt, wurde der Ausdruck nach 1945 in der Bundesrepublik und mit Bezug auf Deutsche eine belastete, mit Nationalismus gleichgesetzte und weitgehend tabuisierte Stigmavokabel. Frühe Versuche einer Rehabilitation bzw. Neudefinition konnten sich zunächst nicht durchsetzen, da es die geschichtliche Erfahrung unmöglich machte, an eine ältere, vermeintlich neutrale Verwendungstradition des Ausdrucks Patriotismus anzuknüpfen. Er wurde sie bis in die fünfziger Jahre parteiübergreifend als Vorwurfsvokabel verwendet, um der Befürchtung Ausdruck zu verleihen, Deutschland könne erneut zu einer Bedrohung werden. Ab Mitte der fünfziger Jahre begann sich im Kontext mit den Auseinandersetzungen um den Widerstand gegen den Nationalsozialismus allmählich ein positiveres Verständnis sowohl der politischen Haltung als auch der Bezeichnung Patriotismus herauszubilden. In den sechziger Jahren war die Vokabel vor allem deshalb brisant und umstritten, da die NPD den Ausdruck Patriotismus als Fahnenwort verwendete.

Von zentraler Bedeutung ist der Ausdruck Patriotismus wie auch Verfassungspatriotismus seit den achtziger Jahren in den bis heute andauernden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen um das bundesdeutsche Selbst- und Geschichtsverständnis, vor allem nach dem Regierungswechsel 1982, im Historikerstreit 1986/87, im Kontext der Wiedervereinigung 1989/1990, in der Auseinandersetzung über die Zuwanderungs- und Integrationspolitik, der sogenannten Leitkulturdebatte ab 2000 und nicht zuletzt in den Patriotismus-Debatten im Wahlkampf 2004 und anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland. Spätestens seit Ende der achtziger Jahre wurde der Ausdruck als politisches Schlagwort inflationär und teilweise neutral verwendet. Seit Mitte der neunziger Jahre wird er zunehmend als Fahnenwort, seit 2006 als Hochwertvokabel verwendet.

Reichskristallnacht

Der Ausdruck Reichskristallnacht bzw. Kristallnacht bezeichnet die von SA und NSDAP in der Nacht vom 9.11. auf den 10.11.1938 im ganzen Deutschen Reich inszenierten Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, bei denen 267 Synagogen und mehr als 7.000 jüdische Geschäfte in Brand gesetzt und geplündert wurden. 91 Menschen wurden getötet und ca. 30.000 in Konzentrationslager verschleppt.

Die Herkunft des Ausdrucks ist bis heute nicht endgültig geklärt. Fest steht lediglich, dass er keine offizielle Bezeichnung der Nationalsozialisten für die Pogrome war. Auch gibt es keine Belege dafür, dass die Nationalsozialisten versucht haben, ihn zu verbieten. Es finden sich jedoch etliche Zuschreibungsversuche der Urheberschaft der Bezeichnung. Zumeist wird sie dem Berliner Volksmund oder dem Berliner Kabarettisten Werner Fink zugeschrieben. Nach 1945 setzten sich die Bezeichnung Kristallnacht und Reichskristallnacht trotz ihrer umstrittenen Herkunft durch und konnten bis zum Beginn der achtziger Jahre weitgehend problemlos und undistanziert im öffentlichen Sprachgebrauch verwendet werden. Nachdem frühe Versuche, den Ausdruck durch Reichspogromnacht zu ersetzen, gescheitert waren, finden sich vermehrt kritische und distanzierende Thematisierungen des Ausdrucks Reichskristallnacht in Folge der 1984 beginnenden Auseinandersetzungen um die Bewertung des Endes des Zweiten Weltkriegs.

Politisch aktuell und in sprachlicher Hinsicht brisant wurde die Vokabel Reichskristallnacht 1988 im Umfeld der umstrittenen Gedenkrede des damaligen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger (CDU)

zum 50. Jahrestag der Pogrome vor dem Bundestag. In der Folge dieser Kontroversen wurde der Ausdruck als verharmlosend, euphemistisch, politisch inkorrekt und vermeintlich dem NS-Sprachgebrauch zugehörig kritisiert und zunehmend gemieden. Im öffentlichen wie offiziellen Sprachgebrauch wurde er vielfach durch die Bezeichnungen Reichspogromnacht bzw. Pogromnacht, seltener November-Pogrom bzw. Judenpogrom ersetzt, die ihrerseits wiederum als verharmlosend kritisiert wurden. Dennoch ist der öffentliche Sprachgebrauch bei der Bezeichnung der Pogrome bis heute heterogen.

Selektion/selektieren

Der Ausdruck Selektion/selektieren steht – neben seiner "traditionellen" Gebrauchsweise als Fachspracheterminus der Biologie und Pädagogik im Sinne von "Zuchtwahl/Auswahl" bzw. als alltagsprachlicher Ausdruck mit der allgemeinen Bedeutung "Auswahl" – seit Mitte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts auch (oft mit dem Zusatz an/auf der Rampe) für die von den Nationalsozialisten in den Konzentrations- bzw. Vernichtungslagern durchgeführte "Absonderung" der Häftlinge. Selektion an/auf der Rampe bedeutete, dass die Häftlinge nach ihrer Ankunft in den Lagern vom Lagerpersonal – vorwiegend KZ-Ärzten – nach ihrer "Arbeitsfähigkeit" aufgeteilt wurden. Die "nicht-arbeitsfähigen" Häftlinge wurden gefoltert, erschossen oder in den als Bade-, Dusch- oder Inhalationsanlagen getarnten Gaskammern mit Zyklon B vergast, während die als "arbeitsfähig" eingestuften Inhaftierten zum "erschöpfenden Arbeitseinsatz", d.h. zur Zwangsarbeit gemäß dem Programm "Vernichtung durch Arbeit" in die Lager verbracht wurden. Anders als die für die nationalsozialistische Ideologie zentralen Vokabeln Auslese und Ausmerze war der Ausdruck Selektion/selektieren kein offizieller Terminus der Nationalsozialisten.

Mit der ab den sechziger Jahren einsetzenden gesellschaftspolitischen bzw. juristischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen avancierte der Ausdruck Selektion/selektieren zum bis heute gebrauchten Schlagwort, in dem die menschenverachtende industrialisierte Massenvernichtung von Menschen durch die Nationalsozialisten komprimiert wurde. Er wird – wenngleich kein "offizieller" NS-Terminus, so doch als Vokabel der Täter bzw. der Verbrechens-Bezeichnungen – seit den späten siebziger Jahren in verschiedenen gesellschaftspolitischen Kontroversen als impliziter wie expliziter NS-Vergleich – z.B. in der Berichterstattung über den bundesdeutschen Terrorismus, in der Bildungsdebatte, in den Auseinandersetzungen über Abtreibung, Sterbehilfe, Stammzellenforschung Pränataldiagnostik – instrumentalisiert bzw. als solcher kritisiert.

Sonderbehandlung

Der Ausdruck Sonderbehandlung, sonderbehandeln oder die Abkürzung S.B. war im amtlichen Schriftverkehr und im Sprachgebrauch der Gestapo, der SS und der Einsatzgruppen eine Tarnbezeichnung für die Ermordung von Menschen. Er tauchte zuerst in einem Runderlass des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich vom 20.9.1939 – also unmittelbar nach Kriegsausbruch – an alle Staatspolizeistellen auf. In diesem Erlass befahl er, in Fällen von sogenannter Wehrkraftzersetzung "ohne Ansehen der Person, durch rücksichtsloses Vorgehen (nämlich durch Exekution)" einzugreifen. Durch die zunehmende Verbreitung der Ausdrucks verlor er seinen verschleiernenden Charakter, so dass die Nationalsozialisten in einer Presseanweisung seine Verwendung in Heeresberichten und in der militärischen Berichterstattung verboten und statt dessen auf andere Tarnbezeichnungen wie Umsiedlung, Transportierung oder durchschleusen zurückgriffen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde das Wort Sonderbehandlung in der Bedeutung "Liquidierung, Exekution, Tötung" nur noch im Kontext der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit als historisches Zitatwort verwendet. Im allgemeinen Sprachgebrauch spielt die NS-Bedeutungsfacette keine Rolle, und es wird völlig unproblematisch in der Bedeutung "besondere, bevorzugende Behandlung" verwendet. Erst neuerdings findet sich in Wörterbüchern wie z.B. dem Duden von 2004 der Zusatz "nationalsozialistisch verhüllend für Liquidierung".

>

Wehrmacht

Der Ausdruck Wehrmacht bezeichnete im öffentlichen Sprachgebrauch der Weimarer Republik als Oberbegriff alle Streitkräfte des Deutschen Reiches. Mit dem am 16.3.1935 von den Nationalsozialisten unter Missachtung des Versailler Vertrages verkündeten Wehrgesetz, das die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Deutschen Reich vorsah, wurde zugleich die bis dahin gültige Weimarer Bezeichnung Reichswehr durch den Ausdruck Wehrmacht als amtliche Bezeichnung für die deutschen Streitkräfte ersetzt.

Nach 1945 wurde der Ausdruck Wehrmacht trotz der militärischen Niederlage und der Beteiligung der Wehrmacht an Vernichtungskrieg und den Verbrechen der Nationalsozialisten einerseits als neutrale Gattungsbezeichnung in der Bedeutung "Streitkräfte" wie bereits vor 1933 verstanden und gebraucht. Andererseits wurde die seit 1935 gültige Eigenbezeichnung Wehrmacht, in der bis 1945 ein beträchtlicher Teil der männlichen Bevölkerung "gedient" hatte und die in der Öffentlichkeit als "ehrenhaft kämpfend" und unbeteiligt an den NS-Verbrechen galt, zunächst völlig unproblematisch und als nicht belastet angesehen weiter verwendet. Trotz dieser Unbelastetheit stand der Ausdruck in den fünfziger Jahren im Zentrum der Kontroverse um die Bezeichnung der neu zu bildenden Streitkräfte, in denen der Name Wehrmacht durchgängig favorisiert wurde. Die letztliche Ablehnung und Entscheidung für die Bezeichnung Bundeswehr wurde explizit nicht mit einer NS-Belastung des Ausdrucks begründet, sondern damit, dass ein Neuanfang der Streitkräfte, deren defensiver Charakter dokumentiert und eine Verbindung mit Ausdrücken wie Bundeskanzler oder Bundesregierung hergestellt werden sollte.

Erst seit den achtziger Jahren wurde die Bezeichnung in den Kontroversen über die Frage, inwieweit die Wehrmacht in die Verbrechen der Nationalsozialisten involviert war, zunehmend negativ verwendet. Besonders erregt debattiert wurde sie und damit die Bezeichnung Wehrmacht durch die äußerst umstrittene Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Bis heute wirken die Kontroversen um die sogenannte Wehrmachtsausstellung nach. Spätestens seit 1995 ist das Tabu der als "sauber" angesehenen Wehrmacht gebrochen und gilt der Ausdruck Wehrmacht als belastete Stigmavokabel im geschichtspolitischen Diskurs der Bundesrepublik.

Sprache und Sprachlenkung im Nationalsozialismus

Von Cornelia Schmitz-Berning

15.10.2010

1931 in Berlin geboren, studierte in Bonn und Freiburg Germanistik und lateinische Philologie. Sie war Akademische Oberrätin an der RWTH Aachen, arbeitete im Schuldienst und hatte bis 1994 einen Lehrauftrag am Lehrstuhl für Deutsche Philologie und Linguistik der Universität Düsseldorf. 1998 erschien das Nachschlagewerk "Vokabular des Nationalsozialismus".

Das Ziel der Nationalsozialisten war die Kontrolle und vollständige Durchdringung der Gesellschaft zur Festigung ihrer totalitären Herrschaft. Doch wie nutzten sie dabei die Sprache als politisches Instrument?

In seiner programmatischen Schrift 'Mein Kampf' (zuerst in 2 Bänden 1925/26 erschienen) charakterisierte Hitler die Ideologie des Nationalsozialismus als - wie er sie nannte - Weltanschauung unmissverständlich: "Denn die Weltanschauung ist unduldsam und kann sich mit der Rolle einer 'Partei neben anderen' nicht begnügen, sondern fordert gebieterisch ihre eigene, ausschließliche und restlose Anerkennung sowie die vollkommene Umstellung des gesamten öffentlichen Lebens nach ihren Anschauungen."

Als eine der schärfsten Waffen im Kampf um "die restlose Erfassung aller Deutschen mittels der nationalsozialistischen Aufklärung und Lehre [d. h. der Propaganda] in der Partei und im Anhängerkreis ..." [1], sah er eine für alle verbindliche, einheitliche Parteisprache an. So wurde etwa nach dem Machtantritt der Nazis in Berlin ein Unterricht für Gymnasiasten eingerichtet, der neben der NS-Ideologie und den NS-Politikern vor allem die regierungsoffizielle Terminologie behandelte. [2] Dabei sollten parteiorganisatorische Bezeichnungen bekannt gemacht, und - als ideologisches Ziel - festgelegte Interpretationen, Definitionen und Wertungen in der öffentlichen Sprache und schließlich in der Allgemeinsprache überhaupt durchgesetzt werden. Das Ziel formulierte Goebbels nach der Errichtung des "Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda" (15.3.1933) vor der Presse kurz und bündig so: "Das Volk soll anfangen, einheitlich zu denken, einheitlich zu reagieren ..." [3]

Natürlich gab es in der Politik schon immer Versuche, mittels verzerrender Sprache, durch selektive, schönrednerische oder verhüllende Information die öffentliche Meinung zu manipulieren, öffentliche Kritik zu unterdrücken oder zu tabuisieren. Der NS-Staat aber brachte als totalitäres Regime sämtliche Informationsmedien unter seine Kontrolle - mit dem Ziel der totalen propagandistischen Durchdringung der Bevölkerung, wie es Hitler schon in 'Mein Kampf' gefordert hatte. Abgesehen von den meist von NS-Funktionären verfassten Wörterbüchern, die 1933 in großer Zahl herauskamen (zum Beispiel das 'Politisches ABC des neuen Reiches', 'Das ABC des Nationalsozialismus' oder das 'Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus') wurden daher alle neu erscheinenden, aber auch bestehende Wörterbücher und Enzyklopädien den ideologischen Anforderungen des Dritten Reichs angepasst.

Ein besonders prägnantes Beispiel ist die 8. Auflage von 'Meyers Lexikon' (1936-1942). In der 1976 erschienenen Verlagsgeschichte des Bibliographischen Instituts in Leipzig nennt Heinz Sarkowski diese Enzyklopädie ausdrücklich das "parteiamtliche Lexikon". Anfangs wurden dessen Artikel von der Parteiamtlichen Prüfungskommission (PPK) nur zensiert, später lieferte die PPK selbst zu bestimmten Stichwörtern vollständige Artikel, an denen nichts geändert werden durfte. "Aber nicht selten änderte sie [d. h. die PPK] auch ihre Meinung. So mussten einige Male in gebundenen Büchern noch nachträglich einzelne Blätter ausgewechselt werden." [4]

Ein anderes Beispiel: Vergleicht man die Duden-Auflagen vor 1933 mit den Auflagen von 1934 und 1941, so zeigt sich eine markant zunehmende Anzahl neu aufgenommenener NS-Vokabeln. In der 11. Auflage von 1934 waren es 180 (wie z. B. Arbeitsfront, Arbeitslager, aufnorden, Deutscher Gruß, Deutsches Jungvolk) und in der 12. Auflage von 1941 bereits 883. Viele neue Einträge (wie etwa Rassenschande, Vierteljude, Volljude, Volksgenosse, Volksschädling) wurden bereits in der 1. Nachkriegsauflage von 1948 wieder getilgt. Andere Wörter wie vollelterig oder deutschvölkisch verschwanden erst in der 14. Auflage von 1957, Volksfremd und auswuchern (durch Wucher ausbeuten) erst in der 15. Auflage im Jahr 1961.

Welche Bedeutung die Nationalsozialisten der Beeinflussung durch die NS-konforme Terminologie beimaßen, erhellt die Tatsache, dass Goebbels auch in den besetzten Gebieten das NS-Vokabular mit Hilfe von Wörterbüchern verbreiten wollte. Am 12. Februar 1942 schrieb er in sein Tagebuch: "Ich veranlasse ... Wörterbücher für die besetzten Gebiete, die ... vor allem eine Terminologie pflegen, die unserem modernen Staatsdenken entspricht. Es werden dort vor allem Ausdrücke übersetzt, die aus unserer politischen Dogmatik stammen. Das ist eine indirekte Propaganda, von der ich mir auf die Dauer einiges verspreche." [5]

Im Jahr 1933 besaßen die Nazis die direkte Kontrolle über 121 von insgesamt ca. 4.700 Zeitungen, 1934 waren es 434 von nur noch 1.402 Zeitungen. 3.298 Zeitungen waren innerhalb nur eines Jahres verschwunden, verboten, abgewickelt oder in vorseilender Selbstzensur aufgelöst worden.

Zur Vereinheitlichung der Nachrichtengebung, zur inhaltlichen Kontrolle, aber auch zur Normierung der Nachrichtenformulierung in den verbliebenen Zeitungen gab es die "Anweisungen der Pressekonferenz der Reichsregierung des Dritten Reichs". [6] Diese wurden auf der täglich stattfindenden Pressekonferenz in Berlin von den Korrespondenten mitgeschrieben und an die Heimatredaktionen weitergegeben. Zeitungen ohne eigenen Korrespondenten erhielten das offizielle Protokoll über die Gaupropagandaämter. Goebbels persönlich überwachte das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB), das als einzige Agentur von Bedeutung übriggeblieben war. Obwohl häufig in verbindlichem Ton formuliert, mussten die Presseanweisungen, auch die über die Einführung oder Zurückziehung von Schlagwörtern und Parolen, über den Gebrauch oder Nichtgebrauch von Ausdrücken, streng beachtet werden. Andernfalls machte sich der verantwortliche Journalist strafbar, und die betreffende Zeitung konnte wegen Landesverrats für einen Tag, eine Woche oder länger, oder auch ganz verboten werden.

Einige unsystematisch herausgegriffene Beispiele mögen die Sprachregelung durch Presseanweisungen illustrieren: Immer wieder lässt die NSDAP darauf hinweisen, dass bestimmte Bezeichnungen für die Partei und den Nationalsozialismus reserviert sind und nur in diesem und keinem anderen Bezug gebraucht werden dürfen:

- "Die tschechischen Nationalsozialisten sollen in Zukunft als tschechische Volkssozialisten bezeichnet werden." (7.1.1938)
- "Die deutsche Presse wird auch General Antonescu nicht den Titel Staatsführer oder Führer geben, er bleibt für uns Ministerpräsident". (6.10.1940) [7]
- "Der Begriff Parteigenosse ist nur für die NSDAP." (8.3.1943)
- "Die Worte Parteitag und Kongress sind für die NSDAP." (1940) "Die Bezeichnung Feierstunde und Morgenfeier sind ausschließlich für die Partei vorbehalten." (16.2.1942)
- "Kampfflugzeuge nur für die deutschen Flugzeuge ..." (14.8.1941)
- "tapfer nur für deutsche Soldaten." (11.9.1939)

Wichtige Hochwertwörter der nationalsozialistischen Weltanschauung durften nicht profaniert werden:

- "Es ist unzulässig, mit dem Stichwort Rasse Propaganda für einen modernen Hut zu machen." (14.1.1937)
- "Die Formulierungen katholisches Volk, Kircheng Volk, evangelisches Volk sind unbedingt zu vermeiden. Es gibt nur ein deutsches Volk." (11.8.1936)
- "Es wird gebeten, das Wort Propaganda nicht missbräuchlich zu verwenden. Propaganda ist im Sinne des neuen Staates gewissermaßen ein gesetzlich geschützter Begriff und soll nicht für abfällige Dinge Verwendung finden. Es gibt also keine Greuelpropaganda, keine bolschewistische Propaganda, sondern nur eine Greuelhetze, Greuelagitation, Greuelkampagne usw. Kurzum – Propaganda nur dann, wenn für uns, Hetze, wenn gegen uns." (28.7.1937)

Als 1938 die tödlichen Schüsse des 17-jährigen Herschel Grünspan auf den Botschaftssekretär Ernst Eduard vom Rath zum Vorwand genommen wurden für die beispiellosen Gewaltexzesse des organisierten Novemberpogroms gegen die Juden, nahm Goebbels die Steuerung der Presseberichterstattung über die barbarischen Ereignisse am 9./10. November selbst in die Hand. Goebbels selbst war es, der mit Zustimmung Hitlers durch eine hetzerische Hassrede gegen die Juden die von der SA organisierten Terroraktionen in Gang gesetzt hatte. Nun aber wollte er die Verhaftung Zehntausender Juden, die Verschleppung in Konzentrationslager, die brutalen Gewalttaten, die eine unbekannte Zahl von Menschen das Leben kosteten, das Niederbrennen der Synagogen, die Demolierung Zigtausender von Geschäften, die Verwüstung von Wohnungen und die Zertrümmerung ungezählter Fensterscheiben als Ausdruck der spontanen Volkswut erscheinen lassen.

Die entsprechende Presseanweisung vom 10. November 1938 lautet: "Meldungen ueber Vergeltungsmaßnahmen gegen Juden dürfen nur in DNB-Fassung gebracht werden." [8] Die DNB-Meldung, die am folgenden Tag in der gesamten Presse an herausgehobener Stelle erschien, hatte den Text: "Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen Meuchelmord an einem Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichen Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen. Es geht nun an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen ..." [9]

In einer weiteren Presseanweisung legte der Propagandaminister ergänzend fest: "Wenn Kommentare noetig sind, sollen sie nur kurz sein und etwa sagen, dass eine begreifliche Empoerung der Bevoelkerung eine spontane Antwort auf die Ermordung des Gesandtschaftsrates gegeben habe." [10]

Tatsächlich findet man in der Presse, in allen Publikationen bis zu den "Geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS" [11], immer nur die 5 oder 6 genehmigten Vokabeln (Vergeltungsmaßnahmen, Aktionen gegen die Juden, Demonstrationen, spontane Antwort, begreifliche Empörung, Protestaktionen oder Zusammensetzungen daraus: Vergeltungs-, Juden-, Demonstrations--, Empörungs-, Spontanaktionen, -maßnahmen). Für die umstrittene Bezeichnung Reichskristallnacht gibt es im Übrigen keinen zeitgenössischen schriftlichen Beleg. Sie war offenbar ein Element der inoffiziellen mündlichen Sprache.

Auch die sprachlichen Äußerungen von Parteigrößen und selbst Hitlers 'Mein Kampf' wurden von den regulierenden Maßnahmen zur ideologischen Vereinheitlichung des Sprachgebrauchs nicht

ausgenommen. Eine Presseanweisung vom 1. September 1934 etwa ordnet an: "Das Wort des Ministerpräsidenten Göring Das deutsche Volk muß ein Volk von Fliegern werden soll aus außenpolitischen Gründen aus der deutschen Presse verschwinden." [12] In einer Anweisung vom 6. März 1941 wird ausgeführt: "In der Ley-Rede in Leipzig kam der Satz vor: Recht ist allein, was der Nation nutzt. Ein anderes Recht gibt es nicht. In einem Augenblick, wo wir uns um die Neuordnung Europas im Sinne einer höheren Gerechtigkeit bemühen, sind derartige Wendungen gefährlich und müssen unterbleiben. Alle deutschen Schriftleiter werden vom Reichspressechef auf ihre nationale Verantwortlichkeit bei der Weitergabe außenpolitischer Redewendungen erinnert. Auch wenn solche Dinge in DNB-Meldungen, Redewiedergaben usw. stehen, müssen sie ausgemerzt werden. Jeder deutsche Schriftleiter ist dem Reichspressechef für diese Sorgfalt verantwortlich. Es kann also in Zukunft in Reden herumgestrichen werden." [13]

In Hitlers 'Mein Kampf' zählt Hermann Hammer [14] allein 2.294 Änderungen von der 1. Auflage 1925/27 bis zur 6. Auflage 1930/33 – weitere Änderungen folgten bis zur letzten Auflage. Die Änderungen dienten der stilistischen Glättung, kleinen sachlichen Korrekturen, aber auch der Anpassung von bestimmten Textstellen an den ideologisch definierten NS-Sprachgebrauch. Ein Beispiel: Erst in der 820. Auflage von 1943 – zur Zeit der Judenvernichtung – erhält ein bis dahin unverändert gebliebener hasserfüllter Satz über die Juden in Russland eine neue Fassung. Da wo vorher von 'fanatischer Wildheit' die Rede war heißt es nun: "Das furchtbarste Beispiel bietet Rußland, wo er [der Jude] an 80 Millionen Menschen in wahrhaft satanischer Wildheit ... töten und verhungern ließ." Die Tatsache, dass Fanatismus im Dritten Reich zur höchsten Qualifikation eines Nationalsozialisten geworden war, ließ eine Anpassung auch des Hitlertextes als opportun erscheinen.

Es wird erkennbar, dass die nationalsozialistische Sprachlenkung durch die Festlegung der Gebrauchsweisen von Wörtern, Schlagwörtern und Slogans auf eine einzige Bedeutung eine Einheitssprache schaffen wollte, die konkurrierenden Meinungen und Interpretationsweisen (W. Dieckmann) das Wort abschnitt, so dass Gegenmeinungen und Gegenargumente in der Öffentlichkeit nicht mehr vernehmbar waren.

Es ist allerdings zu beachten, dass einer solchen Sprachbeeinflussung von oben das begeisterte Mitgehen der Überzeugten, die Anpassungsbereitschaft der Opportunisten, die Echohaftigkeit der Unreflektierten, das Unauffälligkeitsstreben der Ängstlichen, die Camouflage der Abseitsstehenden entgegenkam. Wobei allerdings auch zu berücksichtigen ist, dass öffentliche Kritik oder durch Denunziation öffentlich gewordene private Kritik unter vorher nicht kalkulierbaren Umständen tödlich sein konnte.

Fußnoten

1. "Schlussrede vom "Reichsparteitag der Freiheit", 1935 . In: Die Reden Hitlers am Parteitag der Freiheit 1935. München o. J., S. 15/16.
2. "Vgl. C. Müller: Politik u. Kommunikation, München 1975, S. 37.
3. "W. Ranke: Propaganda. In: Enzyklopädie d. Nationalsozialismus. Hg. W. Benz u. a., München, 2. Aufl. 1998, S. 42.
4. "H. Sarkowski: Das Bibliographische Institut. Verlagsgeschichte u. Bibliographie 1826-1976, München u. a., 1976, S. 156 ff.
5. "E. Fröhlich, Hg.: Die Tagebücher v. Joseph Goebbels. Teil II. Bd. 3. München 1994, S. 292.
6. "NS-Presseanweisungen d. Vorkriegszeit. Edition u. Dokumentation. Hg. Hans Bohrmann. Bearb. G. Toepser-Ziegert 1933-1937, K. Peter 1937-1939, Register C. Bartels. Vorwort E. Sänger, München 1984-2001.
7. "Presseanweisungen ab 1939 s. R. Glunk: Erfolg u. Mißerfolg d. nationalsozialistischen Sprachlenkung. In: Zeitschr. f. dt. Sprache 22/1966-27/1971.
8. "In: NS-Presseanweisungen d. Vorkriegszeit, Bd. 6/III, Nr. 3204.

9. "In: NS-Pressenanweisungen d. Vorkriegszeit, Bd. 6/III, Nr. 3204.
10. "Bd. 6/III, Nr. 3209
11. "Meldungen aus d. Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte d. Sicherheitsdienstes d. SS. Hg. u. eingel. v. Heinz Boberach, 17 Bde. Herrsching 1984.
12. "ZSg. 101/4, Nr. 704, 1.9.1934, Slg. Brammer, Bundesarchiv Koblenz.
13. "ZSg. 101/19, Nr. 727 TP, 6.3.1941, Slg. Brammer, Bundesarchiv Koblenz.
14. "Die deutschen Ausgaben von Hitlers 'Mein Kampf'. In: Vierteljahresh. f. Zeitgesch., 4. Jg., 1956, Nr. 2, S. 161-178.

Vokabeln im Nationalsozialismus

Von Cornelia Schmitz-Berning

15.10.2010

1931 in Berlin geboren, studierte in Bonn und Freiburg Germanistik und lateinische Philologie. Sie war Akademische Oberrätin an der RWTH Aachen, arbeitete im Schuldienst und hatte bis 1994 einen Lehrauftrag am Lehrstuhl für Deutsche Philologie und Linguistik der Universität Düsseldorf. 1998 erschien das Nachschlagewerk "Vokabular des Nationalsozialismus".

Einige bis heute verwendete Begriffe gehörten zum festen Wortschatz der NS-Zeit. Aber welchen Ursprung und Bedeutung hatten Ausdrücke wie "betreuen" oder "Kulturschaffende" im "Dritten Reich"?

Abstammungsbescheid

Für die meist auf Antrag einer staatlichen Institution herbeigeführte Entscheidung der Reichsstelle für Sippenforschung über die Frage, welcher Kategorie von Menschen eine Person gemäß den Nürnberger Gesetzen vom 15.9.1933 zuzurechnen sei.

Worttyp: NS-Neubildung.

In Zweifelsfällen, ob eine Person von *fremdrassigen Blutseinschlägen* frei sei, konnte von Ämtern und Organisationen, aber auch von der Person selbst, "ein 'Abstammungsbescheid' der Reichsstelle für Sippenforschung, Berlin ... eingeholt werden... Diese 'Abstammungsbescheide' haben dann, je nachdem, ob sie entsprechend den Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes oder nach den Aufnahmebedingungen der NSDAP ausgestellt sind, bei allen staatlichen Stellen und bei allen Dienststellen der NSDAP und ihren Gliederungen volle Beweiskraft." [1]

Die Preußische Akademie der Künste wendete sich zum Beispiel mit folgender Anfrage an die *Reichsstelle für Sippenforschung*: "Da immer wieder das Gerücht auftaucht, daß das Mitglied unserer Akademie, Bildhauer Ernst Heinrich Barlach, nicht arischer Abkunft sei, würde die Akademie für eine gefällige amtliche Nachprüfung dankbar sein..." [2] Die Antwort: "Abstammungsbescheid. Der Bildhauer Ernst Heinrich Barlach in Güstrow, geboren zu Wedel am 2.1.1870, ist deutschen oder artverwandten Blutes im Sinne der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935. ... Die Abstammung wurde hier nachgeprüft." [3]

Ausrichtung, ausrichten

Personen, Organisationen, Institutionen Disziplinen nach der Richtschnur der NS-Ideologie auf eine Linie bringen.

Worttyp: zusätzliche NS-Bedeutung, hohe Frequenzsteigerung

Das aus der Militärsprache übernommene *ausrichten* bezeichnete die nie abgeschlossene Aufgabe, dem Denken und Fühlen des Volkes eine total einheitliche nationalsozialistische Richtung zu geben. Es begegnet daher überall in Texten und Reden. "Wir sprechen viel von politischer Ausrichtung des deutschen Menschen, auch von politischer Ausrichtung des wissenschaftlichen Arbeiters. Die Notwendigkeit dieser Ausrichtung wird auf vielen Gebieten aber ungern anerkannt. Und doch ist der gleiche Marschtritt die primitivste Voraussetzung für das Vorwärtskommen einer geschlossenen Truppe. Deshalb ist selbstverständlich, wer nicht den richtigen Tritt des Volksmarsches hat, für den heißt es 'Tritt gewechselt'. Wer das Kommando nicht versteht, der muß nachexerzieren, bis er es gelernt hat. Das ist einfache Tatsache in der Wissenschaft so selbstverständlich wie beim Militär." [4]

"Wir wollen in diesem Rahmen dafür arbeiten und kämpfen, daß in dem studentischen Nachwuchs eine einheitlich ausgerichtete, politisch klare, charakterlich harte und geistig mutige Schicht entsteht, welche dereinst in ihren Besten, verbunden mit den Besten der Jungarbeiterschaft, die Führung des Reiches übernehmen kann." [5] "In 1723 Jugendappellen und Jugendbetriebsabenden erhielten unsere Jungen und Mädels die weltanschauliche Ausrichtung zur Erfüllung ihrer Aufgaben als die kommenden Träger der Gemeinschaft." [6]

betreuen

versorgen, pflegen. Offiziell auch: Personen erfassen, beeinflussen, kontrollieren, lenken; SS-sondersprachlich: deportieren und töten. Sachen verwalten, beschlagnahmen; Sachgebiete bearbeiten, überwachen.

Worttyp: hochfrequentes NS-Modewort; Tarnwort der SS.

Mit der Bedeutung 'pflegen, wofür sorgen' schon im Mittelhochdeutschen belegt, aber noch im ersten Drittel des 20. Jh.s selten. Erst mit der NS-Zeit explosionsartige Gebrauchssteigerung. Im durchorganisierten NS-Staat ist *betreuen* vieldeutige Chiffre für die Einwirkung der NSDAP auf die Volksgenossen. Immer ist weltanschauliche Schulung und Ausrichtung mitgemeint. "Die Politischen Leiter führen die praktische Arbeit durch und betreuen das Volk." [7] "Es ist die Absicht der Partei, ... daß [sie] durch eigene Initiative entsprechend dem Willen des Führers laufend alle Volksgenossen erfaßt und betreut." [8] "Wie ... bereits ausgeführt will die DAF [Deutsche Arbeitsfront] den schaffenden deutschen Menschen vom frühen Morgen bis in die späte Nacht betreuen." [9] Das breite Bedeutungsspektrum machte es einfach, *betreuen* auch euphemistisch für alle Arten von Zwangsmaßnahmen zu verwenden: z. B. für Zensur durch die "nationalsozialistische Schrifttumsbetreuung" der PPK, [Parteiämtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums], für Enteignung: "Verordnung über die Betreuung von Vermögen aus Anlaß der Absiedlung in Lothringen vom 28.1.1943". In der internen Sondersprache der SS stand *betreuen* für Mord. In einem 'Tätigkeitsbericht' der Waffen-SS vom 3.8.1942 heißt es: "Die Judentransporte trafen in regelmäßigen Abständen in Minsk ein und wurden von uns betreut ... So beschäftigten wir uns ... bereits... wieder mit Ausheben von Gruben im Siedlungsgelände." [10]

Eintopfsonntag

Bezeichnung für je einen Sonntag in den Monaten Oktober bis März, an dem ein schlichtes Eintopfgericht gegessen und der dadurch ersparte Betrag dem Winterhilfswerk gespendet werden sollte.

Worttyp: NS-Neubildung.

"Die Regierung richtet dabei an die gesamte deutsche Öffentlichkeit den Appell, an diesen Sonntagen mittags lediglich ein Eintopfgericht im Preise von höchstens 50 Pf. pro Person zu verzehren." [11] "Der Landesinspekteur des Winterhilfswerks für Lippe sagt in einem Aufruf, daß Volksgenossen, die trotz mehrfacher Aufforderung ihre Spende zur Winterhilfe auch diesmal wieder nicht abführten, von jetzt ab öffentlich unter voller Namensnennung zur Spendenabführung aufgefordert würden. ... Gegen Saboteure des Eintopf-Sonntags, die auf dem Standpunkt ständen, 'wir kochen am Eintopf-Sonntag das, was wir wollen, wenn wir unsere Spende abgeführt haben', werde das Winterhilfswerk mit gleichen Maßnahmen vorgehen." [12] "Der Eintopfsonntag soll nicht nur materiell (durch die Spende), sondern auch ideell dem Gedanken der Volksgemeinschaft dienen. Es genügt nicht, daß jemand zwar eine Eintopfspende gibt, aber seine gewohnte Sonntagsmahlzeit verzehrt. Das ganze deutsche Volk soll bei diesem Eintopfsonntag bewußt opfern, sich einmal in seiner gewohnten Lebenshaltung einschränken, um bedürftigen Volksgenossen zu helfen." [13] Im Krieg wird die Bezeichnung *Eintopfsonntag* durch *Opferpersonntag* ersetzt. 1942 verbietet eine Presseanweisung den Ausdruck *Eintopfsonntag*: "Die frühere Bezeichnung 'Eintopfsonntag' ist für die Opferpersonntage nicht mehr zu verwenden."

Entjudung

1. **Verdrängung der Juden aus dem Berufs-und Wirtschaftsleben**
2. **Beseitigung des jüdischen Einflusses**
3. **Zwangsverkauf jüdischer Gewerbebetriebe, Enteignung**
4. **Deportation und Ermordung der Juden**

Worttyp: Neubedeutung, zum Wortschatz des eliminatorischen Antisemitismus.

Eugen Dühring, der 1881 den Ausdruck *Rassenbewußtsein* prägte, gebrauchte *Entjudung* bereits rassenantisemitisch: "Verjudung der Völker und aller Verhältnisse ist Thatsache, Entjudung die Aufgabe." [14] In der NS-Zeit wird der gleiche Ausdruck nicht für gedachte, sondern für konkrete Ausgrenzungs- und schließlich Vernichtungsmaßnahmen "zur Säuberung des deutschen Volkskörpers" [15] gebraucht: a) Das 'Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums' vom 7.4.1933 hatte das Ziel der "Entjudung der Rechtspflege und der Verwaltung". b) "Die gesamte Kunstkritik ist seit 1933 genau so wie die übrige Presse entjudet worden." [16] Der deutschkirchlich beeinflusste Flügel der Thüringer Deutschen Christen forderte "die Entjudung des Gesangbuchs durch Ausmerzung von Begriffen wie Jehova, Israel, Zion, Zebaoth." [17] c) "Die Verordnung zur planmäßigen Entjudung der deutschen Wirtschaft wurde mit Befriedigung aufgenommen." [18] Es folgte ein Erlaß über die Entjudung des jüdischen Grundbesitzes" vom Reichswirtschaftsministerium (6.2.1939), d) "Die Ghettoverwaltung ist im Zuge der Entjudung des Warthegaus im Zusammenarbeit mit der Geheimen Staatspolizei mit der Durchführung einer Sonderaktion [Massenexekution] beauftragt worden. Für die Abwicklung, die etwa bis Ende Oktober 1942 dauern wird, sind 25 Leute der Ghettoverwaltung abgestellt, die durchschnittlich 14-16 Stunden tätig sind." [19]

fanatisch, Fanatismus

"sich unbedingt, rücksichtslos einsetzend" (Duden, 1941).

Worttyp: Schlüsselwort des NS, umgewertet, enorme Frequenzsteigerung.

Fanatisch bezeichnete ursprünglich mit stark negativer Wertung religiöse Schwärmerei. Vgl. den Eintrag in Campes Verdeutschungswörterbuch, 1808: "Fanatism... die Glaubensschwärmerei, die Glaubenswuth. Diese äußert sich durch Vernunftscheu so wie gewöhnliche Tollheit durch Wasserscheu." [20] In den französischen nachrevolutionären Meinungskämpfen warfen die Parteien einander Fanatismus vor; der nach wie vor pejorative Ausdruck verlor so seinen ausschließlich religiösen Bezug. Zu den wenigen, die "Fanatismus" positiv verwendeten, gehörte Rousseau: "In all seiner Blutgier und Grausamkeit ist nämlich der Fanatismus eine große und starke Leidenschaft, die das Herz des Menschen erhebt, die ihn den Tod verachten läßt, die ihm mächtigen Schwung verleiht." [21] Eine breite positive Umwertung von *fanatisch* begann offensichtlich erst mit Adolf Hitler, von dem auch der NS-charakteristische inflationäre Gebrauch von *fanatisch* ausging. Hitler schreibt von sich: "In kurzer Zeit war ich zum fanatischen Deutschnationalen geworden." [22] "Ich war vom schwächlichen Weltbürger zum fanatischen Antisemiten geworden." [23] Seine Grundthese ist: "Die Überzeugung vom Recht der Anwendung selbst brutalster Waffen ist stets gebunden an das Vorhandensein eines fanatischen Glaubens an die Notwendigkeit einer umwälzenden neuen Ordnung dieser Erde." [24]

Nur Nationalsozialisten sollte *Fanatismus* als auszeichnendes Attribut zugesprochen werden. Deshalb wurde noch 1941 in 'Mein Kampf' z. B. ein auf die Juden in Rußland bezogenes fanatisch durch "satanisch" ersetzt. [25]

gesundes Volksempfinden

für einen durch Gesetz vom 28.6.1935 neu eingeführten Rechtsgrundsatz.

Worttyp: feste Wendung mit zusätzlicher NS-Bedeutung.

Schon 1933 wird in einer 'Denkschrift des Preußischen Justizministers über das künftige nationalsozialistische Strafrecht' das *gesunde Volksempfinden* als Grundlage für richterliche Entscheidungen beansprucht. Am 24.1.1935 erläutert ein Jurist im 'Berliner Tageblatt' die neue Rechtsmaxime: "Im Mittelpunkt des nationalsozialistischen Strafrechts steht ...das freie richterliche Ermessen und das gesunde Volksempfinden. Dieses wird höher bewertet als das formale Recht." [26] Durch das 'Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches' vom 28.6.1935 findet *gesundes Volksempfinden* Aufnahme in die offizielle Gesetzessprache: "§ 2 Bestraft wird, wer eine Tat begeht, die das Gesetz für strafbar erklärt oder die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient." [27] Der spätere Präsident des Volksgerichtshofs Freisler gibt dem schwammigen Rechtsbegriff die maßgebliche nationalsozialistische Interpretation: "Hier muß der Richter zunächst sich hüten vor der Verwechslung eines tatsächlichen Volksempfindens mit dem gesunden Volksempfinden ... Ob das Empfinden gesund ist, das muß an Hand der Maßstäbe und Leitsätze geprüft werden, die der Führer selbst in wichtigen Lebensfragen des Volkes vielfach dem Volke gegeben hat." [28] "Denn den Charakter des Reiches bestimmt allein der Führer." [29] Damit wird die Teilung der Gewalten auch im Strafrecht aufgehoben und der Richter legitimiert, nach eigenem Ermessen den üblichen Strafrahmen bis hin zur Todesstrafe zu überschreiten.

Hitlerjugend

Bezeichnung für:

1. **die Jugendorganisation der NSDAP**
2. **eine Untergliederung der Hitlerjugend, meist abgekürzt HJ, für Jungen von 14 bis 18 Jahren**

Worttyp: neugebildeter Organisationsname

Die erste Gruppe, die den Namen *Hitlerjugend* führte, war eine der NS-Jugendgruppierungen, die in der sog. Verbotszeit entstanden waren – also der Zeit nach dem Verbot der NSDAP infolge des gescheiterten Hitlerputsches. Nach Hitlers Neugründung der NSDAP im Jahr 1925 wurde aber eine andere dieser Gruppierungen, die "Großdeutsche Jugendbewegung", als Jugendorganisation der Partei anerkannt. Auf Antrag des *Gauleiters* Streicher erhielt sie 1926 auf dem ersten Reichsparteitag nach der Neugründung der NSDAP den Namen *Hitler-Jugend*. 1936 verkündete der *Reichsjugendführer* Baldur v. Schirach aus Anlass des "Gesetzes über die Hitlerjugend": "Der Führer, dessen Namen wir mit Stolz und Ehrfurcht tragen, hat soeben ein Gesetz unterschrieben, das uns für alle Zukunft mit seiner Person verbindet und mit seinem nationalsozialistischen Staat verknüpft." [30] Die obersten Erziehungsziele der *HJ* entsprachen Hitlers pädagogischen Prinzipien: *körperliche Ertüchtigung* als vormilitärische Ausbildung und *weltanschauliche Schulung* als Einweisung in die nationalsozialistische *Volksgemeinschaft*. Durch die Jugenddienstverordnung vom 25.3.1939 wurde die Zugehörigkeit zur *Hitlerjugend* endgültig verpflichtend. "Der Dienst in der Hitler-Jugend ist Ehrendienst am Deutschen Volke. Alle Jugendlichen vom 10. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr sind verpflichtet, in der Hitlerjugend Dienst zu tun, und zwar die Jungen im Alter von 10 bis 14 Jahren im

'Deutschen Jungvolk' (DJ) Die Jungen im Alter von 14 bis 18 Jahren in der 'Hitler-Jugend' (HJ). Die Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren im 'Jungmädelsbund' (JM). Die Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren im 'Bund Deutscher Mädel' (BDM)." [31]

Kulturschaffende (Pl.)

Sammelbezeichnung für alle im Bereich der Kunst Tätigen, die in der Reichskulturkammer organisiert waren.

Worttyp: NS-Neubildung.

Das Neuwort, überwiegend in der Pluralform vorkommend, entstand wohl infolge der Errichtung der *Reichskulturkammer* aufgrund des Gesetzes vom 22.9.1933, das aber selbst den Ausdruck nicht enthält. Meyers Lexikon erläutert später: "Die Reichskulturkammer ... ist die berufsständische Zusammenfassung und Gliederung der Kulturschaffenden im Großdeutschen Reich...Mitglied der zuständigen Einzelkammer muß jeder sein, der bei der Erzeugung, der Wiedergabe, der geistigen oder technischen Verarbeitung, der Erhaltung, dem Absatz oder der Vermittlung des Absatzes von Kulturgut mitwirkt." [32] Nach dem Tod Hindenburgs unterstützte 1934 ein "Aufruf der Kulturschaffenden" die Volksabstimmung zur Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten in der Person Hitlers. Darunter war auch der Künstler Ernst Barlach. Er schrieb darüber in einem Brief: "Ich habe den Aufruf der 'Kulturschaffenden' mitunterschrieben" [33], *Kulturschaffende* in Anführungsstrichen, der nationalsozialistische Funktionsausdruck war ihm wohl (noch) nicht geläufig. 1937 schreibt der Abteilungsleiter im Propagandaministerium H. Hinkel: "Im Schmelztiegel des nationalsozialistischen Gedankengutes wurde durch die Reichskulturkammer und in ihr die lang ersehnte Gemeinschaft aller Kunst- und Kulturschaffenden geboren. Diese Gemeinschaft steht mitten im Volk und das Volk um sie! Daß dies alles so werden konnte, verdankt das ganze deutsche Volk seinem Führer Adolf Hitler, dem Schöpfer des Nationalsozialismus, dem ersten Künstler unserer Nation." [34]

Nach 1945 blieb der Ausdruck - im Ganzen eher selten - im Westen als Synonym für 'Künstler' vor allem in der Presse und in Festreden im Gebrauch. In der ehemaligen DDR war 'Kulturschaffende' ein Element des offiziellen Sprachgebrauchs und gehörte in die Reihe der "inflationär" auf "-schaffende" gebildeten Berufsgruppenbezeichnungen wie: "Bau-, Buch-, Beat-, Fernseh-, Film-, Geistes-, Kultur-, Kunst-, Theaterschaffende", die sich wie 'Bauschaffende' nicht immer nur auf kreative Berufe bezogen. [35]

Verdunkelungsverbrechen

Straftat unter Ausnutzung der Verdunkelung.

Worttyp: NS-Neubildung.

Paragraph 2 der Verordnung gegen *Volksschädlinge* vom 5. September 1939 bedrohte Verbrechen oder Vergehen gegen Leib, Leben oder Eigentum unter Ausnutzung der zur Abwehr von Fliegergefahr getroffenen Maßnahmen mit Zuchthaus und in besonders schweren Fällen mit der Todesstrafe. In der Wortgeschichte von Maurer/Stroh (1943) hält W. Linden in dem Kapitel 'Aufstieg des Volkes' fest: "... zu *verdunkeln* und *Verdunkelung* entstehen *Verdunkelungssünder* (wer die Vorschriften der *Verdunkelung* nicht erfüllt) und *Verdunkelungsverbrecher* (wer die V. zu Straftaten ausnützt)." [36] "In den Prozeßberichten waren irgendwelche Erklärungen über die näheren Umstände der Straftaten und darüber, daß die eine Tat als Verdunkelungsverbrechen besonders schwer bestraft werden mußte, nicht enthalten. Mit Verwunderung wurde daher in der Bevölkerung die Frage aufgeworfen, warum der eine wegen 25 Pfg. 12 Jahre Zuchthaus erhielt, während der andere wegen Tötung eines Menschen nur mit 8 Jahren Zuchthaus bestraft worden ist." [37] "Aber auch jeder andere Täter, der seine Verbrechen unter Ausnutzung der Kriegsverhältnisse begeht, tritt damit zum Feinde über. Seine treulose Gesinnung und seine Kampfansage verdienen daher strengste Strafen. Ganz besonders gilt dies

jedoch für den feigen Verdunkelungsverbrecher." [38]

Fußnoten

1. Der Ahnenpaß. Hg. v. Reichsverband d. Standesbeamten e. V. Berlin, o. J., S. 45
2. H. Brenner: Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution, 1972. Dok. Nr. 132, S. 142.
3. Ebd. Dok. Nr. 133, S. 142
4. M. Pechau: Nationalsozialismus u. Deutsche Sprache. In: NS-Monatshefte, 8/1937, S. 1058
5. A. Feickert: Der völkische Weg d. Deutschen Studentenschaft. In: Der Deutsche Student, 4/Febr. 1936, S. 76.
6. Jahres- u. Leistungsbericht d. Gauverwaltung Düsseldorf 1938, S. 34
7. Organisationsbuch d. NSDAP, 1943, S. 70.
8. Ebd. S. 98 a.
9. Jahres- und Leistungsbericht d. Gauverwaltung Düsseldorf o. J. (1938), S. 29.
10. In: H. G. Adler: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, 1974, S. 196
11. Goebbels: Das deutsche Volk im Kampf gegen Hunger u. Kälte, 13. 9.1934. In: Signale d. neuen Zeit, 1934, S. 225. die Zeit
12. Westfälische Zeitung, 12. 2. 1934. Zit. in Blick in die Zeit, 2/8. 3. 1934, S. 9.
13. Meyers Lexikon, Bd. 3, 1937, S. 528.
14. E. Dühring: Die Judenfrage als Racen-, Sitten- u. Culturfrage, 1881, S. 117.
15. Völkischer Beobachter, 7. 4. 1933, S. 1
16. Münchener Neueste Nachrichten, 30.11. 1936. In: E. Piper: Ernst Barlach und die "entartete Kunst", 1987, Dok. 140, S. 182.
17. Die Religion in Geschichte u. Gegenwart, Bd. 2, 3. Aufl., 1986, S. 105.
18. Monatsbericht d. Regierungspräsidenten v. Oberbayern, 9. 1. 1989. In: Bayern in d. NS-Zeit, 1977, S. 477.
19. In: J. Wulf: Aus dem Lexikon der Mörder, 1963, S. 72.
20. Wörterbuch zur Erklärung u. Verdeutschung der unserer Sprache aufgedrungenen fremdem Ausdrücke, 2. verb. Aufl., Graetz 1808 (zuerst 1801), S. 6 f.
21. J. J. Rousseau (1712-1778): Emile oder über die Erziehung. Hg. M. Rang. Reclam 1964, 4. Buch, S. 636.
22. Mein Kampf, S. 10 f.
23. Mein Kampf, S. 69
24. Mein Kampf, S. 597.
25. Mein Kampf, 820. Aufl. 1943, S. 358.
26. Prof. Dahm, zitiert in: Blick in die Zeit, 3/17. 5. 1935, S. 5.
27. RGBl. 1, 1935, S. 839.
28. Volk, Richter, Recht. In: Deutsche Justiz, 97/1935, S.1168.
29. Deutsche Justiz, 100/11. 3. 1938, A, S. 365.
30. Zit. in: NS-Monatshefte, 8/1937, S. 59.
31. RGBl. 1, 6. 1939, S. 710.
32. Meyers Lexikon, Bd. 9, 1942, S. 221 f.
33. Zitiert in: E. Piper: Nationalsozialistische Kulturpolitik, 1987, S. 113.
34. Handbuch d. Reichskulturkammer, Geleitwort, 1937, S. 11.
35. B. Wolf: Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch. Berlin, New York 2000, S. 134, S. 195.
36. Maurer/Stroh: Aufstieg des Volkes, 1943, Bd. 2, S. 400.
37. Meldungen aus dem Reich, Nr.58, 26. 2. 1940, Bd.3, S. 812 f.
38. Richterbriefe - Mitteilungen d. Reichsministers d. Justiz - Nr. 2, 1.10. 1942. In: Richterbriefe, hg. v. H. Boberach, 1975, S. 9 f.

"Jedem das Seine" - zur Aufarbeitung des lexikalischen NS-Erbes

Von Frank Brunssen

15.10.2010

Dr. phil., geb. 1957; Dozent für German Studies an der University of Liverpool, School of Cultures, Languages and Area Studies, Cypress Building, Chatham Street, Liverpool L69 7ZR, Großbritannien.

Der Satz "Jedem das Seine" prangte am Haupttor des Konzentrationslagers Buchenwald. In den 1990er tauchte die belastete Redewendung als Werbeslogan erneut auf. Frank Brunssen mit einer Untersuchung zur Aufarbeitung des lexikalischen NS-Erbes.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs markierte nicht nur den politischen und moralischen Zusammenbruch Deutschlands, sondern warf auch die Frage auf, wie mit einer Sprache umzugehen sei, die jahrelang von einer imperialistischen und rassistischen Ideologie geprägt worden war. Zwar wurde nach der NS-Herrschaft durch alliierte Direktiven eine Erneuerung der Sprache in Verwaltung und Medien durchgesetzt, doch in der deutschen Alltagssprache konnte von einer Wiederherstellung lexikalischer Zivilität lange Zeit keine Rede sein. Vielmehr schien das sprachliche Erbe des Dritten Reichs, wie Victor Klemperer 1947 bemerkte, "in manchen charakteristischen Ausdrücken überleben zu sollen; sie haben sich so tief eingefressen, dass sie ein dauernder Besitz der deutschen Sprache zu werden scheinen."^[1]

Erst seit den 1960er Jahren ist der Frage nach dem öffentlichen Umgang mit sprachlichen Ausdrücken, die seit ihrer Instrumentalisierung im "Dritten Reich" als "belastet" gelten, in der Bundesrepublik breitere Aufmerksamkeit zuteil geworden. Die zunehmende Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das, was die Linguistik als "Weiterverwendungsproblematik"^[2] bezeichnet, lässt sich seit 1991 unter anderem an der Wahl von "Unwörtern des Jahres" ablesen, unter denen immer wieder nazistisch konnotierte Ausdrücke auffallen - zum Beispiel "durchrasste Gesellschaft" (1991), "Selektionsrest" (1993) oder "entartet" (2007).^[3] Auch die ungewöhnliche Resonanz, die Thorsten Eitz' und Georg Stötzels "Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung" entgegengebracht wurde, signalisiert die aktuelle Relevanz der Problematik.

Insbesondere in den Medien haben sich in dieser Hinsicht eine Reihe Aufsehen erregender Fälle ereignet - etwa jener der Moderatorin Juliane Ziegler, die am 30. Januar 2008 in der Pro7-Quizshow "Nightloft" meinte, einen arbeitsmüden Anrufer mit den Worten "Arbeit macht frei" aufmuntern zu müssen. Ihre Äußerung, mit der Ziegler jene zynische Redewendung zitierte, die über oder an den Eingangstoren der Konzentrationslager Auschwitz I, Groß Rosen, Sachsenhausen, Dachau, Theresienstadt und Flossenbürg angebracht war, wertete der Sender als einen "unentschuldbaren Aussetzer" und kündigte der Moderatorin fristlos.^[4] Bereits im Oktober 2007 hatte es in der ZDF-Talkshow "Johannes B. Kerner" einen Eklat gegeben, als der ehemaligen ARD-Nachrichtensprecherin Eva Herman nationalsozialistischer Sprachgebrauch vorgeworfen und sie deshalb schließlich aus der Talkrunde ausgeschlossen wurde^[5]. Ihr Rauschmiss führte kurz darauf in der ARD-Fernsehshow "Schmidt & Pocher" zur Aufstellung eines "Nazometers", dessen Witz darin bestand, den Gebrauch belasteter Ausdrücke durch einen Signalton anzuzeigen.

Im Mittelpunkt dieses Artikels steht der Umgang mit einer Formulierung, deren Verwendung seit den späten 1990er Jahren für Aufsehen gesorgt hat. Es geht um die Redewendung "Jedem das Seine",

die maßgeblichen Wörterbüchern zufolge soviel bedeutet wie "ein Mensch bekommt den Lohn, der ihm gebührt"[6] oder "jeder soll das haben, was ihm zukommt."[7] Zu kontroversen Reaktionen hat die Weiterverwendung in diesem Fall geführt, weil die Sentenz während des "Dritten Reichs" als Inschrift in das Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald eingeschmiedet war und deshalb als zutiefst belastet gelten muss. Die Nationalsozialisten internierten in der auf dem Ettersberg bei Weimar gelegenen Anlage zwischen Juli 1937 und April 1945 rund 250 000 Häftlinge - darunter zahlreiche Kinder und Jugendliche - aus über 30 Ländern, vor allem politische Gefangene, Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle sowie sowjetische Soldaten. Über 56 000 Menschen wurden in Buchenwald ermordet oder starben an den Folgen der Haftbedingungen. Ungeachtet dieser Verwendungsgeschichte begann die Werbebranche in den 1990er Jahren damit, "Jedem das Seine" als Reklameslogan für unterschiedliche Produkte einzusetzen. Ab 1998 bedienten sich unter anderem Nokia, Rewe, Microsoft, Burger King, die Deutsche Telekom und die Münchner Merkur-Bank der Sentenz. Im Januar 2009 sorgte die gemeinsame Kampagne von Esso und Tchibo, die an rund 700 Tankstellen mit dem Werbespruch "Jedem den Seinen" die Sortenvielfalt des Kaffeeherstellers anpriesen, für Meldungen in den Medien.

In der Forschung ist seit den späten 1990er Jahren einerseits über die problematische Geschichte des Ausdrucks aufgeklärt [8] und größere Sensibilität bei der Verwendung des "inzwischen missbrauchten Schlagworts" [9] angemahnt worden, andererseits aber auch vehement gegen eine Vermeidung oder Tabuisierung der Sentenz argumentiert worden.[10] Im Unterschied etwa zur Auseinandersetzung mit "Arbeit macht frei" fällt dabei auf, wie wenig Aufmerksamkeit der Buchenwalder Torinschrift bis dato entgegengebracht worden ist. Weder in dem wohl bedeutendsten Nachschlagewerk zur NS-Lexik, in Cornelia Schmitz-Bernings "Vokabular des Nationalsozialismus" [11], noch in der zweifellos wichtigsten Publikation zur Frage der Weiterverwendung, dem bereits erwähnten "Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung"[12], hat die Wendung bislang Beachtung gefunden.

Gebrauch von "Jedem das Seine" bis 1945

Anfang 1938 erteilte der Kommandant des Konzentrationslagers Buchenwald, Karl Otto Koch, den Befehl, den Schriftzug "Jedem das Seine" in das eiserne Haupttor der Anlage einzuschmieden. Mit dem typografischen Entwurf der Inschrift wurde der Architekt und Grafiker Franz Ehrlich beauftragt, der 1934 wegen kommunistischer Aktivitäten verhaftet worden war und 1937 nach Buchenwald kam. Ehrlich war Ende der 1920er Jahre Bauhaus-Schüler gewesen und gestaltete den Schriftzug in Anlehnung an seinen Lehrer Joost Schmidt, weshalb später mit Blick auf die Buchstaben von einer "subtilen Intervention gegen den Geist der Inschrift" [13] gesprochen worden ist. Anders als die am Eingang von Auschwitz und anderen KZs angebrachte Sentenz "Arbeit macht frei" wurde die Buchenwalder Inschrift dergestalt in das Tor eingesetzt, dass sie von innen lesbar war. Auf diese Weise hatten die Häftlinge beim Lagerappell tagtäglich jenes Tor vor Augen, "auf dem wir tausendmal die zynischen Worte Jedem das Seine lesen mussten." [14]

Historisch geht die Inschrift auf eine klassische Gerechtigkeitsformel zurück, deren Ursprünge sich bis in die Antike verfolgen lassen. Während der Bedeutungsakzent von "Jedem das Seine" in Platons Hauptwerk "Der Staat" (ca. 370 v. Chr.) und in Ciceros "Von den Pflichten" (44 v. Chr.) primär auf den Pflichten des Bürgers gegenüber dem staatlichen Gemeinwesen lag, wurden 533 n. Chr. im "wohl wirkungsmächtigsten Rechtstext des Abendlandes" [15], in den vom oströmischen Kaiser Justinian I. verfassten "Institutionen", die Rechte des Individuums gegenüber dem Staat hervorgehoben.[16] Im deutschen Kontext erlangte dieser klassische Rechtsgrundsatz zu Beginn des 18. Jahrhunderts besondere Bedeutung als "Wahlspruch" Preußens, wo er in seiner lateinischen Form *sum cuique* im Hohen Orden vom Schwarzen Adler zur Geltung kam. Der "Endzweck Unseres Reiches und Ordens", ließ Friedrich I. im Januar 1701 in den Ordensstatuten verlauten, ist es, "Recht und Gerechtigkeit zu üben, und jedweden das Seine zu geben". Zu diesem Zweck habe man im Orden über den Kopf des Adlers "Unsern gewöhnlichen Wahlspruch: *Suum Cuique* zur Ueberschrift verordnet".[17]

In der Folge war die Sentenz in lateinischer oder deutscher Sprache auch in künstlerischen und wissenschaftlichen Texten präsent. Etwa 1715 im Titel der Bach-Kantate "Nur jedem das Seine", oder in Kants "Metaphysik der Sitten" von 1785, worin jeder Person die "Rechtspflicht" auferlegt wird, sich nur in einer solchen Gesellschaft zu bewegen, "in welcher jedem das Seine erhalten werden kann (suum cuique tribue)"[18], damit keiner Person ein Unrecht angetan werde. Goethe assoziiert den Ausdruck 1797 in "Hermann und Dorothea" mit dem Zugewinn an Gerechtigkeit durch die Französische Revolution, und im 19. Jahrhundert verwenden Hegel und Nietzsche die Sentenz in philosophischen Texten im Horizont der klassischen Gerechtigkeitsformel. Karl Marx benutzt in den 1840er Jahren Briefpapier, in welches das Wasserzeichen "Jedem das Seine" eingelassen ist [19] und Eduard Mörike greift 1861 im Titel eines Gedichts auf die Formulierung zurück, das die leidvollen Gesetzmäßigkeiten der Liebe beschreibt. Das "Deutsche Sprichwörter-Lexikon" von 1880 verzeichnet den Ausdruck als Teil eines Lehrspruchs, der auf die klassische Gerechtigkeitsformel anspielt: "Behaupte das Deine, gib jedem das Seine, doch Unrecht verneine." [20]

Einen eklatanten Bruch mit dieser Bedeutungstradition markierte ab 1938 die Installierung der Inschrift im Haupttor von Buchenwald, in deren Folge "Jedem das Seine" zu einer Todesformel, zu einem "Synonym für Massenmord"[21] mutierte. Dabei lag der Zynismus für die Häftlinge darin, dass ihnen mit diesem "Rechtsspruch" tagtäglich auf dem Appellplatz vor Augen geführt wurde, "dass sie rechtmäßig aus der Gesellschaft ausgegrenzt sind, dass sie diese Behandlung verdient haben, dass sie keinen Anspruch auf menschenwürdiges Leben haben." [22] Stefan Olivier hat diese Pervertierung der Gerechtigkeitsformel 1961 in seinem Roman "Jedem das Seine" geschildert: "Boysen las den Spruch, er kannte ihn aus der Schule, in der Quinta hatte er ihn auf Lateinisch gelernt - suum cuique - und in der Tertia hatte er gelernt, dass es der Wahlspruch der Preußenkönige gewesen sei, und deshalb hatte er Ehrfurcht davor empfunden. Jedem das Seine, jedem das, was ihm zusteht. Aber was für einen Sinn sollte der Spruch der Preußenkönige hier haben? Stand ihm dies zu? Stand dem alten Juden das zu, was ihm eben geschehen war, der Tod durch einen geschnitzten Holzknüppel?" [23]

In Karl Schnogs Lyrikband "Jedem das Seine" (1947) findet sich ein 1943 in Buchenwald verfasstes Gedicht, worin einerseits das mit der Torinschrift assoziierte Quälen und Morden beschrieben, in der Schlussstrophe aber auch eine Zukunft antizipiert wird, in der sich die Wendung gegen die Urheber ihrer Pervertierung richtet:

Die Herren haben wirklich Humor
In diesen bitteren Zeiten:
"JEDEM DAS SEINE" steht höhnisch am Tor;
Durch das die Häftlinge schreiten.

So leuchtet, erhaben und arrogant,
Was sie an das Höllentor schmieden.
Uns ist auch ohne das Sprüchlein bekannt,
Was jedem im Lager beschieden:

Dem Häftling - das Stehen in Sonne und Sturm,
Erfrieren und klatschende Güsse.
Dazu vom todesdrohenden Turm
Das ernste Versprechen der Schüsse.

Den Henkern - die Ehre, der schmackhafte Schmaus,
Das Gleiten auf federnden Felgen;
Die Ruhe und das behagliche Haus,
Die Wollust, die Macht und das Schwelgen.

Dem Häftling - der Hunger, die Angst und die Last,
Die Marter, die viehischen Witze;

Das Essen, das Baden, das Schlafen in Hast
Und schließlich die mordende Spritze.

Ihr Herren, die ihr heute noch grient,
Glaubt mir, was ich schwörend beteure:
Einst holt sich der Häftling, was er verdient.
Und Ihr? Ihr bekommt dann das Eure![24]

Von den Betroffenen wurde die Sentenz also als Fingerzeig auf ihre geplante Vernichtung begriffen, wie der Buchenwald-Überlebende Herbert Sandberg, der die Illustrationen zu Schnogs Lyrikband beisteuerte, ebenfalls unterstrichen hat: "Uns den Tod, ihnen den Sieg, so verstanden die barbarischen Schöpfer die schmiedeeiserne Schrift."[25]

Weiterverwendung von "Jedem das Seine" seit 1945

Nach der Befreiung am 11. April 1945 verblieb der Schriftzug im Haupttor von Buchenwald. Auch die US-Armee, die in den folgenden Monaten die Verwaltung übernahm, sowie die sowjetische Militäradministration, die im August 1945 an gleicher Stelle das "Speziallager 2" einrichtete, ließen die Inschrift an Ort und Stelle. Unter sowjetischer Leitung wurden bis Anfang 1950 nationalsozialistisch belastete, aber auch willkürlich verhaftete Personen in der Anlage interniert - weit über 28 000 Menschen, von denen mehr als 7000 die Haftzeit nicht überlebten. Von Belang mit Blick auf die Weiterverwendung von "Jedem das Seine" ist, dass sich in beiden deutschen Staaten weder in der Besatzungszeit noch in deren Anfangsjahren ein öffentliches Bewusstsein für die Bedeutung im Zusammenhang mit dem Buchenwalder Terror entwickelte. Stattdessen wurde die Formulierung vorwiegend in einem ahistorisch profanen Sinn benutzt. Im Westen übersetzte "Der Spiegel" 1947 den Hollywoodfilm "To Each His Own", der unter dem Titel "Mutterherz" in die deutschen Kinos kam, mit "Jedem das Seine".[26] In einem ostdeutschen Bericht von 1949 über eine Lesung von Karl Schnog wird mit keinem Wort erwähnt, dass der Titel seines Lyrikbandes ein Zitat der Buchenwalder Torinschrift darstellt.[27] Weiterverwendet wird der Ausdruck ebenfalls im Bedeutungshorizont jener Gerechtigkeitsformel, so dass die lateinische Form in beiden deutschen Staaten als Inschrift an den Decken von Gerichtssälen verbleibt.[28] Als 1955 die Bundeswehr gegründet wird, adaptieren die Feldjäger in Anknüpfung an die Reitenden Feldjäger der Preußischen Armee ein Abzeichen mit der Inschrift *suum cuique*.

Die Gründe für das mangelnde Bewusstsein vom Zusammenhang mit dem SS-Terror sind in den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen der Nachkriegszeit zu suchen. Zum einen blieb die Kenntnis von der Buchenwalder Todesformel zunächst primär auf die Überlebenden und auf jene rund 1000 Weimarer Bürgerinnen und Bürger beschränkt, die nach der Befreiung durch die Anlage geführt wurden. Hanus Burgers Film "Die Todesmühlen", der die Konfrontation der Weimarer Bevölkerung mit den Großverbrechen in ihrer Nachbarschaft dokumentiert und Anfang 1946 eine Woche lang alternativlos in allen Kinos der US-Zone gezeigt wurde, zeigt zwar mehrfach die in Auschwitz und anderen KZs benutzte Torinschrift "Arbeit macht frei", setzt aber die Buchenwalder Sentenz nicht ins Bild. Hinzu kam, dass die Anlage auf dem Ettersberg der Öffentlichkeit jahrelang nicht zugänglich war, weil die Sowjets dort ihr Speziallager betrieben.

Wer sich schon damals ein Bild von der Instrumentalisierung der deutschen Sprache unter der NS-Diktatur verschaffen wollte, hatte allerdings durchaus Gelegenheit dazu. Bereits nach Kriegsende setzte zumindest auf akademischer Ebene eine Weiterverwendungsdiskussion ein. Im Westen stand dabei eine Folge von Artikeln im Mittelpunkt, die Dolf Sternberger, Gerhard Storz und Wilhelm E. Süskind in der "Wandlung" publizierten, und die 1957 gesammelt unter dem Titel "Aus dem Wörterbuch des Unmenschen" erschienen. Im Osten kam 1947 der Band "LTI (Lingua Tertii Imperii)" heraus, worin der Holocaust-Überlebende Victor Klemperer als erster den Versuch unternahm, die Hauptmerkmale der NS-Sprache zu umreißen. Dass diese sprachkritischen Reflexionen jahrelang ohne Breitenwirkung blieben, lag sowohl an der vorherrschenden Verdrängungsmentalität als auch am akademischen

Zuschnitt der Beiträge.

Erst in den 1960er Jahren, als die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit allmählich auf breiter Ebene Gestalt anzunehmen begann, entwickelte sich in der Bundesrepublik ein öffentliches Bewusstsein für das lexikalische NS-Erbe. In der Linguistik erschienen systematischere Untersuchungen zum Sprachgebrauch im Dritten Reich, etwa Cornelia Bernings "Vom Abstammungsnachweis zum Zuchtwart - Vokabular des Nationalsozialismus" (1964). Sprachkritiker und Linguisten führten eine Debatte über die Spätfolgen des nationalsozialistischen Sprachgebrauchs, und in der westdeutschen Germanistik wurde der Versuch unternommen, den rhetorischen Konformismus vieler Fachkollegen in der NS-Zeit auszuleuchten. Einen Wendepunkt im Umgang mit der belasteten deutschen Sprache markierte allerdings erst die Revolte von 1968, mit der eine Offensive gegen den "Sprachgebrauch der Herrschenden" einherging, wie sie zum Beispiel Wolfgang Fritz Haug betrieb, indem er die "Sprachverwandtschaft"[29] zwischen der vorherrschenden Wissenschaftssprache und der Sprache der NS-Diktatur aufzeigte. Was die Entwicklung in der DDR betraf, hat Klaus Bochmann hingegen von der "Geschichte eines Defizits" gesprochen, und zwar insofern, als es dort nach 1961 "keine nennenswerte originale Arbeit mehr zur Sprache der NS-Zeit"[30] gegeben habe.

Trotz dieses Wandels hat sich bis heute kein öffentlicher Konsens über den Umgang mit dem lexikalischen NS-Erbe herausgebildet. Während zum Beispiel die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ihre Straßenverkehrsämter 1985 anwies, keine Autokennzeichen mehr mit nazistischen Akronymen wie KZ, SS, SA oder HJ in Umlauf zu bringen, nahm jahrzehntelang niemand am unreflektierten Gebrauch von "Jedem das Seine" Anstoß. So gab die Wendung etwa 1962 den Titel für die deutsche Übersetzung von Louis Bromfields Unterhaltungsroman "McLeod's Folly (You Get What You Give)" ab, und seit den 1970er Jahren wurde an bundesdeutschen Bühnen die Komödie "Jedem das Seine" gespielt, bei deren Titel es sich um eine Übersetzung von Peter Yeldhams und Donald Churchills "Fringe Benefits" handelt.

Gleichwohl entwickelte sich parallel zum unkritischen Gebrauch ab 1958 ein Bewusstsein für die Buchenwalder Pervertierung. Hierbei spielte die Eröffnung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte am 14. September 1958 offenbar eine wichtige Rolle, weil sie den Ort des Terrors stärker ins nationale und internationale Blickfeld rückte. Von nun an wurde in ostdeutschen Medien kursorisch auf die Todesformel hingewiesen; etwa 1979 aus Anlass einer Gedenkfeier für den 1944 in Buchenwald ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann [31] oder 1981 mit Blick auf eine Ausstellung des belorussischen Malers Michail A. Sawizki, dessen Selbstporträt "Nr. 32815" - seine Häftlingsnummer - den Maler vor der Torinschrift zeigt[32]. Auch in der Bundesrepublik war fortan öffentlich von der zynischen Inschrift die Rede - nicht zuletzt in der Literatur, etwa 1978 in Margarete Hannsmanns "Aufzeichnungen über Buchenwald", worin die Lyrikerin schreibt: "LAGERTOR / jetzt also muss ich den eisernen Buchstaben fest entgegensehen / JEDEM DAS SEINE"[33].

Ein historisch kritischer Umgang begann sich allerdings erst in den späten 1990er Jahren abzuzeichnen, wobei der Auseinandersetzung um Trutz Hardos 1996 erschienenen Roman "Jedem das Seine" eine gewisse Rolle zukommt. Hardo rechtfertigt darin den Holocaust, indem er ihn als Vollstreckung des "Karmagesetzes" interpretiert; im KZ Buchenwald, schreibt der Autor, werde jedem "in konzentrierter Weise das ihm aus karmischer Gesetzmäßigkeit zustehende Schicksal zugewiesen, um seine Verschuldung abzarbeiten und dadurch frei zu werden." [34] Angesichts derartiger Textstellen verurteilte das Amtsgericht Neuwed Hardo am 4. Mai 1998 wegen "Volksverhetzung in Tateinheit mit Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener"[35] zu einer Geldstrafe und untersagte die Weiterverbreitung des Buches. Zwar verursachte das auch in zweiter Instanz bestätigte Urteil kein besonderes Aufsehen, setzte aber insofern ein Zeichen, als es offiziell klarstellte, dass die Legitimierung der Buchenwalder Bedeutung von "Jedem das Seine" in der Bundesrepublik gegen geltendes Recht verstößt.

Den entscheidenden Impuls zugunsten eines historisch kritischen Gebrauchs gaben jedoch die öffentlichen Proteste gegen die Verwendung als Reklamespruch. Im Juni 1998 sah sich Nokia

aufgefordert, eine Kampagne für Handy-Gehäuse einzustellen, nachdem Wendy Kloke vom Berliner Büro des American Jewish Committee und Die Grünen dagegen interveniert hatten. Henryk M. Broder nahm die Nokia-Werbung in seinem Sachbuch "Jedem das Seine" (1999) zum Anlass, in 37 ironisch-provokativen Skizzen die Absurditäten im Umgang der Deutschen mit den Juden zu beschreiben. Es folgte der Abbruch einer Grillzubehör-Aktion von Rewe, einer Software-Kampagne von Microsoft sowie 1999 einer Handzettel-Aktion von Burger King. 2001 verhinderten Mitarbeiter der Münchner Merkur-Bank in Weimar und Jena eine Kampagne für Kontoführungsmodelle, nachdem sie bemerkt hatten, dass der dafür verwendete Slogan mit der Buchenwalder Torinschrift in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft identisch ist. Nach einer kritischen Anfrage der "Frankfurter Rundschau" beendeten Esso und Tchibo Anfang 2009 ihre Kaffee-Kampagne vorzeitig.

Fazit

Trotz juristischer, journalistischer und akademischer Bemühungen um eine kritische Nutzung von "Jedem das Seine" hat sich bis heute kein öffentlicher Konsens über den Umgang mit der belasteten Wendung etabliert. In der Diskussion über den weiteren Gebrauch stehen sich vielmehr zwei Positionen gegenüber. Für die Gegner ist die Instrumentalisierung als Todesformel das Maß der Dinge, dem sie auch die Jahrtausende alte Bedeutungsgeschichte unterordnen: "das Motto ist verdorben dadurch, dass es das KZ Buchenwald assoziiert." [36] Es sei daher "unmöglich", so Salomon Korn, den Ausdruck zu benutzen, "solange es noch einen einzigen Menschen gebe, der bei der Redewendung an Buchenwald denke". [37]

Befürworter der Weiterverwendung sehen es genau andersherum und ordnen den Missbrauch der zeitübergreifenden Bedeutung unter: "Wer eine Gerechtigkeitsformel, die fast 2500 Jahre alt ist, schon durch die kurzzeitige Pervertierung durch ein Terrorregime als nicht mehr zitierfähig ansieht", argumentiert Dietmar von der Pfordten, "gestattet dessen geistigem Zerstörungswerk fortzuwirken, anstatt offensiv und aufklärend gegen diese Pervertierung vorzugehen." [38]

Für sich genommen wird allerdings keine der beiden Positionen der Sachlage gerecht. Das liegt zum einen daran, dass der Ausdruck sich nicht einfach disqualifizieren lässt, indem man ihn dem rassistischen Radikalwortschatz des "Dritten Reichs" - das heißt Ausdrücken wie "Ariernachweis" oder "Untermensch" - zuordnet. Es liegt zum anderen daran, dass die Sentenz auch nicht jener Kategorie von Ausdrücken angehört, die in den Jahrzehnten nach 1945 eine Art Rehabilitierung erfahren haben - wie etwa "betreuen", das im Umfeld des Konzentrationslagers Theresienstadt "in letzter Konsequenz ein Euphemismus für Morden und Mord" [39] war, nach 1945 aber seinen Blutgeruch rasch verloren hat.

Mit Blick auf die zukünftige Verwendung ist vielmehr ein differenzierender Umgang weiterführend. Legitim ist die Benutzung der lateinischen Form *sum cuique*, weil es sich dabei um einen in relativ niedriger Frequenz gebrauchten Ausdruck handelt, der seit 1945 praktisch von niemandem mit den NS-Verbrechen assoziiert worden ist. Die Benutzung in der Rechtslehre, in der Geschichtsschreibung über Preußen, in Gerichtssälen oder im Barettabzeichen der Feldjäger kann deshalb nicht in Frage gestellt werden. Nichts einzuwenden ist ebenfalls gegen die deutsche Form in Fällen, in denen es um einen aufklärenden Umgang geht, wie er sich etwa bei Schnog, Olivier oder Broder nachweisen lässt. Eine Tabuisierung wäre hier kontraproduktiv, weil sie die in den Texten geleistete Aufklärung über den Holocaust verhindern würde.

Anders verhält es sich beim apologetischen oder ahistorisch profanen Gebrauch. Hardos Deutung der Buchenwalder Torinschrift ist inakzeptabel, weil sie den KZ-Terror nachträglich legitimiert. Zutiefst fragwürdig ist ebenfalls die unreflektierte Handhabung in der Unterhaltungsindustrie oder der Werbebranche. Sie ist es zum einen, weil sie die Gefühle der Opfer verletzt, und zum anderen, weil sie eine der großen gesellschaftspolitischen Leistungen der Bundesrepublik untergräbt: die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Dieses Projekt, das im Selbstverständnis der Deutschen mittlerweile eine zentrale Position einnimmt, wird nur dann seine Wahrhaftigkeit bewahren, wenn nicht allein Einvernehmen über die selbstkritische Auseinandersetzung mit dem rassistischen Wertesystem

und den Verbrechen des "Dritten Reichs" besteht, sondern es ebenso zu einer Konsensbildung über den angemessenen Umgang mit der lexikalischen Hinterlassenschaft der NS-Diktatur kommt.

Dass in dieser Hinsicht weiterhin beträchtliche Defizite bestehen, lässt sich nicht nur anhand von "Jedem das Seine", sondern bei einer Vielzahl von Wörtern und Wendungen beobachten. Auch der Umgang mit einem Wort wie zum Beispiel "Entartung" gestaltet sich bis heute ausgesprochen heterogen. Während Günter Grass, nachdem er im Frühjahr 2007 die Reaktionen der Presse auf seine frühere SS-Mitgliedschaft als eine "Entartung" des deutschen Journalismus bezeichnete hatte, von den Medien genötigt wurde, die Verwendung des Ausdrucks öffentlich zu widerrufen, hat bislang kein Rezensent den Gebrauch desselben Wortes in Helmut Schmidts Bilanz "Außer Dienst" (2008) beanstandet.

Wie wenig es den Deutschen bislang gelungen ist, einen Konsens über den angemessenen Umgang mit dem Lexikon des Nationalsozialismus herzustellen, wurde an jenem eingangs bereits erwähnten Eklat über Eva Hermans Äußerungen in der Fernseh-Talkshow auf geradezu exemplarische Weise deutlich. Statt sich in einem sachbezogenen Diskurs über den problematischen Gebrauch belasteter Ausdrücke zu verständigen, kulminierte der Disput im Rauswurf einer Teilnehmerin. Um die Behebung derartiger Defizite geht es beim Umgang mit der sprachlichen Hinterlassenschaft der NS-Diktatur. Denn die Glaubwürdigkeit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus insgesamt wird nicht zuletzt auch an dem Maß an diskursiver Zivilität gemessen, das in Deutschland seit 1945 wieder hergestellt werden konnte.

Erschienen in *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 8/2010)* (<http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32943/sprache>)

Fußnoten

1. Victor Klemperer, LTI (Lingua Tertii Imperii). Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1991/11, S. 20.
2. Thorsten Eitz/Georg Stötzel, Wörterbuch der "Vergangenheitsbewältigung". Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch, Hildesheim 2007, S. 5.
3. Siehe www.unwortdesjahres.net (<http://www.unwortdesjahres.net>) (22. 1. 2010).
4. Vgl. »www.rponline.de/public/article/panorama/« (<http://www.rponline.de/public/article/panorama/deutschland/527721/>) (22. 1. 2010).
5. Herman nahm in der Talkshow ihre Behauptung nicht zurück, eine "gleichgeschaltete Presse" habe einseitig über ihre Entlassung aus dem NDR berichtet, zu der es im Vormonat aufgrund ihrer Äußerungen zur NS-Familienpolitik gekommen war.
6. Brockhaus/Wahrig. Deutsches Wörterbuch, Band 3, Wiesbaden 1981, S. 816.
7. Duden Redewendungen und sprichwörtliche Redensarten. Wörterbuch der deutschen Idiomatik, Band 11, Mannheim u.a. 1992, S. 657.
8. Vgl. Matthias Heyl, Kurzdokumentation zur Formel "Jedem das Seine", hrsg. von der Forschungs- und Arbeitsstelle Erziehung nach/über Auschwitz, 1998, S. 5, online: »<http://www.fasena.de/download/dienstleistung/Jedem%20das%20Seine.pdf>« (22. 1. 2010).
9. Hermann Klenner, Jedem das Seine, in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Band 2, Leipzig 2002, S. 332.
10. Vgl. Dietmar von der Pfordten, Geschichte der Rechts- und Sozialphilosophie, 2. Vorlesung: Aristoteles (Sommersemester 2009), S. 15.
11. Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 2007.
12. T. Eitz/G. Stötzel (Anm. 2).
13. Aus der Vorankündigung der Ausstellung: Franz Ehrlich. Ein Bauhäusler in Widerstand und Konzentrationslager, 2. 8.-11. 10. 2009, Neues Museum Weimar, online: »www.buchenwald.de/index.php?p=80« (22. 1. 2010).

14. Herbert Sandberg, Erinnerst Du Dich noch? Zum 65. Geburtstag von Bruno Apitz, in: Neues Deutschland (ND) vom 28. 4. 1965, S. 9.
15. D. von der Pfordten (Anm. 10), S. 14.
16. Vgl. Justinian I., Institutionen, in: Okko Behrends u.a., Corpus Iuris Civilis, Heidelberg 1995, S. 1 f.
17. Statuten des königl. Preuss. Ordens vom schwarzen Adler. Vom 18. Januar 1701, in: Leopold von Zedlitz-Neukirch (Hrsg.), Neues preussisches Adels-Lexicon, Leipzig 1836, S. 73.
18. Immanuel Kant, Metaphysik der Sitten, in: ders., Werke in zwölf Bänden, Band 8, Frankfurt/M. 1977, S. 344.
19. Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Briefwechsel bis 1846, Berlin 1975, S. 577.
20. Karl Friedrich Wilhelm Wander (Hrsg.), Deutsches Sprichwörter-Lexikon, Band 5, Leipzig 1880, Spalte 295.
21. Nazi-Parolen, in: Stern vom 20. 8. 1998, S. 17.
22. Ursula Härtl in einem Brief vom 3. 7. 1998 an Henryk M. Broder, in: Henryk M. Broder, Jedem das Seine, Augsburg 1999, S. 174.
23. Stefan Olivier (d. i. Reinhard Stalman), Jedem das Seine, Hamburg 1961, S. 77.
24. Karl Schnog, Jedem das Seine. Satirische Gedichte, Berlin 1947, S. 54.
25. H. Sandberg (Anm. 14).
26. Vgl. 25 Oscars wurden verteilt. Hollywood ehrt seine Primusse, in: Der Spiegel vom 22. 3. 1947, S. 20.
27. Vgl. Oberhof, in: ND vom 30. 11. 1949, S. 3.
28. Vgl. hierzu zum Beispiel: Hohe Zuchthausstrafen für B-Mark-Fälscher (sic!), in: ND vom 3. 8. 1949, S. 5.
29. Wolfgang Fritz Haug, Der hilflose Antifaschismus, Frankfurt/M. 1977, S. 7.
30. Klaus Bochmann, Die Kritik an der Sprache des Nationalsozialismus. Eine kritische Bestandsaufnahme der in der DDR erschienenen Publikationen, in: Werner Bohleber/Jörg Drews (Hrsg.), "Gift, das du unbewusst eintrinkst ...". Der Nationalsozialismus und die deutsche Sprache, Bielefeld 1991, S. 86 u. 93.
31. Vgl. In der DDR lebt das Erbe der antifaschistischen Kämpfer, in: ND vom 20. 8. 1979, S. 2.
32. Vgl. Traugott Stephanowitz, Bewegende Ehrung der Opfer des Faschismus, in: ND vom 27. 6. 1981, S. 13.
33. Margarete Hannsmann, Aufzeichnungen über Buchenwald, Frankfurt/M. 1978, S. 21.
34. Trutz Hardo (d. i. Trutz Hardo Hockemeyer), Jedem das Seine. Ein Siebenfarbenroman, Neuwied 1996, S. 200.
35. Urteilsbegründung des Amtsgerichts Neuwied vom 4. 5. 1998, Aktenzeichen 2101 Js 54963/96 - 12 Ls.
36. Kurt Scheel, o. T., in: Die Zeit vom 15. 2. 2001, online: »www.zeit.de/2001/08/46559« (22. 1. 2010).
37. Salomon Korn, zit. nach: Andreas Zitzmann, Et tu, Tchibo, in: Frankfurter Rundschau vom 13. 1. 2009, online: »www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=1658833« (22. 1. 2010).
38. D. von der Pfordten (Anm. 10), S. 15.
39. H. G. Adler zit. nach: C. Schmitz-Berning (Anm. 11), S. 93.

Sprache und Sprachgebrauch in der DDR

Blaue Fliesen als sozialistische Errungenschaft der Planwirtschaft

Von Birgit Wolf-Bleiß

15.10.2010

Dr. Birgit Wolf-Bleiß promovierte an der Akademie der Wissenschaften Berlin mit einer Arbeit auf dem Gebiet der Semantik und Lexikographie. Sie arbeitet am Institut für Germanistik der Universität Potsdam. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören u.a. Lexikographie, Kognitive Linguistik sowie Sprachkultur und Sprachwandel. Im Jahr 2000 wurde ihr Buch "Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch" veröffentlicht.

Plandiskussion, Mumienexpress, Erichs Krönung: In der DDR trat neben staatlich propagierte Wortschöpfungen ein kritisch witziger Alltagswortschatz. In ihm spiegelt sich die Kluft zwischen gesellschaftlicher Realität und offizieller Sprachregelung.

1. Einleitung

Die Veränderungen, die sich in allen gesellschaftlichen Bereichen der DDR nach der politischen Wende im Herbst 1989 in einem enormen Tempo vollzogen haben, betrafen auch die Sprache. Es fand ein Sprachwandel statt, der in der Lexik (Wortschatz) besonders gut zu beobachten war. Um ihn zu erfassen oder gar zu beschreiben, braucht es aber mehr als nur die schlichte Kenntnis von Wortbedeutungen. Es bedarf vor allem eines soziokulturellen Hintergrundwissens über gesellschaftliche Mechanismen, die Sprache und Sprachgebrauch in der DDR beeinflussten. Dieses resultiert aus der Kenntnis der jeweiligen kulturellen, sozialen und historischen Situation, in der das Wort mit seiner spezifischen Bedeutung benutzt wird. Es verleiht dem Wort mithin eine spezielle soziokulturelle Prägung, die für außerhalb der Sprachgemeinschaft Stehende nicht leicht zu durchschauen ist [1], aber eine relativ verlässliche Aussage über den tatsächlichen Sprachgebrauch in der DDR ermöglicht.

2. Deutsch bleibt Deutsch oder doch ein spezifisch gewachsener DDR-Wortschatz?

Am deutlichsten sichtbar werden sprachliche Veränderungen auf dem Gebiet der Lexik – also im Wortschatz einer Sprache selbst. Untersuchungen in diesem Bereich geben eine relativ gute Auskunft über den Sprachzustand und den lexikalischen Wandel einer Sprache innerhalb eines bestimmten Zeitraums – hier von 1950 bis 1989 – unter konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen. Neue sprachliche Entwicklungstendenzen zeigten sich unter anderem im Auftreten von DDR-spezifischen Lexemen (Wörtern), die zum ersten Mal im sechsbändigen "Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache" (WdG) festgehalten wurden. Selbstverständlich beruhte 1952 die Konzeption des WdG noch auf einer Wortschatzbeschreibung für das gesamte Deutschland. Dennoch: Die Existenz zweier deutscher Staaten brachte schon bald einen unterschiedlichen Sprachgebrauch mit sich und die Wörter blieben "auf Grund der verschiedenartigen gesellschaftlich-politischen Struktur beider Staaten auf den einen oder anderen Teil beschränkt, waren also dort jeweils nicht sprachüblich" (WdG, Bd. 1, 015). Daher bekamen diese neuen Lexeme oder Redewendungen den Zusatz /DDR/ oder /BRD/ und wurden in die Kategorien *Neuwort* [2], *Neuprägung* [3] und *Neubedeutung* [4] unterteilt. An den so beschriebenen Wörtern ließ sich die unterschiedliche sprachliche Entwicklung des Wortschatzes für die ersten Jahrzehnte gut erkennen. Neuwörter wie *Dispatcher* oder *Kombi* gehörten genauso zum sprachlichen Alltag der DDR-Bürger wie die typischen DDR-Neuprägungen

volkseigen, Held der Arbeit, Kulturhaus, Plandiskussion, Wohnraumlentung und die auffallend vielen Komposita (Wortzusammensetzungen) mit *Arbeiter-* oder *Partei-*. Wörter wie *Aktivist, Werktätiger, Patenschaft, Wohnbezirk* bekamen zudem noch eine zweite neue Bedeutung. Dem gegenüber standen typische Lexeme, die in der Bundesrepublik sprachüblich waren, wie *Nylon* (Neuwort BRD) oder *ausgründen, Wirtschaftswunder, Wohlstandsbürger* und Komposita mit *Bundes-* oder *Parlaments-* (Neuprägung BRD).

So wie staatliche Stellen in der DDR die offizielle Sprache beeinflussten, so griffen sie auch unmittelbar in die Arbeit der Lexikographen ein, sodass 1970 die Konzeption des WdG geändert werden musste. Man wollte "durch fragwürdige lexikographische Mittel die These stützen, in der DDR werde – nach damals nur zwanzigjähriger politischer Sonderentwicklung – nicht mehr das gemeinsame Deutsch, sondern eine von der Bundesrepublik schon wesentlich verschiedene Sprachvariante gesprochen (und nicht nur im 'Neuen Deutschland' geschrieben)." (Schmidt 1992, 27) In der Vorbemerkung zu Band 4 des WdG hieß es deshalb: "Für den Lexikographen werden die sprachlichen Divergenzen zwischen der DDR und der BRD vor allem in der Veränderung der Bedeutungen, im Aufkommen neuer Wörter und im Zurückgehen alter Bildungen fassbar." (WdG, Bd.4, I) Die Bedeutungsdivergenzierungen ergeben "sich aus einer Veränderung der den Bedeutungen zugrundeliegenden Begriffe einschließlich deren Wertung ..." (ebenda, I).

Worin bestand nun aber das DDR-typische der sprachlichen Einheiten und gab es auch eine Differenzierung auf der grammatischen und syntaktischen Ebene? Alle dahingehenden Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass es einige Abweichungen oder Auffälligkeiten gab, aber keine andere Grammatik oder Syntax. Auffallend ist der im öffentlichen Sprachgebrauch der Medien dominante Nominalstil in Form von vielen Substantivierungen und aneinandergereihten Genitivketten. Dieser Stil ist auf russisches Vorbild zurückzuführen und steht für die Übernahme des russischen Strukturmodells in diesem Bereich der Syntax. Ein Beispiel für gängiges Zeitungsdeutsch in der DDR: "*Hannelore P. ...Elektrikerin in der Volkswerft Stralsund, Mitglied der Kreisleitung Stralsund der SED, Mitglied der Zentralen FDJ-Leitung der Werft, Bezirkstagsabgeordnete, Trägerin der Artur-Becker-Medaille in Bronze und Gold, Mitglied eines Kollektivs der DSF.*" [5]

Auch der Einfluss des Russischen auf den Wortschatz war nicht unerheblich, aber: "Direkte Entlehnungen, bei denen das Formativ und damit die fremde phonetische, grafische und morphologische Gestalt übernommen wurden, sind im Wortschatz der DDR äußerst selten zu finden." (Hartinger 2007, 27) Beispiele dafür waren *Sputnik, Natschalnik* und *Subbotnik*. Häufiger waren da schon die indirekten Entlehnungen wie Lehnübersetzungen [6] (*Fünffahrplan, Wandzeitung, Haus des Volkes*), Lehnübertragungen [7] (*Pionierleiter, Maschinen-Ausleih-Station*), Bedeutungsentlehnungen (*Aktiv, Kollektiv*) oder Hybridbildungen (*Jugendbrigade, Kollektivprämie*), die aus einheimischem und fremden Wortmaterial zusammengesetzt waren. Der Fokus richtet sich demzufolge auf den Bereich der Lexik und nicht den der Grammatik und Syntax.

3. Jugendobjekt und Mumienexpress – Darstellung des spezifischen DDR-Wortschatzes

Der DDR-Wortschatz zeichnete sich durch eine Polarisierung des Sprachgebrauchs aus. Es existierte eine – nicht immer strikte – Trennung zwischen dem offiziellen und privaten Sprachregister. "Dieses code-switching zwischen Alltagssprache und offiziellem Sprachgebrauch gilt inzwischen ebenso wie die Veränderungen im Wortschatz als typisches Merkmal der Sprachsituation in der DDR." [8]

3.1 Offiziell geprägter und propagierter Wortschatz

Neben der Alltagssprache existierte eine von Partei und Medien propagierte Sprache. Diese prägte weitgehend die offizielle und institutionelle Kommunikation und wurde insbesondere von den Vertretern der Partei- und Staatsmacht eingeführt und in allen Bereichen des öffentlichen Lebens kontrolliert. Die

sprachliche Entwicklung der sogenannten *allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit* wurde demnach bewusst gesteuert. Entgegen tritt uns dieser Sprachgebrauch überwiegend in den Leitartikeln der Zeitungen, Kommentaren der Parteiorgane, den Parteidokumenten des Politbüros der SED. Er ist wegen seiner schriftlichen Form sprachwissenschaftlich gut zu analysieren. Zu dem von offizieller Seite geprägten und propagierten Wortschatz gehörten:

1. *neue Lexeme und Wortgruppenlexeme wie Neuerer, Dienstleistungskombinat, Dispensairebetreuung, Kinderkombination (kurz Kiko), Betriebskollektivvertrag, Personenkennzahl, gesellschaftliche Gerichte, öffentlicher Tadel, Kommunale Wohnungswirtschaft*, mit denen Gegenstände oder gesellschaftliche Vorgänge bezeichnet wurden. Dabei spielte es keine Rolle, ob ein Wort/eine Wortgruppe und mithin das Denotat (Sache, Gegenstand) "auf der jeweils anderen Seite bekannt ...und gelegentlich gebraucht [wurden]" [9], da sie nur sprachtypisch für die Kommunikationsgemeinschaft DDR waren.
2. *Neubenennungen, die aus politisch-ideologischen und wertenden Gründen geprägt wurden, um bereits vorhandene Benennungen zu ersetzen*. In diese Gruppe gehörten DDR-Prägungen wie *Sekundärrohstoffe* für *Altstoffe*, *Dreiraumwohnung* für meist nur eine 2 1/2-Zimmer-Wohnung, *Feierabendheim* für *Seniorenheim*, *Bürger im höheren Lebensalter* für Rentner. Diese Lexeme hatten in Ost und West eine (fast) gleiche Bedeutung, aber die damit verbundene Nebenbedeutung (Konnotation) war eine andere. Manchmal bekamen die Wörter auch eine neue Bedeutung, wie es bei dem Lexem *Dokument* der Fall war. *Dokument* sollte das Wort *Pass* ersetzen. Ob Neubenennung oder Neubedeutung, die neu geschaffenen Lexeme sollten bei den Sprachteilnehmern eine positive Wertung auslösen. Bei dem Lexem *Dokument* und dem Syntagma *Bürger im höheren Lebensalter* ist es nach meinen Recherchen nicht gelungen, den gewünschten offiziellen Sprachgebrauch auf die Alltagssprache zu übertragen, bei den drei anderen schon. Des Weiteren gehörten in diese Gruppe DDR-Eigenprägungen, mit dem Ziel, vorhandene Westbenennungen nicht verwenden zu müssen wie zum Beispiel *Schallplattenunterhalter (kurz SPU)*, *Stadtbilderklärer* oder *Zellstofftaschentuch* sowie DDR-Prägungen mit dem Ziel einer (vermeintlichen) Verwissenschaftlichung, z. B. *Facharbeiter für Be- und Verarbeitung von Körner- und Hülsenfrüchten*, *Gliedermaßstab*. Wörter wie *Erntekapitän* oder *Schlenki* waren angeblich vom Volk erfunden, aber eigentlich von offizieller Seite geprägt.
3. *Neubedeutungen für DDR-spezifische Sachverhalte, mit denen sprachliche Benennungslücken geschlossen werden sollten*. Bei bestimmten Wörtern entwickelte sich eine DDR-spezifische Bedeutung, die neben die alte trat. Dies war zum Beispiel bei den Lexemen *Patenschaft*, *Bürgerschaft* oder *Pionier* der Fall. Die Formative existierten in beiden deutschen Kommunikationsgemeinschaften, Bedeutungen und/oder Konnotationen waren jedoch unterschiedlich. Die neue Bedeutung erschloss sich meist nur, wenn man über ein DDR-geprägtes gesellschaftliches Hintergrundwissen verfügte.
4. *DDR-spezifische Wörter, neben denen eine bundesdeutsche Synonymvariante existierte*, z. B. *Kaderleiter* vs. *Personalleiter*, *Polylux* vs. *Overheadprojektor*, *Kaufhalle* vs. *Supermarkt*, *Werkstätiger* vs. *Arbeitnehmer*, *Kosmonaut* vs. *Astronaut*, *DNS* vs. *DNA*. Die DDR-spezifische Bedeutung wurde vom DDR-Alltag bestimmt. Nach dem Mauerfall hat die bundesdeutsche Variante die DDR-typischen Synonyme zum größten Teil verdrängt.
5. *Nicht vordergründig politisch-ideologisch, aber sehr frequentierte Lexeme. Es handelte sich um Lexeme*, die in der DDR fast gebetsmühlenartig gebraucht wurden, z. B. *allseitig*, *sozialistisch*, *Planvorgaben*, *komplex*, *operativ*, *Bruderpartei*. Ebenso gehören hierhin Lexemverbindungen wie immer + Komparativ oder noch + Komparativ, mit denen von offizieller Seite ein hohes Maß an schon Erreichtem konstatiert wurde, was gleichzeitig mit dem Aufruf verbunden war, auf diesem Niveau nicht stehen zu bleiben. Dieses in den Medien und von den SED-Funktionären ständig

wiederholte sprachliche Muster, mit dem die DDR-Bevölkerung aufgefordert wurde, ihr Handeln *zum Wohle des ganzen Volkes* ständig zu erhöhen, brachte wegen der an sich schon unsinnigen und gar nicht mehr steigerungsfähigen Forderungen (*immer optimalere Planerfüllung, immer planmäßigere Steigerung der Arbeitsproduktivität, immer schnellere Erfolge auf dem Dienstleistungssektor*) nicht den gewünschten Motivationserfolg. Nach dem gleichen Muster fungierte auch das Muster *noch + Komparativ*, das ebenfalls zum aktiven Handeln im Sinne der SED auffordern sollte. Beispiele wie *noch lückenlosere Erfolge auf dem Sektor des Bauwesens* oder *durch den Einsatz neuer Schlüsseltechnologien werden wir noch besser produzieren* waren aber wenig glaubhaft und die ständige Wiederholung solcher Appelle führte eher dazu, dass die Bevölkerung sie gar nicht mehr wahrnahm.

6. *Offizielle Benennungen, die Eingang in die DDR-Alltagskommunikation fanden.* Eine Vielzahl von neuen Benennungen fand ihren Weg in die Alltagskommunikation. Diese Lexeme wurden von den Kommunikationsteilnehmern ohne inneren Widerstand und ohne negative Konnotation benutzt, denn man referierte auf DDR-relevante Sachverhalte, für die nur offiziell propagierte Benennungen existierten: *Ehekredit, Abschnittsbevollmächtigter (ABV), sozialpolitische Maßnahmen, Elternaktiv*. Nachweisen kann man das u. a. an dem 1984 erschienenen zweibändigen "Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache" (HdG). Es hatte sich die Aufgabe gestellt, den Wortschatz der letzten 30 Jahre darzustellen (etwa von 1952 bis 1984) und beschrieb "das gegenwärtige Deutsch, den heute sprachüblichen Bereich des Wortschatzes." [10] Im Hinblick auf die kommunikative Spezifik des DDR-Wortschatzes versuchte es, sich stärker als das WdG zu profilieren.

Es wies den ideologiegebundenen Wortschatz – zu dem in erster Linie Lexeme zählten, die den ideologisch-philosophischen, den gesellschaftlich-politischen oder den politisch-ökonomischen Bereich angehörten, klar aus und beschrieb ihn vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus. Dieser Wortschatz beeinflusste die Kommunikation auch in der Alltagssprache und wurde demzufolge mit seinen vielfältigen Nuancen beschrieben. Das HdG präsentierte den Wortschatz der deutschen Gegenwartssprache also aus der Sicht und daher legitimerweise mit den Wertungen einer spezifischen Kommunikationsgemeinschaft DDR, was aber nicht hieß, dass das Wörterbuch eine Art Kompendium der DDR-Lexik war. Beschrieben wurden die darstellbaren Unterschiede der in der DDR oder der BRD gebräuchlichen Lexeme, so dass sich "für den Benutzer deutlich die Zugehörigkeit des Denotats zu sozialistischen oder kapitalistischen Verhältnissen, zum Gesellschaftsgefüge der DDR oder der BRD bzw. der deutschsprachigen kapitalistischen Staaten" [11] ergab. Beispielsweise wurden deshalb die Lexeme *Entwicklungshelfer* und *Hausbesetzung* mit dem Zusatz */in der BRD/* gekennzeichnet, das Lexem *Hausbuch* dagegen bekam den Zusatz */in der DDR/*, da man es für DDR-typisch hielt. Bei vielen anderen DDR-typischen Lexemen fehlte dieser Zusatz, da sowohl Lexikographen als auch die Wörterbuchnutzer diese Lexeme als sprachüblich empfanden. Beispiele für ungekennzeichnete Lexeme sind u. a. *Brigade, Broiler, Kollektiv, Kollektivbewusstsein, Kollektiverziehung, Patenbetrieb, Pionierauftrag*. Wenn man also DDR-typische Lexeme im HdG sucht, muss man über soziokulturelles Hintergrundwissen verfügen, um auch die nicht gekennzeichneten, von der Kommunikationsgemeinschaft als akzeptiert geltenden, DDR-Wörter erfassen zu können.

3.2 Der nicht-offizielle, meist nur mündlich wiedergegebene Wortschatz

Parallel zum offiziellen Sprachgebrauch bildete sich als Gegenpart eine nicht-offizielle Sprache heraus, aus der in Folge der politischen Ereignisse ein wahrhaft oppositioneller Diskurs in vielfältigen Erscheinungsformen entstand. Die Herausbildung einer "anderen" Sprache in der DDR ist darauf zurückzuführen, dass vor allem in den letzten Jahren die Kluft zwischen der gesellschaftlichen Realität und deren Versprachlichung in der offiziellen und institutionellen Kommunikation immer größer wurde. Aus der Ablehnung dieser sprachlichen Darstellung der Realität, die von der Bevölkerung des Landes

ganz anderes erfahren wurde, und aus sich in diesem Zusammenhang herausbildenden 'sprachlichen Selbstverteidigungsmechanismen', entstand der Gegenpol zum offiziell propagierten Sprachgebrauch. Die DDR-Bevölkerung entwickelte ihren eigenen kritischen, witzig-sarkastischen Alltagswortschatz, durch den sie sich, mehr oder weniger bewusst, vom offiziellen Sprachgebrauch abgrenzen konnte. Der eigene Sprecherstandpunkt und Wertungen wurden durch die Wahl bestimmter sprachlicher Mittel ausgedrückt, die sich wie folgt beschreiben lassen:

1. Neue Lexeme bzw. neue Bedeutungen, besonders in Tabubereichen, die Benennungslücken schlossen. Dazu gehören u. a. Lexeme wie *blaue Fliesen*, *Mumienexpress*, *falten gehen* oder *Tal der Ahnungslosen*. Es gab aber auch Lexeme, die ihren Ursprung im nicht offiziellen Sprachgebrauch hatten und über die Verbreitung der Medien Eingang in die offizielle Sprache fanden, wie *Babyjahr* oder *endversorgt*.
2. Parallelbenennungen zu bestimmten (offiziell propagierten) Benennungen, z. B. *Mauer* statt *antifaschistischer Schutzwall*, *Rotlichtbestrahlung* statt *Parteiversammlung*, *umrubeln* statt *Geld umtauschen*, *rabotten* statt *arbeiten*.
3. Von der Bevölkerung geprägte Benennungen, die vorwiegend mündlich wiedergegeben wurden, z. B. die vielen Synonyme für das Ministerium für Staatssicherheit (*langer Arm*, *Firma*, *Stasi*, *Horch und Guck ...*) oder für den Trabant (*Trabbi*, *Rennpappe*, *Asphaltblase*, *Karton de Blamage*, *Leukoplastbomber ...*) oder Wörter wie *Arbeiter- und Bauernschießfächer*, *Wohnklo mit Kochnische*, *Erichs Krönung* und *Kaderwelsch*. Alle diese Wörter waren treffend, witzig und zeugten vom unerschöpflichen sprachlichen Einfallsreichtum der DDR-Bürger.

4. DDR-Wortschatz – nur noch Geschichte?

Zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit stellt sich die Frage, ob überhaupt etwas blieb von diesem speziellen Sprachgebrauch. Der DDR-Wortschatz unterliegt, genauso wie der übrige deutsche Wortschatz, einem Archaisierungsprozess, der ausgelöst wird durch die Verringerung des kommunikativen Bedarfs. Lexeme mit hoher Gebrauchsfrequenz für das Kommunikationsgebiet DDR (*Thälmannpionier*, *Nomenklaturkader*, *LPG*, *Straße der Besten*, *Delikat*, *Intershop*) werden zu Archaismen da sie nicht mehr der Gebrauchsnorm entsprechen oder ihre Denotate weggefallen sind; dies betrifft besonders den ideologisch-philosophischen, den gesellschaftlich-politischen oder den politisch-ökonomischen Bereich. Bei diesen Lexemen ist der Prozess des Veraltens besonders schnell fortgeschritten, sie gelten schon jetzt als veraltet und werden wahrscheinlich bald ganz aus dem Sprachgebrauch verschwinden. Bei Parallelbenennungen für die (fast) gleichen Denotate, wie *Kollektiv* vs. *Team*, *Plaste* vs. *Plastik*, *Dreiraumwohnung* vs. *3-Zimmer-Wohnung*, erschließt sich die vorhandene konnotative Bedeutung der genannten Lexempaare oft nur noch über ein bestimmtes soziokulturelles Hintergrundwissen, denn das umfasst erst die kommunikativen Rahmenbedingungen eines Lexems. Das Vorhandensein dieses Wissens kann einerseits "die Ausprägung von Konnotationen bedingen ..., andererseits [können] Konnotationen auf soziokulturelles Hintergrundwissen verweisen." [12]

Der übrige durch die Alltagskommunikation beeinflusste DDR-Wortschatz bleibt solange im kommunikativen Gebrauch, solange noch eine Generation vorhanden ist, die diesen DDR-spezifischen Wortschatz kennt, versteht, auch (aktiv) benutzt; man spricht hier vom veraltenden Wortschatz. Der Archaisierungsprozess geht langsam vor sich, einige Lexik überlebt und wird in den gesamtdeutschen Wortschatz aufgenommen (*Grüner Pfeil*) oder von einem Teil der Sprachteilnehmer weiterhin benutzt (*Kaufhalle*, *Plast(e)*, *Polylux*). Natürlich erkennt man einen Ostdeutschen daran, dass er in der *Kaufhalle* statt dem *Supermarkt* einkauft und dort eine *Plast(e)tüte* und keine *Plastiktüte* verlangt. Man sollte ihn oder sie deshalb nicht in die Schublade 'ehemaliger DDR-Bürger' einordnen. Diskriminierung erfolgt

auch manchmal über das Wort. Aber: " ... Hinter dem Wort steht das 'Ich', der Mensch. Erst wenn der Mensch geht, geht auch das Wort – oder anders gewendet: Greift man die Worte an, dann bleibt das nur scheinbar oberflächlich, es verletzt!" [13]

In einer demokratischen Gesellschaft sollte das nicht vorkommen, denn eine Sprache lebt durch ihre Sprecher, die reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist und die sich nichts vorschreiben oder von irgendjemandem zwangsweise verordnen lassen. Solche Indoktrinationen waren schon immer zum Scheitern verurteilt, wie man an der Herausbildung einer nicht offiziellen Sprache in der DDR gut zeigen kann. Man kannte zwar die offiziellen Verlautbarungen, konnte aber zwischen offiziell und nichtoffiziell switchen. Das nicht offizielle Wort für einen vom DDR-System hundertprozentig überzeugten Bürger war rote Socke, der Interzonenzug hieß Mumienexpress und seinen Ehrendienst ableisten hieß schlicht bei der Fahne sein. Welche sprachliche Kreativität steckt hinter der Prägung des Wortes *Bück-* oder *Bück-dich-Ware* und wem war es kein *innerer Parteitag*, wenn man Partei- und Staatsführung wieder mal, wenn auch nur mit sprachlichen Mitteln, ausgetrickst hatte. Mögen ehemalige DDR-Bürger etwas von ihrer sprachlichen Kreativität in die neue Realität einbringen und nicht nur einfach *rübergemacht* sein.

Sekundärliteratur

Fix, Ulla (1996): Rituelle Kommunikation im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR und ihre Begleitumstände: Möglichkeiten und Grenzen der selbstbestimmten und mitbestimmten Kommunikation in der DDR. In: Lerchner, Gotthard (Hrsg.): Sprachgebrauch im Wandel. Anmerkungen zur Kommunikationskultur in der DDR vor und nach der Wende.2., durchgesehene Aufl., Frankfurt am Main u. a., S. 3-99.

Fix, Ulla/Barth, Dagmar (2000): Sprachbiographien. Sprache und Sprachgebrauch vor und nach der Wende von 1989 im Erinnern und Erleben von Zeitzeugen aus der DDR. Inhalte und Analysen narrativ-diskursiver Interviews. Frankfurt am Main.

Fleischer, Wolfgang (1988): Wortschatz der deutschen Sprache der DDR: Fragen seines Aufbaus und seiner Verwendungsweise. Leipzig.

Hartinger, Anne-Katrin (2007): "... geschlossen im Klassenverband". DDR-typische Lexik in der Nachwende-Literatur. In: Kühn, Ingrid (Hrsg.): Wittenberger Beiträge zur deutschen Sprache und Kultur. Bd. 5. Frankfurt/Main.

Hartung, Diana (1995): Zur semantiktheoretischen Beschreibung soziokulturellen Hintergrundwissens. In: Pohl, Inge/Ehrhardt, Horst (Hrsg.): Wort und Wortschatz. Beiträge zur Lexikologie. Tübingen, S. 77-85.

Hellmann, Manfred (1980): Deutsche Sprache in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. In: Althaus, Hans-Peter/Henne, Helmut/Wiegand, Herbert Ernst (Hrsg.): Lexikon der Germanistischen Linguistik. Bearb. u. erw. Aufl. Tübingen, S. 519-527.

Schmidt, Hartmut (1992): Sprachhistorische Forschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Ein Rückblick. In: Roloff, Hans-Gerd (Hrsg.): Jahrbuch für Internationale Germanistik 14/2. Bern/Berlin/Frankfurt a.M., S. 8-31.

Solms, Hans-Joachim (2001): Martin Luther und die deutsche Sprache. In: Kühn, Ingrid (Hrsg.): Ost-West-Sprachgebrauch – zehn Jahre nach der Wende. Opladen, S. 35–49).

Wörterbücher

HdG (1984): Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. Hrsg. von einem Autorenkollektiv

unter d. Leit. von Günter Kempcke. 2 Bdn., Berlin.

Schröder, Marianne/Fix, Ulla (1997): Allgemeinwortschatz der DDR-Bürger – nach Sachgruppen geordnet und linguistisch kommentiert. Heidelberg.

WdG (1961-1977): Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. Hrsg. von R. Klappenbach und W. Steinitz. 6 Bde., Berlin 1978.

Wolf, Birgit (2000): Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch. Berlin

Fußnoten

1. vgl. Hartung 1995, 78
2. Laut Definition des WdG sind das "Wörter, die in den letzten Jahrzehnten, besonders seit 1945 in der deutschen Sprache neu aufgekommen sind." (Vorwort, S. 014)
3. Das WdG markiert mit dem Kennwort 'Neuprägung' die "Wörter und Redewendungen, die ...aus schon bestehenden Wörtern neu geschaffen" wurden. (ebenda, S. 014)
4. Mit Neubedeutung werden schon existierende Wörter bezeichnet, die eine neue, zusätzliche Bedeutung angenommen haben. (vgl. ebenda, S. 014)
5. zitiert aus: Ostseezeitung, 20.4.1976, Nr. 94, Seite 3.
6. Lehnübersetzung, d. h. Wort-für-Wort-Übersetzung, in diesem Fall aus dem Russischen.
7. Lehnübertragung, d. h. eine freie Bildung des Sprachmaterials nach dem fremden Vorbild.
8. Hartinger 2007, 21
9. Hellmann 1980, 523
10. WdG 1984, Vorwort
11. WdG 1984, XIV
12. Hartung 1995, 78
13. Solms 2001, 36f.

Glossar DDR-Sprache

Blaue Fliesen als sozialistische Errungenschaft der Planwirtschaft

Von Birgit Wolf-Bleiß

15.10.2010

Glossar zum Text "Blaue Fliesen als sozialistische Errungenschaft der Planwirtschaft".

ABV

Kurzform für Abschnittsbevollmächtigter / Angehöriger der Volkspolizei, der für ein bestimmtes Gebiet (Wohngebiet, Gemeinde) zuständig war und dort für Ordnung und Sicherheit zu sorgen hatte.

Aktivist

Kurzbezeichnung für einen staatlichen Ehrentitel, der an Werktätige (Arbeitnehmer) verliehen wurde, die über einen längeren Zeitraum sehr gute Arbeit geleistet hatten und politisch nicht als negativ eingeschätzt wurden.

Allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit

Vor allem im Sinne der Ideologie der SED propagiertes Idealbild von einem Menschen, der sein Ziel darin sah, sein hohes allgemeines, fachliches Wissen, seine politischen Überzeugungen sowie seine Erfahrungen bewusst in die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft einzubringen.

Arbeiter- und Bauernschließfach

Spöttisch gebraucht für eine der DDR-weit typengleich gestalteten Wohnungen in den Plattenbausiedlungen.

Babyjahr

Umgangssprachliche Bezeichnung für das Jahr bis zum ersten Geburtstag des Kindes, in dem sich die Mutter zu seiner Betreuung von der Arbeit freistellen lassen konnte und zwanzig Wochen lang das volle Gehalt (Wochenurlaub) und anschließend Mütterunterstützung bekam. Nach Ablauf des Babyjahres konnte die Frau - dies war ihr gesetzlich garantiert - ihre frühere Arbeit wieder aufnehmen.

Betriebskollektivvertrag(kurz: BKV) *Neubedeutung DDR*

Jährlich abzuschließender Vertrag zwischen der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Betriebsleitung eines volkseigenen Betriebes, dessen Inhalt im Arbeitsrecht ausführlich geregelt war. Über den Betriebskollektivvertrag musste eine Mitglieder- oder Vertrauensleutevollversammlung abstimmen.

blaue Fliesen

Vom Volk geprägte Bezeichnung für einen 100-DM-Schein.

Brigade/nach russ. Vorbild/ *Neubedeutung DDR*

Arbeitsgruppe in einem sozialistischen Betrieb, deren Mitglieder mit gleichen bzw. zusammengehörenden Arbeitsaufgaben betraut waren.

Broiler

Junges, industriemäßig gemästetes, fettarmes Hähnchen, das vorzugsweise gegrillt verzehrt wurde und das in der Bundesrepublik als (Brat)hähnchen bezeichnet wird.

Bruderpartei *Neuprägung DDR*

In der Propagandasprache die Bezeichnung für eine mit der SED befreundete und auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus basierende kommunistische oder Arbeiterpartei.

Bückware auch **bück-dich-Ware**

Mangelware, die nur für besondere Kunden oder gegen (O-Ton:) 'eine kleine Aufmerksamkeit, einen kleinen Aufpreis' von dem Verkäufer unter dem Ladentisch hervorgeholt wurde.

Bürgschaft

Seit 1964 im DDR-Strafgesetzbuch verankerte Möglichkeit, für einen gerichtlich verurteilten Kollegen entweder als Einzelperson oder als Arbeitsgruppe gegenüber dem Gericht die Verpflichtung zu übernehmen, sich für die Zeit der Bewährung besonders um ihn zu kümmern, um die Chancen für eine Resozialisierung zu verbessern und Rückfällen vorzubeugen.

Dienstleistungskombinat *Neuprägung DDR*

Für die Versorgung v. a. mit hauswirtschaftlichen Dienstleistungen zuständiges Unternehmen, bestehend aus mehreren kleinen Betrieben, Werkstätten und einem Netz von Annahmestellen.

Dispatcher *Neuwort DDR*

Verantwortlicher für die Kontrolle und optimale Steuerung von Arbeitsabläufen in der Wirtschaft und im Verkehrswesen.

Dispensairebetreuung *Neuprägung DDR*

Ärztliche Betreuung und Behandlung von Patienten mit der gleichen chronischen Erkrankung (Diabetes, Rheuma) oder mit gleichen gesundheitlichen Risikofaktoren (Schwangere) in speziellen Einrichtungen.

Ehekredit

Ursprünglich nicht offizielle, später auch offizielle Bezeichnung für einen seit 1972 einem jungen Paar nach der Eheschließung gewährten zinslosen Kredit in Höhe von 5.000, später 7.000 Mark, dessen Rückzahlung je nach der Zahl der in der Ehe geborenen Kinder teilweise oder ganz erlassen wurde.

Elternaktiv

Von den Eltern der Schüler einer Klasse oder der Kinder einer Vorschuleinrichtung für jeweils ein Schuljahr gewählte Vertretung von Eltern, die sich für die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule einsetzte.

endversorgt

Nach den Vorschriften der Wohnungsbehörde über soviel Wohnräume verfügend, dass kein Anspruch auf eine größere oder bessere Wohnung bestand, es sei denn, die Familie vergrößerte sich. Eine vierköpfige Familie mit 2 1/2 Zimmern galt als endversorgt.

Erichs Krönung

Spöttische, in Anlehnung an "Jacobs Krönung" vom Volk geprägte Bezeichnung für eine Kaffeesorte, die offiziell "Kaffee-Mix" hieß, weil in Ermangelung von Devisen Kaffee mit Gerste gestreckt wurde.

Erntekapitän

Von den Medien überhöhend gebrauchtes Wort für den Fahrer eines Mähreschers während der Ernte, die jedes Jahr zum erstrangigen propagandistischen Ereignis hochstilisiert wurde. In der Alltagssprache wurde das Wort höchstens spöttisch gebraucht, um sich über die Sprache der Medien lustig zu machen.

Facharbeiter

Offizielle Bezeichnung für verschiedene Facharbeiterberufe, besonders für solche, die aufgewertet werden sollten bzw. die früher gar keine Lehrberufe waren. Bei der Benennung der Berufe war man sehr erfinderisch und brachte es teilweise zu sprachlichen Meisterleistungen. Facharbeiter für die Be- und Verarbeitung von Körnern und Hülsenfrüchten (Müller); Facharbeiter für Fleischerzeugnisse (Fleischer); Facharbeiter für warenbewegende Prozesse (Transportarbeiter).

falten gehen/Zettel falten gehen

Vom Volk geprägte Bezeichnung für wählen gehen.

gesellschaftliche Gerichte

Sammelbezeichnung für die Gerichte, die ausschließlich mit gewählten, ehrenamtlich tätigen Laien besetzt waren, als Konflikt- oder Schiedskommission bezeichnet wurden und in Arbeitsrechtsstreitigkeiten sowie in geringfügigen Fällen des Zivil- und Strafrechts entscheiden durften.

Gliedermaßstab

Zollstock

Hausbuch

In jedem Haus mit mehreren Haushalten gemäß Meldeordnung von einem Hausbuchbeauftragten auf Weisung der Polizei geführtes Heft, in das die persönlichen Daten aller Bewohner (z. B. Geburtsdatum, Familienstand, Beruf) eingetragen wurden. Außerdem wurden auch die Daten aller übernachtenden ausländischen Gäste sowie inländischer Besucher, die sich mehr als drei Tage im Haus aufhielten, registriert.

Held der Arbeit

Neuprägung DDR / nach russ. Vorbild

Als hohe staatliche Auszeichnung seit 1950 verliehener Orden und Ehrentitel (O-Ton:) 'für besondere Verdienste um den Sozialismus sowie das Wachsen und Ansehen der DDR'.

Jugendobjekt

Neuprägung DDR

Zeitlich begrenzte Arbeitsaufgabe, deren Realisierung den Jugendlichen in eigene Verantwortung übertragen wurde. Das Engagement der Jugend sollte damit gezielt für betriebliche Aufgaben, besonders aber auch für die Realisierung volkswirtschaftlich bedeutender nationaler und internationaler Großvorhaben genutzt werden.

Kaderwelsch

Vom Volk geprägte und von Kaderwelsch abgeleitete Bezeichnung für den überall zu hörenden, aber in der Privatsphäre möglichst von allen vermiedenen Funktionärsjargon.

Kinderkombination(offizielle Kurzform: KiKo)

Meist dreistöckiger Flachbau mit zwei separaten Eingängen, in dem sowohl Kindergarten als auch Kinderkrippe mit ihren Versorgungseinrichtungen (Küche) untergebracht waren und zu dem auch Spielplätze gehörten.

Kombine[...'bain] nach russ. Vorbild / Neuwort DDR

Landwirtschaftliche Maschine, die gleichzeitig verschiedene Arbeitsgänge ausführen konnte. Ursprünglich die Bezeichnung für Mähdrescher, später auch für Vollerntemaschinen für Kartoffeln oder Rüben.

Kulturhaus*Neuprägung DDR*

Für kulturelle Veranstaltungen und zur Freizeitbeschäftigung den DDR-Bürgern offenstehendes Gebäude, das meist mit einer Theaterbühne, einem Filmvorführraum, einer Bibliothek und Sportstätten ausgestattet und von staatlichen Stellen, Großbetrieben oder der Gewerkschaft finanziert wurde.

KWV

Kurzform für: Kommunale Wohnungsverwaltung. Institution mit der Aufgabe, das staatliche Wohneigentum zu verwalten.

Mumienexpress

Umgangssprachlich gebrauchte Bezeichnung für einen zwischen der DDR und der Bundesrepublik verkehrenden D-Zug, der fast ausschließlich mit DDR-Bürgern im westreisefähigen Alter, das heißt im Rentenalter, besetzt war.

Natschalnikaus dem Russ.

Spöttisch gebraucht für einen Vorgesetzten

Neuerer*Neubedeutung DDR*

Mitarbeiter eines sozialistischen Betriebes, der an der Entwicklung einer neuen, fortschrittlichen betrieblichen Lösung im Rahmen eines Vertrages außerhalb seiner Arbeitszeit beteiligt war.

Nomenklaturkader

Führender Mitarbeiter in Partei, Staat oder Wirtschaft

öffentlicher Tadel

Strafe, die bei geringfügigen Vergehen von einem Gericht als Ausdruck der Missbilligung ausgesprochen und anstelle einer Geld- oder Gefängnisstrafe verhängt wurde, wenn der Täter bisher noch nicht straffällig geworden war und Besserung versprach.

Parteitag auch **Parteitag der SED**

1. Offiziell für die im Abstand von vier bis fünf Jahren tagende oberste beschlussfassende Konferenz der SED, die die politische Grundlinie bestimmte und das Zentralkomitee wählte. 2. Gebräuchlich in der vom Volk geprägten Verbindung 'das ist mir ein innerer Parteitag' für die v. a. von Nichtparteimitgliedern empfundene Freude, wenn es ihnen gelungen war, eine Parteileitung oder ein Staatsorgan zu übertölpeln. Später auch für andere alltägliche Freuden verwendet.

Patenbrigade

Arbeitsgruppe in einem Betrieb, die gegenüber einer Schulklasse, einem Kinderheim, einer Kinderkrippe oder einem Kindergarten eine Patenschaft übernommen hatte.

Patenschaft *Neubedeutung DDR*

Zwischen einem Betrieb und einer Bildungseinrichtung vertraglich zugesicherte gegenseitige Hilfe und Mitverantwortung für die Unterstützung auf fachlichem, kulturellem und politisch-ideologischem Gebiet.

Personenkennzahl(kurz: PKZ)

Im Personalausweis der DDR-Bürger stehende systematisch aufgebaute computerlesbare Zahlenfolge für die einheitliche Speicherung von Angaben zur Person

Pionier nach russ. Vorbil

Kurzform für Junger Pionier oder Thälmannpionier/ Bezeichnung für ein Mitglied der Pionierorganisation "Ernst Thälmann".

Pionierauftrag

Aufgaben, die entweder der gesamten Pionierorganisation, Einheiten der Pionierorganisation, Gruppen oder einzelnen Pionieren gestellt wurden und die sie meist im Verlauf eines Schuljahres erfüllen sollten.

Plandiskussion *Neuprägung DDR*

Jährliche propagandistische Aktion in Betrieben und staatlichen Verwaltungen, bei der alle Mitarbeiter aufgefordert worden, über die Planvorschläge zu diskutieren.

rübermachen Verb mit sein gebildet

Umgangssprachlich für die DDR illegal in Richtung Bundesrepublik verlassen, in Richtung Westen abhauen: sie sind gestern rübergemacht

Schallplattenunterhalter

Von der DDR-Jugend kaum gebrauchte offizielle Bezeichnung für einen Diskjockey. S.: Diskomoderator, Diskosprecher

Schlenki

Regionale, vorwiegend berlinische Bezeichnung für Gelenkbus.

sozialpolitische Maßnahmen

Per Gesetz für bestimmte Bevölkerungsgruppen festgelegte staatliche Leistungen, um die Möglichkeit für alle zu schaffen, Familie und Berufsleben zu vereinbaren. Dazu gehörten z. B. großzügige Regelungen für Mütter und junge Familien, wie verkürzte Arbeitszeiten oder verbessertes Krankengeld bei Erkrankung des Kindes. Auch Rentenerhöhungen oder Erweiterung der Urlaubsregelungen für alle Arbeitnehmer wurden propagandistisch massiv als soziale Vergünstigungen dargestellt. Das unzureichende Wachstum der Produktivität machte die Finanzierung der sozialpolitischen Maßnahmen zunehmend schwierig und zu einer Ursache der schleichenden Inflation.

Sputnik 1. *Neuwort DDR*

1. Von der Sowjetunion gebauter künstlicher Erdsatellit 2. Bezeichnung für den Westberlin umrundenden Zug zwischen Berlin und Potsdam, dessen Strecke nach dem Mauerbau 1961 in kürzester Zeit gebaut wurde, um die unterbrochene S-Bahn-Verbindung zu ersetzen. Bereits vor dem 13. August 1961 mussten alle Funktionäre und Staatsangestellten diesen Zug benutzen, um nicht auf dem Arbeitsweg die für sie verbotene Stadt Westberlin zu durchqueren. S.: Bonzenschleuder

Stadtbilderklärer

Offiziell für Stadtführer. Mit der Neuprägung wurde versucht, das Wort "Führer" aus der offiziellen Sprache zu tilgen.

Straße der Besten

Meist am Betriebstor oder entlang der Hauptstraße im Betrieb auf Aufstellern angebrachte, mit lobenden Texten versehene großformatige Fotos von Betriebsangehörigen, deren hervorragende Arbeitsleistungen oder besonders wertvolle Neuerervorschläge auf diese Weise geehrt werden sollten.

Subbotnik *Neuwort DDR / nach russ. Vorbild*

Vom russischen Wort Subbota (Sonnabend) abgeleitetes Wort für einen unbezahlten, freiwillig geleisteten Arbeitseinsatz. Die Nichtteilnahme galt als unkollegiale und negative Einstellung zum sozialistischen Staat.

Tal der Ahnungslosen

Vom Volk geprägte Bezeichnung für Gegenden, in denen kein Westfernsehen zu empfangen war.

Thälmannpionier

Bezeichnung für ein Mitglied der Pionierorganisation "Ernst Thälmann".

volkseigen *Neuprägung DDR*

Im staatlichen Eigentum stehend und zum Bereich der Wirtschaft gehörend.

Werkstätiger

Im offiziellen Sprachgebrauch Bezeichnung für einen Arbeiter, Angestellten oder Genossenschaftsbauern, der seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit verdiente; auch die allgemein übliche Bezeichnung für einen Berufstätigen.

WohnbezirkNeubedeutung DDR

Aus mindestens zwei Wahlbezirken mit insgesamt ca. 1.000 bis 3.000 wahlberechtigten Bürgern bestehende politisch-organisatorische Einheit in größeren Städten.

Wohnklo mit Kochnische

Spöttisch gebraucht für eine unsanierte Altbauwohnung.

WohnraumlentkungNeuprägung DDR

Staatliche Erfassung des gesamten (auch in Privatbesitz befindlichen) Wohnraums und seine Verteilung an Wohnungssuchende aufgrund gesetzlicher Bestimmungen.

Zellstofftaschentuch

Tempotaschentuch

Revolution der Sprache?

Die Sprache der 68er

Von Joachim Scharloth

3.3.2008

Joachim Scharloth studierte Germanistik, Politikwissenschaft und Philosophie. Seit 2002 ist er Wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter am Deutschen Seminar der Universität Zürich. Dort arbeitet er an einer Habilitation zu den Kommunikationsformen der Studentenbewegung der 1960er Jahre.

"Unordentliche" Kleidung, lange Haare und offene Verstöße gegen Benimmformen: Die 68er-Bewegung war eine Rebellion gegen die herrschende Ordnung. Auch in der Sprache und Kommunikationsritualen sorgten die 68er für reichlich Unordnung.

Ein Eklat

Zornesbleich und durch den Bühneneingang verließ am 26. November 1966 Hans-Joachim Lieber, Rektor der Freien Universität Berlin, den Hörsaal A im Henry-Ford-Bau. Rund 600 Studierende blieben mit vielen offenen Fragen zurück und verließen ebenfalls, wenn auch zögerlich, den Hörsaal. Der Rektor hatte den Studierenden zugesagt, mit ihnen über die Themen Studienreform, Studienzeitbegrenzung und Zwangsexmatrikulation zu diskutieren. Doch es war anders gekommen. Die Diskussion verlief schleppend, der Rektor erging sich in unverbindlichen Gemeinplätzen und der Unmut der anwesenden Studierenden wuchs, bis eine Gruppe politisch aktiver Studenten um Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Eike Hemmer überraschend das Podium stürmte, dem Rektor das Mikrofon entriß und ein Flugblatt verlas, in dem harsche Kritik an den Zuständen an der Freien Universität geübt wurde:

"Wir müssen uns herumschlagen mit schlechten Arbeitsbedingungen, mit miserablen Vorlesungen, stumpfsinnigen Seminaren und absurden Prüfungsbestimmungen. Wenn wir uns weigern, uns von professoralen Fachidioten zu Fachidioten ausbilden zu lassen, bezahlen wir mit dem Risiko, das Studium ohne Abschluß beenden zu müssen. Nach fünf Monaten Kollaboration ruft uns der AStA zu diesem Gespräch mit dem Rektor, bei dem der Mensch Lieber verständnisvoll in das Publikum horcht, während der Funktionär Lieber beschämt in der Ecke wartet. VON DIESEM GESPRÄCH HABEN WIR NICHTS ZU ERWARTEN."

Die Berliner Presse glaubte, mit der Störaktion habe die Kulturrevolution an der FU Einzug gehalten. Der Abend schrieb, die "Rote Garde" des Berliner Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) habe das Podium in einer bewusst anarchistischen Aktion gestürmt und die Veranstaltung gesprengt.

Kommunikationsrituale in Unordnung

Jede Revolution zielt nicht nur auf politische Veränderungen, sondern greift tief in die Rituale des Alltags ein und verändert die alltäglichen Verkehrsformen. Sie wendet sich nicht nur gegen eine herrschende Klasse selbst, sondern auch gegen deren symbolische Praktiken. Auch die 68er-Bewegung wollte eine radikale Veränderung der bundesrepublikanischen Verhältnisse erreichen und sympathisierte mit der von Mao und seinen Roten Garden initiierten Kulturrevolution in China. Statt aber gewaltsam gegen einzelne Machthaber und Institutionen vorzugehen attackierten die Aktivisten jene Rituale, in denen ihrer Meinung nach gesellschaftliche Machtverhältnisse gespiegelt und zugleich reproduziert wurden. Dazu gehörten:

- Vorlesungen und Seminare, in denen Wissen ex cathedra verkündet und nicht diskursiv verhandelt wurde.
- Immatrikulationsfeiern, in denen Studenten kein Rederecht hatten.
- Parlamentssitzungen, in denen über, aber nicht mit den Aktivisten debattiert wurde.
- Vermeintlich voreingenommene Untersuchungsausschüsse, die nur der Verurteilung der Protestierenden, nicht aber der Auslotung der gesellschaftlichen Ursachen des Protests dienten.
- Gottesdienste, in denen zwar Frieden gepredigt wurde, die Gräueltaten des Vietnamkrieges aber unerwähnt blieben.
- Gerichtsverhandlungen, in denen von Angeklagten bei Strafe die totale Unterordnung in die in Gerichten geltenden Verhaltensnormen verlangt wurden.

In den meisten dieser Rituale spielte das Sprechen eine zentrale Rolle und wurde zum zentralen Gegenstand der Kritik. In Vorlesungen begannen die Studenten Fragen zu stellen und forderten Aussprache zu hochschul- und allgemeinpolitischen Themen.

In Parlamentssitzungen brachen Protestierende mit der Forderung ein "Wir wollen diskutieren". In Untersuchungsausschüssen fing die Aktivisten an, Gegenfragen an die Ausschussmitglieder zu richten, oder stellten aus Protest gegen die Fragemethoden so lange Rechtsbelehrungsfragen, dass ihre Einvernahme zu einer Farce wurde. In Gottesdiensten stiegen sie auf die Kanzel, um mit der versammelten Gemeinde über den Vietnamkrieg zu diskutieren. Und in Gerichtsverhandlungen schließlich setzten sich die Angeklagten mit dem Rücken zum Gericht, begannen mitten in der Verhandlung Gespräche mit dem Publikum zu führen oder spielten selbst Richter oder Staatsanwalt. Es waren demnach besonders asymmetrische Formen der Kommunikation, also solche Kommunikationsrituale, in denen die freie Rede und Gegenrede durch Tradition oder Macht eingeschränkt waren, die in den Jahren der 68er-Bewegung zum Gegenstand der Kritik wurden.

Was die 68er-Bewegung von ihren Vorläuferbewegungen unterscheidet, ist die Tatsache, dass diese Kritik nicht nur theoretisch formuliert und artikuliert, sondern vor allem effektiv in Szene gesetzt wurde. Der Protest wurde dort ausagiert, wo die Ursache des Protests direkt spürbar war. Eine Diskussion in einer Vorlesung zu beginnen, war freilich nicht nur Kritik an asymmetrischen Kommunikationsstrukturen in einer machtgesättigten Institution, sondern zugleich der Versuch, ein Kommunikationsritual im Hier und Jetzt zu verändern und nach den eigenen Vorstellungen umzugestalten.

So waren die Jahre um 1968 weniger eine Revolution der Sprache als eine Revolte im Medium der Sprache und eine Neuverhandlung der Formen ihres Gebrauchs. Protest innerhalb von traditionellen Kommunikationsritualen verletzte Kommunikationsregeln und stiftete Unordnung. Allerdings war diese Unordnung häufig nicht Ergebnis eines chaotischen Aktionismus und anarchistischer Spontaneität, sondern war – wie die eingangs geschilderte Szene zeigt – von langer Hand geplant und sorgfältig inszeniert.

Teach-in, Studentisches Seminar und Kommunegespräch

Jede Revolution richtet sich zwar gegen die symbolischen Formen der herrschenden Ordnung, sie bringt aber auch eigene Formen hervor. Und so entwickelten sich auch 1968 Formen der Kommunikation, die Ideale und Werte der Revolte symbolisieren sollten und durch welche die Akteure sich von der Mehrheitsgesellschaft versuchten abzugrenzen.

Symbolisch in besonderer Weise aufgeladen war die Diskussion. Der dem besseren Argument verpflichtete freie Austausch von Meinungen galt als besonders demokratische Praxis. Mit ihr verbunden war die Hoffnung auf Erkenntnisgewinn, auf Selbstaufklärung und auf Überzeugung des politischen Gegners. Sinnfälligen Ausdruck fand das Diskussionsfieber im Teach-in. Das Teach-in war eine Form der politischen Massendiskussion, die ohne Beschränkung des Rederechts auskommen wollte und in der nicht der Diskussionsleiter, sondern alle Teilnehmer demokratisch über Inhalte und Verfahrensfragen entscheiden sollten. Das führte allerdings dazu, dass Teach-ins manchmal ganze Tage dauern konnten.

"Diskussion" und "diskutieren" waren positiv besetzte Schlagwörter, die zur Bezeichnung auch solcher Formen des Gesprächs verwendet wurden, die früher andere Namen trugen. Häufig freilich war der Austausch von Meinungen um 1968 weit entfernt vom Ideal herrschaftsfreier Diskussion. Insbesondere Diskussionen mit politischen Gegnern hatten oft den Charakter von Tribunalen und endeten mit Niederbrüllen und Beleidigungen. Innerhalb der 68er-Bewegung bemühte man sich – angeleitet durch Erkenntnisse aus Werbung und Publizistik – mittels ausgefeilten Argumentationshilfen und Schulungen um eine Professionalisierung der politischen Agitationsarbeit. Doch auch die Gegenseite gab ihren Vertretern Standardformeln für den Meinungsstreit an die Hand: Der CDU-nahe Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) publizierte einen Ratgeber mit dem Titel "Wie diskutiere ich mit einem Linksideologen".

Als Gegenentwurf zu den autoritär empfundenen Vorlesungen und gegen den Seminarstil so mancher Professoren wurden in den Universitäten studentische Seminare etabliert. In ihrem Rahmen sollten Studenten in kleinen Gruppen zu gesellschaftlich relevanten Themen eigenständig Projekte durchführen. In Plenarsitzungen sollten die Ergebnisse der Gruppenarbeiten vorgestellt und ihre Relevanz für eine künftige politische Praxis kritisch diskutiert werden. Allzu häufig verstrickten sich aber die Teilnehmer der Arbeitsgruppen in aufreibende Detaildiskussionen und auch in den Plenarsitzungen konnte wegen der großen Selbstständigkeit in der Themenwahl nur mit Mühe thematische Kohärenz hergestellt werden. Nur selten gelang es den studentischen Seminaren ihren Anspruch einzulösen, selbstbestimmte wissenschaftliche Arbeit mit politischer Praxis zu verbinden.

Parallel dazu entwickelten sich in Kommunen hochritualisierte Gesprächsformen, die symbolisch gegen das Beschweigen und die Tabuisierung bestimmter Themen in bürgerlichen Familienzusammenhängen gerichtet waren. Kommunegespräche wurden meist durch ein Schwellenritual eingeleitet. Dieses konnte zum Beispiel in einer längeren Schweigepause oder im gemeinsamen Konsum eines Joints bestehen. Kommunegespräche fanden meist regelmäßig und zu festgelegten Zeiten statt und verliefen nach festen Sequenzmustern: je nach Kommune hatten sie den Charakter eines Reihengesprächs oder auch eines auf eine Person fokussierten Therapiegesprächs. Thematisch blieben die Kommunegespräche auf die gruppenspezifischen Prozesse innerhalb der Kommune, auf die Psyche ihrer Mitglieder und auf Politisches beschränkt. Dagmar Seehuber bezeichnete die Gespräche in der Kommune I rückblickend als "Psychomarathons" oder "Psychoterrrorsitzungen", während etwa Dieter Kunzelmann sie als solidarische Hilfestellungen zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit erinnerte.

Das Kommunegespräch war ungleich erfolgreicher als etwa das studentische Seminar bei der Vergemeinschaftung der Aktivisten. Entscheidend hierfür war der Beteiligungszwang, der für die Kommunegespräche galt. Und zwar in doppelter Hinsicht: Kommunegespräche waren die einzige kommuneinterne Aktivität, bei der die Teilnahme aller Mitglieder erwartet wurde. Zum anderen wurde

erwartet, dass alle Kommunarden sich auch tabulos am Gespräch beteiligten. So hatte die Kommune 2 einen einzigen Grundsatz, nämlich "über alle auftauchenden Probleme gemeinsam zu sprechen." So problematisch diese Totalisierung für den Einzelnen gewesen sein mag – ehemalige Kommunarden berichten von psychischen Zusammenbrüchen – so wichtig war sie für die Formierung eines von der Mehrheitsgesellschaft abgekoppelten Milieus, in dem sich alternative Ausdrucksformen entwickelten.

Der Kommunikationsstil im hedonistischen Selbstverwirklichungsmilieu

In den Kommunen wurde die kommunikative Unordnung in den Alltag integriert. Für ihre Mitglieder lag in der radikalen Veränderung von Lebenspraxen, in der Revolutionierung des Alltags und der "Revolutionierung des bürgerlichen Individuums" (so der programmatische Titel der Dokumentation der Kommune 2 zu ihrem Wohnexperiment) das eigentliche Ziel der Revolte. Und so entwickelte sich in den Kommunen ein alternativer Lebensstil, der sich in seiner Kultivierung von Unordnung deutlich vom Lebensstil der Mehrheitsgesellschaft, aber auch häufig von den Formen der studentischen Aktivisten unterschied.

Diese Unordnung zeigte sich zum einen in der Inszenierung des Körpers. Auch Männer trugen die Haare lang und der in den 1960er Jahren gesellschaftlich geächtete Vollbart wurde zu einem wichtigen Erkennungszeichen für unangepasste Lebensformen. In ihrer Kleidung kombinierten Kommunarden – inspiriert durch die Hippie-Mode – Selbstgemachtes und Altes aus dem elterlichen Kleiderschrank oder dem Second-Hand-Laden wild durcheinander zu einer bunten Collage aus allen erdenklichen Farben und Stilen. Mit der legeren Kleidung wurden auch die Körperhaltungen informeller: Man saß demonstrativ entspannt und legte Füße auf Tische, Sitzflächen und Polster. Das Sitzen auf dem Boden wurde zum Symbol des Lebens in den Kommunen, in denen auf dem Boden liegende Matratzen zum zentralen Möbelstück gerieten. Auch das Verhältnis zum Körper der anderen kam in Unordnung: körperliche Nähe, auch gegenüber kaum bekannten Menschen, wurde zu einem Merkmal des Kommunemilieus: die persönliche Schutzzone wurde gegenüber Berührungen durchlässiger und ermöglichte neue Beziehungsmuster und neue Formen der Sexualität.

Mit diesem Lebensstil korrespondierte ein Kommunikationsstil, der durch Informalität, Emotionalität, Subjektivität und Vagheit geprägt war. In den erhaltenen Gesprächsprotokollen aus Kommunen finden sich beispielsweise – anders als in Gesprächsprotokollen aus den universitären Milieus – für die gesprochene Sprache typische Verkürzungen durch Laut- oder Silbenweglassungen: "was" statt "etwas", "ne" statt "eine" oder "weiße" statt "weißt du". Diese sprechsprachlichen Phänomene finden sich auch in den Protokollen wieder, was ein Beleg dafür ist, dass sie absichtlich zur Stilisierung von Informalität eingesetzt wurden.

Der Kommunikationsstil der intellektuellen Avantgarden

Ganz anders klangen dagegen die Gespräche in den studentisch geprägten politischen Verbänden und den politischen Clubs. Schon äußerlich unterschieden sich die Aktivisten deutlich von ihren Mitstreitern aus den Kommunen. Auch sie verweigerten sich zwar einer aufstiegsorientierten bürgerlichen Kleidung und verzichteten meist auf Kostüm oder Anzug. Doch betrieben sie keine ostentative Stilisierung ihres Äußeren, sondern machten die Sprache zum zentralen Medium ihrer sozialsymbolischen Unterscheidung.

In langen Sätzen, die mit Fachvokabular aus Soziologie, Psychologie und Marxismus gespickt waren, verhandelten sie politische Themen. Eines ihrer Sprachrohre war Rudi Dutschke, zentrale Figur und intellektueller Vordenker des SDS, dessen Sprachstil paradigmatisch für den Kommunikationsstil der intellektuellen Avantgarden steht. Während einer Podiumsdiskussion in der Evangelischen Akademie Bad Boll im Februar 1968 sagte er etwa: "Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hat doch gerade ihre Stärke darin, dass jede Gruppe diskutieren darf. Das ist eine Stärke, die wir in der Tat nicht beseitigen wollen, denn sie ist unsere Basis unserer Arbeit und die Basis unserer Diskussion, aber aus diesem Pluralismus der Meinungen, der ergänzt wird eigentlich durch einen Pluralismus der

Oligomonopole in der materialistischen Basis der Gesellschaft, aus dieser Gesamtheit von Pluralismen kommt nicht notwendigerweise die Veränderung, sondern ist im Grunde die Harmonie, die Harmonie der Repression gewährleistet."

Mag hier noch das theoretisch geschulte Publikum die Wortwahl und syntaktische Komplexität der Äußerung rechtfertigen, so zeigt das folgende Zitat aus einer Rede vor Schülern in Baden-Baden, dass die Sprache vor allem zur Symbolisierung einer Protestidentität eingesetzt wurde und weniger auf Verständigung mit möglichen Adressaten zielte: "Der Faschismus steckt in unserer Struktur, die Struktur ist kapitalistisch, und die haben wir zu stürzen, um die wirklichen Grundlagen des deutschen Faschismus zu beseitigen und eine demokratische Gesellschaft in Deutschland endlich einzuführen, die nicht identisch ist mit dem, was heute in der DDR ist, sondern eine neue Struktur, geschaffen von Menschen, die nicht mehr bereit sind, sich manipulierenden Eliten auszuliefern, sondern ihre Interessen in die eigene Hand nehmen, über ihr eigenes Schicksal bestimmen und nicht mehr zulassen, dass sie zu Objekten der Herrschaft von CDU, NPD, SPD und anderen restaurativen Cliquen wird." Dieser Stil repräsentierte im Verbund mit häufigen Zitaten aus marxistischen Klassikern, nicht nur nach außen, sondern auch nach innen einen elitären Führungsanspruch. Dieser leitet sich her aus intellektueller Überlegenheit über politische Gegner und einem Vorsprung an wissenschaftlich begründeten Erkenntnissen – meist aus den Theorien des Marxismus.

Dass diese Sprache nicht allen verständlich war, führte schon 1968 dazu, dass zahlreiche Fremd- und Schlagwörter der außerparlamentarischen Opposition wie "Aktion", "Anarchie / Anarchismus", "autoritär / Autorität", "Establishment / etabliert", "Faschismus / faschistisch/ faschistoid", "Go-in / Love-in / Sit-in / Teach-in", "Hearing", "Kapitalismus / Spätkapitalismus", "Manipulation / manipulativ" oder "Repression / repressive Toleranz" in einem "Sprachführer durch die Revolution" und einem "Revolutions-Lexikon" der Öffentlichkeit erklärt wurden.

Dennoch muss an dieser Stelle betont werden, dass die These, wonach die 68er-Bewegung schon ihrer unverständlichen Sprache wegen die Massen nicht erreichte, zu undifferenziert ist. Untersuchungen von SDS Flugblättern an die Bevölkerung zeigen, dass SDS-Aktivisten durchaus ihre Sprache den Adressaten anpassten und ihren ironisch oft als "Soziologenchinesisch" bezeichneten Kommunikationsstil nur in verbandsinternen Debatten verwendeten.

1968 und die sprachgeschichtlichen Folgen

Der Kommunikationsstil der Avantgarden blieb allerdings eine Episode in der Sprachgeschichte des Deutschen. Er lebte fort in den zahlreichen linken Kaderorganisationen, die sich nach dem Abebben der breiten Mobilisierung nach 1968 formierten. Dagegen erwiesen sich Kommunen und ihre säkularisierte Variante, die Wohngemeinschaft, als das erfolgreichere Modell der Vergemeinschaftung. Sie entwickelten sich zum organisatorischen Rückgrat politischer Aktivitäten im sich in den 1970er Jahren formierenden Alternativmilieu, aus dem heraus sich die Neuen Sozialen Bewegungen rekrutierten. Zugleich erwies sich ihr Kommunikationsstil als anschlussfähiger für weitere Kreise der Gesellschaft als der sperrige und elitäre Jargon der intellektuellen Linken.

Allerdings dauerte es bis in die 1980er Jahre, bis der Kommunikationsstil des Alternativmilieus einen Einfluss auf den Sprachgebrauch der Mehrheitsgesellschaft entfaltete. Der Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 war ein wichtiges Zeichen für die Re-Integration des Protestmilieus in die etablierte politische Ordnung der Bundesrepublik. Parallel dazu avancierte das Alternativmilieu zu einem hegemonialen Milieu, dessen symbolische Formen und Sprachgebrauchsweisen einen wichtigen Einfluss auf andere soziale Milieus entfalteten.

So zeigen sich seit den 1980er Jahren klare Tendenzen zur Informalisierung des öffentlichen Sprachgebrauchs. In Zeitungen etwa finden sich vermehrt umgangssprachliche Wendungen – zuerst freilich in der TAZ, einem publizistischen Ableger des Alternativmilieus. Aber auch im Anstandsdiskurs, in Benimmbüchern und Ratgebern für gutes Benehmen, ist eine Abkehr von formellen Formen des

sprachlichen Umgangs zu beobachten: Sprachliche Formen der Ehrerbietung etwa werden aufgegeben und stattdessen sprachliche Inszenierungen von Nähe und Vertrautheit empfohlen. Statt wie in den 1960er Jahren mit "Hochachtungsvoll", schließt man Briefe standardmäßig "mit freundlichen Grüßen", häufig auch "mit lieben Grüßen". Die Emotionalität, mit der man um 1968 hoffte, einen neuen, zärtlicheren Menschen zu schaffen, kam allmählich in der Mehrheitsgesellschaft an. Freilich nicht als authentisches Gefühl, das es auch schon in der 68er-Bewegung nur selten gewesen war, sondern als Inszenierung von Emotionalität und Nähe.

Die Geschichte der 68er-Bewegung aus der Perspektive der Sprache und ihres Gebrauchs ist demnach keine Geschichte einer Zäsur, einer Stunde Null oder einer Zeitenwende. Vielmehr ist sie die Geschichte der Entstehung eines neuen kommunikativen Stils, der im Zuge seines Eindringens in die Mehrheitsgesellschaft eine Umwertung erfuhr. Intendiert als Ausdruck authentischer Gefühle und solidarischer Nähe, wurde er zu einem Kommunikationsstil der inszenierten Nähe, zur Verkümpelung zum Ausdruck eines doing buddy umgewertet, der noch heute den Sprachgebrauch prägt.

Lizenziert unter der Creative Commons-Lizenz

by-nc-nd/2.0/de (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>).

Deutsch ins Grundgesetz?

30.3.2010

Sprache selbst ist nicht nur politisch, sie kann auch zum Gegenstand der politischen Diskussion werden. So taucht immer wieder die Frage auf, ob das Deutsche als Staatssprache im Grundgesetz verankert werden soll. Lesen Sie hier ein Pro und Contra zu dieser Debatte.

Staatsziel Deutsch

Von Holger Klatte

15.10.2010

Holger Klatte ist Germanist. Studium und Promotion an der Universität Bamberg. Seit 2008 Geschäftsführer des VDS und Redakteur der VDS-Zeitung Sprachnachrichten.

Der Zusatz "Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch" im Grundgesetz betone die herausragende Stellung des Deutschen als grundsätzliches Verständigungsmittel in unserer Gesellschaft, meint Holger Klatte vom Verein Deutsche Sprache.

In regelmäßigen Abständen fordern Politiker in Deutschland, dass die deutsche Sprache im Grundgesetz verankert werden soll. Handelt es sich hierbei nur um eine wirkungslose, aber aufwändige Ergänzung, welche im Wahlkampf konservative Wähler überzeugen soll? Oder lassen sich daraus tatsächlich politische Entscheidungen ableiten, welche das Ansehen der deutschen Sprache steigern?

Ansehensverlust

Am Landgericht Köln tagte im Mai 2010 erstmals eine sogenannte "internationale Kammer". Eine belgische Aktiengesellschaft hatte ein Bonner Unternehmen wegen Vertragsbruchs verklagt. [1] Die Parteien verhandelten auf Englisch. Der Richter sprach englisch, die Zeugen wurden auf Englisch befragt, das Urteil und alle Prozessakten lagen in englischer Sprache vor.

Diese internationale Kammer gehört zu einem Versuch, Gerichtsverhandlungen in Deutschland ohne Dolmetscher vollständig in englischer Sprache abzuwickeln. Die Justizminister der Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg hatten diesen Vorschlag in den Bundesrat eingebracht. Begründung: Weltweit tätige Unternehmen verhandeln lieber auf Englisch. Einträgliche Wirtschaftsprozesse könnten auf diese Weise an Gerichte in Deutschland gelockt werden. Deswegen sei das Deutsche als Sprache vor Gericht nicht mehr zeitgemäß.

An der Zulassung des Englischen würden also besonders Rechtsanwalts-Kanzleien verdienen, die für die Prozessparteien tätig sind. Das Vorhaben hat nur einen Nachteil: Dem Gerichtssaal bleiben all jene fern, die in Wirtschaftsenglisch nicht mithalten können. Eine Grundregel des Gerichtsverfassungsgesetzes aus dem Jahr 1879 würde abgeschafft, denn dort ist festgelegt, dass die Sprache bei Gericht grundsätzlich das Deutsche ist, um die Öffentlichkeit an juristischen Entscheidungen teilhaben zu lassen.

Aber wen würde es wundern, wenn die Weltsprache Englisch das Deutsche auch an den Gerichten nach und nach ablöste? Denn seit einigen Jahrzehnten ist zu beobachten, dass sich die deutsche Sprache aus immer mehr Wortschatzbereichen zurückzieht: Wissenschaftler an den Universitäten forschen und lehren zunehmend auf Englisch. Unternehmen, z.B. die Siemens AG, bestimmen selbst an Standorten in Deutschland das Englische als Arbeitssprache. Die Sprache der Werbung ist hochgradig durch das Englische beeinflusst. Texter, Wissenschaftler und Manager sind offensichtlich der Ansicht, dass sich Englisch zum Verkaufen, als Blickfänger auf Plakaten und für das Vermitteln von Wissen besser eignet. Sprachwissenschaftler bezeichnen das als Domänenverlust des Deutschen.

Sprachregelungen

Diese Neigung hin zum Englischen verunsichert die Mitglieder der deutschen Sprachgemeinschaft. Deswegen rufen viele nach einem besseren gesetzlichen Schutz für die deutsche Sprache. Der Paragraph 23 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, welcher bereits jetzt das Deutsche als Amtssprache festlegt, zeigt demnach nicht genügend Wirkung. Manche wünschen sich, dass ein solches Gesetz Geschäften vorschreibt, ihre Schaufenster und Werbeplakate auf Deutsch zu beschriften. Aber wäre dies ein Ende von *Summer-Sale*, *Coffee-to-go* und *X-mas shopping*? Wohl kaum. Der Sprachgebrauch einzelner, auch der von Händlern und Werbefachleuten, ist auf diese Weise nicht regelbar. Eine Sprache lässt sich durch gesetzlichen Schutz nicht generell vor dem Einfluss des Englischen abschirmen. Gefragt sind politische Regelungen, die das Ansehen der deutschen Sprache als Ganzes erhöhen.

Das Grundgesetz enthält neben den Grundrechten und der politischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland auch Regelungen über nationalstaatliche Merkmale, welche für die Bevölkerung eine besondere Bedeutung haben. So erklärt Artikel 20 des Grundgesetzes Berlin zur deutschen Hauptstadt und macht die Farben Schwarz-Rot-Gold zu Nationalfarben. Die deutsche Sprache fehlt an dieser Stelle und damit auch die Feststellung, dass diese Sprache für unsere Nation, für unser Zusammenleben und für das politische Handeln eine herausgehobene Bedeutung hat. Teilweise geht die rechtswissenschaftliche Literatur zwar davon aus, dass die deutsche Sprache bereits Verfassungsrang hat, weil die Sprache des Grundgesetzes selbst Deutsch ist. Aber eine namentliche Nennung des Deutschen würde eine besondere Wertschätzung gegenüber dem Kulturwert Sprache ausdrücken. Nicht nur die Funktion des Deutschen als das wichtigste Verständigungsmittel würde anerkannt, sondern auch seine besonderen Aufgaben in dieser Gemeinschaft – nämlich als Gerüst für bestimmte kulturelle Ausdrucksformen und als ein Grundmerkmal zur Identifikation.

In der Europäischen Union haben 17 der 27 EU-Staaten ihre Sprachen als Ausdruck ihrer Kultur in den jeweiligen Verfassungen festschreiben lassen. Der Artikel 8 der österreichischen Bundesverfassung lautet:

"Die deutsche Sprache ist, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten bundesgesetzlich eingeräumten Rechte, die Staatssprache der Republik."

Auch die Schweiz legt ihre Sprachregelungen in Artikel 70 der Bundesverfassung fest:

"Die Amtssprachen des Bundes sind Deutsch, Französisch und Italienisch."

In Frankreich ist seit 1631 ganz offiziell die Gelehrtenengesellschaft Académie Française für die Pflege und Weiterentwicklung des Französischen zuständig. Zwei Sprachgesetze regeln die Aufgaben des Staates in Bezug auf die französische Sprache. [2] Der erste Satz in Art. 2 der Verfassung lautet: "Die Sprache der Republik ist Französisch."

Aus diesen Regelungen ergibt sich ein umfangreiches Betätigungsfeld für die Sprachkritik und die Sprachpflege. Seit 1972 erarbeiten Terminologiekommissionen den französischen Wortschatz für verschiedenen Themenbereiche. In offiziellen Textsorten: Gebrauchsanweisungen, Garantiekunden, Rechnungen, Stellenanzeigen und Arbeitsverträgen, auf Schildern und Wegweisern sowie in allen sprachlichen Äußerungen des französischen Staates und der ihm angegliederten Einrichtungen müssen die französischen Ersatzwörter verwendet werden. So sagen die Franzosen für PC *ordinateur* oder *logiciel* für Software. Auch englischen Werbesprüchen müssen französische Übersetzungen beigegeben sein.

Die Franzosen leisten somit einen Beitrag zur Vereinheitlichung der Fachterminologie, zum Beispiel im Bereich des Internet, und in der Folge auch des gemeinsprachlichen Fachwortschatzes. Die französische Sprachgemeinschaft macht zudem deutlich, das Fragen zur Stellung und zur Entwicklung der Landessprache in der Politik und der Gesellschaft einen besonderen Stellenwert genießen.

Deutsch ins Grundgesetz?

Ein entsprechender Zusatz im Grundgesetz wäre noch lange kein Sprachgesetz, wie es die Franzosen haben. Zunächst einmal würde die Sprachgemeinschaft ein Zeichen dafür setzen, dass ihr das Ansehen der deutschen Sprache wichtig ist.

Der Zusatz "Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch" drückt aus, dass die deutsche Sprache in diesem Land eine herausgehobene Stellung genießt. Diese Anerkennung kommt vor allem auch jenen Gesellschaftsgruppen zugute, die einen besonderen Bezug zur deutschen Sprache haben, zum Beispiel Schriftsteller, Journalisten und Lehrer. Und sie würde von eben diesen Gruppen einfordern, ein Stück weit Verantwortung für die Weiterentwicklung des Kulturguts Sprache zu übernehmen.

Die direkten rechtlichen Folgen wären überschaubar. Eine Grundlage dafür, um Händler und Unternehmen wegen englischer Werbesprüche oder Schaufensterauslagen zu verklagen, bietet eine Festlegung des Deutschen im Grundgesetz nicht. Eine solche Klagewelle wäre somit nicht zu befürchten.

Der Verfassungszusatz ermöglicht aber durchaus praktische Anwendungen. So bekäme die deutsche Sprache mehr Gewicht bei allen politischen Entscheidungen, die sprachliche Angelegenheiten betreffen. Bei einer Reform der Lehrpläne an Schulen erhielte der Anteil des Deutschunterrichts größeres Gewicht. Auch in der Zuwanderungspolitik würde deutlich gemacht, dass die deutsche Sprache, welche als Staatsziel in der Verfassung steht, eine Grundvoraussetzung dafür ist, in Deutschland zu leben und zu arbeiten. Somit bekämen die Kommunen bessere Argumente dafür, Geld für Sprachkurse einzufordern.

Keineswegs richtet sich die Festschreibung des Deutschen gegen andere Sprachen. Die Minderheitensprachen in Deutschland (z.B. Sorbisch, Dänisch) aber auch die Muttersprachen von Zuwanderern (z.B. Türkisch) sind dadurch nicht betroffen. Es würde aber deutlich gemacht, dass Deutsch das grundsätzliche Verständigungsmittel ist und in unserer Gesellschaft einen besonderen Rang einnimmt.

VDS-Forderung und politische Entwicklung

Der gemeinnützige Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS) war die erste Organisation, welche sich für eine entsprechende Grundgesetzänderung aussprach. Der VDS hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Unterstützer für dieses Vorhaben, auch in der Politik, geworben. Die Mitglieder des Vereins sammelten Tausende Unterschriften und gaben Pressemitteilungen dazu heraus[3] 2008 schien die VDS-Forderung in greifbare Nähe zu rücken. Der saarländische CDU-Ortsverein Völklingen brachte einen gleichlautenden Antrag auf dem CDU-Bundesparteitag Anfang Dezember 2008 in Stuttgart ein. Dort beschloss die CDU, die Partei solle sich dafür einsetzen, dass das Grundgesetz in Artikel 22 um den vom VDS geforderten Zusatz ergänzt werde. Der Beschluss kam gegen den Willen der Parteispitze zustande, die den Antrag lieber an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weitergereicht hätte. Er löste eine breite Debatte quer durch alle Parteien aus. [4] In Online-Umfragen großer Zeitungen sprachen sich zum Teil mehr als 70 Prozent der Teilnehmer für die Aufnahme der deutschen Sprache ins Grundgesetz aus.[5] In einer repräsentativen Untersuchung der Technischen Universität Dresden im Februar 2009 wünschen sich 85 Prozent der Deutschen, dass ein Artikel aufgenommen wird, der Deutsch als Sprache der Bundesrepublik definiert. [6] Begründet wurde der Antrag des CDU-Ortsvereins damit, dass die deutsche Sprache in Deutschland nur in verschiedenen nachgeordneten Gesetzen, nicht aber im Grundgesetz als Landessprache festgelegt sei. Im Wortlaut:

"Es entspricht der Bedeutung der deutschen Sprache, dass sie neben den nationalen Symbolen Bundesflagge und Hauptstadt in Artikel 22 des Grundgesetzes Verfassungsrang erhält. Unsere Sprache ist Voraussetzung unserer kulturellen Identität und geistige Lebensgrundlage, um Kultur und Werte der Gesellschaft zu verstehen und weiterzuentwickeln, auch in Verantwortung für künftige

Generationen. Durch die Erhebung der deutschen Sprache in den Verfassungsrang machen wir deutlich, welche Bedeutung und Wertschätzung wir unserer Sprache einräumen.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine unverzichtbare und durch nichts zu ersetzende Voraussetzung einer gelungenen Integration. Gerade Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit Migrationshintergrund können deshalb eine solche Verfassungsergänzung als Ansporn begreifen, die deutsche Sprache als Schlüssel für eine erfolgreiche Integration zu verstehen. Des Weiteren würde man der berechtigten Forderung nachhaltig Gewicht verleihen, dass in der Europäischen Union Deutsch als Arbeitssprache endlich gleichberechtigt neben Englisch und Französisch Verwendung findet.[7]

Die CDU stellt seit der Bundestagswahl 2009 zusammen mit der FDP die Regierung. Bei den Koalitionsverhandlungen diskutierten beide Lager über den Unterpunkt im CDU-Parteiprogramm. Die FDP war sogar bereit, der Forderung zuzustimmen unter der Voraussetzung, die Sprache unter dem Stichwort der Kulturförderung als Staatsziel in der Verfassung zu verankern. Im Koalitionsvertrag taucht diese Formulierung allerdings nicht mehr auf.

Im Verlauf des Jahres 2010 machten einige Politiker darauf aufmerksam, dass über die Grundgesetzergänzung zugunsten der deutschen Sprache weiterhin verhandelt werden könnte. Auch gegen die Zulassung des Englischen als allgemeine Verhandlungssprache vor internationalen Strafkammern in Deutschland wurde auf diese Weise argumentiert. Ein Verfassungsbekanntnis würde einem weiteren Domänenverlust des Deutschen sicherlich entgegenwirken.

[1] Schödel, Ulrike, "Justiz spricht jetzt auch Englisch", in: Kölner Stadtanzeiger vom 11.5.2010.

[2] Wortlaut des CDU-Antrages.

[3] Braselmann, Petra, Sprachpolitik und Sprachbewusstsein in Frankreich heute. Tübingen 1999, 7.f.

[4] Vgl. Pressemitteilung des VDS: "CDU folgt dem VDS" vom 2.12.2008.

[5] Vgl. Sonstige Beschlüsse des 22. Parteitages der CDU Deutschlands 02.12.2008, S. 2.

[6] BILD AM SONNTAG vom 3.12.2008: 73 Prozent; Welt-online: 76 Prozent.

[7] Vgl. 60 Jahre Grundgesetz. Deutsch im Spannungsfeld von Europäisierung und Regionalisierung. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. 2009.

Von Schimären und andere Aberglauben

Von Rolf C. Peter

15.10.2010

Studium der Politikwissenschaften und Kommunikationswissenschaften in München. Arbeitet als freier Redakteur und Projektmanager im Bereich Sprache und Sprachenpolitik unter anderem für das Goethe-Institut, den Deutschen Sprachrat und Weitere.

Sprachen verfallen nicht, sie verändern sich lediglich - meint der Sprachenexperte Rolf C. Peter. Die Angst vor dem Niedergang der deutschen Sprache ist unbegründet - und damit auch ihre Verankerung im Grundgesetz.

Ja. Ich halte nichts davon, die deutsche Sprache im Grundgesetz zu verankern. Vielmehr stellt sich doch die Frage, was uns Deutsche alle jahrelang aufs Neue glauben lässt, unsere Sprache sei irgendwie gefährdet. Was ist es eigentlich, das bewirkt, dass mit jedem neuen Fremdwort der Untergang unserer Sprache prophezeit wird, anstatt auf die Kraft und Wandelbarkeit unserer Muttersprache zu vertrauen?

Woher rühren die Ängste?

Wie in allen Kultursprachen gibt es auch im Deutschen eine große Zahl von Wörtern aus anderen Sprachen. Es sind aber deutlich weniger als in vielen anderen Sprachen. Deutsch liegt, was den Anteil von Fremdwörtern in Bezug zum Grundwortschatz anbelangt, im Mittelfeld. Und diese Fremdwörter sind zu einem großen Teil keine fremden, sondern seit langem bekannte und gebräuchliche Wörter, die ihren festen Platz in der Sprachgemeinschaft haben. Bei vielen Fremdwörtern hat sich die Aussprache deutschen Gewohnheiten angeglichen, oder sie sind aufgrund ihrer Schreibung, ihrer grammatikalischen Integration in ihrer Wortgestalt nicht mehr als solche zu erkennen. Forelle, Radio, Auto, Möbel, Balkon, Hobby oder Tante werden längst nicht mehr als Fremdworte wahrgenommen.

Die Grenzen zwischen fremdem und integriertem Wort sind also fließend. Nur etwa 6 Prozent unseres Grundwortschatzes sind Fremdwörter, und wenn wir deren Verwendungshäufigkeit betrachten, also deren tatsächlichen Anteil an gesprochener oder geschriebener Sprache, so sinkt dieser Anteil auf lediglich 4 Prozent. Und die historische Betrachtung lehrt uns, dass es selten mehr oder weniger waren. Allen griechischen, lateinischen, französischen, englischen und aktuell angloamerikanischen Einflüssen zum Trotz: stets etwa 4 Prozent. Die Aufnahme und der aus dem Sprachgebrauch fallende Anteil an Fremdwörtern halten sich damit seit Jahrhunderten die Waage.

Die Aufgaben des abstrakten Denkens und der Begriffsdifferenzierung können längst nicht mehr mit dem Gemeinwortschatz allein bewältigt werden. Wissenschaftler und andere Fachleute haben seit Jahrhunderten an ihren Terminologien gearbeitet und dabei fremde Sprachen zu Hilfe genommen. Deutsch hat dafür Tausende neuer Wortstämme gewonnen, die sie zu einer leistungsfähigen, ausdifferenzierten modernen Kultursprache gemacht haben. Manch einer mag der Meinung sein, die neuen Wörter könnten doch ebenso gut (oder für die Verständlichkeit noch besser) aus dem Stoff des bestehenden deutschen Wortschatzes gebildet werden. Nach diesem Prinzip würde aber alles Neue immer nur vom alten Bestand abgeleitet, jede innovative Weiterentwicklung wäre unterbunden.

Dabei entscheiden stets die Sprecher einer jeden Sprache, welches Wort sie für ihre Kommunikationsabsichten für die am besten geeignete Wahl halten - und diese Wahl basiert in der Regel auf seiner Leistung, nicht seiner Herkunft. Denn mitunter bringen Fremdwörter ein komplexes

Phänomen viel besser auf einen kurzen Begriff. Der Begriff der Fairness etwa wäre hier zu nennen, für mich der Inbegriff eines Fremdwortes, das mit facettenreichen Assoziationen verknüpft ist, die kein entsprechendes deutsches Wort aufweist.

Die seit spätestens dem 17. Jahrhundert einsetzenden, sich wiederholenden allgemeinen Niedergangsszenarien und Fremdwortkritiken betrachten die "Überfremdung der deutschen Sprache" also aus einer Perspektive, die wenig aussagt über das Objekt, aber viel über die Befindlichkeit derer, die diese vorbringen. Hier wird auf einen bestimmten sprachlichen Zustand insistiert, um ihn gegenüber aller Veränderung zu bewahren. Kurioserweise gibt es dabei eine interessante Konstante: Die Zustände, die den Späteren als rein und glücklich erscheinen, kamen den Zeitgenossen meist bereits als rettungslos verkommen vor.

Schon die Breite und die Sicherheit der sprachlichen Leistung im alltäglichen Gebrauch sollten uns davor bewahren, die Idee des Sprachverfalls ernst zu nehmen. Lassen Sie mich den Sprachwissenschaftler Prof. Dr. Peter Eisenberg zitieren: "Die deutsche Sprache war noch nie so gut in Form wie heute. Gar keine Frage! Das Deutsche hatte noch nie einen so großen Wortschatz. Und wir haben heute im Bereich der Syntax wahnsinnig feine Differenzierungsmöglichkeiten – viel größere etwa als zur Zeit der Klassik. Außerdem hat es noch nie so vielfältige Verwendungsmöglichkeiten des Deutschen gegeben. Wir haben eine ausgebaute Wissenschaftssprache, eine ausgebaute Literatursprache, eine ausgebaute Mediensprache. Sie können hingucken, wohin Sie wollen: An unserer Sprache liegt es nicht, wenn wir nicht gut sprechen. Sie gibt uns alle Möglichkeiten – und die waren noch nie so vielfältig wie heute."

Um es deutlich zu sagen: Sprachen verfallen nicht, sie verändern sich. Veränderungen, Abweichungen, Ergänzungen spiegeln den ständigen Anpassungsprozess wider, der gewährleistet, dass Sprachen die ihnen zgedachten Kommunikationsleistungen für ihre Sprecher erfüllen. Sprachwandel sichert die Expressivität einer jeden Sprache. Dies gilt unabhängig davon, wie und warum sich Sprachen verändern. Vielmehr geht es um Fragen der Einschätzung und Bewertung sprachlicher Veränderungen. Also wieso Veränderungen stets als Anzeichen drohenden Verfalls gelesen werden. Unglücklich, ja falsch ist das damit verbundene Bild einer bedrängten, hilflosen Sprache, und noch viel fragwürdiger erscheint die sich darin widerspiegelnde Annahme einer reinen, unverfälschten, richtigen Sprache. Welch nostalgische Illusion! Sprache ist eine immer wieder neu zu erschaffende Errungenschaft, deren idealer Zustand Fiktion ist.

Deutsch im Grundgesetz

Das zentrale Argument für die Aufnahme von Deutsch in das Grundgesetz lautet: Durch die Erhebung der deutschen Sprache in den Verfassungsrang machen wir deutlich, welche Bedeutung und Wertschätzung wir unserer Sprache einräumen.

Aber: Welches Deutsch eigentlich? Denn spätestens mit dem Begriff des Deutschen im Sinne einer "Sprachkultur" wird das Thema der Norm virulent. Das Dilemma einer solchen Norm besteht nun darin, dass der Maßstab für die Normierung einer lebendigen Kultursprache letztlich nichts anderes sein kann als der allgemeine Sprachgebrauch (wie es auch der DUDEN wohlweislich zu Markte trägt). Und wer vermag als letzte Instanz zu fungieren? Der Grammatiker für die Sprachrichtigkeit? Aber ist das dann auch noch gutes Deutsch? Und wie wollen wir es mit Veränderungen, Weiterentwicklungen halten? Es handelt sich ja um eine Untersuchung am lebenden Objekt: Das Richtige ist das Bestehende? Das Alte das Bessere? Sprachkultur als konservatives Konzept? Sprachkritik wird schnell zum Vehikel einer Kulturkritik.

Fremd- wie Lehnwörter sind auch Ausdruck dessen, dass unsere Kultur neben allem Nationalem stets auch internationale Komponenten in sich trägt. Bereits die Lektüre der Geistesproduktionen der deutschen Sprache offenbart die ganze Bandbreite der humanistischen Tradition des Abendlandes, wie auch Thomas Steinfeld in seinem Buch "Der Sprachverführer" wunderbar ausführt. Bei der

nächsten Patriotismus- oder Leitkulturdebatte sei daher mit Umsicht argumentiert.

Belassen wir unser Grundgesetz als das was es ist: Die – in Erfahrungen begründete – Sicherung der Grundrechte. Selbstverständlichkeiten gehören nicht ins Grundgesetz. Die beabsichtigte Signalwirkung mag sich nämlich durchaus ins Gegenteil verkehren: Dass mit unserer Sprache etwas nicht in Ordnung sei, wir sie für gefährdet halten. Welch fatales Bild, das der Vermittlung unserer Sprache im In- und Ausland ohnegleichen abträglich wäre.

Im Übrigen ist Deutsch bereits Amtssprache in der Bundesrepublik Deutschland. Das wird in einigen Gesetzen geregelt. In § 23 des Bundesverwaltungsverfahrensgesetzes ist die deutsche Sprache in Parlament und Gerichten längst verpflichtend. Obwohl eine ausdrückliche Nennung im Grundgesetz fehlt, steht die rechtswissenschaftliche Literatur überwiegend auf dem Standpunkt, dass die deutsche Sprache bereits jetzt Verfassungsrang habe.

Das französische Beispiel – und nicht zuletzt die Orthographiereform – lehren uns, dass man Kultur, dass man Sprache, schon allein ihrem Wesen nach, nicht administrieren kann. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe lässt sich nicht durch Appellation an den Gesetzgeber lösen.

Eine Norm, die die deutsche Sprache dezidiert in den Verfassungsrang hebt, was soll sie bewirken? Man muss auch fragen, ob der geforderte Aktionismus sich solchermaßen nicht im symbolischen Akt erschöpft, und wenig Einfluss auf das gesellschaftliche Verhalten hat, ja, schlimmer noch: dass die Politik sich damit aus dem Engagement zur Förderung der deutsche Sprache zurückziehen könnte.

Spätestens mit Aufnahme von Deutsch in das Grundgesetz muss zudem die berechtigte Frage nach den Sprachenrechten von Minderheiten, angestammten wie auch zugewanderten Minderheiten, gestellt werden. Die deutsche Sprache gehört niemandem, vor allem ist sie nicht allein unsere Sprache, denken wir an Österreich und die Schweiz. Dies mag für uns Deutsche besonders schwer zu ertragen sein, stand wie kaum woanders, in Deutschland allein und zuerst die Sprache für die Nation.

Das renommierte Institut für Deutsche Sprache in Mannheim hat zusammen mit dem Deutschen Sprachrat 2008 eine bundesweite Repräsentativumfrage zu Spracheinstellungen in Deutschland durchgeführt. Dabei gaben 58 Prozent der Befragten an, ein Gesetz zum Schutze der deutschen Sprache nicht für notwendig zu erachten. Der Petitionsausschuss schloss sich im Mai 2009 dieser Haltung an: "Eine Ergänzung des Grundgesetzes um den Passus Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch bzw. die Schaffung sonstiger Vorschriften zum Schutze der deutschen Sprache werden ... nicht für erforderlich gehalten." Der Bundestag folgte der Empfehlung des Petitionsausschusses.

Unbestreitbarer Unsinn

Es stimmt jedoch, dass mit der aktuellen Übernahme englischen Wortguts (wobei 80 Prozent der sogenannten Anglizismen wiederum ursprünglich dem Griechischen, Lateinischen oder Romanischen entspringen) sicher auch der eine oder andere, zumeist modische Unsinn in unsere Umwelt Eingang gefunden hat. Die Verwendung englischer Wörter dient manchem Zeitgenossen als Ausweis einer modernen Lebenseinstellung. Es kommt dabei stets darauf an, ob bestimmte Termini in einem Kontext verwendet werden, der ihre Bedeutung auf den sprachüblichen Sinn hin bestimmt, ob sie gegenüber Gesprächspartnern oder einem Publikum verwendet werden, die aufgrund ihrer sprachsoziologischen Voraussetzungen diese Bedeutungsbestimmung nachvollziehen können. Wo das nicht der Fall ist, wo mit undefinierten Wörtern aus gruppengebundenen Wortschatzbereichen eitler, leichtsinniger oder böswilliger Missbrauch getrieben wird, wo sich ein Sprecher solcher Wörter nur bedient, um Anderen mit modischen Wortklängen zu imponieren, stellt dies möglicherweise mehr den Sprecher bloß, als dass es die Sprache selbst gefährden könnte. Aber dies gilt nicht nur für Fremdwörter, sondern für alle Sprachformen. Adressatenangepasstes Sprechen ist eben auch kommunikative Fairness. Natürlich gibt es aus dem vermeintlichen oder tatsächlichen Englischen Sprachungetüme, denen vermutlich

durch geflissentliches Übersehen ein schnellerer Tod bereitet wird als durch den hochgereckten Zeigefinger. Wenn sich das Reisebüro (übrigens auch dieses ein eingewandertes Wort) neuerdings mobility center nennt, dann ist dies in der Tat kritisch zu hinterfragen.

Gewusste und bewusste Gestaltung von Verwendungs- und Veränderungsprozessen kann, wie in anderen Bereichen auch, langfristig nur durch Schulung und der Sprecher gelingen. Dies im Sinne vom Sensibilisierung und Verantwortungsbewusstsein für das kostbare Gut, mit dem sie hantieren. Hier sind aber keine Gesetze gefragt, sondern vor allem qualifizierte Lehrer, Sprachunterricht für Muttersprachler und Migranten sowie Leseförderung. Man rettet eine Sprache nicht, indem man ihren vermeintlichen Untergang beklagt, sondern indem man die Mühe auf sich nimmt, die Menschen von ihr zu begeistern.

Wir alle lieben unsere Sprache

Die verschiedenen Sprachen sind verschiedene Zugänge, die Welt zu entdecken. Jede Sprache stößt dabei an ihre Grenzen. Aber mit der Vielfalt der Sprachen bietet jede etwas, das die andere nicht hat. Und die deutsche Sprache zeigt sich als durchaus gerüstet, dieser Vielsprachigkeit – auch im eigenen Lande – produktiv zu begegnen. Die Frage nach der Zukunft des Deutschen stellt sich ohnehin nicht in Konkurrenz zu anderen Sprachen, sondern wir sollten sie als das betrachten, was sie ist: eine der großen und modernen Sprachen Europas.

Dieser Text und die darin gemachten Angaben basieren auszugsweise aus nachfolgenden, dem geneigten Leser zur Lektüre anempfohlenen Werken:

- Karl-Heinz Göttert "Deutsch. Biografie einer Sprache", Berlin, Ullstein-Verlag, 2010
- Richard Schrodtt "Warum geht die deutsche Sprache immer wieder unter? Die Problematik der Werterhaltungen im Deutschen", Wien, Passagen-Verlag, 1995
- Thomas Steinfeld "Der Sprachverführer. Die deutsche Sprache: was sie ist, was sie kann", München, Carl-Hanser-Verlag 2010
- Peter Eisenberg: "Die deutsche Sprache war noch nie so gut in Form wie heute", Interview im Rahmen des Projekts "Die Macht der Sprache", des Goethe-Instituts, Juni 2007, <http://www.goethe.de/lhr/prj/mac/spw/de2397004.htm> (<http://www.goethe.de/lhr/prj/mac/spw/de2397004.htm>)
- "Aktuelle Spracheinstellungen in Deutschland", Institut für deutsche Sprache, Mannheim und Universität Mannheim, 2009
- Ein Fremdwort – was ist das? DUDEN. Das Fremdwörterbuch. Zusammenstellung von Artikeln auf der DUDEN-Homepage, hier S. 122f., http://www.duden.de/downloads/produkte/duden05/fremdwort_freund_oder_feind.pdf (http://www.duden.de/downloads/produkte/duden05/fremdwort_freund_oder_feind.pdf)

Glossar

21.9.2010

Hier finden Sie Erläuterungen zu den im Dossier verwendeten Fachbegriffen.

Archaismus

Ein Archaismus ist ein von der Entwicklung überholtes, unmodernes Wort, eine altertümliche Ausdrucksweise. In den allgemeinen einsprachigen Wörterbüchern des Deutschen werden diese Wörter mit "veraltend" oder "veraltet" gekennzeichnet. "Veraltend" bedeutet, dass das benutzte Wort (*Backfisch* für junges Mädchen, *hanebüchen* für unerhört) nicht mehr zum aktiven Wortschatz der Sprachteilnehmer gehört und meist, oder nur noch ausschließlich, von der älteren Generation benutzt wird.

Mit "veraltet" werden solche Wörter (*Muhme, Gvatter, Base, fürbass*) gekennzeichnet, die man noch in älteren literarischen Texten findet oder die mit ironischer scherzhafter Absicht von den Sprechern verwendet werden. Sie werden als stilistische Mittel in der Literatur, Politik und Werbung eingesetzt.

Bedeutungskonkurrenz

ein Wort, das von unterschiedlichen Sprechern mit unterschiedlicher inhaltlicher Füllung verwendet wird und mit dem ihre jeweilige Perspektive durchgesetzt werden soll

Bezeichnungskonkurrenz

zwei oder mehr Ausdrücke, die einen Sach- oder Problemverhalt konkurrierend bezeichnen und unterschiedlich akzentuieren

Explizite Thematisierung

im öffentlichen Sprachgebrauch wird ein Wort oder Wortkomplex selbst zum Thema gemacht, es wird um die "Angemessenheit" eines bestimmten Wort- bzw. Sprachgebrauchs gestritten, der gegnerische als illegitim abgewertet, der eigene als legitim dargestellt

Fahnenwort

steht stellvertretend für ein politisches oder gesellschaftliches Programm und dient der Erkennung von Gruppen und gruppeneigenen Standpunkten

hermeneutisch

Hermeneutik ist die Lehre vom Verstehen. Wer einen Text verstehen will, muss eine Verstehensanstrengung auf sich nehmen, d. h. er hat eine hermeneutische Holschuld.

Historismus

Bezeichnungen für historische Gegenstände (*Hungerturm*) oder Sachverhalte (*Leibeigenschaft*), die es in der Realität nicht mehr gibt. Hierher gehören auch Wörter und Wendungen aus der ehemaligen DDR (*Hausbuch, Eingabe, Delikat*). Bei Historismen handelt es sich immer um sachbezogene und

nicht um sprachbezogene Angaben.

Hochwertvokabel

Wort, das stellvertretend für ein politisches oder gesellschaftliches Programm steht, der Erkennung von Gruppen und gruppeneigenen Standpunkten dient, im Gegensatz zu einem Fahnenwort aber von einem größeren gesamtgesellschaftlichen Einvernehmen getragen wird

Implizite Thematisierung

zwei oder mehr Ausdrücke, die einen Sach- oder Problemverhalt konkurrierend bezeichnen und unterschiedlich akzentuieren

Konnotation

Nebenbedeutung eines Wortes, Assoziationen, die ein Wort bei einem Sprachbenutzer hervorruft

Legaldefinition

Wird ein Begriff speziell für die Zwecke eines bestimmten Gesetzes definiert, spricht man von einer Legaldefinition. Dabei kann bewusst vom allgemeinen Sprachgebrauch abgesehen werden.

Neologismus

neues Wort, das eine neue Sache, einen neuen Problem- oder Sachverhalt bezeichnet

Nominalstil

Der moderne Nominalstil verwendet einfache Satzmodelle mit einem gesteigerten Bedeutungsgehalt. Die Masse der Nominalisierungen sind Substantive, die von einem Verb abgeleitet worden sind, und Adjektive: *bei Verhinderung* ("Wenn jemand verhindert ist"), *apparativer Aufwand* ("Aufwand, der den Einsatz von Apparaten beinhaltet").

Personifizierung

Die Vermenschlichung eines Dinges oder eines Abstraktums: *Lasten ... , welche auf einer Sache ruhen; die Rechtsprechung sieht etwas als unbeachtlich an; Bundeswillen.*

Programmvokabel

Wort, das ein noch zu verwirklichendes politisches Programm bezeichnet

Realistische Diktion

behauptetes Verhältnis "x ist y" ("Abtreibung ist Mord"), wobei einzelne Aspekte hervorgehoben, andere verdeckt werden

Remotivierung

ein Wortbestandteil eines zusammengesetzten Ausdrucks oder eine Teilbedeutung eines Wortes wird auf eine vermeintlich "eigentliche" oder "ursprüngliche" Bedeutung zurückgeführt (z.B. Gastarbeiter: Gastarbeiter sollten als Gäste nicht arbeiten bzw. wieder in ihre Heimatländer zurückkehren)

Schlagwort

Oberbegriff zu Fahnen- und Stigmawort, einprägsames Wort oder Phrase, fasst verkürzend politische Konzepte, Einstellungen, Programme oder Ziele einer Gruppierung zusammen, ohne dass sein Gebrauch eine Gruppenidentität stiftende Funktion haben muss.

Semantische Kämpfe

Auseinandersetzung um die Angemessenheit eines Wortes

Stigmavokabel

Wort, das die negative Haltung eines Sprechers den Anhängern einer gegnerischen Partei, ihren Werten und Zielen gegenüber verdeutlicht

Schaubilder und Illustrationen

20.10.2010

Hier finden Sie die PDF-Versionen der im Dossier verwendeten Grafiken!

Grundlagen

Einstieg: Sprache und Politik

- [Grafik "Beispiele für Bezeichnungskonkurrenz"](http://www.bpb.de/system/files/pdf/6UZ6NG.pdf) (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/6UZ6NG.pdf>)
(PDF-Version: 666 KB)
- [Grafik "Beispiele für Bedeutungskonkurrenz"](http://www.bpb.de/system/files/pdf/ZKV0F7.pdf) (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/ZKV0F7.pdf>)
(PDF-Version: 663 KB)
- [Grafik "Alltagssprachliche Assoziationskette am Beispiel Krieg"](http://www.bpb.de/system/files/pdf/KCNCSL.pdf) (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/KCNCSL.pdf>)
(PDF-Version: 668 KB)
- [Grafik "Verständigungsprobleme"](http://www.bpb.de/system/files/pdf/YG1KLY.pdf) (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/YG1KLY.pdf>)
(PDF-Version: 334 KB)

Sprachverwendung in der Politik

- [Grafik "Politischer Wortschatz"](http://www.bpb.de/system/files/pdf/9KGGGM.pdf) (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/9KGGGM.pdf>)
(PDF-Version: 415 KB)
- [Grafik "Verhältnis von Handlungsfeldern, Textsorten und Diskursen"](http://www.bpb.de/system/files/pdf/TZNNF2.pdf) (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/TZNNF2.pdf>)
(PDF-Version: 379 KB)

Ziele der Sprachverwendung in der Politik

- [Grafik "Funktionen politischer Sprache"](http://www.bpb.de/system/files/pdf/C8BS3P.pdf) (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/C8BS3P.pdf>)
(PDF-Version: 368 KB)

Sprachvermittlung und Sprachprobleme

- **Grafik "Sprachvermittlung"** (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/FX6F1F.pdf>)
(PDF-Version: 636 KB)

Verwaltungssprache

- **Grafik "Verwaltungssprache"** (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/Z38VHN.pdf>)
(PDF-Version: 636 KB)
- **Grafik "Modi, Standards, Strategien und Mittel"** (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/TP6J3L.pdf>)
- Textstrategien - Sprachliche Mittel
(PDF-Version: 302 KB)
- **Grafik "Modi, Standards, Strategien und Mittel"** (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/POYTO0.pdf>)

(PDF-Version: 391 KB)

Kampf um Wörter

Das Problem des Wortinhalts

- **Grafik "Wort und Wortinhalt"** (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/5A3RAF.pdf>)
(PDF-Version: 657 KB)

Begriffe besetzen

- **Grafik "Chancengleichheit"** (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/RAPBT9.pdf>)
(PDF-Version: 649 KB)

Schlagwörter

- **Grafik "Schlagwort"** (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/S48OYC.pdf>)
(PDF-Version: 677 KB)

Ideologie und Sprache

Political Correctness / Politische Korrektheit

- Grafik "Ausgrenzung durch Sprache" (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/TSJ642.pdf>)
(PDF-Version: 646 KB)

- Grafik "Euphemismenketten" (<http://www.bpb.de/system/files/pdf/MXCU5J.pdf>)
(PDF-Version: 646 KB)

Redaktion

11.11.2010

Herausgeber

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn © 2011
Verantwortlich gemäß § 55 RStV: Thorsten Schilling

Konzept und Redaktion bpb

Stephan Trinius
Matthias Jung

Simon Ruff (stud. Mitarbeiter)

externe Redaktion

Leonie Roos und Birgit Weimann, 3-point concepts GmbH

Grafiken und Schaubilder

3-point concepts GmbH

Autoren

Frank Brunssen
Helmut Ebert
Thorsten Eitz
Ekkehard Felder
Iris Forster
Heiko Girnth
Holger Klatte
Thomas Niehr
Rolf C. Peter
Joachim Scharloth
Cornelia Schmitz-Berning
Birgit Wolf-Bleiß

Urheberrecht

Alle Grafiken und Beiträge dieses Dossiers sind, soweit nicht anders angegeben, unter der Creative Commons-Lizenz [by-nc-nd/3.0/de](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>) lizenziert.

Online-Dossier

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/>

Impressum

Diensteanbieter
gemäß § 5 Telemediengesetz (TMG)
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
redaktion@bpb.de